

# **Bericht des Bundesrates**

vom 3. März 2023

**über Motionen und Postulate der  
eidgenössischen Räte im Jahr 2022**



# Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2022

## Bericht des Bundesrates vom 3. März 2023

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident  
Sehr geehrte Frau Ständeratspräsidentin  
Sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten  
Sehr geehrte Damen und Herren

Dieser Bericht gibt einen Gesamtüberblick über das Geschehen aller vom Parlament überwiesenen Motionen und Postulate (Stand: 31. Dezember 2022).

*Kapitel I* enthält alle Vorstösse, deren Abschreibung der Bundesrat beantragt. Die Vorstösse in Kapitel I sind mit dem Titel sowie dem auf Curia Vista publizierten eingereichten Text aufgeführt. Kapitel I richtet sich gemäss den Artikeln 122 Absatz 2 und 124 Absatz 5 des Parlamentsgesetzes an die Bundesversammlung und erscheint deshalb gemäss den geltenden Publikationsvorschriften auch im Bundesblatt, in identischem Wortlaut.

*Kapitel II* enthält all jene Vorstösse, die der Bundesrat zwei Jahre nach ihrer Überweisung durch die eidgenössischen Räte noch nicht erfüllt hat. Von diesem Zeitpunkt an hat der Bundesrat gemäss den Artikeln 122 Absätze 1 und 3 und 124 Absatz 4 des Parlamentsgesetzes jährlich zu berichten, was er zur Erfüllung der Aufträge unternommen hat und wie er sie zu erfüllen beabsichtigt. Die Vorstösse in Kapitel II sind nur mit Titel aufgeführt. Kapitel II richtet sich gemäss dem Parlamentsgesetz an die zuständigen Kommissionen.

*Anhang 1* enthält eine Übersicht über im Verlauf des Berichtsjahres 2022 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde.

*Anhang 2* gibt eine vollständige Übersicht über alle Ende 2022 hängigen Motionen und Postulate: Vorstösse, die vom Parlament überwiesen, vom Bundesrat jedoch noch nicht erfüllt oder vom Parlament noch nicht abgeschrieben worden sind.

Die vollständigen Texte der Vorstösse befinden sich auf Curia Vista.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Nationalratspräsident, sehr geehrte Frau Ständeratspräsidentin, sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

3. März 2023

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Alain Berset  
Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

## Inhaltsverzeichnis

Kapitel I:	An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten .....	5
Kapitel II:	An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind.....	41
Anhang 1:	Übersicht über im Berichtsjahr 2022 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde.....	78
Anhang 2:	Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2022 noch hängigen Motionen und Postulate .....	79

## Kapitel I

### An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten

Dieses Kapitel ist auch im Bundesblatt publiziert.

#### Bundeskanzlei

2020 M 19.4390 Anlaufstelle(n) in Sachen Administrativ- und Disziplinaruntersuchungen (Geschäftsprüfungskommission NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, eine oder mehrere Stellen zu bezeichnen, welche über die erforderlichen Verfahrenskennnisse bezüglich Administrativ- und Disziplinaruntersuchungen verfügen, sich über den aktuellen Wissensstand und die Rechtsprechung in diesem Bereich auf dem Laufenden halten und dadurch bei Bedarf anderen Einheiten des Bundes Rechtsauskünfte erteilen und diese beraten können. Er soll überdies dafür sorgen, dass sich die durchführenden Stellen bei formellen und rechtlichen Fragen systematischer an diese Beratungsstelle(n) wenden.*

Die am 1. Januar 2022 in Kraft getretenen Weisungen des Bundesrates vom 18. August 2021 über Administrativ- und Disziplinaruntersuchungen (BBl 2021 1903) bezeichnen Beratungsstellen in Sachen Administrativ- und Disziplinaruntersuchungen und legen die Konsultations- und Dokumentationspflichten der für die Anordnung dieser Untersuchungen zuständigen Stellen fest. Diese Weisungen sind für die Departemente und die ihnen unterstellten Verwaltungseinheiten sowie die Bundeskanzlei verbindlich und werden in der Praxis umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.3240 Covid-19. Bildung eines Zentrums für Innovation in der Bundesverwaltung (Public Innovation Hub) (FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zur Schaffung eines «Public Innovation Hubs», in Verbindung mit einer Innovationsstrategie für die Verwaltung, vorzulegen. Ziel des Hubs ist die Verknüpfung von «Innovationsschaffern» mit der Verwaltung, damit innovative Ideen geprüft und allenfalls rasch umgesetzt werden können. Der Bericht soll auf folgende Punkte eingehen:*

- 1. Trägerschaft: Der Hub ist interdepartemental auszugestalten. Die Interessen der Kantone werden berücksichtigt.*
- 2. Vernetzung: Der Hub ist als Schnittstelle zwischen Verwaltung auf der einen und Forschung und Tech-Unternehmen auf der anderen Seite zu konzipieren.*
- 3. Funktionsweise: Dank des Hubs sollen innovative Ideen rasch und unkompliziert getestet, wo nötig mit «Pilotnormen» temporär ermöglicht und im Erfolgsfall verwaltungsweit (und gegebenenfalls über alle föderalen Ebenen) verbreitet und implementiert werden können.*

Postulatsbericht vom 23. September 2022 «Covid 19. Bildung eines Zentrums für Innovation in der Bundesverwaltung (Public Innovation Hub)».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung

2020 P 20.3280 Wissenschaftliches Potenzial für Krisenzeiten nutzen (Michel)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht zu prüfen, wie ein interdisziplinäres wissenschaftliches Netzwerk oder Kompetenzzentrum für Krisenlagen geschaffen werden kann. Der Bericht soll die entsprechenden Vor- und Nachteile, mögliche Umsetzungsoptionen sowie den gesetzgeberischen Handlungsbedarf aufzeigen.*

2022 P 20.3542 Ein Kompetenzzentrum für die Zeit nach Covid-19 (de Quattro)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die Schaffung eines Kompetenzzentrums zu prüfen, das aus einem festen Pool von Expertinnen und Experten besteht und erlaubt, zukünftige Krisen - unabhängig davon, ob sie Gesundheit, Wirtschaft, Sicherheit, Technologie oder Gesellschaft betreffen - zu antizipieren. Der Bericht soll die Vor- und Nachteile einer solchen Einrichtung aufzeigen und darlegen, ob allenfalls anderer Optionen vorzusehen und Gesetzesänderungen notwendig sind.*

Postulatsbericht vom 23. November 2022 «Wissenschaftliches Potenzial für Krisenzeiten nutzen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.3363 Strategie «Digitale Schweiz» nach dem Coronavirus (Fivaz Fabien)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird aufgefordert, die Strategie «Digitale Schweiz» aufgrund der während der Epidemie gesammelten Erfahrungen zu aktualisieren. Der Bericht soll die Risiken und Chancen der vermehrten Nutzung der digitalen Hilfsmittel im beruflichen und privaten Rahmen aufzeigen, insbesondere in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit und Datenschutz.*

Postulatsbericht vom 16. Dezember 2022 «Strategie «Digitale Schweiz 2023» – Aktualisierung nach dem Coronavirus».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.4099 Zeitgemässe Besoldungs- und Ruhestandsregelungen für Magistratspersonen (Hegglin Peter)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die geltende Besoldung und berufliche Vorsorge von Magistratspersonen durch eine moderne Gehaltsordnung mit beruflicher Vorsorge inkl. Hinterlassenenrente sowie allfälliger Abgangsentschädigung bis zur Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit ersetzt werden können, welche weder systemische Ungereimtheiten mit dem BVG aufweist noch Schwierigkeiten im Vollzug bereitet. Der Bundesrat hat dabei mögliche Modelle zu prüfen und deren Vor- und Nachteile sowie finanziellen Konsequenzen aufzuzeigen.*

Postulatsbericht vom 10. Dezember 2021 «Zeitgemässe Besoldungs- und Ruhestandsregelungen für Magistratspersonen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

## Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

### Staatssekretariat EDA

2020 P 18.3059 Zukünftige parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten Schweiz/EU (Nussbaumer)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, mit der Botschaft zum institutionellen Abkommen Schweiz-EU auch die Möglichkeiten der zukünftigen Mitwirkung des Parlamentes in europapolitischen Angelegenheiten darzulegen.*

2021 M 19.3170 Gesetzliche Grundlage zur Wahrung des Mitsprache- und Entscheidungsrechts von Parlament, Volk und Kantonen bei der Umsetzung des Rahmenabkommens (Lombardi)

Eingereichter Text:

*Sollte der Bundesrat das institutionelle Rahmenabkommen mit der Europäischen Union (EU) unterzeichnen, wird er beauftragt, dem Parlament ergänzend zum institutionellen Rahmenabkommen eine gesetzliche Grundlage zu unterbreiten, die den demokratischen Prozess der dynamischen Übernahme von EU-Recht rechtlich definiert und das Mitspracherecht von Parlament, Volk und Kantonen gewährleistet.*

Mit dem vom Bundesrat beschlossenen Abschluss der Verhandlungen über das institutionelle Abkommen am 26. Mai 2021 sind das Postulat und die Motion gegenstandslos geworden. Zudem sind die darin enthaltenen materiellen Forderungen, die insbesondere die Übernahme von EU-Recht und die Beteiligung des Parlaments an der Gestaltung der schweizerischen Europapolitik betreffen, derzeit Gegenstand von Arbeiten des Parlaments (Subkommission der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats «Übernahme von EU-Recht. Mitwirkungsrechte des Parlaments»).

Der Bundesrat will dem Anliegen des Parlaments, stärker in die Gestaltung der Europapolitik eingebunden zu werden, Rechnung tragen. Hingegen ist er der Ansicht, dass es nicht mehr gerechtfertigt ist, das Postulat und die Motion aufrechtzuerhalten, und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.4145 Mehr Transparenz, Konsistenz und Koordination im Abstimmungsverhalten der Schweiz in den UNO-Organisationen (Binder)

Eingereichter Text:

*Das Abstimmungsverhalten der Schweiz in den verschiedenen UNO-Organisationen wirft immer wieder Fragen auf. Wie werden die Entscheide begründet? Wer verantwortet sie? Wie gestalten sich die Entscheidprozesse? Die Antworten auf entsprechende Interpellationen (Grüter 20.3476 und Bigler 19.4010) zeigen, dass die Koordination nur punktuell stattfindet, dass das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten nur eingeschränkt entscheidet und diverse andere Departemente in sogenannten Fachfragen weitgehend eigenständig zu Beurteilungen kommen und wiederum selber entscheiden. Eine konsistente Position der Schweiz existiert unter diesen Umständen nicht. Gerade im Hinblick auf die Kandidatur der Schweiz in den UNO Sicherheitsrat ist es mehr als angebracht, Vertrauen und Transparenz zu schaffen.*

*Der Bundesrat wird deshalb gebeten folgende Prämissen für eine bessere Koordination unter Federführung des EDA zu prüfen und Umsetzungsvorschläge in einem Bericht darzustellen:*

- 1. Die Fachstelle «UNO-Koordination» koordiniert alle Geschäfte der UNO-Organisationen, inkl. aller UNO-Unterorganisationen.*
- 2. Jährliche wiederkehrende Resolutionen (z. B. im UNO-Menschenrechtsrat und der WHO) werden bei jeder Neuvorlage inhaltlich und politisch neu beurteilt.*
- 3. Konsultationen der Aussenpolitischen Kommissionen werden auf alle Resolutionen von UNO-Organisationen und -Unterorganisationen ausgeweitet. Konsultationen finden nach Bedarf, aber mindestens halbjährlich statt.*
- 4. Die Information des Parlaments erfolgt über einen mindestens jährlich erstellten Bericht, der detailliert Auskunft über das Abstimmungsverhalten der Schweiz in allen UNO-Organisationen und -Unterorganisationen Auskunft gibt.*
- 5. Im Sinne der Transparenz informiert der Bundesrat die Öffentlichkeit auf der Internetseite des EDA aktuell über das Abstimmungsverhalten der Schweiz in allen UNO-Organisationen und UNO-Unterorganisationen.*

Postulatsbericht vom 26. Januar 2022 «Koordination des Abstimmungsverhaltens der Schweiz in den UNO-Organisationen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 20.4332 US-Blockade gegen Kuba aktiv bekämpfen zugunsten einer der ärmsten Bevölkerungen weltweit (Aussenpolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt aufzuzeigen, wie er mit Blick auf die neue US-Regierung einen Beitrag leisten will, damit eine der ärmsten Bevölkerung auf diesem Planeten von den jahrzentelangen Fesseln der notbringenden Wirtschaftsblockade befreit werden kann.*

*Folgende zwei Fragen sind vordergründig zu klären:*

- 1. Eine aktive Rolle der Schweiz innerhalb der UN-Gremien, um neben den mehrmals von der UN-Generalversammlung beschlossenen Rechtswidrigkeit der US-Sanktionen den Druck für eine Deblockierung auf die neue US-Regierung zu erhöhen.*
- 2. Massnahmen überprüfen, damit Handel und Investitionen mit Kuba aus der Schweiz heraus ermöglicht werden. Dabei können Instrumente von Investitions- und Exportgarantien mit einbezogen werden, aber auch allfällige Hilfestellungen von*

*bundesnahen Institutionen wie die PostFinance, die Schweizerische Nationalbank oder einer zu gründenden Zwischengesellschaft (analog INSTEX) geprüft werden.*

Mit der Einreichung des Postulats hat die Kommission der Petition «19.2034 Pet. mediCuba-Suisse. Unblock Cuba» Folge gegeben.

Postulatsbericht vom 16. November 2022 «Engagement der Schweiz gegenüber der Wirtschaftsblockade gegen Kuba».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3012 Klare Regeln für autonome Waffen und künstliche Intelligenz (Sicherheitspolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie eine Einsatzdoktrin für künftige autonome Waffensysteme und künstliche Intelligenz in der Sicherheitsinfrastruktur unter Berücksichtigung internationaler ethischer Standards ausgestaltet werden kann und welche Möglichkeiten er sieht, sich international für ethische Standards einzusetzen.*

Das Anliegen des Postulats wurde im Rahmen der «Strategie Rüstungskontrolle und Abrüstung 2022–2025» vom 2. Februar 2022 erfüllt (abrufbar unter [www.eda.admin.ch](http://www.eda.admin.ch) > Aussenpolitik > Strategien und Grundlagen > Thematische Strategien).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### **Direktion für Völkerrecht**

2019 P 18.3750 Verstärkte Regulierung der EU im Bereich der internationalen Rheinschifffahrt. Interessenwahrung der Schweiz (Janiak)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird gebeten, in einem Bericht aufzuzeigen, wie sich die Entwicklung des Rheinregimes der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR), gut zehn Jahre nach Vorlage des Berichtes zur Schifffahrtspolitik des Bundes, mit den damaligen Zielen für die Rheinschifffahrt darstellt. Darin soll der Bundesrat aufzeigen, welche Strategie er - vor dem Hintergrund einer stärkeren Regulierung des Binnenschifffahrtsrechts auf EU-Ebene mit der Folge, dass die Schweiz immer mehr zum Drittstaat zurückgestuft wird, trotz des völkerrechtlichen Rheinregimes - zur Interessenwahrung der Schweiz für die zukünftige institutionelle Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU) verfolgt.*

Postulatsbericht vom 16. Dezember 2022 «Verstärkte Regulierung der EU im Bereich der internationalen Rheinschifffahrt. Interessenwahrung der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3385 Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik (Aussenpolitische Kommission SR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen aktuellen departementsübergreifenden Neutralitätsbericht zu unterbreiten. Er behandelt dabei die Grenzen qua Neutralitätsrecht (z.B. Überflüge, Waffenlieferungen, NATO-Mitgliedschaft oder -kooperation) und die beabsichtigte Nutzung des Handlungsspielraums der Neutralitätspolitik (Sanktionen: Verhängung und Vollzug).*

Postulatsbericht vom 26. Oktober 2022 «Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

## Eidgenössisches Departement des Innern

### Generalsekretariat

- 2019 P 19.3668 Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen und konkrete praktische Umsetzungsmassnahmen zur vollständigen Teilhabe (Rytz Regula)
- 2019 P 19.3670 Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen und konkrete praktische Umsetzungsmassnahmen zur vollständigen Teilhabe (Lohr)
- 2019 P 19.3672 Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen und konkreter praktischer Umsetzungsmassnahmen zur vollständigen Teilhabe (Romano)
- 2019 P 19.3684 Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen und konkrete praktische Umsetzungsmassnahmen zur vollständigen Teilhabe (Reynard)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der drei Schweizer Gebärdensprachen darzulegen. Es soll insbesondere analysiert werden, ob eine rechtliche Anerkennung als Teillandessprache oder Kultur- bzw. Sprachminderheit möglich ist, um Gebärdensprachen und Gehörlosenkultur zu schützen und zu fördern. Es sollen konkrete Umsetzungsmassnahmen mit einem Aktionsplan im Sinne des Uno-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Uno-BRK) erstellt werden, um die vollständige inklusive und barrierefreie Teilhabe von Gehörlosen und Hörbehinderten zu erreichen.*

1. *Wo steht die Schweiz im internationalen Vergleich?*
2. *Wo sieht der Bundesrat Schwächen und Verbesserungsmöglichkeiten im Bericht «Behindertenpolitik», um Diskriminierung von Gehörlosen zu vermeiden?*
3. *Wie können Bund und Kantone sicherstellen, dass Gebärdensprache für gehörlose Kinder und deren Angehörige in der Frühförderung angeboten wird und eine inklusive bilinguale (Berufs-)Bildung, d. h. gleichzeitiger Erwerb von Gebärdensprache und gesprochener Sprache oder Schriftsprache, erreicht wird?*
4. *Wie kann der Bundesrat sicherstellen, dass Gehörlose gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilnehmen können?*
5. *Wie erreicht der Bundesrat barrierefreie Gesundheitsversorgung für Gehörlose?*

Die Postulate verlangen vom Bundesrat, in einem Bericht die Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der drei Schweizer Gebärdensprachen darzulegen. Der Bundesrat hat in Erfüllung dieser Postulate am 24. September 2021 den Bericht «Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Gebärdensprache» vorgelegt. Am 12. Dezember 2022 wurde zudem die Motion 22.3373 «Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachgesetz» der WBK-N angenommen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

### Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

- 2019 P 18.4048 Sexuelle Belästigung. Wir brauchen endlich verlässliche Zahlen über dieses Problem (Reynard)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht auszuarbeiten und vorzulegen über sexuelle Belästigungen (am Arbeitsplatz oder im öffentlichen Raum), damit wir mehr wissen über das Ausmass dieses Phänomens und seine Entwicklung.*

Postulatsbericht vom 27. April 2022 « Sexuelle Belästigung in der Schweiz: Ausmass und Entwicklung ».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

- 2019 P 19.4064 Statistik über gewaltbetroffene Mädchen und Bedarfsabklärung für Schutzplätze (Wasserfallen Flavia)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird gebeten, eine Statistik über gewaltbetroffene Mädchen und junge Frauen zu erheben sowie eine Abklärung vorzunehmen, wie hoch der Bedarf an Schutzplätzen für Mädchen und junge Frauen schweizweit ist, die zuhause oder in ihrem Umfeld von physischer, psychischer und sexueller Gewalt betroffen sind.*

Postulatsbericht vom 29. Juni 2022 «Statistik über gewaltbetroffene Mädchen und junge Frauen und Bedarf an Schutzplätzen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

- 2020 P 19.3621 Begleitung von Frauen mit dem Ziel der Gleichstellung von Frau und Mann. Wie sieht die Zukunft der Beratungsstellen aus? (Moret Isabelle)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird mit der Erstellung eines Berichtes beauftragt, der einen Überblick verschafft über die Bedürfnisse und das Angebot hinsichtlich Beratung zur Erleichterung der beruflichen Wiedereingliederung von Frauen, die ihre berufliche Tätigkeit zugunsten familiärer Aufgaben unterbrochen haben. In diesem Bericht wird ausführlich erklärt, wie es um die elf Beratungsstellen vom Zeitpunkt der Ankündigung im Jahr 2016, dass deren Finanzierung eingestellt werde, bis zum 1. Januar 2019 stand. Ebenfalls aufgelistet werden die von den Kantonen entwickelten Massnahmen, um das Verschwinden dieser Dienstleistung zu kompensieren oder um die Stellen ab diesem Datum weiterzuführen. Der Bund erstellt ferner eine Analyse zu den Bedürfnissen hinsichtlich*

*Beratung und Begleitung von Frauen in von Risiken geprägten Momenten ihrer Leben (Schwangerschaft, Geburt, beruflicher Wiedereinstieg, berufliche Neuorientierung usw.). Der Bundesrat schliesst den Bericht, indem er angibt, wie er diesen Bedürfnissen gerecht zu werden gedenkt.*

*Seit dem 1. Januar 2019 werden die Finanzhilfen nach Artikel 15 des Gleichstellungsgesetzes (GIG) nicht mehr ausbezahlt. Grund dafür ist ein Prioritätenwechsel bei der Zuweisung von Subventionen für den Zeitraum 2017-2020. Es obliegt nun den Kantonen, Beratungsangebote und Massnahmen zur Erleichterung des beruflichen (Wieder-)Einstiegs von Personen auf der Suche nach einer Stelle zu finanzieren. Hiervon betroffen sind auch Personen, die ihre berufliche Tätigkeit zugunsten familiärer Aufgaben unterbrochen haben. In seiner Antwort auf die Frage 19.5111 erklärte der Bundesrat, dass die Beratungsstellen dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) Anfang 2019 Berichte zu ihrer Situation vorlegen würden. Diese Berichte sind allerdings nicht öffentlich zugänglich. Nur ein Teil der Informationen zum Status von neun Stellen (zwei Stellen fehlen) ist abrufbar, was nicht ausreicht, um sich einen richtigen Überblick über das für Betroffene verfügbare Angebot zu verschaffen.*

*In einer Zeit, in der Fragen zur Gleichstellung von Frau und Mann in der Öffentlichkeit eine wichtige Rolle einnehmen, ist es widersprüchlich, ein Angebot zu reduzieren, das konkret auf die Chancengleichheit im beruflichen Werdegang hinwirkt. Die Beratungsstellen geben den Frauen nämlich das Gefühl, gehört zu werden, und helfen ihnen durch persönliche Beratung dabei, wieder in ihre beruflichen Kompetenzen zu vertrauen und ihr professionelles Netzwerk zu erweitern.*

Postulatsbericht vom 26. Oktober 2022 «Beratung von Frauen zum beruflichen Wiedereinstieg».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.4263 Strategie zur Stärkung der Charta der Lohngleichheit (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über eine Strategie zur Stärkung der Charta der Lohngleichheit zu erstellen. Darin zeigt er Möglichkeiten, wie mehr Kantone, Gemeinden und bundesnahe Unternehmen zur Teilnahme an dieser Charta ermutigt werden könnten, sowie die ergriffenen Massnahmen zur Durchsetzung der Charta auf. Er evaluiert die Umsetzung der Charta im Rahmen des jährlichen Monitorings.*

Postulatsbericht vom 9. Dezember 2022: «Strategie zur Stärkung der Charta der Lohngleichheit».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

## **Bundesamt für Gesundheit**

2002 P 00.3536 Patientenfonds (Gross Jost)

Eingereichter Text:

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage für den Ausgleich von Patientenschäden zu schaffen, die weder dem Arzt oder dem Spitalträger als haftpflichtig zugerechnet noch über die Leistungspflicht einer Sozialversicherung abgegolten werden können; dies insbesondere bei Gesundheitsschäden aus Spitalinfektionen.*

*Es seien folgende Lösungsansätze zu prüfen:*

- *eine Lösung im Rahmen der Revision des Haftpflichtrechtes (Übergang zur Kausalhaftung, Umkehr der Beweislast zugunsten der Patienten und Patientinnen usw.);*
- *eine Lösung im Rahmen des Sozialversicherungsrechtes (Kranken- und Unfallversicherung);*
- *die Schaffung eines von Leistungserbringern und Versicherern finanzierten Patientenfonds.*

2018 M 17.3974 Schadenprävention und Umgang mit Schäden bei medizinischen Behandlungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen, der Stiftung Patientensicherheit, Gesundheitsfachpersonen, Patientenorganisationen und den Krankenkassen Massnahmen zu ergreifen mit dem Ziel der Stärkung der Schadenprävention wie:*

- *Stärkung und flächendeckende Implementierung einer Sicherheits- und Fehlerlernkultur verbunden mit Regressmöglichkeiten und der Erleichterung der Beweissituation durch Verbesserung der Behandlungstransparenz insbesondere bei fehlerhaften Eingriffen;*
- *Verbesserung des Medizinal-Haftpflichtrechtes und Vereinfachungen zur Erleichterung der Beweissituation betreffend Einhaltung bundesrechtlich verbindlicher Vorgaben der Qualitätssicherung und Patientensicherheit;*
- *Klärung der Fragen des Haftungsrecht auf Bundes- und Kantonsebene betreffend.*

Das Postulat 00.3536 Gross Jost wurde nach den Beratungen im Parlament als Postulat überwiesen (Beleg AB 2002 N 1507). Der Urheber des Vorstosses erwartete, dass der Bundesrat den Vorstoss mit der Stossrichtung «Patientenfonds auf der Basis eines Gruppenkonsenses» als Postulat entgegennehme. Der Bundesrat begrüsst die weniger zwingende Form des Postulates, weil er

damit die Anstrengungen der Leistungserbringer und der Berufs- und Branchenverbände zur Patientensicherheit besser unterstützen konnte. Der Bundesrat ging deshalb bereits zum Zeitpunkt der Überweisung davon aus, dass die Zielsetzung mit konkreten, tragfähigen Lösungen erreicht werden kann. Verschiedene Ansätze wurden geprüft, wobei vor allem präventive Massnahmen wie die Stärkung der Patientensicherheit in den Fokus rückten und vertieft weiterverfolgt wurden.

Mit der Verabschiedung der Strategie zur Qualitätsentwicklung in der Krankenversicherung und der Ziele zur Qualitätsentwicklung für die Jahre 2022–2024 am 11. März 2022 (abrufbar unter [www.bag.admin.ch](http://www.bag.admin.ch) > Strategie & Politik > Nationale Gesundheitsstrategien & Programme > Qualitätsstrategie Krankenversicherung) hat der Bundesrat das Anliegen der beiden Vorstösse aufgenommen. So steht die Implementierung einer Sicherheits- und Fehlerkultur (im Sinne der Just-Culture) im Fokus der Vierjahresziele sowie der Jahresziele der eidgenössischen Qualitätskommission. Diese hat, in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsakteuren und der Stiftung Patientensicherheit, verschiedene Projekte lanciert, die u.a. Themen wie die Analyse von unerwünschten Ereignissen, den Aufbau eines nationalen Risikomanagement-Prozesses oder ein Risikomonitoring und eine Risikoreduktion angehen. Seit dem 1. Januar 2022 sind die Leistungserbringer verpflichtet, verschiedene Qualitätsanforderungen zu erfüllen, u.a. das Betreiben eines Qualitätsmanagementsystems und eines internen Berichts- und Lernsystems sowie der Anschluss an ein gesamtschweizerisch einheitliches Netzwerk zur Meldung von unerwünschten Ereignissen, sofern ein solches besteht. Damit besteht eine strukturell und finanziell nachhaltige Regelung der Qualitätsentwicklung, dies nicht zuletzt mit der Zielsetzung, Schäden und menschliches Leid zu vermeiden.

Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom 24. Juni 2015 «Patientenrechte und Patientenpartizipation in der Schweiz» vom 24. Juni 2015 in Erfüllung der Postulate 12.3100 Kessler, 12.3124 Gilli und 12.3207 Steiert zudem den Umgang mit Schäden im Rahmen einer medizinischen Behandlung geprüft. Er hat dabei unter anderem auf die Wichtigkeit der Bestrebungen zur Schadensprävention, etwa im Rahmen der Nationalen Strategie gegen Spital- und Pflegeheiminfektionen, hingewiesen. Gleichzeitig hat der Bundesrat festgehalten, dass von grundlegenden Änderungen der Medizinalhaftpflicht, z. B. der Einführung eines umfassenden «no-fault»-Entschädigungs-systems, zurzeit abzusehen ist.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der beiden Vorstösse als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2008 P 08.3493      Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten (Heim)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt aufzuzeigen, welche Massnahmen gegen die Diskriminierung einzelner Patientengruppen durch die neuen OKP-Versicherungsmodelle und zum Schutz der Patientendaten bei den Versicherern geplant sind.*

Postulatsbericht vom 23. Februar 2022 «Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2010 P 10.3754      Einführung einer gesamtschweizerischen Kosten-Nutzen-Bewertung von medizinischen Leistungen (Humbel)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, aufzuzeigen und Bericht zu erstatten über die HTA-Strategie (Health Technology Assessment) des Bundes. Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu klären:*

- *Evaluation und Methode für ein gesamtschweizerisch einheitliches medizinisches Technologie-Assessment;*
- *Strukturen, Partner und Finanzierung einer nationalen HTA-Organisation;*
- *Einführung von HTA-basierten, national einheitlichen Vorgaben und Minimalstandards für Diagnose-, Behandlungs- und Therapiemethoden;*
- *Verbindliche Umsetzung von standardisierten Diagnose-, Behandlungs- und Therapiemethoden für die obligatorische Krankenpflegeversicherung;*
- *Ressourcen, Finanz- und Zeitplan für die Umsetzung eines Health Technology Assessment (HTA) bzw. einer Medizintechnik-Folgeabschätzung;*
- *Allenfalls notwendige Gesetzesanpassungen.*

Die Bewertung medizinischer Verfahren und Technologien (Health Technology Assessment, HTA) hat zum Ziel, systematisch zu prüfen, ob die von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) vergüteten Leistungen die Kriterien der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit (WZW-Kriterien) erfüllen.

Hinsichtlich der Verbesserung der einheitlichen Bewertung der Leistungen der OKP auf deren Erfüllung der WZW-Kriterien wurde mit Einbezug der für die Beratung zuständigen Eidgenössischen Kommissionen ein Arbeitspapier zur Operationalisierung der WZW-Kriterien erstellt und im Juni 2011 veröffentlicht. Dieses stellte eine verbesserte nationale Grundlage für die Methodik der systematischen Evaluation von Leistungen im Sinne von HTA dar.

Bezüglich einer nationalen HTA-Organisation hatte der Bundesrat mehrere Ansätze geprüft und am 4. Mai 2016 den Aufbau einer Organisationseinheit im Bundesamt für Gesundheit (BAG) beschlossen sowie die notwendigen Ressourcen ab 2017 bewilligt. Ab Mitte 2017 nahm die neue Sektion HTA die Arbeit auf. Die Prozesse und Grundlagen zur vertieften Evaluation von OKP-Leistungen mittels HTA wurden weiterentwickelt. Bis Dezember 2022 wurden seither 28 HTA-Berichte publiziert. 15 Vergütungsentscheide wurden insgesamt gefällt, wobei 6 Technologien die WZW-Kriterien erfüllten und bei 8 die Kriterien als teilweise erfüllt betrachtet wurden, sodass bei letzteren Vergütungseinschränkungen festgelegt wurden. Bei einer Technologie wurden die WZW-Kriterien als nicht erfüllt beurteilt, d. h. diese Leistung wird nicht von der OKP vergütet. Es konnten somit insgesamt effektive direkte (Fr. 75 Mio./Jahr) und indirekte Einsparungen (Behandlungs- und Versorgungsqualität) realisiert werden. Die Prozesse, die methodischen Grundlagen und die Berichte sind auf der Website des BAG veröffentlicht.

Weiter wurde das Grundlagedokument zur Operationalisierung der WZW-Kriterien aus dem Jahr 2011 mit den Eidgenössischen Kommissionen gemäss den neuesten internationalen Entwicklungen im Bereich HTA überarbeitet, verabschiedet und am 30. März

2022 in Form einer Verwaltungsverordnung auf der Website des BAG veröffentlicht. Auf der Basis der vorhandenen Gesetzesgrundlagen konnten alle Aspekte des Postulats umgesetzt werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2011 M 10.3882      Versorgungsgüte mit DRG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit bei der flächendeckenden Einführung von DRG die Aus- und Weiterbildung von Ärzten, Ärztinnen sowie des gesamten Gesundheitspersonals sichergestellt werden kann und die Versorgungsgüte nicht verschlechtert wird.*

Die von der Motion verlangten Rahmenbedingungen zur Sicherstellung der Aus- und Weiterbildung von Ärzten und Ärztinnen und des gesamten Gesundheitspersonals sowie zur Sicherstellung der Versorgungsgüte wurden in den letzten Jahren erarbeitet und im Jahr 2022 definitiv geschaffen. Einerseits konnte die Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung (WFV) und damit das neue Finanzierungsmodell («Modell PEP») zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung durch das Erreichen des notwendigen Quorums von 18 beigetretenen Kantonen im Januar 2022 in Kraft treten. Andererseits wird mit der vom Parlament in der Wintersession 2022 genehmigten ersten Etappe zur Umsetzung der Pflegeinitiative unter anderem eine Ausbildungsoffensive auf Tertiärstufe beschlossen. Zudem kann der Aufwand der Spitäler für die Ausbildung des nichtärztlichen Fachpersonals (hauptsächlich Personen mit Pflegeausbildung) weiterhin bei der Tarifberechnung im stationären Bereich berücksichtigt werden, womit er gemeinsam von der Krankenversicherung und den Kantonen zu finanzieren ist.

Die Rahmenbedingungen zur Sicherstellung der Versorgungsgüte wurden durch die Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (SR 832.10, KVG) und der Verordnung über die Krankenversicherung (SR 832.102, KVV) gestärkt. So hat die KVG-Revision vom 21. Dezember 2007 (AS 2008 2049) im Bereich der Spitalfinanzierung den Zugang zu einer qualitativ hochstehenden Versorgung tendenziell leicht verbessert und die Struktur- und Prozessgüte der stationären Spitalleistungen haben sich positiv entwickelt. Mit der Revision vom 23. Juni 2021 der KVV (AS 2021 439) hat der Bundesrat die Versorgungsgüte durch die kantonale Spitalplanung gestärkt. Die Anforderungen ermöglichen insbesondere eine bessere Koordination der Planungen unter den Kantonen, eine einheitliche Wirtschaftlichkeitsprüfung der Spitäler und eine genauere Regelung der Anforderungen im Bereich der Güte.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2014 P 14.3607      Stopp der Medikamentenverschwendung! (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, aufzuzeigen, in welchen Bereichen und in welchem Ausmass Medikamente bezogen, von den Kassen bezahlt, aber nicht eingenommen, sondern weggeworfen werden.*

- 1. In welchem Umfang werden Medikamente jährlich in Apotheken und Abgabestellen zurückgebracht, und wie hoch sind deren Kosten?*
- 2. Wie hoch dürfte das Volumen der Medikamente sein, welche im Abfall landen?*

*Im Weiteren wird der Bundesrat beauftragt, aufzuzeigen, welche Massnahmen gegen die Medikamentenverschwendung ergriffen werden können und wie Anreize für eine qualitativ bessere und kosteneffizientere Medikamentenversorgung geschaffen werden können. Insbesondere folgende Massnahmen sind zu prüfen:*

- a. Verbesserung der Medikamenten-Compliance; Verhinderung von Medikamentenübersorgung sowie Medikamentenverschwendung;*
- b. Einführung von kleineren Packungen in der Medikamentenabgabe sowie Abgabemöglichkeit von Einzeldosen (analog Spital);*
- c. bei der Festlegung der Haltbarkeitsdauer von Medikamenten soll über die Vorschläge der Hersteller hinaus eine längere Haltbarkeit geprüft werden;*
- d. Neugestaltung und Differenzierung der Margen bezüglich verschiedener Abgabekanäle.*

Postulatsbericht vom 2. November 2022 «Stopp der Medikamentenverschwendung!»

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 14.3632      Rolle der Praxisassistentinnen im schweizerischen Gesundheitssystem (Steiert)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen über:*

- 1. die Erwartungen der betroffenen Leistungserbringer an die Kompetenzen der medizinischen Praxisassistentinnen und -assistenten und der medizinischen Praxiskoordinatorinnen und -koordinatoren;*
- 2. die Adäquation von deren Ausbildung mit diesen Erwartungen;*
- 3. die leistungsverzerrenden Konsequenzen (insbesondere effizienzmindernde und kostenerhöhende Kompetenzunternutzungen) der nichttarifären Abbildung eines Grossteils ihrer Leistungen; sowie*
- 4. die Auswirkungen einer Reduzierung dieser Konsequenzen mittels einer verstärkten tariflichen Abbildung dieser Leistungen insbesondere im Bereich des «Chronic Care Management».*

Postulatsbericht vom 26. Oktober 2022 "Implementierung der eidgenössischen Berufsprüfung «Medizinische/r Praxiskoordinator/in mit eidgenössischem Fachausweis»".

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3797 Angleichung der Preise für Leistungen nach dem UVG und KVG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie und mit welchen Massnahmen eine Angleichung der Preise der eidgenössischen Sozialversicherungen UV/MV/IV und der obligatorischen Krankenpflegeversicherung erreicht und wie die Gleichbehandlung der Versicherten im Bereich der Nichtberufsunfallversicherung (NBU) sichergestellt werden kann. Es gibt keine sachlichen Gründe, weshalb für medizinische Leistungen unterschiedliche Preise vergütet werden, je nachdem, wer bezahlt.*

Mit den beiden Änderungen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vom 18. Juni 2021 (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1a, AS 2021 837: Art. 47a KVG «Organisation für Tarifstrukturen für ambulante Behandlungen») und vom 30. September 2022 (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1b, BBl 2022 2405: Art. 47c KVG «Überwachung der Kosten») kann eine Harmonisierung der Tarife in der Unfall-, Militär- und Invalidenversicherung mit denjenigen der Krankenversicherung erzielt werden. Insbesondere durch die Massnahme der neu eingeführten Tariforganisation für Tarifstrukturen für ambulante Behandlungen ist von einer Angleichung der Preise auszugehen, da sowohl im Krankenversicherungs- wie auch im Unfallversicherungsbereich der Tarif für ambulante ärztliche Leistungen in der Schweiz (Tarmed) für die Vergütung der ambulanten Behandlung zur Anwendung kommt. So hat auch die Medizinaltarif-Kommission (MTK) Einsitz in die am 15. November 2022 neu einberufene Organisation für ambulante Arzttarife AG (OAAAT) genommen ([www.gsi.be.ch](http://www.gsi.be.ch) > News < Medienmitteilungen > 15. November 2022 «Organisation ambulante Arzttarife AG ist gegründet»). Die MTK handelt unter anderem die Tarifverträge für die Versicherten nach dem Bundesgesetz über die Unfallversicherung aus.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 15.4225 Bessere Nutzung von Gesundheitsdaten für eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung (Humbel)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, aufzuzeigen, wie Daten aus verschiedenen krankheitsspezifischen Registern oder medizinischen Studien für eine verbesserte Auswertbarkeit miteinander verknüpft werden können. Dazu braucht es Vorschläge, wie bei einer Umsetzung insbesondere folgende Aspekte sichergestellt werden können:*

1. *die Vergleichbarkeit der Daten,*
2. *die klare Zuordnung zur gleichen Person (etwa über die AHV-Nummer) und*
3. *die Wahrung des Datenschutzes (etwa über geeignete Verschlüsselung der identifizierenden Information und klar definierte sowie rechtlich geregelte Vorgehensweisen für die Verknüpfung der Daten).*

Postulatsbericht vom 4. Mai 2022 «Bessere Nutzung von Gesundheitsdaten für eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2018 M 17.3942 Einzelverkauf von Medikamenten. Wagen wir den Versuch! (Tornare)

Eingereichter Text:

*In meinem Postulat 13.4156, «Einzelverkauf von Medikamenten. Verschwendung reduzieren», habe ich den Bundesrat aufgefordert, die Möglichkeit des Einzelverkaufs bestimmter Medikamente vertieft zu prüfen und dazu einen Bericht vorzulegen. Der Bundesrat hat mein Postulat abgelehnt und gewisse Risiken hervorgehoben: Aufbewahrung, unvollständige Kennzeichnung, Verwechslungsgefahr, Falschanwendung, Zusatzaufwand für Ärztinnen und Ärzte sowie Apothekerinnen und Apotheker. Das Problem der Medikamentenverschwendung, das die Öffentlichkeit teuer zu stehen kommt, besteht aber nach wie vor. Gemäss dem Bundesamt für Umwelt werden 30 Prozent der in der Schweiz gekauften Medikamente nicht konsumiert. Die Vorteile des Einzelverkaufs liegen auf der Hand. Der Einzelverkauf reduziert nicht nur die Menge weggeworfener Medikamente, sondern auch das Risiko der Selbstmedikation mit nichtkonsumierten Tabletten. Zudem lässt sich das Problem lösen, dass Krankheitserreger resistent werden, wenn die Patientin oder der Patient die Behandlung mit Antibiotika nicht so lange wie verschrieben fortsetzt. Ausserdem stellt der Einzelverkauf sicher, dass Medikamente dank Medikamentendosierer nicht verwechselt und zu Hause richtig aufbewahrt werden. Dies ist vor allem für ältere Menschen hilfreich. Und letztlich lassen sich mit einer solchen Massnahme bei den Krankenkassen grosse Summen einsparen. Eine Einzelverkaufs-Testphase für Antibiotika in Zusammenarbeit mit freiwillig mitwirkenden Apothekerinnen und Apothekern drängt sich auf.*

*Der Bundesrat ist aufgefordert, die nötigen Grundlagen zu schaffen, um eine Testphase für den Einzelverkauf von Antibiotika zu ermöglichen.*

Bericht des Bundesrats vom 2. November 2022 «Einzelverkauf von Medikamenten: Wagen wir den Versuch!»

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 M 17.4270 KVG. Transparenz bei der Leistungsabrechnung nach Tarmed (Brand)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird eingeladen, das KVG und die dazugehörigen Bestimmungen derart anzupassen, dass die Leistungsabrechnung im Tarmed einfach kontrollierbar, transparent und für die Patienten nachvollziehbar ist. Bei Nichteinhaltung sind Sanktionen vorzusehen.*

Mit der Änderung vom 18. Juni 2021 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG)(Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1a, AS 2021 837) ist seit dem 1. Januar 2022 auf Gesetzesstufe die explizite Verpflichtung der Leistungserbringer vorgesehen, der versicherten Person im System des «Tiers payant» eine Rechnungskopie zukommen zu lassen (vgl. Art. 42 Abs. 3

KVG). Bei Nichteinhaltung dieser Verpflichtung können die Leistungserbringer sanktioniert werden. Damit erfolgt ein Schritt in Richtung mehr Transparenz und Möglichkeit der Rechnungskontrolle. Mit Änderung vom 23. November 2022 hat der Bundesrat zudem die Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102; AS 2022 814) dahingehend angepasst, dass die Leistungserbringer sicherstellen müssen, dass die Rechnung für die versicherte Person nachvollziehbar ist und insbesondere Art, Dauer und Inhalt der Behandlung verständlich dargestellt werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2019 P 18.4098      Vergütung von Medikamenten für krebskranke Kinder (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht auszuarbeiten, der die Situation der Kostenübernahme bei Medikamenten für krebskranke Kinder aufzeigt und mögliche Handlungsfelder darstellt, um Fälle von Ungleichbehandlungen zu vermeiden.*

*Insbesondere soll der Bericht aufzeigen:*

- *Unter welchen Voraussetzungen die Krankenkassen die Kosten von Medikamenten für krebskranke Kinder übernehmen;*
- *mögliche Lösungen für die Rückerstattung der Kosten von Medikamenten, die bereits im Ausland zugelassen wurden, aber in der Schweiz noch nicht;*
- *wie man Ungleichbehandlung bei den Kostenübernahmen von sogenannten Off-Label-Use-Medikamenten vermeiden kann.*

Postulatsbericht vom 7. September 2022 «Vergütung von Arzneimitteln für krebskranke Kinder».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 19.3064      Vergleichender Bericht über die Gesundheit von LGB (Marti Samira)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Gesundheit von LGB (Lesben, Schwule, Bisexuelle) zu erstellen. Dieser Bericht enthält geschlechterspezifische Vergleiche mit der übrigen Bevölkerung, um Bereiche zu identifizieren, in denen spezifische Massnahmen erforderlich sind.*

Postulatsbericht vom 9. Dezember 2022 «Gesundheit von LGBT-Personen in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 19.4283      ADHS. Resultate des Projektes Fokus in die Ausbildung integrieren (Herzog Verena)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die positiven Ergebnisse des Forschungsprojektes Fokus, welches das Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Auftrag gegeben hatte, gesamtschweizerisch in die Ausbildung von Fach- und Lehrpersonen zu integrieren.*

Postulatsbericht vom 31. August 2022 «ADHS. Resultate des Projektes FOKUS in die Ausbildung integrieren ».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 20.3162      Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

2020 M 20.3165      Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament im Hinblick auf eine potenzielle zweite Ausbreitungswelle von COVID-19 sowie mögliche weitere Krisen im Zuge des Auftretens neuartiger übertragbarer Krankheiten so rasch wie möglich folgende Berichte und Analysen vorzulegen:*

- *Eine unter Einbezug unabhängiger Expertinnen und Experten der Human-, Bio- und Wirtschaftswissenschaften erstellte erste Analyse der von unterschiedlichen Ländern gewählten Strategien im Kampf gegen COVID-19. Diese Analyse soll insbesondere darlegen, welche Mittel und Massnahmen sich für den Schutz der öffentlichen Gesundheit bei gleichzeitiger Minimierung der wirtschaftlichen und sozialen Schäden als am effektivsten erwiesen haben.*
- *Zur Vorbereitung einer eventuellen zweiten Welle des COVID-19 sollten diese besonderen Massnahmen vom Bundesrat rasch evaluiert und vorbereitet werden:*
  1. *Isolation der Infizierten und umfassender Schutz der Risikogruppen.*
  2. *Prioritäre Beschaffung von zur Pandemiebewältigung in der Intensivmedizin benötigten Medikamenten, Gerätschaften, Schutzmitteln etc., sowie Ausbau der Testkapazitäten.*
  3. *Sicherstellung der erforderlichen Kapazitäten im Gesundheitswesen und der Versorgungssicherheit.*
  4. *Transparentes Monitoring aller relevanten Corona-Fallzahlen, inkl. Genesene, Alter, Vorerkrankungen, Todesursachen etc., sowie Weiterentwicklung des Sentinella-Meldesystems, um zeitnah über konkrete Kenngrössen - anstelle von Hochrechnungen - zu verfügen.*
  5. *Transparentes Monitoring der Auslastung der Spital- und Pflegekapazitäten und der relevanten medizinischen Einrichtungen.*

*Eine Übersicht zu den organisatorischen, finanziellen und gesetzgeberischen Massnahmen, welche es in gesundheitlichen Krisensituationen ermöglichen, rasch zusätzliche Kapazitäten in den Bereichen der Intensivpflege-Infrastruktur, Akutpflegebetten, Altersheim und Spitexeinheiten sowie des Pflegepersonals der erforderlichen Qualifikationsstufe zu schaffen. Diese Übersicht sollte auch die langfristigen Investitionen beschreiben, die im Gesundheitswesen nötig sind, um den Mangel an Infrastrukturen und an ausgebildetem Pflegepersonal zu kompensieren.*

*Eine Liste der für die öffentliche Gesundheit unverzichtbaren medizinischen Diagnose-, Therapie- und Schutzprodukte sowie die Darlegung der auf gesetzlicher und organisatorischer Ebene nötigen Massnahmen zur Schaffung einer ausreichenden inländischen Produktion dieser Produkte. Zudem sollen die durch den Bund zu garantierenden Mindestreserven dieser Produkte und Materialien definiert werden sowie ein Lagerhaltungs- und Verteilkonzept vorgeschlagen werden.*

*Eine Strategie zur Unterstützung der Forschung im Bereich der Virologie und Bakteriologie. Erheblicher Finanzierungsbedarf besteht neben der Impfforschung für die Therapieforschung bei Viren und Bakterien, welche der öffentlichen Gesundheit grossen Schaden zufügen können. Ein spezieller Fokus muss dabei auf der Antibiotikaresistenz und den Mitteln zu ihrer Eindämmung (insbesondere der Phagentherapie) liegen.*

*Eine Standortbestimmung zum schweizerischen Sozialversicherungssystem (AHV/IV/EO, BVG, ALV, EL, Sozialhilfe) unter Berücksichtigung der in der Konsequenz der Corona-Krise zu erwartenden sozialen und ökonomischen Perspektiven sowie Szenarien der zu erwartenden Finanzierungsdeterminanten (Beitragszahlungen und Leistungsansprüche). Auch die Auswirkungen im Bereich des KVG sind zu evaluieren und Massnahmen vorzuschlagen, damit ein allfälliger Corona-bedingter Anstieg der Krankenkassenprämien vermieden werden kann.*

*Eine ganzheitliche Überprüfung des gesundheitspolitischen Risikomanagements des Bundes, der entsprechenden Regierungsführung (Good Governance, inkl. Führungsgrundsätze, Verantwortlichkeiten, Prozessstrukturen, der Zusammenarbeit der Departemente und der Schnittstellen), speziell unter den Gesichtspunkten der staatspolitischen (insb. Föderalismus) und direktdemokratischen Eigenheiten der Schweiz.*

*Der Bundesrat ist in seiner Antwort dazu angehalten, zwischen rasch umzusetzenden sowie mittel- und längerfristig planbaren Massnahmen zu unterscheiden und einen entsprechenden Zeithorizont aufzuzeigen. Der bereits 2018 vom BAG präsentierte Influenza-Pandemieplan ist dabei in vielerlei Hinsicht ein relevantes Bezugsdokument, weshalb eine Analyse seiner Umsetzung, Adäquatheit und Wirksamkeit sinnvollerweise in die Antwort des Bundesrates miteinfliesst.*

Die beiden gleichlautenden Motionen 20.3162 und 20.3165 sind im Kontext der ersten Pandemiewelle zu sehen. Sie beziehen sich ursprünglich auf Massnahmen, welche zur Vorbereitung auf eine «zweite Welle» im Jahr 2020 (z. B. die Isolation von infizierten Personen und der Schutz der Risikogruppen) zu treffen waren. Einige Empfehlungen konnten bereits im Laufe der Pandemie umgesetzt und die verlangten Anpassungen vorgenommen werden.

Die vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Auftrag gegebene Evaluation «Evaluation der Krisenbewältigung Covid-19 bis Sommer 2021» (Schlussbericht von Interface vom 4. Februar 2022) und der Bericht «Krisenorganisation des Bundes für den Umgang mit der Covid-19-Pandemie (Januar bis Juni 2020)» der Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte (GPK) vom 17. Mai 2022 nehmen die Anliegen der Motionen in grossen Teilen auf. Insbesondere werden im Rahmen der Auswertungen der Bundeskanzlei zum Krisenmanagement der Bundesverwaltung in der Covid-19-Krise Varianten für die Organisation des Krisenmanagements der Bundesverwaltung auf strategischer und operativer Ebene erarbeitet. Dabei soll auch der Rollenverteilung zwischen diesen Krisenorganisationen und der ordentlichen Departements-Struktur Rechnung getragen werden.

Das Monitoring der relevanten Corona-Indikatoren (inkl. Genesene, Alter, Vorerkrankungen, Todesursachen usw.) wurde erweitert und öffentlich zugänglich gemacht, ebenso das Monitoring der Auslastung der Spital- und Pflegekapazitäten.

Im Bereich des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (SR 832.10) wurde im Rahmen der Publikation der Krankenkassenprämien für 2023 durch das BAG ausführlich über die Auswirkungen der Pandemie berichtet. Der Anstieg der mittleren Prämie auf 2023 beträgt 6,6 Prozent. Seit 2018 beträgt der Anstieg damit durchschnittlich 1,5 Prozent, gegenüber 3,8 Prozent in den fünf Jahren davor (2013–2018). Die Prämien sind das Spiegelbild der Kosten. Nach vier Jahren, in denen die Krankenkassenprämien relativ stabil geblieben sind, gibt es für 2023 einen deutlichen Anstieg. Die Pandemie verursachte direkte Kosten, die ab der zweiten Hälfte des Jahres 2021 stark zugenommen haben. Die Gesundheitskosten stiegen zudem im ersten Halbjahr 2022 weiter an. Im Rückblick zeigt sich, dass die in den Jahren 2021 und 2022 gezahlten Prämien nicht kostendeckend waren. Da alle Versicherten über ausreichende Reserven verfügten, konnten die versicherungstechnischen Verluste vollumfänglich gedeckt werden. Ausserdem konnten die Reserven einen Teil der erforderlichen Prämienhöhung per 2023 abfedern.

Die Anliegen bezüglich der Versorgungssicherheit mit medizinischen Gütern werden in einem noch laufenden Projekt untersucht und Verbesserungsansätze werden erarbeitet. Darin werden Steuerungselemente wie Bedarfsermittlung, Monitoring von Beständen und Erarbeitung des Lagebilds thematisiert. Zudem werden als präventive Elemente die Bevorratung wichtiger medizinischer Güter und die Möglichkeit der Eigenproduktion nach den Kriterien der Wirksamkeit, der Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit untersucht. Die Prozesse zur Beschaffung, Bewirtschaftung, Zuteilung und Verteilung von wichtigen medizinischen Gütern werden im Projekt ebenfalls überarbeitet.

Der Influenza-Pandemieplan von 2018 wird derzeit in enger Zusammenarbeit mit den relevanten Stakeholdern überarbeitet. Der revidierte Pandemieplan soll Erreger-unspezifisch sein und auf einer Informationsplattform veröffentlicht werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung. .

2020 P 20.3242 Covid-19. Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen (FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird aufgefordert, eine umfassende Analyse der auf nationaler und kantonaler Ebene getroffenen Massnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie durchzuführen. Er soll dabei auch die Massnahmen von anderen Ländern prüfen, denen es gelungen ist, die Krise mit weniger weitreichenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden zu überwinden. Basierend auf diesen Auswertungen soll er mögliche Änderungen des Pandemieplans und des Epidemiegesetzes präsentieren.*

Das Postulat wurde 2020 überwiesen und steht im Kontext der ersten Pandemiewelle. Die Covid-19-Massnahmen, zu deren Prüfung der Bundesrat aufgefordert wurde (schneller Zugang zu Tests, Quarantäne, Einsatz von Smartphone-Anwendungen, Einrichtung eines Koordinationszentrums, Kommunikation der Behörden über Statistiken und ergriffene Massnahmen) sind seither umgesetzt worden.

Die vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Auftrag gegebene Evaluation «Evaluation der Krisenbewältigung Covid-19 bis Sommer 2021» (Schlussbericht von Interface vom 4. Februar 2022) und der Bericht «Krisenorganisation des Bundes für den Umgang mit der Covid-19-Pandemie (Januar bis Juni 2020)» der Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte (GPK) vom 17. Mai 2022 nehmen die Anliegen des Postulats in grossen Teilen auf. Ergänzend dazu lieferte die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) in ihrem Schlussbericht «Zusammenarbeit von Bund und Kantonen in der Covid-19-Epidemie: Schlussfolgerungen und Empfehlungen» vom 29. April 2022 weitere wichtige Hinweise und Empfehlungen zur Verbesserung des Krisenmanagements. Der Bundesrat hat darüber beraten und am 12. Oktober 2022 dazu eine Stellungnahme verabschiedet.

Das BAG hat Massnahmen im Ausland fortlaufend analysiert und diese in den Entscheidungsfindungsprozess miteinbezogen. Durch das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten hat das BAG regelmässig Anfragen bei Schweizer Botschaften im Ausland gemacht, um zeitnah über aktuelle und geplante Massnahmen in anderen Ländern informiert zu sein. Ebenfalls fanden regelmässig Absprachen mit anderen Ländern – speziell den Nachbarländern – statt, um die grenzsanitären Massnahmen abzustimmen. Die wissenschaftliche Analyse der Wirksamkeit der verschiedenen Massnahmenpakete, die von Staaten zur Eindämmung der Ausbreitung der Covid-19-Pandemie sowie zur Abmilderung ihrer Folgen ergriffen wurden, bleibt aufgrund der Unterschiede der Gesundheitssysteme und der Vielzahl von externen Faktoren, die schwer messbar beziehungsweise quantifizierbar sind, schwierig. Nach Möglichkeit werden jedoch auch heute Daten zur Wirksamkeit von einzelnen Massnahmen verwendet – zum Beispiel bei der Revision des Pandemieplans.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3297 Einsetzung einer Expertengruppe zwecks Nachbearbeitung der Corona-Pandemie und Erarbeitung der daraus zu ziehenden Konsequenzen (Binder)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, den Einsatz einer Expertengruppe mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Behörden zu prüfen, welche die Coronakrise umfassend analysiert, Schlussfolgerungen daraus zieht und Empfehlungen für die Zukunft formuliert.*

Am 30. Juni 2020 hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) beschlossen, die Covid-19-Krisenbewältigung extern evaluieren zu lassen, um die Reaktionen des Bundes und der Kantone während der Pandemie zu überprüfen und Verbesserungspotenzial in Bezug auf Krisenvorbereitung, -bewältigung und -nachbereitung zu identifizieren. Die in diesem Postulat geforderte Gesamtschau der Ereignisse, die Aufarbeitung und die Analyse wurden in einer vom BAG in Auftrag gegebenen Evaluation «Evaluation der Krisenbewältigung Covid-19 Januar 2020 bis Sommer 2021», im Interface-Schlussbericht vom 4. Februar 2022, festgehalten. Die Evaluation gibt Empfehlungen für die Optimierung des Krisenmanagements in fünf Themenbereichen, namentlich Krisenorganisation, Gesundheitsversorgung und rechtliche Regelungen, Digitalisierung und Datenmanagement, Stakeholdermanagement und Gesundheitsverständnis. Dazu gehören die Entwicklung einer nationalen Strategie für die Verwaltung von gesundheitsrelevanten Daten und die Integration von Fachleuten aus verschiedenen Bereichen der Pandemievorbereitung und -planung.

Im März 2020 wurde die Swiss National Covid-19 Science Task Force (NCS-TF) eingesetzt. Sie hatte während der Krise die Aufgabe, den Bundesrat mit ihrer Expertise zu unterstützen. Die NCS-TF löste sich mit dem Ende der besonderen Lage per Ende März 2022 auf und schloss ihre Arbeit mit dem Abschlussbericht vom 29. März 2022 ab.

Die im Postulat genannten Anliegen wurden in den nachfolgend aufgeführten Berichten aufgegriffen und es wurden notwendige Massnahmen eingeleitet:

- Bericht zur Auswertung Krisenmanagement Covid-19-Pandemie (1. Phase / Februar bis August 2020) der Bundeskanzlei vom 30. November 2020;
- Bundesratsbeschlüsse und Bundesratsaufträge an die Departemente/Ämter vom 11. Dezember 2020;
- Bericht «Krisenorganisation des Bundes für den Umgang mit der Covid-19-Pandemie (Januar bis Juni 2020)» der Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte vom 17. Mai 2022;
- Bericht des Schweizerischen Wissenschaftsrats (SWR Schrift 1/2022) «Akzeptanz von Krisenmassnahmen durch die Bevölkerung».

Die Konferenz der Kantonsregierungen empfiehlt dem Bundesrat in ihrem Schlussbericht vom 29. April 2022, die Entscheidungskompetenzen in einem «Fach-Krisenstab» klar zu definieren und die Kantone in die Willensbildung und Entscheidungsfindung zeitnah einzubeziehen.

Die Aufarbeitung der Coronakrise ist durch die in dieser Übersicht dargestellten Evaluationen und Berichterstattungen erfolgt. Die im Postulat genannten weiteren Anliegen werden in die laufende Revision des Epidemieggesetzes und in die Projekte zur Pandemievorbereitung und Versorgungssicherheit aufgenommen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3352 Je besser die Daten, desto besser die Politik (Andrey)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird aufgefordert, einen Bericht über die Erhebung und Aufbereitung der Daten in Zusammenhang mit den Covid19-Fallzahlen und der Kapazität respektive Belegung der Spitalinfrastrukturen in den Kantonen zu erstellen. Diese Daten waren und bleiben die wesentliche Grundlage zur Ausgestaltung der behördlichen Massnahmen in der der Bewältigung der Corona-Krise.*

*Zudem soll der Bericht Aussagen über den Stand der Umsetzung der Open Data Strategie des Bundes enthalten.*

Der vom Bundesamt für Gesundheit verfasste «Bericht zur Verbesserung des Datenmanagements» vom 12. Januar 2022 deckt die im Vorstoss aufgegriffenen Themen und Aspekte im Zusammenhang mit der Erhebung, Aufbereitung und Publikation der Covid-19-Daten ab. Die durch den Ausbruch der Covid-19-Pandemie zutage getretenen Schwächen bei der Digitalisierung und der Datenverwaltung im Gesundheitssystem werden ausführlich beschrieben. Verbleibende Lücken und entsprechende technische und organisatorische Massnahmen, um eine längerfristige Verbesserung der Situation zu erreichen, werden im Kontext bestehender Projekte und Strategien dargelegt.

Die im Postulat erwähnten kritischen Aspekte bezüglich der Unvollständigkeit der für die Entscheidungsfindung wichtigen epidemiologischen Indikatoren wurden im Verlauf der Pandemie unter hohem Druck und in kurzer Zeit deutlich verbessert. So wurden beispielsweise die Meldewege für die medizinischen Befunde von Covid-19-Infektionen aus den Labors, Spitälern und der Ärzteschaft vereinfacht, und durch das Online-Portal [www.covid19.admin.ch](http://www.covid19.admin.ch) wurde ein wirkungsvolles Instrument zur Darstellung und Einschätzung der Lage eingeführt. Zusätzlich werden alle Daten, die öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen, gemäss den Vorgaben für «Open Government Data» auch über die Plattform [www.opendata.swiss](http://www.opendata.swiss) verfügbar gemacht.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3962      Hürden für die Spitalwahl ausserhalb des Wohnkantons abbauen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, aufzuzeigen, wie die Hürden, welche die freie Spitalwahl beeinträchtigen, beseitigt werden können und ein gewisser Wettbewerb zwischen den Listenspitalern der Kantone gewährleistet werden kann.*

*Dabei sind die gesetzgeberischen Ziele der neuen Spitalfinanzierung durchzusetzen, insbesondere dass*

- *Spitäler und Kliniken einzig auf der Spitalliste des Standortkantons stehen müssen;*
- *Versicherte bei Wahleingriffen Zugang zu allen Listenspitalern der Schweiz haben und sowohl vom Wohnsitzkanton wie von der Krankenversicherung den Beitrag zu Gute haben, den sie bei einer Behandlung im Wohnsitzkanton kosten würden.*

Postulatsbericht vom 25. Mai 2022 «Verbesserungspotenzial bei der Spitalfinanzierung und Hürden für die freie Spitalwahl».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 21.4313      Schaffung eines elektronischen Impfausweises (Dobler)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, die Einführung eines elektronischen Impfausweises kompatibel mit dem elektronischen Patientendossier (EPD) zu realisieren. Dieser Ausweis, der als Ersatzlösung der Online-Plattform [meineimpfungen.ch](http://meineimpfungen.ch) dienen soll, ist freiwillig und soll im medizinischen oder behördlichen Kontext verwendet werden können, wie der bisherige Papierschein. Der Halter des Ausweises soll seine Impfungen auch in einer App verwalten können. Aufgrund der Erfahrungen von [meineimpfungen.ch](http://meineimpfungen.ch), ist bei der Umsetzung einer neuen Lösung der Datenschutz und die Sicherheit zentral.*

2022 P 21.4453      Covid-Impfkampagne als Chance für das elektronische Patientendossier nutzen (Dittli)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob aus den registrierten Covid-Impfdossiers und den Impfberechtigungen des Bundes und der Kantone individuelle Elektronische Patientendossiers (EPD) generiert werden können.*

Mit Inkrafttreten der Änderung vom 28. Oktober 2022 der Verordnung des EDI über das elektronische Patientendossier (SR 816.111; AS 2022 657) am 1. Dezember 2022 wurde die rechtliche Grundlage geschaffen, um einen elektronischen Impfausweis im elektronischen Patientendossier abzulegen. Anhang 4 beinhaltet die allgemeinen Vorgaben zu den administrativen und medizinischen Inhalten der Austauschformate und regelt die technische Umsetzung des Austauschformates Impfung. Die Umsetzung kann mittels Impfmodul realisiert werden, welches eHealth Suisse zuhanden der Gemeinschaften und Stammgemeinschaften entwickeln liess.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion und des Postulats als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

## **Bundesamt für Statistik**

2020 P 19.4132      Erfassung des Gender Overall Earnings Gap und anderer Indikatoren zu geschlechterspezifischen Einkommensunterschieden (Martí Samira)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen eines Berichtes zu klären, wie der Gender Overall Earnings Gap (GOEG) sowie andere wichtige Daten zu unbezahlter Arbeit und Lohndiskriminierung in Zukunft regelmässig als Zeitreihendaten erhoben oder berechnet und veröffentlicht werden können.*

Postulatsbericht vom 7. September 2022 «Erfassung des Gender Overall Earnings Gap und anderer Indikatoren zu geschlechterspezifischen Einkommensunterschieden».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

## Bundesamt für Sozialversicherungen

2016 P 16.3908 Die Vorsorgesituation von Selbstständigerwerbenden analysieren (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die Vorsorgesituation von Selbstständigerwerbenden zu analysieren. Der Bericht soll insbesondere die folgenden Punkte untersuchen:*

1. *Mögliche Vorsorgelücken.*
2. *Mögliche Versicherungsmodelle (inkl. Prüfung eines Obligatoriums im BVG, punktuelle Massnahmen usw.).*
3. *Auswirkungen auf die Ergänzungsleistungen.*
4. *Vorsorgesituation von Personen, die gleichzeitig einer selbstständigen und einer unselbstständigen Teilzeitarbeit nachgehen.*

Postulatsbericht vom 22. Juni 2022 «Analyse der Vorsorgesituation von Selbstständigerwerbenden».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 19.3172 Förderung der Erwerbstätigkeit nach Erreichen des Regelrentenalters (Hegglin Peter)

Eingereichter Text:

*Mit dem Ziel, Anreize zu schaffen, die Erwerbstätigkeit nach dem Regelrentenalter zu fördern, wird der Bundesrat gebeten, in einem Bericht Lösungsvarianten zu AHV, BVG und den Steuern vorzuschlagen, dies unter Berücksichtigung der Parameter Freibetrag und Auffüllen von Beitragslücken sowie einer attraktiveren Gestaltung des Rentenaufschubs in der AHV und in der beruflichen Vorsorge.*

Postulatsbericht vom 16. Dezember 2022 «Förderung der Erwerbstätigkeit nach Erreichen des Regelrentenalters».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 19.3954 Weiterführung der strategischen Aufgabe der Armutsprävention (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie - auf der Grundlage des 2018 ausgelaufenen Nationalen Programms gegen Armut - die Aufgabe der Armutsprävention bundesseitig weitergeführt werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, wie das Armutsrisiko bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen dank Bildungsmassnahmen verringert werden kann.*

Postulatsbericht vom 6. April 2022 «Weiterführung der strategischen Aufgabe der Armutsprävention».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20. Differenzierte Codierung von IV-Gebrechen (Suter)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die veralteten Codizes bei der Klassifikation von IV-Gebrechen durch ein differenzierteres und international anerkanntes System zu ersetzen sind. Parallel zur neuen Codierung soll die alte jedoch weitergeführt werden, damit die historische Vergleichbarkeit gewährleistet bleibt.*

Postulatsbericht vom 9. Dezember 2022 «Differenzierte Codierung von IV-Gebrechen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 19.4320 IV-Verfügungen mit leichter Sprache ergänzen, um sie für die betroffenen Menschen verständlich zu machen (Flach)

Eingereichter Text:

*Der Bund integriert in seine Zielvereinbarungen mit den kantonalen Stellen der Invalidenversicherung (IV) das Ziel, dass Entscheidungen und Mitteilungen der IV den versicherten Personen so zu kommunizieren sind, dass zumindest die Kernbotschaft des Entscheids von durchschnittlichen versicherten Personen verstanden wird, indem eine Erklärung in leichter Sprache den wesentlichen Inhalt erklärt. Der Zielerreichungsgrad ist regelmässig zu überprüfen.*

Das Bildungszentrum der IV bietet einen Kurs in deutscher und französischer Sprache an, mit dem Ziel, Verfügungstexte verständlich und individuell zu formulieren; dieser Kurs beinhaltet ein Modul zu leichter Sprache».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen**

2020 P 20.3913      Verbesserung der Wirksamkeit des Nutri-Score (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht folgende Punkte zu analysieren:*

- 1. Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit der Nutri-Score bei der Nährwertqualität des Warenkorbtes, insbesondere jenes von Haushalten mit bescheidenem Einkommen, sein volles Potenzial entfalten kann?*
- 2. Wie hoch muss der Mindestanteil der Produkte sein, die mit dem Nutri-Score zu kennzeichnen ist, damit ein Effekt auf die Nährwertqualität des Warenkorbtes der Schweizer Haushalte erzielt wird?*
- 3. Die Konsumentinnen und Konsumenten müssen die gesamte Palette ähnlicher Produkte, z. B. Joghurts aller Marken, vor dem Kauf vergleichen können. Wie können die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass alle Produkte den Nutri-Score anzeigen?*
- 4. Migros, Coop und Aldi beschränken ihr Engagement auf einen kleinen Teil ihres Sortiments. Mit welchen Anreizen könnte in allen Segmenten des Sortiments (Fertiggerichte, Frühstückszerealien, Kindersnacks usw.) ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden?*
- 5. Wie viel kostet es ein Unternehmen, den Nutri-Score auf seinen Produkten einzuführen?*

Postulatsbericht vom 2. Dezember 2022 «Verbesserung der Wirksamkeit des Nutri-Score».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

## Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

### Bundesamt für Justiz

2016 P 15.3431 Ein «Pacs» nach Schweizer Art (Caroni)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und in welchen möglichen Ausgestaltungen die Schweiz ergänzend zur Ehe ein Rechtsinstitut mit weniger umfassenden Rechtsfolgen als die Ehe für Paare jeglichen Geschlechts einführen könnte.*

2016 P 15.4082 Ein «Pacs» nach Schweizer Art (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in Anlehnung an das von Nationalrat Andrea Caroni eingereichte Postulat 15.3431 einen Bericht vorzulegen, welcher einen «Pacs nach Schweizer Art» prüft, der die Eintragung einer Partnerschaft als Rechtsinstitut ausserhalb der Ehe und unabhängig von der Geschlechterzusammensetzung ermöglichen soll.*

2018 P 18.3234 Übersicht über das Konkubinat im geltenden Recht (Caroni)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, eine Übersicht zu erstellen über die verschiedenen Definitionen und Rechtsfolgen des Konkubinats im geltenden Recht.*

Postulatsbericht vom 30. März 2022 «Übersicht über das Konkubinat im geltenden Recht – Ein PACS nach Schweizer Art?».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 16.3961 Datenerhebung zu Diskriminierungen, die auf sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität beruhen, mit Augenmerk auf Mehrfachdiskriminierungen (Reynard)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, wie Daten über Diskriminierungen im Bereich LGBTI und im selben Rahmen ebenfalls Daten über Mehrfachdiskriminierungen gesammelt werden können.*

Postulatsbericht vom 22. Juni 2022 «Datenerhebung zu Diskriminierungen, die auf sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität beruhen, mit Augenmerk auf Mehrfachdiskriminierungen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2018 M 16.3945 Schutz religiöser Gemeinschaften vor terroristischer und extremistischer Gewalt (Jositsch)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen aufzuzeigen, welche weiter gehenden Massnahmen für die Sicherheit von religiösen Gemeinschaften, die durch potenzielle terroristische und extremistische Gewalt besonders gefährdet sind, getroffen werden können und welche gesetzlichen Grundlagen allenfalls für deren Umsetzung nötig wären.*

Die Motion führte zu verschiedenen Umsetzungsarbeiten mit dem Ziel der Verbesserung der Sicherheit religiöser und anderer Gemeinschaften vor terroristischer und extremistischer Gewalt. Am 24. November 2017 verabschiedeten Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, der Kantone und der Städte den gemeinsam erarbeiteten Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP). Dieser sieht 26 Massnahmen vor. Der Bundesrat beschloss am 1. Dezember 2017 eine Impulsfinanzierung von 5 Millionen Franken für die Umsetzung der Massnahmen. Am 1. November 2019 trat die Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (SR 311.039.6) in Kraft. Diese ermöglicht die Unterstützung von Präventions- und Sicherheitsprojekten, namentlich auch im baulich-technischen Bereich, durch den Bund. Entsprechende Gesuche wurden 2020, 2021 und 2022 bewilligt.

Das Bundesamt für Polizei hat 2021 einen Zwischenbericht zur bisherigen Umsetzung der Verordnung erarbeitet. Gemäss diesem haben sich die Finanzhilfen grundsätzlich bewährt. Allerdings wurde festgestellt, dass die verfügbaren Mittel nicht ausreichend sind. Der Bundesrat hat deshalb im April 2022 entschieden, die Unterstützungsbeiträge zu erhöhen. So werden die jährlichen Mittel für spezifische Schutzmassnahmen, insbesondere für bauliche und technische Massnahmen, um 500 000 Franken auf eine Million Franken aufgestockt. Überdies wird sich der Bund ab 2023 im Rahmen von ganzheitlichen Sicherheitskonzepten gefährdeter Einrichtungen mit maximal 1,5 Millionen Franken pro Jahr an den Gesamtkosten zur Sicherung gefährdeter Einrichtungen beteiligen. Damit stehen für die 2023–2027 insgesamt 2,5 Millionen Franken für Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen zur Verfügung.

Mit den zusätzlich zur Verfügung stehenden Mitteln und der neu vorgesehenen Möglichkeit, sich an ganzheitlichen Sicherheitskonzepten gefährdeter Einrichtungen und den damit verbundenen Kosten zu beteiligen, erachtet der Bundesrat das materielle Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2018 P 17.4121 Drittes Geschlecht im Personenstandsregister (Arslan)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, was die Folgen wären, wenn im Personenstandsregister die Möglichkeit eröffnet würde, Menschen, die sich nicht in das binäre Geschlechtssystem («Frau» oder «Mann») einordnen lassen (wollen), mit einem dritten Geschlecht einzutragen, oder wenn das Personenstandsrecht generell nicht mehr auf das Geschlecht abstellen würde. Im Bericht ist darzulegen, welche Schwierigkeiten durch eine solche Erweiterung entstünden und wie diese beseitigt werden könnten. Dabei sind auch die Entwicklungen und Erfahrungen des Auslands darzustellen und in die Überlegungen mit einzubeziehen.*

2018 P 17.4185 Einführung einer dritten Geschlechtsidentität. Folgen für die Rechtsordnung und für Infostar (Ruiz Rebecca)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der prüft, welche gesetzlichen Änderungen (Verfassung, Gesetze, Verordnungen) und welche Anpassungen im elektronischen Personenstandsregister (Infostar) im Falle folgender Massnahmen nötig wären: die Einführung einer dritten Geschlechtsidentität im Personenstandsregister, der vollständige Verzicht auf die Angabe des Geschlechts im Register oder ein vorübergehender Aufschub des Eintrags bei neugeborenen intergeschlechtlichen. Der Bericht soll einen Überblick geben über die zu erwartenden Kosten, die für die Umsetzung dieser Änderungen benötigte Zeit und die zusätzlichen Konsequenzen, die sich für die Infrastruktur der Register in der Schweiz ergeben würden.*

Postulatsbericht vom 21. Dezember 2022 «Einführung eines dritten Geschlechts oder Verzicht auf den Geschlechtseintrag im Personenstandsregister – Voraussetzungen und Auswirkungen auf die Rechtsordnung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2019 P 18.4100 Instrument der pekuniären Verwaltungssanktionen (Staatspolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt aufzuzeigen, wie im Schweizer Recht ein allgemeines System der pekuniären Verwaltungssanktionen sowie die erforderlichen rechtlichen Garantien eingeführt werden können.*

Postulatsbericht vom 23. Februar 2022 «Instrument der pekuniären Verwaltungssanktionen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 18.3262 SCoop. Irreführende Kurzbezeichnung der Genossenschaft in Italienisch und Französisch ändern (Romano)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, so rasch wie möglich die italienische und französische Kurzbezeichnung der Rechtsform der Genossenschaft zu ändern. Die heutige Bezeichnung «Scoop» in diesen beiden Sprachen ist irreführend.*

Die Abkürzung «SCoop» wurde durch «SCoo» ersetzt (Revision vom 2. Februar 2022 der Handelsregisterverordnung [SR 221.411; AS 2022 114]; die Revision wird am 1. Januar 2023 in Kraft treten.).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 M 19.4377 Unvereinbarkeitsbestimmungen am Bundesstrafgericht (Kommission für Rechtsfragen NR)

2020 M 19.4391 Unvereinbarkeitsbestimmungen am Bundesstrafgericht (Kommission für Rechtsfragen SR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung eine Änderung der gesetzlichen Unvereinbarkeitsregelungen für nebenamtliche Richterinnen und Richter am Bundesstrafgericht zu unterbreiten, so dass diese Dritte nur vor dem Bundesstrafgericht nicht berufsmässig vertreten dürfen.*

Das Anliegen der beiden gleichlautenden Motionen wurde mit der Revision vom 17. Juni 2022 der Strafprozessordnung (SR 312.0; BBl 2022 1560) umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 19.4389 Anerkennung der bundesnahen Unternehmen als Gesellschaften des öffentlichen Interesses im Sinne des Revisionsaufsichtsgesetzes (Geschäftsprüfungskommission SR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen, ob es sinnvoll wäre, Artikel 2 Buchstabe c des Revisionsaufsichtsgesetzes (RAG) so anzupassen, dass alle bundesnahen Unternehmen künftig als Gesellschaften des öffentlichen Interesses erachtet oder zumindest als solche behandelt werden.*

Postulatsbericht vom 31. August 2022 «Handlungsbedarf im Revisions- und Revisionsaufsichtsrecht».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3185 Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung (Bulliard)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und in einem Bericht darzustellen, wie der Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung im ZGB verankert werden kann.*

Postulatsbericht vom 19. Oktober 2022 «Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3463 Redlichkeitskultur im Schweizer Recht (Kommission für Rechtsfragen SR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen, wie in der Aviatik, im Gesundheitswesen oder in anderen hochsicherheitsrelevanten Bereichen das Prinzip der Redlichkeitskultur («Just Culture», «Fehlerkultur») im Schweizer Recht als generelles Prinzip eingeführt werden kann.*

Postulatsbericht vom 9. Dezember 2022 «Fehlerkultur: Möglichkeiten und Grenzen ihrer rechtlichen Verankerung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3969 Ergänzungen betreffend Cybermobbing im Strafgesetzbuch (Kommission für Rechtsfragen NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird aufgefordert einen Bericht zu erstellen, wie durch entsprechende Ergänzungen des Strafgesetzbuches (StGB) Cybermobbing und digitale Gewalt bestraft werden können.*

Postulatsbericht vom 19. Oktober 2022 «Ergänzungen betreffend Cybermobbing im Strafgesetzbuch».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### **Bundesamt für Polizei**

2019 P 19.3533 Bekämpfung des Hooliganismus (Sicherheitspolitische Kommission SR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die Kantone, die Verbände und die Vereine in die Pflicht genommen werden können zur Bekämpfung des Hooliganismus und ähnlicher Phänomene.*

*Zudem soll geprüft werden, in welcher Form die Bekämpfung des Hooliganismus und ähnlicher Phänomene generell und insbesondere im Rahmen des Hooligan-Konkordats durch den Bund koordiniert, unterstützt und gefördert werden kann.*

*Auch soll der Bericht Aufschluss geben, wie die Umsetzung des Konkordates zu kontrollieren ist.*

Postulatsbericht vom 22. Juni 2022 «Bekämpfung des Hooliganismus».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### **Staatssekretariat für Migration**

2018 P 17.3004 Syrische Flüchtlinge (Staatspolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, im Anschluss an seinen Bericht vom 30. Juni 2016, «Syrische Flüchtlinge. Verstärkte europäische Zusammenarbeit», einen aktualisierten Bericht vorzulegen, der insbesondere auch Auskunft gibt über:*

- *die Zahlen der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen durch sämtliche Länder Europas;*
- *das Konzept einer direkten, schnellen und unkomplizierten Hilfe vor Ort;*
- *einen konkreten Vorschlag für Massnahmen zur Eindämmung bzw. Abweisung von Wirtschaftsflüchtlingen;*
- *die Möglichkeit der Durchsetzung des Dubliner Abkommens;*
- *die Möglichkeiten, wie syrische Flüchtlinge unter Anerkennung ihrer Ausbildung besser beruflich oder ins Ausbildungssystem (Studium) integriert werden können;*
- *die Fluchtgründe und die Möglichkeit der Schweiz, einen Beitrag zu ihrer Bekämpfung zu leisten;*
- *die Waffenexporte aus der Schweiz, ihren allfälligen Widerspruch zur Aussenpolitik der Schweiz und ihren allfälligen Beitrag zur Entstehung problematischer Situationen;*
- *den Beitrag der Schweiz zur Bekämpfung des Schleppertums;*
- *die Unterstützung von besonders Schutzbedürftigen, namentlich Minderjährigen, alleinstehenden Frauen oder Frauen mit Kindern, die besonderen Gefahren ausgesetzt sind;*
- *die Möglichkeit der Öffnung von legalen und sicheren Fluchtwegen, damit Menschen auf der Flucht weniger Gefahren ausgesetzt sind.*

Postulatsbericht vom 26. Januar 2022 «Syrische Flüchtlinge. Verstärkte europäische Zusammenarbeit».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 19.3651 Für eine Zuwanderungsregelung, die den Bedürfnissen der Schweiz entspricht (Nantermod)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die verschiedenen Varianten für ein besseres System zur Regelung der Zuwanderung aus Drittstaaten zu prüfen. Optionen sind eine Verbesserung des heute geltenden Kontingentsmodells oder der Ersatz dieses Modells durch ein System, das stärker auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet ist, dies insbesondere in den Hightech-Branchen, in denen ein Mangel an einheimischen Arbeitskräften herrscht.*

Postulatsbericht vom 4. März 2022 «Für eine Zuwanderungsregelung, die den Bedürfnissen der Schweiz entspricht».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 20.3130 Schrittweise Öffnung der Grenzen und Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit (Aussenpolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt für die schrittweise Öffnung der Landesgrenzen ebenfalls einen Fahrplan aufzustellen, damit Familien rasch zusammengeführt und die Personenfreizügigkeit wiederhergestellt werden kann.*

Am 13. März 2020 führte der Bundesrat Einreisebeschränkungen und Binnengrenzkontrollen gegen Italien ein, am 16. März 2020 dann gegen Frankreich, Deutschland und Österreich, am 18. März 2020 gegen Spanien und schliesslich am 24. März 2020 gegenüber allen Schengen-Staaten – dies, um die rasante Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. Am 29. April 2020 beschloss der Bundesrat Lockerungen der pandemiebedingten Einschränkungen im Inland und an den Grenzen. Am 11. Mai 2020 traten daraufhin erste Lockerungen in Kraft, so im Bereich der Bearbeitung von bereits eingereichten Gesuchen um eine Aufenthalts- oder Grenzgängerbewilligung von Erwerbstätigen aus einem EU- oder EFTA-Staat, bei der Neumeldung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen gemäss dem Freizügigkeitsabkommen (SR 0.142.112.681), gegenüber Arbeitnehmenden aus Drittstaaten und im Bereich des Familiennachzugs. Ab dem 15. Mai 2020 konnten unverheiratete Paare sowie Liegenschafts- und Landwirtschaftsnutzer aus Deutschland und Österreich im Rahmen einer Selbstdeklaration wieder einreisen und ab dem 8. Juni 2020 wurden weitere Restriktionen aufgehoben und diverse sistierte Verfahren im Ausländerbereich wieder aufgenommen. Am 12. Juni 2020 schliesslich beschloss der Bundesrat, mit Wirkung per 15. Juni 2020 sämtliche Einreisebeschränkungen gegenüber sämtlichen Schengen-Staaten aufzuheben und die Personenfreizügigkeit in ihrem vollen Umfang wieder einzuführen.

Auch gegenüber Drittstaaten ausserhalb des Schengen-Raums wurden die Einreisebeschränkungen laufend angepasst und schliesslich auf den 2. Mai 2022 vollständig aufgehoben. Angesichts des gemeinsamen Schengen-Raums ohne Binnengrenzkontrollen erfolgten diese Anpassungen stets im Einklang mit den Empfehlungen der EU.

Damit bestehen keine pandemiebedingten Einreisebeschränkungen mehr – weder an den Schengen-Binnengrenzen der Schweiz zu ihren unmittelbaren Nachbarn und zu anderen Schengen-Staaten, noch an der Schengen-Aussengrenze gegenüber Drittstaaten an den Flughäfen. Eine Planung schrittweiser Öffnungsschritte erweist sich damit als hinfällig.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 M 20.3143 Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens (Staatspolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Situation auf den ägäischen Inseln substantiell verbessert wird. Zudem soll die Schweiz auch eigene Solidaritätsleistungen ergreifen. Weiter wird der Bundesrat damit beauftragt, sich auf europäischer Ebene für eine Reform des Dublin-Abkommens einzusetzen, hin zu einer gerechteren und gleichmässigeren Verteilung unter Sicherstellung einer menschenwürdigen Behandlung der Flüchtlinge.*

Die Situation in Griechenland und insbesondere auf den griechischen Inseln hat sich seit 2020 stark verändert: Aufgrund weniger neuer Anlandungen, konsequenter Transfers aufs Festland sowie namhafter Investitionen in die Infrastrukturen konnten die prekären Aufnahmebedingungen auf den ägäischen Inseln verbessert werden. Als Reaktion auf das Feuer in der Einrichtung Moria auf der Insel Lesbos beauftragte die Europäische Kommission eine Taskforce mit der Planung von fünf neuen, dem EU-Standard entsprechenden Einrichtungen auf den Inseln Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros. Die Praxis des EJPD, auf der Grundlage der bestehenden Dublin-Bestimmungen die rasche Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) mit familiären Verbindungen in die Schweiz zu ermöglichen, wurde umgesetzt. Zudem konnten nach dem Brand in der Einrichtung Moria auf der Insel Lesbos 20 UMA in die Schweiz einreisen. Die Schweiz hat Griechenland seit 2014 mit rund 12 Millionen Franken beim Aufbau von Unterbringungs- und Asylstrukturen sowie mit humanitärer Hilfe zugunsten der Migrantinnen und Migranten unterstützt. Der Fokus der Schweiz lag dabei insbesondere auf der Verbesserung der Situation von vulnerablen Migrantinnen und Migranten. Schliesslich setzt die Schweiz dieses Engagement fort: Griechenland ist einer der Partnerstaaten für die Zusammenarbeit im Rahmen des zweiten Schweizer Beitrags (Rahmenkredit Migration). Das Budget für das entsprechende Länderprogramm beläuft sich auf 40 Millionen Franken. Auf EU-Ebene setzt sich die Schweiz weiterhin für eine nachhaltige Reform des Dublin-Systems ein, die eine gerechtere Verteilung der Verantwortung unter den EU-Mitgliedstaaten und den assoziierten Staaten festlegt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.4265 Bericht zur Einführung elektronischer Fussfesseln im Ausländer- und Integrationsgesetz (Kommission für Rechtsfragen SR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird damit beauftragt, in einem Bericht, nach Konsultation der Kantone, den Bedarf und die Zweckmässigkeit der Massnahme der elektronischen Überwachung (Electronic Monitoring) im Bereich der ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen näher zu prüfen. Dabei sollen auch Erfahrungen der europäischen Staaten berücksichtigt werden und weitere Alternativen zur Administrativhaft im Bereich der ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen geprüft werden.*

*Zudem soll der Bundesrat prüfen, ob alternative Massnahmen zur Administrativhaft zweckmässiger wären als die elektronische Fussfessel und inwiefern diese umgesetzt werden könnten.*

Postulatsbericht vom 16. Dezember 2022 «Einführung elektronischer Fussfesseln im Ausländer- und Integrationsgesetz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

## Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

### Generalsekretariat

2019 P 19.3735 Einführung eines Bürgerdienstes. Ein Mittel, um das Milizsystem zu stärken und neuen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen? (Vonlanthen)

Eingereichter Text:

*In Ergänzung zum Bericht der Arbeitsgruppe Dienstpflichtsystem vom März 2016 wird der Bundesrat beauftragt zu evaluieren, inwiefern sich die Einführung eines Bürgerdienstes eignen würde als Lösungsansatz für die Schwierigkeiten, mit denen das schweizerische Milizsystem heute konfrontiert ist, sowie zur Stärkung des nationalen Zusammenhalts und als Antwort auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen. Insbesondere sollen Antworten auf die folgenden Fragen gefunden werden:*

- 1. Welche Vorteile hätte ein Bürgerdienst angesichts der gegenwärtigen politischen Diskussionen über die Dienstpflicht, die von Widerstand, wenn nicht gar von einer Konkurrenzsituation zwischen dem Militär- und dem Zivildienst geprägt ist?*
- 2. Wie könnte ein Bürgerdienst konkret ausgestaltet werden insbesondere in Bezug auf die zugewiesenen Personen, die Dienstdauer (Anzahl Tage, Alter) und die Einsatzbereiche?*
- 3. Könnte ein Bürgerdienst dazu beitragen, dem Attraktivitätsverlust von Stellen im Milizsystem, insbesondere in den Bereichen Armee, Zivilschutz, Gemeinden und Schule, entgegenzuwirken und ganz allgemein den Zusammenhalt der Schweiz zu stärken?*
- 4. Wäre es im Hinblick auf die absehbare Alterung der Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten denkbar, mit einem Bürgerdienst das Arbeitskräfteangebot in denjenigen Sektoren, in denen eine starke Nachfrage besteht, z. B. in der Pflege und der Betreuung, zu erhöhen?*
- 5. Könnte mit einem Bürgerdienst die Integration von Ausländerinnen und Ausländern mit einer unbefristeten Aufenthaltsbewilligung gefördert und eine grössere Wertschätzung der unbezahlten Arbeit sichergestellt werden?*
- 6. Welche Auswirkungen hätte ein Bürgerdienst auf die Privatwirtschaft, den Arbeitsmarkt und das Rekrutierungspotenzial der Armee? Wie müsste der Bürgerdienst ausgestaltet sein, um negative Auswirkungen in diesen Bereichen zu vermeiden?*
- 7. Welche Auswirkungen hätte die Einführung eines Bürgerdienstes auf Verfassungs- und auf Gesetzesebene? Welche Auswirkungen wären für die Verwaltung zu erwarten? Wie wäre die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden auszugestalten?*

Der Bundesrat hat das Anliegen des Postulats aufgenommen und im zweiten Teil des Berichts vom 4. März 2022 zur Alimentierung von Armee und Zivilschutz die Einführung eines Bürgerdienstes geprüft ([www.admin.ch](http://www.admin.ch) > Dokumentation > Medienmitteilungen > 4.3.2022). Er ist im Bericht zum Schluss gekommen, dass die Einführung eines Bürgerdienstes nicht weiterverfolgt werden soll, weil dies insbesondere zu einer Mehrung von Diensttagen und Kosten führen würde, deren Bedarf nicht begründet werden kann.

Der Bundesrat erachtet das Postulat als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3043 Auslandvergleich kosteneffizienter militärischer Schutzformationen (Zuberbühler)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht darüber auszuarbeiten, wie andere europäische Länder ihren Bedarf an Truppen für personalintensive Schutz- und Sicherungsaufgaben abdecken.*

Postulatsbericht vom 12. Januar 2022 «Internationaler Vergleich von militärischen Schutzformationen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3650 Bericht über die Aktivitäten der schiitisch-islamistischen Hisbollah in der Schweiz (Binder)

Eingereichter Text:

*Gestützt auf die Erkenntnisse der Sicherheits- und Justizbehörden von Bund und Kantonen wird der Bundesrat beauftragt, einen detaillierten Bericht vorzulegen über die Aktivitäten der schiitisch-islamistischen Hisbollah in der Schweiz. Insbesondere sollen folgende Fragen geklärt werden:*

- 1. Beobachten und überwachen die Organe des Staatsschutzes Personen oder Institutionen, die sich in der Schweiz aufhalten oder ansässig sind und der Hisbollah zugerechnet werden?*
- 2. Gibt es im Zusammenhang mit den Massnahmen gegen die Geldwäscherei Erkenntnisse darüber, ob die Hisbollah in der Schweiz Gelder sammelt und Konten besitzt?*
- 3. Gibt es Erkenntnisse darüber, ob die Hisbollah Kontakt zu islamischen Organisationen in der Schweiz pflegt?*
- 4. Wie stellt die Schweiz sicher, dass Personen und Organisationen aus Deutschland ihre Aktivitäten nach dem Verbot nicht in der Schweiz weiterführen?*
- 5. Ist die Unterscheidung der Schweiz, dass die Hisbollah einen «politischen» und einen «militärischen» Arm umfasst nach den jüngsten Entwicklungen in Deutschland noch haltbar?*

2020 P 20.3824 Betätigungsverbot der Hisbollah in der Schweiz (Pfister Gerhard)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen, ob die schiitische Terrormiliz «Hisbollah» nach dem Vorbild Deutschlands auf die Terrorliste gesetzt und ein Betätigungsverbot in der Schweiz verhängt werden kann.*

*Falls der Bundesrat davon absehen würde, wird er dazu eingeladen, darzulegen, unter welchen Voraussetzungen er dazu bereit wäre.*

Postulatsbericht vom 2. November 2022 «Die Hisbollah und die Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

### **Gruppe Verteidigung**

2021 P 20.4446 Gleichbehandlung bei der Zulassung zum Militärdienst (Hurni)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zur Zulassung von Personen mit einer Behinderung oder einer gesundheitlichen Beeinträchtigung zum Militärdienst und folglich auch zum Zivildienst und zum Zivildienst zu erstellen. Dieser Bericht soll insbesondere folgende Fragen beantworten:*

1. *Welche medizinischen und körperlichen Kriterien stellen die grössten Hindernisse für eine Zulassung zum Militärdienst dar?*
2. *Welche Personengruppen gelten zwar nicht als invalid, werden aber trotzdem für untauglich erklärt?*
3. *Wie haben sich die Statistiken zur Tauglichkeit von Personen mit einer Behinderung oder mit chronischen Krankheiten entwickelt?*
4. *Wurden aufgrund des Entscheids des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch die Zulassungskriterien für den Zivildienst erweitert?*
5. *Wie relevant wäre die Festlegung von anderen Tauglichkeitskriterien für den Zivildienst als für den Militärdienst?*
6. *Ist es wirklich nötig, die Wehrpflichtersatzabgabe von den zehn Personen pro Jahr einzufordern, die der Armee beitreten wollen, dies aber nicht dürfen, obwohl sie gemäss der Invalidenversicherung nicht als invalid gelten?*

Postulatsbericht vom 27. April 2022 «Zulassungskriterien für Personen mit einer medizinischen Einschränkung zu Militärdienst, Zivildienst und Zivildienst».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### **Bundesamt für Sport**

2019 P 18.3846 Tägliche Sport- und Bewegungsaktivitäten im Kindes- und Jugendalter (Lohr)

Eingereichter Text:

*Gemäss den Bewegungsempfehlungen der World Health Organization sollen sich Kinder und Jugendliche täglich mindestens eine Stunde mit mittlerer bis hoher Intensität bewegen. Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, inwiefern die Sportförderung in der Schweiz diese Zielsetzung erreicht. Dabei interessieren insbesondere die Antworten auf folgende Fragen:*

1. *Welche Massnahmen, Programme und Initiativen bestehen in der Schweiz, um die sportlichen Aktivitäten im Kindes- und Jugendalter zu fördern?*
2. *Gibt es Bereiche und Zielgruppen, die im aktuellen System der Sportförderung zu wenig gut erreicht werden?*
3. *Verfügen andere Länder über wirksame sportliche Fördermassnahmen, die auf die Schweiz übertragbar sind?*

Postulatsbericht vom 12. Oktober 2022 «Tägliche Sport- und Bewegungsaktivitäten im Kindes- und Jugendalter».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

## Eidgenössisches Finanzdepartement

### Eidgenössische Finanzverwaltung

2017 P 15.3243 Swiss Fund. Ein Beitrag zur Meisterung aktueller Herausforderungen der Schweiz (Pfister Gerhard)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu erstatten, wie die Schweiz einen Beteiligungsfonds initiieren kann, der exportorientierte schweizerische KMU nachhaltig stärkt und interessierten Parteien eine Möglichkeit bietet, Reserven in Fremdwährungen zukunftsträchtig und zu attraktiven Bedingungen anzulegen.*

Postulatsbericht vom 16. Dezember 2022 «Beteiligungsfonds für exportorientierte KMU».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 18.4399 Die breite Akzeptanz von Bargeld auch in Zukunft sicherstellen (Birrner-Heimo)

Eingereichter Text:

*Privatpersonen können heute in der Schweiz neben anderen Zahlungsmitteln in der Regel mit Bargeld bezahlen. Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die breite Akzeptanz von Bargeld auch in Zukunft sichergestellt werden kann. Er prüft dabei insbesondere die Möglichkeit, die Annahme von Bargeld gemäss Artikel 3 des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG, SR 941.10) von dispositivem Recht in zwingendes Recht umzuwandeln, und zeigt dabei auf, welche Ausnahmen, Beschränkungen (z. B. aufgrund der Bestimmungen des Geldwäschereigesetzes, beim Online-Shopping usw.) oder begleitenden Massnahmen er bei einer Annahmepflicht von Bargeld als sinnvoll erachten würde.*

Postulatsbericht vom 9. Dezember 2022 «Die Akzeptanz von Bargeld in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3012 Nachhaltigkeitsziele für die Schweizerische Nationalbank (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen und aufzuzeigen, wie die Nationalbank den Bund bei der Erreichung seiner Nachhaltigkeitsziele unterstützen kann, und welche proaktive Rolle sie in der Koordination von Klimamassnahmen im Finanzsektor einnehmen kann.*

Postulatsbericht vom 26. Oktober 2022 «Die Schweizerische Nationalbank und die Nachhaltigkeitsziele der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### Eidgenössisches Personalamt

2020 P 19.3974 Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung (Finanzkommission NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, die Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung zu prüfen und in einem Kurzbericht u. a. insbesondere aufzuzeigen, auf welchen Kriterien eine diesbezügliche Lohnpolitik basieren würde.*

Postulatsbericht vom 6. April 2022 «Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 20.3920 Monitoring der Bewerbungen auf offene Stellen bezüglich Sprachgemeinschaft und Herkunftskanton der Kandidaten und Kandidatinnen (Staatspolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

*Gestützt auf die Erkenntnisse des Berichts 2019 zur Förderung der Mehrsprachigkeit der Bundesverwaltung, ist der Bundesrat beauftragt während einer angemessenen Zeit (z.B. zwei Jahre) ein Monitoring der Bewerbungen bei den offenen Stellen durchzuführen, um die Sprachgemeinschaft und der Herkunftskanton der Kandidaten und Kandidatinnen zu eruieren.*

Mit der Einführung der neuen Anwendung für das Bewerbungsmanagement im Rahmen des Programms «Superb» per 1. April 2022 können zusätzlich neben der Erhebung der Sprachgemeinschaften neu auch die Herkunftskantone der Bewerbenden ermittelt werden. Im Evaluationsbericht 2023 der Mehrsprachigkeitsdelegierten werden damit erstmals auch Aussagen zu den Herkunftskantonen der Bewerbenden gemacht werden können. Die geforderten Daten stehen somit grundsätzlich zur Verfügung.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 20.4608 Schweizer Lebensmittel in Kantinen des Bundes fördern (Brenzikofer)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie Kantinen des Bundes, der Bundesbetriebe, der Bundesunternehmen und verselbständigten Einheiten dazu angehalten werden können, alle Nahrungsmittel, welche in der Schweiz und im grenznahen Ausland erhältlich sind, regional zu beziehen und die saisonale Verwendung von Produkten zu fördern.*

Das neue Verpflegungskonzept der Bundesverwaltung, das am 1. Januar 2023 in Kraft tritt, verpflichtet die Kantinen zur Einhaltung der «Schweizer Qualitätsstandards für eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Gemeinschaftsgastronomie». Diese Standards, die mit dem UVEK (Bundesamt für Umwelt) abgestimmt sind, sehen vor, dass regionale, saisonale und möglichst biologisch produzierte Lebensmittel für die Verpflegung der Mitarbeitenden eingekauft und im gastronomischen Angebot verwendet werden.

Das genannte Verpflegungskonzept, einschliesslich der Anhänge, gelten für die Verwaltungseinheiten der zentralen und dezentralen Bundesverwaltung sowie für die Parlamentsdienste, die Bundesanwaltschaft, die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft und das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung. Ausgenommen ist der ETH-Bereich. Bei den übrigen Bundesunternehmen und den verselbstständigten Einheiten beschränkt sich der Bundesrat auf die strategische Steuerung der Anstalten und Unternehmen. Der Betrieb von Personalrestaurants ist dabei nicht enthalten. In der Praxis arbeiten jedoch die bundesnahen Betriebe wie die Post und die SBB bereits mit Catering-Anbietern zusammen, die auch für die Bundesverwaltung tätig sind und dieselben Standards bezüglich Schweizer Lebensmittel anwenden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### **Eidgenössische Steuerverwaltung**

2015 P 15.3381 Ergänzung des Wohlstandsberichtes (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird gebeten, künftig im Wohlstandsbericht die Entwicklung der Einkommen und Vermögen sowie die Steuerabgaben des obersten Prozents darzustellen.*

Postulatsbericht vom 16. Dezember 2022 «Verteilung des Wohlstands in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3957 Reduzierte Bemessungsgrundlage bei Geschäftsfahrzeugen mit null Gramm CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Kilometer im Betrieb (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird gebeten, in einem Bericht darzulegen, welche Auswirkungen eine reduzierte Besteuerung des Privatanteils für Inhaberinnen und Inhaber von Geschäftsfahrzeugen mit null Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer im Betrieb hätte.*

Postulatsbericht vom 23. November 2022 «Reduzierte Bemessungsgrundlage bei Geschäftsfahrzeugen mit null Gramm CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Kilometer im Betrieb».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### **Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit**

2017 M 15.4007 Implementierung des Abfertigungsverfahrens Transito auch am Grenzübergang Chiasso-Brogeda (Regazzi)

Eingereichter Text:

*Dank dem neuen Abfertigungsverfahren Transito, das am Grenzübergang Basel/Weil-Autobahn (BWA) eingesetzt wird, konnten die Verkehrsstaus an dieser Zollstelle stark verringert werden. Ich fordere, dass dasselbe Verfahren auch am Grenzübergang Chiasso-Brogeda eingeführt wird.*

Im Rahmen des Digitalisierungs- und Transformationsprogramms (DaziT) des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit werden alle Zoll- und Abfertigungsprozesse umfassend überprüft und digitalisiert. Dank neuen digitalen Lösungen werden die Zollverfahren und der Grenzübertritt vereinfacht. Die Digitalisierung erfolgt Schritt für Schritt und in enger Zusammenarbeit mit den Nachbarländern.

In Chiasso und Stabio läuft ein Pilotprojekt mit Italien, das aufzeigt, wie der Zoll nach Abschluss des Programms DaziT schweizweit aussehen wird. Die Integration der Schweiz in den europaweit kompatiblen elektronischen Mautdienst der EU (European Electronic Toll Service, EETS) ermöglicht die automatische Entrichtung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Im Bereich der Zollverfahren erleichtern die Apps «Activ» und «Periodic» den Grenzübertritt, ohne dass der Lastwagenfahrer oder die Lastwagenfahrerin das Fahrzeug verlassen muss. Zudem wird in Chiasso und Stabio seit Neuestem auf das handschriftliche Ausfüllen eines Papier-Laufzettels verzichtet. Bei Verwendung der neuen digitalen Lösungen können Warentransporte die Schnellspuren nutzen, die unter Berücksichtigung der örtlichen geografischen Möglichkeiten für sie errichtet wurden. So können an den erwähnten beiden Grenzübergängen bereits mehr als 40 Prozent der Transitfahrten über die Schnellspur abgewickelt werden. Für diese Warentransporte ist es nicht mehr nötig, für administrative Belange beim Zoll anzuhalten; dies ist nur noch im Falle einer Kontrolle nötig. Der Verkehrsfluss konnte durch die Einführung der neuen Verfahren bereits stark verbessert werden, mit der Einführung des Warenverkehrssystems «Passar 1.0» im Juni 2023 (Transit und Export) wird sich eine zusätzliche Verbesserung einstellen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

### **Bundesamt für Bauten und Logistik**

2019 P 19.3894 Den Wildwuchs und den Wirrwarr bei den Regeln der Baukunde beenden (Flach)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, eine Übersicht und einen Bericht über die Vollzugshilfen öffentlicher und privater Akteure im Planungs- und Bauwesen zu erstellen und deren Wirkung zu überprüfen.*

*Weiter ist aufzuzeigen, wie der Bund künftig eine verbesserte Koordination der verschiedenen technischen Regelungen und der dahinterstehenden Akteure im Planungs- und Bauwesen sicherstellt.*

Postulatsbericht vom 18. März 2022 «Den Wildwuchs und den Wirrwarr bei den Regeln der Baukunde beenden».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 19.4213 Sanktionen am Ort der Erbringung der Leistungen (Bourgeois)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen der Umsetzung des totalrevidierten Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen zu prüfen und in einem Bericht darzulegen, mit welchen Massnahmen die Missachtung von Arbeitsschutzbestimmungen oder Arbeitsbedingungen durch Anbieterinnen bei öffentlichen Aufträgen des Bundes oder durch Vertragspartner des Bundes wirksam verhindert und allenfalls sanktioniert werden kann.*

Postulatsbericht vom 17 August 2022 «Sanktionen am Ort der Erbringung der Leistungen - Sicherstellung der Einhaltung der sozialen Mindestvorschriften im öffentlichen Beschaffungsverfahren.»

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 19.3750 Energieautonomie der Immobilien des Bundes (Français)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Investitionsplan vorzulegen (allenfalls mittels Vierjahresplänen), um die Autonomie der Immobilien des Bundes im Strombereich bis in 12 Jahren sicherzustellen.*

2022 M 19.3784 Energieautonomie der Immobilien des Bundes. Fotovoltaik-Offensive (Jauslin)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen (allenfalls etappierten) Investitionsplan vorzulegen, um die Versorgung seines Immobilienbestandes mit erneuerbarer elektrischer Energie innerhalb von 12 Jahren sicherzustellen.*

Bericht in Erfüllung der Motionen vom 26. Oktober 2022 «Energieautonomie der Immobilien des Bundes».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

## Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

### Staatssekretariat für Wirtschaft

2011 M 10.3626      Lebensmittelproduktion. Ökologische und soziale Zustände (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, sich im Rahmen der Agrarverhandlungen bei der WTO sowie anderer internationaler Handelsverträge dafür einzusetzen, dass Umwelt- und Sozialnormen einen vergleichbaren Stellenwert erhalten wie der Abbau von tarifären Handelshemmnissen.*

Die Schweiz integriert bereits seit 2010 rechtlich verpflichtende Bestimmungen zum Handel und zur nachhaltigen Entwicklung in alle ihre Freihandelsabkommen. Auch in der Welthandelsorganisation setzt sich der Bundesrat für das Anliegen der Motion ein, und es wurden entsprechende Initiativen lanciert.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2019 P 19.3011      Erarbeitung einer Methodik zur Beurteilung der Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf die nachhaltige Entwicklung (Geschäftsprüfungskommission NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu den methodischen - quantitativen und qualitativen - Möglichkeiten vorzulegen, anhand deren vor dem Abschluss von Freihandelsabkommen Nachhaltigkeitsstudien durchgeführt werden können. In diesem Zusammenhang wird er ersucht, die bestehenden Möglichkeiten für ein dynamisches und flexibles, an die Bedürfnisse der Schweiz angepasstes Analysemodell vorzustellen, welches einer breiten Definition der nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen Rechnung trägt.*

Postulatsbericht vom 25. Mai 2022 «Ex-ante-Beurteilung der Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf die nachhaltige Entwicklung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 19.3033      Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

2019 M 19.3043      Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Germann)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung ein umfassendes Revitalisierungspaket zur Steigerung der Standortattraktivität und zur Diversifizierung der Absatzmärkte vorzulegen.*

In seiner Gesamtschau vom 16. Februar 2022 «Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz» hat der Bundesrat aufgezeigt, mit welchen zwölf Massnahmen er 2022 zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz beiträgt ([www.admin.ch](http://www.admin.ch) > Dokumentation > Medienmitteilungen > 16.2.2022). Die meisten dieser Massnahmen wurden mittlerweile umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 M 19.3239      Keine Ausgrenzung der Stellensuchenden der IV beim Inländervorrang (Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative) (Bruderer Wyss)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, basierend auf den bestehenden gesetzlichen Grundlagen im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) den Inländervorrang auf die Stellensuchenden der Invalidenversicherung (IV) auszuweiten.*

Bericht des Bundesrates vom 24. August 2022 in Erfüllung der Motion 19.3239 «Zugang der Invalidenversicherung zum Informationsvorsprung im Rahmen der Stellenmeldepflicht.»

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.3480      Berufserfahrung von arbeitslosen Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern in der Corona-Krise stärken (Jositsch)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird gemäss Artikel 123 ParIG beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die bestehende arbeitsmarktliche Massnahme des Berufspraktikums in der Bewältigung der Corona-Krise intensiviert werden kann.*

Postulatsbericht vom 31. August 2022 «Angebote der Arbeitslosenversicherung für junge Erwachsene am Übergang II».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3544      Die Resilienz der Schweizer Unternehmen stärken (Noser)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die Risikovorsorge der Schweizer Unternehmen gestärkt werden kann. Im Vordergrund steht die Bildung steuerbefreiter Reserven, die von den Firmen in ausserordentlichen Situationen wie Seuchen, Kriegen oder schweren Störungen des Finanzsystems auf Beschluss des Bundesrats aufgelöst werden können. Eine*

*Lösung kann an das frühere Instrument der Arbeitsbeschaffungsreserven anlehnen, wobei Optimierungen vorzuschlagen wären. Die Vor- und Nachteile, einschliesslich der wettbewerbspolitischen Folgen für die Firmen und den Schweizer Unternehmensstandort, sind umfassend zu beurteilen.*

Postulatsbericht vom 16. Dezember 2022 «Die Resilienz der Schweizer Unternehmen stärken».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 20.3268      Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern (Häberli-Koller)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, um die Abhängigkeit von internationalen Liefer- und Produktionsketten für essentielle Güter zu verringern. So soll die Versorgungssicherheit in zukünftigen Krisen besser gewährleistet werden und die nachhaltige Wirtschaft der Schweiz gestärkt werden.*

Im Bericht vom 31. August 2022 «Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern» wurde die Rolle der globalen Wertschöpfungsketten für die Versorgungssicherheit der Schweiz bei essenziellen Gütern untersucht (www.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > 31.8.2022). Er zeigt auf, dass der Bundesrat mit seinen zahlreichen Massnahmen zur Stärkung der Versorgungssicherheit den aktuellen Herausforderungen Rechnung trägt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### **Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation**

2018 M 17.3975      Austragungsort der World Skills in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, eine Kandidatur zur Durchführung der Berufsweltmeisterschaft 2023 (World Skills) zu erarbeiten und die regelmässige Teilnahme an World Skills sowie Euro Skills zu ermöglichen.*

Die Entscheidung über eine Kandidatur obliegt nicht dem Bund, sondern der Stiftung Swiss Skills, welche durch den Bund, die Kantone, Schulen und Organisationen der Arbeitswelt gemeinsam getragen wird. Deshalb hat die Stiftung Swiss Skills 2022 Abklärungen getroffen, ob sie tatsächlich eine Kandidatur für die WorldSkills oder EuroSkills einreichen will. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) unterstützte und begleitete diese Abklärungen.

Auf Grundlage der von SwissSkills vorbereiteten Entscheidungsgrundlagen hat der Bund im Sommer 2022 entschieden, die Kandidatur der Schweiz für die EuroSkills 2029 (oder 2031) finanziell auf der Grundlage von Artikel 54/55 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung, Berufsbildungsgesetz, BBG (AS 2003 4557) zu unterstützen, vorausgesetzt, die Berufsverbände erkennen den Mehrwert eines solchen internationalen Anlasses für die Schweizer Berufsbildung und sind ebenfalls bereit, sich an den Kosten zu beteiligen.

SwissSkills hat das Interesse der Berufsverbände abgeklärt und die Schweizer Kandidatur für die EuroSkills 2029 bei den WorldSkills Europe angekündigt. Bis Mitte 2023 soll nun unter Federführung von SwissSkills der Austragungsort in der Schweiz bekannt sein und das formelle Bewerbungsdossier bei WorldSkills Europe eingereicht werden.

Die in der Motion geforderte Unterstützung für eine regelmässige Teilnahme der Schweiz an den WorldSkills und EuroSkills ist nicht abhängig vom Entscheid einer Kandidatur. Mit der Vereinbarung zwischen dem Bund und der Stiftung Swiss Skills ist die Unterstützung sichergestellt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2019 M 18.3240      Höhere Fachschulen stärken (Fetz)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen so anzupassen, dass die höheren Fachschulen mit eidgenössisch anerkannten Bildungsgängen und ihre Abschlüsse national und international klar als Teil der schweizerischen Berufsbildung positioniert sind. Erforderlich sind die Einführung eines Bezeichnungsschutzes, eidgenössische Titel, durch den Bund unterzeichnete Diplome sowie die Möglichkeit institutioneller Anerkennung.*

2019 M 18.3392      Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern, Attraktivität steigern (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen so anzupassen, dass die höheren Fachschulen mit eidgenössisch anerkannten Bildungsgängen und ihre Abschlüsse national und international klar als Teil der schweizerischen Berufsbildung positioniert sind.*

Die Höheren Fachschulen (HF) ermöglichen Berufsleuten ohne Maturität den Zugang zu einem Abschluss auf Tertiärstufe. Das HF-System wurde ganzheitlich geprüft. Damit die HF weiterhin attraktiv bleiben, braucht es gezielte Optimierungen. Diese wurden im Projekt «Positionierung Höhere Fachschulen» verbundpartnerschaftlich erarbeitet und werden nun umgesetzt.

Die Arbeiten im Projekt haben gezeigt, dass die HF und ihre Abschlüsse mehrheitlich als ein gut funktionierendes System beurteilt werden. Optimierungsbedarf wurde vor allem im Bereich der Bekanntheit und Sichtbarkeit der HF gesehen – die Vorzüge der Abschlüsse müssen besser sichtbar gemacht werden. Es benötigt systemkonforme Massnahmen, welche das Profil und die Arbeitsmarktorientierung der HF weiter stärken, ohne zu einer Vermischung mit den Bildungsgefässen der Hochschulen zu führen:

- Institutionen stärken: gesetzliche Verankerung eines Bezeichnungsrechts/-schutzes für «Höhere Fachschule»;
- Prüfung von ergänzenden neuen Titeln (Professional Bachelor);
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der höheren Berufsbildung und der Hochschulen;
- Optimierung der Rahmenbedingungen für die Studierenden und die HF als Institution, insbesondere Überprüfung der Optimierung der heutigen öffentlichen Finanzierung der HF;
- Umsetzung von Kommunikations- und Marketingmassnahmen auf verschiedenen Ebenen.

Die Teilnehmenden des Spitzentreffens der Berufsbildung haben am 14. November 2022 die Arbeiten im Rahmen des Projekts «Positionierung Höhere Fachschulen» des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation zur Kenntnis genommen und ein systemkonformes Massnahmenpaket gutgeheissen. Mit den von 2019 bis 2022 erfolgten, breit abgestützten Arbeiten ist der politische Auftrag der ganzheitlichen Überprüfung der aktuellen Positionierung der HF und ihrer Abschlüsse erfüllt worden. Zudem liegt ein Gesamtpaket an systemkonformen Massnahmen zur besseren Positionierung der HF vor, das nun weiterverfolgt und konkretisiert werden kann.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der beiden Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2019 M 18.3834      Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt als Voraussetzung für einen Sek-II-Abschluss und als Integrationsmassnahme (Eymann)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen der Bildungszusammenarbeit mit den Kantonen (Art. 61a BV) und auf der Basis von Artikel 53 des Ausländergesetzes (AuG) zu prüfen und zu berichten, wie die frühe Sprachförderung vor Eintritt in den Kindergarten mithilfe des Bundes im ganzen Land umgesetzt werden kann.*

Bericht des Bundesrats vom 29. Juni 2022 in Erfüllung der Motion «Frühe Sprachförderung in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2019 P 18.3959      Stärkung der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung (Wasserfallen Christian)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird gebeten zu prüfen,*

- 1. wie eine nationale Strategie der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung (BSLB) entwickelt werden kann;*
- 2. wie die Eigeninitiative der für die BSLB zuständigen Kantone gefördert werden kann;*
- 3. wie der Bund selbst aktiv werden könnte und welche gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden müssten.*

Die Schweizerische Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (KBSB) hat von 2018 bis 2021 eine nationale Strategie der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung und einen Aktionsplan zur Umsetzung entwickelt. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat die Möglichkeiten der Förderung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung durch den Bund abgeklärt. Die Förderung erfolgt während der laufenden Periode 2021–2024 für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) über die Projektförderung gemäss den Artikeln 54 und 55 des Berufsbildungsgesetzes (SR 412.10) in zwei prioritären Bereichen:

- *viamia: Von 2019 bis 2024 unterstützt der Bund die Kantone bei der Entwicklung und Umsetzung des Projekts «viamia – Kostenlose berufliche Standortbestimmung für Personen über 40 Jahre».*
- *Umsetzung der nationalen Strategie für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung: Die Umsetzung der Strategie führt zu verschiedenen Projekten. Entsprechende Projektanträge der Kantone werden zurzeit mit dem SBFI abgeklärt.*

Der Bund nutzt damit die gesetzlichen Möglichkeiten, gewisse Leistungen der Kantone für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung abzugelten und so zu einem qualitativ hochwertigen Angebot in der Schweiz beizutragen (vgl. Antwort des Bundesrats auf die Motion 22.3391 der WBK-N «Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraums Schweiz positionieren»). Entsprechende Projekte können auch in der BFI-Periode 2025–2028 im Rahmen der Zuständigkeiten und Rechtsgrundlagen geprüft werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 20.3163      Unterstützung der Lehrbetriebe (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat ergreift im Dialog und in Koordination mit den Kantonen sowie den Organisationen der Arbeitswelt gezielte und verhältnismässige Massnahmen, damit die Lehrbetriebe trotz der Gesundheits- und Wirtschaftskrise weiterhin Lernende beschäftigen und anstellen können.*

2021 P 21.3352      Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ausbildungsgänge (Bulliard)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt Massnahmen zu prüfen, um zu verhindern, dass als Folge der Corona-Pandemie eine ganze Generation von Lernenden der Berufsbildung und Studierenden auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt ist.*

Um den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Berufsbildung wirksam entgegenzutreten, hatte der damalige Bundespräsident Guy Parmelin im Mai 2020 die Task Force «Perspektive Berufslehre» ins Leben gerufen. Dabei richtete der Bund den Förderschwerpunkt «Lehrstellen Covid-19» ein. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation konnte so im Rahmen bestehender Kredite (Art. 54 und 55 Berufsbildungsgesetz; SR 412.10) Projekte mit bis zu 80 Prozent der Kosten prioritär unterstützen. Wie der am 19. Juli 2022 publizierte Erfahrungsbericht ([www.tbk-ctfp.ch](http://www.tbk-ctfp.ch) > Themen > Coronavirus) zeigt, konnte der Bund zwischen Mai 2020 und März 2022 96 Projekte zur Stabilisierung des Lehrstellenmarktes mit Beiträgen von insgesamt

23 Millionen Franken unterstützen. Mit der Einrichtung des Förderschwerpunkts gelang es, ein bedürfnisorientiertes Unterstützungsinstrumentarium bereitzustellen. Zudem haben sich die Verbundpartner während der Corona-Pandemie für die Sicherstellung der Qualifikationsverfahren eingesetzt (berufliche Grundbildungen und kantonale Berufsmaturitätsprüfungen) und die gesetzlichen Grundlagen befristet angepasst. Lernende konnten dadurch einen vollwertigen, auf dem Arbeitsmarkt anerkannten Berufsabschluss erlangen. Auch wurde sichergestellt, dass Absolvierende der Sekundarstufe II sowohl im allgemeinbildenden als auch im berufsbildenden Bereich einen weiterführenden Studiengang auf Tertiärstufe aufnehmen konnten.

Die Berichterstattung 2020–2022 der Rektorenkonferenz der Schweizer Hochschulen zeigt, dass die Hochschulen den Betrieb von Lehre und Forschung mit digitalen Instrumenten aufrechterhalten haben, um so bald als möglich Präsenzformen mittels Teststrategien und Zertifikatspflicht wieder einzuführen. Dies galt auch für die Durchführung der Prüfungen. Wo die Lehre auf Infrastruktur oder Interaktion angewiesen war, wurden diese unter Einhaltung strengster Gesundheitsvorschriften und Bewilligungspflichten durchgeführt. Für Studierende ohne gültiges Covid-Zertifikat wurden Online-Angebote zur Verfügung gestellt. Die Hochschulen haben zudem neue finanzielle Massnahmen vorgesehen oder bestehende aktiviert. Auch für die psychische Gesundheit der Studierenden wurden Vorkehrungen entwickelt oder bestehende ausgebaut.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motion und des Postulats als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 20.4285      Berufsbildung und Gleichstellung. Lust und Kompetenzen vermitteln, unternehmerisch tätig zu werden, Frauen wie Männern und in allen Branchen (FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, die Inhalte der vom Bund anerkannten Ausbildungsprogramme (höhere Fachschulen, Fachhochschulen usw.) einem Vergleich zu unterziehen. Untersucht werden soll, welchen Stellenwert in diesen Programmen dem Unternehmertum zukommt (Entwicklung von Managementkompetenzen, Führung von Teams, Buchhaltung usw.). Dabei sollen insbesondere traditionelle Männerberufe und traditionelle Frauenberufe auf diesen Aspekt hin verglichen werden. Der Bundesrat wird zudem beauftragt, Lösungen vorzuschlagen, wie zu erreichen wäre, dass alle Ausbildungen diesen unternehmerischen Aspekten den ihnen gebührenden Stellenwert einräumen.*

Postulatsbericht vom 23. November 2022 «Unternehmertum und Gleichstellung in der Berufsbildung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### **Bundesamt für Landwirtschaft**

2019 P 19.3988      Digitalisierung im Agrarsektor. Rolle des Bundes (Bourgeois)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht folgende Punkte zu behandeln:*

- a. Aufstellung der landwirtschaftlichen Datenbanken auf Bundesebene, die in einem Kompetenzzentrum für landwirtschaftliche Daten gespeichert sind oder sein könnten;*
- b. Rolle und Kompetenzen des Bundes auf dem Gebiet der Digitalisierung in der Landwirtschaft, vor allem auf dem Gebiet der Datenverwaltung;*
- c. Möglichkeit der Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Verwaltung der landwirtschaftlichen Daten;*
- d. Regeln, die festgelegt werden müssen, damit die landwirtschaftlichen Daten das Eigentum des Landwirtschaftsbetriebs bleiben und der Schutz der Daten garantiert ist;*
- e. Auswirkungen einer Zentralisierung der landwirtschaftlichen Daten und ihrer Bereitstellung an Landwirtschaftsbetriebe auf die Administration und das Betriebsmanagement.*

Postulatsbericht vom 18. Mai 2022 «Digitalisierung im Agrarsektor. Rolle des Bundes».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3931      Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, bis spätestens im Jahr 2022 einen Bericht zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik vorzulegen. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte vertieft zu prüfen:*

- Massnahmen zur Aufrechterhaltung des Selbstversorgungsgrades*
- Erweiterung der Agrarpolitik in Richtung einer ganzheitlichen Politik für gesunde Ernährung und nachhaltige Lebensmittelproduktion;*
- Möglichst weitgehende Schliessung der Kreisläufe aller Nährstoffe über die gesamte Wertschöpfungskette inklusive Konsum;*
- Reduktion der Komplexität und Fokussierung auf besonders wirksame agrarpolitische Instrumente; Reduktion des administrativen Aufwandes für die Landwirtschaft und Reduktion der Verwaltung beim Bund und den Kantonen.*
- Rahmenbedingungen schaffen für eine möglichst grosse unternehmerische Freiheit und wirtschaftliche Perspektive für die Land- und Ernährungswirtschaft.*

- *Reduktion von Wettbewerbsverzerrungen zwischen Inlandproduktion und Importen aufgrund unterschiedlicher gesetzlicher Vorschriften für die Produktion unter Berücksichtigung internationaler Verpflichtungen.*

2021 P 21.3015 Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik. Ergänzung des Auftrags an den Bundesrat (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, seinen Bericht über die zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik in Erfüllung des Postulats*

*Der Bundesrat wird beauftragt, seinen Bericht über die zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik in Erfüllung des Postulats 20.3931 mit folgenden weiteren Aspekten zu ergänzen:*

- *Förderung und Unterstützung von Direktverkauf und kurzen Vertriebswegen*
- *Massnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung, z. B. Vorgehen gegen eine übermässige Standardisierung von Obst und Gemüse oder andere Massnahmen, die in das Gesetz aufgenommen werden könnten.*

Postulatsbericht vom 22. Juni 2022 «Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 17.3655 Tierwohlprogramm «Weide für Kälber und Jung-/Mastvieh» (Schelbert)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, wenn möglich per 1. Januar 2019 ein RAUS-Weide-Programm für männliche wie weibliche Kälber sowie für das Jung-/Mastvieh einzuführen und den Aufwand dafür fair abzugelten.*

Für Kälber, Jung- und Mastvieh wurde per 1. Januar 2019 im RAUS-Programm ein Zusatzbeitrag für die Weide eingeführt (Art. 75 Abs. 2<sup>bis</sup> der Direktzahlungsverordnung, SR 910.13, AS 2018 4149). Im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspakets zur parlamentarischen Initiative 19.475 («Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren») hat der Bundesrat am 13. April 2022 entschieden, den Auslauf generell zu stärken. Auf den 1. Januar 2023 wird mit der Änderung vom 2. November 2022 der Direktzahlungsverordnung (Verordnung über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft, AS 2022 264) der Zusatzbeitrag für Weide aufgehoben und ein allgemeiner Weidebeitrag für das Rindvieh eingeführt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 21.3229 Erhaltung einheimischer Nutzierrassen (Rieder)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, zeitnah auf Verordnungsebene die erforderlichen Anpassungen zur Förderung erhaltenswerter einheimischer Nutzierrassen zu erlassen. Dabei ist das Hauptaugenmerk auf diejenigen Rassen zu legen, welche für die einzelnen Landesregionen eine prägende Bedeutung in landwirtschaftlicher, touristischer, kultureller und identitätsstiftender Hinsicht haben. Das Tierzuchtbudget ist mit den nötigen Mitteln auszustatten.*

Das Anliegen der Motion wurde im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspakets 2022 umgesetzt. Der Bundesrat hat am 2. November 2022 mit der Änderung der Tierzuchtverordnung (SR 916.310, AS 2022 758) für die Gattungen Rindvieh, Equiden, Schweine, Schafe und Ziegen auf den 1. Januar 2023 Beiträge für Schweizer Rassen mit dem Gefährdungsstatus «kritisch» und «gefährdet» eingeführt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

### **Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung**

2020 M 20.3448 Für einen Wiederaufbau des Ethanol-Pflichtlagers in der Schweiz (Michaud Gigon)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, sämtliche rechtlichen Massnahmen zu ergreifen, um das Ethanol-Pflichtlager des Bundes wiederaufzubauen oder Dritte damit zu beauftragen.*

Über den Aufbau einer Pflichtlagerhaltung für Ethanol wurde von März bis Juni 2021 ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt (www.fedlex.ch > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2021 > WBF > Ethanolpflichtlagerverordnung). Die Vernehmlassungsteilnehmer lehnten eine Pflichtlagerhaltung aufgrund der strukturellen Eigenheiten des Ethanolmarktes in der Schweiz jedoch mehrheitlich ab. Daher hat der Bundesrat das WBF beauftragt, für die Jahre 2023 bis 2027 mit der Alcosuisse AG einen Sicherstellungsvertrag für die Lagerhaltung von 6000 Tonnen Ethanol zu vereinbaren. Der Vertrag wurde im April 2022 unterzeichnet und der notwendige Verpflichtungskredit im Rahmen des Nachtrags zum Voranschlag 2022 vom Parlament genehmigt. Das Lager ist aufgebaut.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

## Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

### Bundesamt für Verkehr

2019 P 19.4199 Für einen erschwinglichen und gut eingespielten öffentlichen Verkehr (Reynard)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in welchem er die Tarifgestaltung und die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs überprüft und Verbesserungsmöglichkeiten auslotet.*

Postulatsbericht vom 2. Dezember 2022 «Für einen erschwinglichen und gut eingespielten öffentlichen Verkehr».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3597 Zukunft des Güterverkehrs (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird eingeladen, bis spätestens Ende des 1. Quartals 2022 einen Bericht zur zukünftigen Ausrichtung der Schienen-Güterverkehrs-Politik vorzulegen. Dabei sind bezüglich des Binnen- und Import/Exportverkehrs insbesondere folgende Aspekte vertieft zu prüfen:*

- *Welche Güter und Verkehrsrelationen können im Inland, ökonomisch und ökologisch sinnvoll mit der Bahn transportiert werden?*
- *Wo machen der Import und Export von Gütern per Bahn, geografisch und wirtschaftlich Sinn?*
- *Was ist der Beitrag des Schienen-Güterverkehrs zur Landesversorgung mit Gütern?*
- *Was ist der Beitrag des Schienen-Güterverkehrs zur Verkehrsverlagerung?*
- *Was ist der Beitrag des Schienen-Güterverkehrs für eine nachhaltige, klima- und ressourcenschonende Ausrichtung der Lieferketten?*
- *Wie sind Wirkung und Zielerreichung eines marktorientierten und eigenwirtschaftlichen Angebots von SBB Cargo AG zu beurteilen? bezüglich Organisationsstruktur, Verlagerungseffekte, Verkehrsleistung, Infrastrukturen, Bedienungspunkte, Bedürfnisse der verladenden Wirtschaft und Personalbestand, klima- und ressourcenschonender Ausrichtung der Lieferketten*
- *Was sind die Auswirkungen und Perspektive der strategischen Neuausrichtung von SBB Cargo AG?*
- *Was sind die politischen Szenarien für die Weiterentwicklung des Schienen-Güterverkehrs und gegebenenfalls gesetzgeberischer Handlungsbedarf?*
- *Welche Rahmenbedingungen bei der Schieneninfrastrukturbenutzung (Trassenpreise) und der Finanzierung der nötigen Investitionen sind erforderlich, damit das Angebot möglichst flächen- und kostendeckend betrieben werden kann?*
- *Welche Investitionen in neues Rollmaterial, in Automatisierung und Digitalisierung sind nötig und wie können diese finanziert werden?*

Postulatsbericht vom 30. März 2022 «Zukünftige Ausrichtung des Schienengüterverkehrs in der Fläche».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### Bundesamt für Zivilluftfahrt

2020 M 20.3916 Ausnahme des Modellflugs von der EU-Drohnenregelung (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, bei der Übernahme der EU-Verordnung 2019/947 den traditionellen Modellflug auszunehmen und unter nationalem Recht zu belassen.*

Dem Anliegen der Motion wurde mit der Totalrevision vom 24. November 2022 der Verordnung des UVEK über Luftfahrzeuge besonderer Kategorien (SR 748.941, AS 2022 802) Rechnung getragen. Die Verordnungsänderung wird am 1. Januar 2023 in Kraft treten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

### Bundesamt für Energie

2020 P 20.3000 Zukunftsstrategie für die Wärme-Kraft-Koppelung (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht eine Strategie, allenfalls mit Varianten, für die Regulierung der Wärme-Kraft-Koppelung (WKK) vorzulegen. Dabei sollen folgende Ziele verfolgt werden:*

1. *Es sollen Investitionen möglich sein, die zur Sicherstellung der Stromversorgung im Winter beitragen.*
2. *Es sollen Anreize bestehen, die jährliche Dauer des Betriebs dieser Anlagen mit fossilen Energieträgern so einzuschränken, dass diese Anlagen nur dann in Betrieb sind, wenn dies für die Stromversorgung unbedingt notwendig ist.*

3. *Es soll vermieden werden, dass diese Anlagen in Betrieb sind, wenn genügend Solarenergie (oder eine andere Form erneuerbarer Energien) vorhanden ist.*

4. *Es soll sichergestellt werden, dass die Wärme meistens verwertet wird.*

*Im Bericht soll zudem untersucht werden, welche Art und welche Grösse von Anlagen (von WKK mit Brennstoffzellen-Batterien für Einfamilienhäuser bis zur an ein Fernwärmenetz angeschlossenen Gasturbine) sich hierfür am besten eignen.*

Postulatsbericht vom 2. Dezember 2022 «Zukunftsstrategie für die Wärme-Kraft-Kopplung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### **Bundesamt für Strassen**

2018 M 17.4317 Fairere Verfahren im Strassenverkehr (Caroni)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen Anpassungen des Strassenverkehrsgesetzes (SR 741.01) bzw. der einschlägigen Verordnungen oder Weisungen vorzulegen, um mehr Rechtsstaatlichkeit in die Verfahren rund um den Entzug von Führerausweisen zu bringen.*

Der Bundesrat hat Artikel 54 Absatz 5 des Strassenverkehrsgesetzes (SR 741.01) mit der Revision vom 22. Juni 2022 von Artikel 33 Absatz 2 der Strassenverkehrskontrollverordnung (SR 741.013; AS 2022 406) dahingehend präzisiert, dass abgenommene Führerausweise neu innert drei Arbeitstagen der Entzugsbehörde übermittelt werden müssen. Bisher fehlte eine konkrete Frist. Weiter wird die Entzugsbehörde verpflichtet, polizeilich abgenommene Führerausweise innert 10 Arbeitstagen zurückzugeben, sofern sie nicht mindestens einen vorsorglichen Entzug verfügen muss (Revision vom 22. Juni 2022 von Art. 30 der Verkehrszulassungsverordnung [VZV; SR 741.51; AS 2022 407]). Vorsorgliche Entzüge müssen zudem auf Verlangen der betroffenen Person alle drei Monate überprüft werden (Art. 30a VZV in der Fassung gemäss AS 2022 407).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2019 M 17.3520 Nein zur doppelten Strafe für Berufsfahrer und Berufsfahrerinnen! (Graf-Litscher)

Eingereichter Text:

*Das Strassenverkehrsgesetz (SVG) und die Verkehrszulassungsverordnung (VZV) sollen so angepasst werden, dass die zuständige Behörde bei Fahrausweisentzügen nach den Artikeln 16ff. SVG die Möglichkeit hat, bei Berufsfahrerinnen und -fahrern die Sanktionen auf privater und beruflicher Ebene markanter zu differenzieren.*

Mit der Revision vom 22. Juni 2022 von Artikel 33 Absatz 5 der Verkehrszulassungsverordnung (SR 741.51; AS 2022 407) wurde die Möglichkeit geschaffen, Personen während eines Führerausweisentzugs Fahrten zur Berufsausübung zu bewilligen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2019 M 18.3420 Kompensierung des Gewichts elektrischer Batterien bei Lieferwagen der 3,5-Tonnen-Kategorie (Bourgeois)

Eingereichter Text:

*Ich beauftrage den Bundesrat, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass das Gewicht elektrischer Batterien bei Lieferwagen der 3,5-Tonnen-Kategorie kompensiert wird.*

Die Umsetzung der Forderung der Motion wurde mit der Änderung vom 17. Dezember 2021 von Artikel 4 Absatz 5 Buchstabe f Ziffer 2 der Verkehrszulassungsverordnung (SR 741.51; AS 2022 15) erfüllt. Die Anpassung der Gewichtsbestimmungen ist am 1. April 2022 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.3524 Weniger Sozialdumping und mehr Kostenwahrheit beim Strassentransport. Berufschaffeuere und Berufschaffeuereusen sollen ihre wöchentliche Ruhezeit nicht mehr im Fahrzeug verbringen dürfen (Storni)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, die Chauffeurverordnung dahingehend anzupassen, dass die Fahrerinnen und Fahrer ihre wöchentliche Ruhezeit nicht im Fahrzeug verbringen dürfen.*

*Der Gütertransport auf der Strasse geniesst eine Vorzugsposition gegenüber dem Gütertransport auf der Schiene, auch wegen der Arbeitsbedingungen: Diese werden zwar durch die Chauffeurverordnung geregelt, sind aber trotzdem belastend, weil die Fahrerinnen und Fahrer gezwungen sein können, ganze Wochen in ihren Fahrzeugen zu verbringen, Wochenenden eingeschlossen. Dies gilt insbesondere für Fahrpersonal aus Osteuropa, das zu extrem tiefen Löhnen angestellt wird; man spricht von 600 Euro pro Monat.*

*Verschiedene europäische Länder haben Regelungen erlassen, die es verbieten, dass die Fahrerinnen und Fahrer ihre wöchentliche Ruhezeit im Fahrzeug verbringen. Diese Regelungen zielen darauf ab, das Sozialdumping einzudämmen. Sie wollen aber auch einem Wettbewerb Grenzen setzen, der nahe an der Unlauterkeit steht und der von ausländischen Transportunternehmen ausgeht, die davon abhängig sind, dass sie ihr Personal zu solchen Arbeitsbedingungen anstellen können.*

*Kürzlich hat Dänemark, wo eine entsprechende Regelung seit Jahren in Kraft ist, die Sanktionen auf 10 000 Kronen (ca. 1500 Franken) für die Fahrerinnen oder Fahrer und 20 000 Kronen (3000 Franken) für den Fahrzeughalter erhöht. Dies zeigt, dass das Problem existiert und dass es angegangen werden muss.*

*Der Wettbewerb im internationalen Gütertransport auf der Strasse, der auf inakzeptablen Arbeits- und sozialen Bedingungen und damit auf Dumpingpreisen beruht, schadet nicht nur den Schweizer Transportunternehmen, sondern ist auch problematisch mit Blick auf die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene (Art. 84 der Bundesverfassung).*

*Verbietet man den Fahrerinnen und Fahrern, die wöchentliche Ruhezeit im Fahrzeug zu verbringen, so würde dies - neben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer - zu einer Verbesserung der Kostenwahrheit beim Güterverkehr auf der Strasse beitragen.*

Mit der Revision vom 17. November 2021 der Chauffeurverordnung (SR 822.221; AS 2021 792) wurde Artikel 11 Absatz 6 dahingehend angepasst, dass die regelmässigen wöchentlichen Ruhezeiten nicht (mehr) im Fahrzeug verbracht werden dürfen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

### **Bundesamt für Kommunikation**

2019 P 19.4043 Nachhaltiges Mobilfunknetz (Häberli-Koller)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird gebeten, einen Bericht zu erstatten, wie eine nachhaltige Ausgestaltung der Mobilfunknetze erzielt werden kann, um optimalen Strahlenschutz zu erreichen und dabei die Einführung von 5G und der kommenden Technologien innert vernünftiger Zeiträume sicherzustellen. Der Bericht soll auch objektiv darstellen, welche Vor- und Nachteile ein einheitliches Mobilfunknetz in der Schweiz gegenüber der heutigen mobilen Versorgung mit drei Anbietern hätte und wie die Datenübertragung mittels Glasfaser gefördert werden könnte.*

Postulatsbericht vom 13. April 2022 «Nachhaltiges Mobilfunknetz» ([www.bakom.admin.ch](http://www.bakom.admin.ch) > Das BAKOM > Organisation > Rechtliche Grundlagen > Geschäfte des Bundesrates > Nachhaltiges Mobilfunknetz).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 19.3574 Offensive für einen digitalen Service public (Marti Min Li)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, eine Strategie vorzulegen, wie er den digitalen Service public stärken und ausbauen könnte. Dabei geht es um Fragen der digitalen Infrastruktur im engen und im weiteren Sinne wie beispielsweise Umgang und Besitz von Daten (z. B. Förderung von Datengenossenschaften oder Investitionen in Plattformen als Infrastruktur), um eine Stärkung der digitalen Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner (E-Government, bürgernahe Verwaltung), aber ebenso die Förderung von Innovationen und digitalen Prozessen innerhalb der Verwaltung und weitere Bereiche des Service public, in denen Digitalisierung eine wichtige Rolle spielt oder spielen wird wie Gesundheit oder Bildung.*

Grundlagenbericht vom 12. Oktober 2022 «Digitaler Service public» sowie ergänzend dazu der Bericht des UVEK und des EDA vom 30. März 2022 «Schaffung von vertrauenswürdigen Datenräumen basierend auf der digitalen Selbstbestimmung» ([www.bakom.admin.ch](http://www.bakom.admin.ch) > Digitalisierung und Internet > Digitalisierung > Datenpolitik > Digitale Selbstbestimmung).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

### **Bundesamt für Umwelt**

2018 P 18.3509 Die Hürden gegen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft abbauen (Noser)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, systematisch aufzuzeigen, wo relevante Potenziale für höhere Energie- und Ressourceneffizienz sowie Kreislaufwirtschaftsansätze nicht ausgeschöpft werden und welches die Hauptgründe hierfür sind. Der Bericht soll dabei insbesondere auch jene Fälle identifizieren, wo bestehende Gesetze, Verordnungen und Reglemente die Nutzung dieser Potenziale behindern oder entsprechende Anpassungen eine Verbesserung bringen können.*

Postulatsbericht vom 11. März 2022 «Die Hürden gegen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft abbauen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2018 P 18.3610 Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement. Grundlagenbericht (Rieder)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Grundlagenbericht zur aktuellen Situation der Schweiz im Bereich der Wasserversorgungssicherheit sowie des Wassermanagements zu erstellen.*

Postulatsbericht vom 18. Mai 2022 «Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement. Grundlagenbericht».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 M 15.3733 Streichung der VOC-Abgabe (Wobmann)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, die VOC-Abgabe ersatzlos zu streichen.*

Der Bundesrat hat die entsprechende Anpassung der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (SR 814.018, AS 2022 160) am 23. Februar 2022 verabschiedet. Sie wird am 1. Januar 2023 in Kraft treten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

- 2019 P 18.3196      Wie kann künftig ein ökologischer, effizienter und wirtschaftlich rentabler Umgang mit Kunststoffen garantiert werden? (Thorens Goumaz)  
Eingereichter Text:  
*Der Bundesrat soll darlegen, wie er künftig einen ökologischen, effizienten und wirtschaftlich rentablen Umgang mit Kunststoffen garantieren kann.*
- 2019 P 18.3496      Aktionsplan zur Reduzierung von Plastikeinträgen in die Umwelt (Munz)  
Eingereichter Text:  
*Der Bundesrat wird beauftragt, eine Übersicht über die Quellen und Eintragswege von Plastik und Mikroplastik in die Umwelt sowie die Auswirkungen des Plastiks auf die Umwelt und die Gesundheit zu erarbeiten und zu prüfen, ob ein Aktionsplan zur Reduzierung der Einträge in die Umwelt ein zweckmässiges Instrument zur Reduzierung der Plastikbelastungen sein könnte.*
- 2021 P 19.3818      Millionen Tonnen von Plastik einsparen, ersetzen oder recyceln statt verbrennen oder exportieren (Flach)  
Eingereichter Text:  
*Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und in einem Bericht aufzuzeigen, wie der Gebrauch von Kunststoffen in der Land- und Bauwirtschaft vermindert, durch ressourcenschonendere Alternativen ersetzt und der Anteil des Recyclings erhöht werden kann.*
- 2021 P 19.4355      Plastikmüll. Vermeiden und wiederverwerten statt exportieren (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)  
Eingereichter Text:  
*Der Bundesrat wird aufgefordert, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Schweiz in Bezug auf die Umweltverschmutzung durch Einwegplastik ihre Verantwortung wahrnehmen und die Abläufe im Sinne der Kreislaufwirtschaft verstärken kann.*  
*Der Bericht soll insbesondere enthalten:*
- 1. Eine Analyse zum Stand der Schweiz im internationalen Vergleich. Es soll dargelegt werden, wie viel Plastik in der Schweiz und in den Nachbarländern pro Kopf verbraucht, stofflich und thermisch verwertet, rein stofflich recycelt oder ins Ausland exportiert wird. Aufgrund der Zahlen soll das effektive Potenzial der Plastik-Kreislaufwirtschaft in der Schweiz dargelegt und der Bedarf an politischen Massnahmen (z. B. Sammelquoten, Ausfuhrbestimmungen, Verordnungs- und Gesetzesrevisionen usw.) abgeleitet werden.*
  - 2. Eine Analyse zum aus der Schweiz exportierten Plastik und eine Auslegeordnung darüber, wie der Bundesrat sicherstellt, dass kein Plastik aus der Schweiz in minderwertiger Qualität exportiert wird, das schlussendlich in den Empfängerländern im Meer landet.*
  - 3. Eine Strategie, wie parallel zu den laufenden Verhandlungen mit asiatischen Staaten Programme oder Projekte hin zu einer Plastik-Kreislaufwirtschaft in diesen Ländern etabliert werden können. In die entsprechenden Überlegungen sind die Umweltprogramme von SECO und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit einzubeziehen, welche im Bereich Plastik einen Schwerpunkt bilden sollen.*
  - 4. Ein Bericht darüber, wie Pilotprojekte zu Plasmaverfahren des Bundesamtes für Energie und des Bundesamtes für Umwelt unterstützt werden können, mit welchen aus Plastik speicherfähiges Gas und daraus Strom produziert werden kann.*

Postulatsbericht vom 23. September 2022 «Kunststoff in der Umwelt».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

- 2019 P 18.3829      Aktionsplan gegen die Lebensmittelverschwendung (Chevalley)  
Eingereichter Text:  
*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Aktionsplan gegen die Lebensmittelverschwendung auszuarbeiten. Dieser Plan soll die bereits umgesetzten Massnahmen auflisten und deren Wirkung prüfen. Falls nötig soll er weiterführende Massnahmen zu den verschiedenen Stossrichtungen vorschlagen, damit das Ziel einer Food-Waste-Reduktion von 50 Prozent bis 2030 erreicht werden kann. Weiter wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament einen Index zu präsentieren, mit dem der Rückgang der Verschwendung in den verschiedenen betroffenen Sektoren regelmässig überprüft werden kann.*

Postulatsbericht vom 6. April 2022 «Aktionsplan gegen die Lebensmittelverschwendung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

- 2019 M 18.4099      Bereitstellung von Ressourcen zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Systeme zur Warnung und Alarmierung vor Naturgefahren (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)  
Eingereichter Text:  
*Der Bundesrat wird beauftragt, den erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcenbedarf für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Systeme zur Warnung und Alarmierung vor Naturgefahren bereitzustellen. Die Ressourcen sollen für die Umsetzung folgender Massnahmen bereitgestellt werden:*

1. *Weiterführung und Erweiterung bestehender Massnahmen zur Konsolidierung des schweizerischen Warnsystems (Sicherstellung eines krisensicheren Vorhersage- und Warnsystems, Entwicklung einer neuen Generation von Unwetterwarnungen für eine mobile und digitale Gesellschaft);*
2. *neue Massnahmen zur Weiterentwicklung des schweizerischen Warnsystems (Entwicklung von Trockenheitswarnungen, Entwicklung von Warnung vor Massenbewegungsgefahren).*

Beschluss des Bundesrates vom 18. Mai 2022 «Zunehmende Trockenheit: Monitoring, Vorhersage, Information und Warnung» (www.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > Medienmitteilungen des Bundesrates > 18.5.2022 > «Trockenheit: Bundesrat will nationales System zur Früherkennung und Warnung»).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2019 P 19.3715      Zeitgemässe, effiziente Waldbrandprävention und -bekämpfung (von Siebenthal)

Eingereichter Text:

*Die Waldbrandgefahr hat sich in den letzten 30 Jahren wegen der zunehmenden Trockenheit und den wärmeren Temperaturen verschärft. Gut die Hälfte der Waldbrände wird durch Menschenhand ausgelöst. Der Prävention von Waldbränden kommt deshalb eine grosse Bedeutung zu. Um der Verschärfung der Situation durch die Klimaveränderung zu begegnen, muss die heutige Praxis der Waldbrandbekämpfung überprüft und dem aktuellen Bedarf und Stand der Technik angepasst werden.*

1. *Der Bundesrat wird gebeten zu prüfen, ob die Waldbrandpräventionsmassnahmen in Zusammenarbeit mit den Kantonen verstärkt werden sollten.*
2. *Der Bundesrat wird gebeten zu prüfen, ob die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen noch zeitgemäss ist oder ob Prozesse effizienter gestaltet werden können. Zentrale Lösflugzeuge könnten zum Beispiel als Präventionsmassnahme vom Bund koordiniert werden.*
3. *Der Bundesrat wird gebeten zu prüfen, ob die Schweiz für grossflächige Waldbrände und solche mit grossem Ausdehnungspotenzial (Wind, Trockenheit) gerüstet ist und ob in kurzer Zeit genügende Einsatzkräfte, Lösflugzeuge usw. verfügbar sind, um eine grossflächige Ausbreitung zu verhindern.*
4. *Der Bundesrat wird gebeten, den Ausbau von schnell verfügbaren Löschmöglichkeiten (Löschwasserbecken, Sperren, Hydrantennetze usw.) zu prüfen.*
5. *Der Bundesrat wird gebeten, neue Systeme zu prüfen, um Waldbrände effizienter zu bekämpfen, zum Beispiel neue Löschflieger, Systeme ohne Wasser.*

Postulatsbericht vom 26. Januar 2022 «Zeitgemässe, effiziente Waldbrandprävention und -bekämpfung».

2020 M 19.4177      Eine Gesamtstrategie für die Anpassung des Waldes an den Klimawandel (Hêche)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, eine Strategie für die Anpassung des Waldes an den Klimawandel vorzulegen. Die Strategie wird die Problematik als Ganzes (Waldschutz, Schadenbewältigung, Jungwaldpflege, Verwaltung, Auswirkungen auf die Waldfunktionen, Waldeigentümer, Waldwirtschaft usw.) einbinden und auch die Instrumente und finanziellen Mittel festlegen, die erforderlich sind, um die Multifunktionalität und die Nachhaltigkeit des Waldes in der Schweiz zu garantieren.*

2020 P 20.3750      Anpassung der Wälder an die Klimaerwärmung. Wie steht es um die Biodiversität? (Vara)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird damit beauftragt zum Thema der Erhaltung und Entwicklung der Biodiversität der Wälder einen Bericht vorzulegen, in dem geprüft wird, ob - in Ergänzung der Massnahmen, die zur Anpassung des Waldes an die Klimaerwärmung ergriffen werden - der Bundesversammlung der Entwurf zu einem Erlass vorzulegen ist oder zusätzliche Massnahmen zu ergreifen sind.*

Postulatsbericht vom 2. Dezember 2022 «Anpassung des Waldes an den Klimawandel».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion und des Postulats als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 M 19.4182      Wann werden oxo-abbaubare Kunststoffe verboten? (Chevalley)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, gestützt auf Artikel 30d des Umweltschutzgesetzes (USG) die sogenannten oxo-abbaubaren Kunststoffe mittels Verordnung so rasch wie möglich zu verbieten.*

Der Bundesrat hat die entsprechende Anpassung der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (SR 814.81, AS 2022 162) am 23. Februar 2022 verabschiedet. Sie ist am 1. Oktober 2022 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.3001      Klimatische Auswirkungen bei der UVP berücksichtigen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht mit Vorschlägen zu unterbreiten, der aufzeigt, wie im Rahmen der UVP die positiven und negativen Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt werden können.*

Postulatsbericht vom 23. November 2022 «Klimatische Auswirkungen bei der UVP berücksichtigen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 19.3611 Stopp der Verschotterung von Grünflächen (Munz)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die zunehmende Verschotterung von privaten und öffentlichen Grünflächen und Arealen aufzuzeigen, die damit einhergehende ökologische Verarmung sowie Massnahmen zur Vermeidung der Verschotterung zugunsten von biologisch wertvollen Grünanlagen.*

Postulatsbericht vom 16. Dezember 2022 «Stopp der Verschotterung von Grünflächen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

## **Bundesamt für Raumentwicklung**

2015 P 15.3699 Entwicklung im Bereich der Raumplanung (N 25.9.2015, Bourgeois)

Eingereichter Text:

*Ich beauftrage den Bundesrat, einen Bericht zu erstellen, der folgende Informationen enthalten soll: 1. Auf der Grundlage der demografischen Entwicklung sollen zum einen wirtschaftliche, ökologische sowie forst- und landwirtschaftliche Perspektiven für jeden Kanton erstellt werden, und zum anderen sollen die Auswirkungen bis 2030, 2040 auf unser Land und insbesondere auf die landwirtschaftliche Nutzfläche dargestellt werden. 2. Aufgrund der Daten unter Ziffer 1 sollen schliesslich die Auswirkungen auf die Quote der Fruchtfolgeflächen, die von jedem Kanton nach dem Bundesbeschluss aus dem Jahr 1992 eingehalten werden muss, sowie der Selbstversorgungsgrad abgeschätzt werden.*

Am 8. Mai 2020 hat der Bundesrat den überarbeiteten Sachplan «Fruchtfolgeflächen» ([www.are.admin.ch](http://www.are.admin.ch) > Raumentwicklung & Raumplanung > Strategie und Planung > Konzepte und Sachpläne > Sachpläne des Bundes > Fruchtfolgeflächen) als Teil des «Massnahmenpakets zur nachhaltigen Sicherung der Ressource Boden» verabschiedet ([www.admin.ch](http://www.admin.ch) > Dokumentation > Medienmitteilungen des Bundesrates > 8.5.2020). Ebenfalls einen Teil dieses Massnahmenpakets bilden die langfristige Finanzierung des Kompetenzzentrums Boden und der Auftrag zur Erarbeitung eines Konzepts für eine schweizweite Bodenkartierung. Bei der Vorbereitung dieses Massnahmenpakets hat eine breit abgestützte Expertengruppe auch Abklärungen getroffen, die zum Teil auf die vom Postulanten genannten Anliegen eingehen. Diese Grundlagen wurden zusammen mit den Empfehlungen der Expertengruppe am 30. Januar 2018 publiziert. Relevante Informationen zur Überprüfung der kantonalen Kontingente bzw. der Quote, die von jedem Kanton am gesamtschweizerischen Mindestumfang einzuhalten ist, soll die schweizweite Bodenkartierung liefern. Die Arbeiten am Konzept zur Planung und Finanzierung sind weitestgehend abgeschlossen. Damit werden die Grundlagen gelegt, um die vom Postulanten gewünschten Erkenntnisse gewinnen zu können.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 20.3008 Anpassung der Perimeter für die Agglomerationsprojekte (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Eingereichter Text:

*Der Bundesrat wird beauftragt, die MinVV und die PAVV mit folgenden Eckpunkten abzuändern:*

*MinVV*

- *In der MinVV werden die beitragsberechtigten Städte und Agglomerationen bezeichnet. Hierbei werden die Namen der Kerne aufgeführt, nicht die einzelnen Gemeinden*
- *Die MinVV enthält eine Delegationsnorm, die das UVEK ermächtigt, die beitragsberechtigten Gemeinden in der Departementsverordnung zum Programm Agglomerationsverkehr (PAVV) festzulegen.*

*PAVV*

- *In einem Anhang zur PAVV werden die beitragsberechtigten Gemeinden aufgelistet.*
- *In der PAVV wird für die Kantone die Möglichkeit geschaffen, bei jeder neuen Generation Agglomerationsprogramme Anträge für eine punktuelle Anpassung dieses Anhangs zu stellen. Kriterium dafür ist der Grundsatz der räumlichen Kohärenz der Perimeter-Anpassung. Dazu kann der Richtplan als wichtige Grundlage dienen.*

Am 1. Oktober 2021 traten die Änderung vom 25. August 2021 der Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassenverkehr zweckgebundener Mittel (MinVV; SR 725.116.21) sowie die Änderung vom 25. August 2021 der Verordnung des UVEK über das Programm Agglomerationsverkehr (PAVV; SR 725.116.214) in Kraft. Damit ist neu das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) dafür zuständig, im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr (PAV) die beitragsberechtigten Gemeinden festzulegen (Anhang 1 PAVV). Die Kantone oder Trägerschaften können dem UVEK im Rahmen jeder neuen Generation der Agglomerationsprogramme Anpassungen des Anhangs vorschlagen. Zur Vorbereitung der fünften Generation des PAV legten die Kantone und Trägerschaften dem Bundesamt für Raumplanung (ARE) Anfang 2022 Vorschläge zur Aufnahme oder Streichung beitragsberechtigter Gemeinden vor. Das ARE prüfte die Vorschläge und hiess sie überwiegend gut. Zusätzlich wurde der Anhang der PAVV infolge von Gemeindefusionen und Änderungen von Gemeindefusionen bereinigt (Änderung vom 27. Okt. 2022, AS 2022 669). Im teilrevidierten Anhang der PAVV werden die Anpassungen (Ergänzungen, Streichungen, Namensänderungen) der beitragsberechtigten Gemeinden aufgeführt, geordnet nach den Agglomerationen. Die Änderung der PAVV vom 27. Oktober 2022 tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

## **Kapitel II**

### **An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind**

#### **Bundeskanzlei**

- 2019 M 18.4238 Einführung von elektronischen Schnittstellen in der Bundesverwaltung. Dadurch den Informationsaustausch erleichtern (Grüter)
- 2019 M 18.4276 Erleichterter Informationsaustausch durch die Einführung von elektronischen Schnittstellen in der Bundesverwaltung (Vonlanthen)

Die Motionen führten zu verschiedenen Umsetzungsarbeiten zur Schaffung und Veröffentlichung elektronischer Schnittstellen (API): Der Digitalisierungsrat Bund hat einen Grundsatzentscheid gefällt, durch den neue Anwendungen des Bundes ab sofort im Sinne von «API-first» gebaut werden. Bei bestehenden Anwendungen sollen Schnittstellen grundsätzlich im Rahmen ihres Lebenszyklus eingeführt werden. In einer Umfrage wurde zudem bei Unternehmen, Bildungsinstitutionen sowie Bürgerinnen und Bürgern erhoben, welche Schnittstellen aus ihrer Sicht wichtig sind. Der Bundesrat wurde am 17. September 2021 über die Umsetzungsarbeiten zur Schaffung elektronischer Schnittstellen informiert. Er hat bei der Behandlung der beiden Motionen in den parlamentarischen Kommissionen dargelegt, dass die Umsetzungsarbeiten nicht bis Ende 2022 erledigt werden können. Seit Mitte 2022 können die Verwaltungseinheiten jedoch ihre API über die Plattform [il4y.admin.ch](https://il4y.admin.ch) öffentlich bekanntmachen. So ergibt sich per Ende 2022 eine erste Sicht über die bereits verfügbaren Schnittstellen, die kontinuierlich ausgebaut werden. Ab dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2024 wird die Anzahl Schnittstellen als Kennzahl geführt. Weiter werden mit der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBaG) die übergreifenden rechtlichen Grundlagen für die Nutzung von Schnittstellen vereinheitlicht und das Anbieten sowie Publizieren von elektronischen Schnittstellen bindend, sofern keine überwiegenden sachlichen Gründe dagegensprechen (namentlich Wirtschaftlichkeit und Vertraulichkeit). Der Bundesrat wird mit dem Inkrafttreten des EMBaG die beiden Motionen als erfüllt erachten und zu diesem Zeitpunkt deren Abschreibung beantragen.

## Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

### Staatssekretariat EDA

2010 M 10.3005      Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (Aussenpolitische Kommission SR)

Ein Sondierungsprozess mit der EU im Hinblick auf die Aufnahme von allfälligen Verhandlungen über die Fortsetzung und Vertiefung des bilateralen Weges ist im Gange. Erst wenn klar ist, welche Mitwirkungs- und Informationsrechte die Schweiz mit der EU vereinbart, kann der Bundesrat Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlaments über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe vorschlagen. Die Umsetzung der Motion kann erst erfolgen, wenn weitere Schritte zur Klärung der Beziehungen zur EU gemacht wurden.

2012 M 11.4038      Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (Aussenpolitische Kommission NR)

Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, sich aktiv für die Menschenrechte aller Bürgerinnen und Bürger Syriens einzusetzen und dabei einen besonderen Fokus auf religiöse und ethnische Minderheiten zu richten. Die Schweiz setzt sich insbesondere im Menschenrechtsrat und in der UNO-Generalversammlung dafür ein, dass die wiederkehrenden Resolutionen zur Menschenrechtslage in Syrien substanzielle Elemente zur Bekämpfung von Straflosigkeit und einer verstärkten Rechenschaftslegung aller Konfliktparteien enthalten. Beides sind wichtige Voraussetzungen zur Vorbeugung von Menschenrechtsverletzungen, unter anderem gegen die kurdische Gemeinschaft und weitere Minderheiten. Sie hat sich zudem für die Schaffung eines internationalen, unparteilichen und unabhängigen Mechanismus eingesetzt, den die UNO-Generalversammlung zur Untersuchung der schwerwiegendsten Verletzungen des Völkerrechts im Syrienkonflikt eingerichtet hat. Sie hat bisher neun Konferenzen organisiert, um die Zusammenarbeit zwischen den syrischen Akteuren und dem Mechanismus sicherzustellen. Die Schweiz hat seit 2011 610 Millionen Franken für die von der Syrienkrise betroffene Bevölkerung in Syrien und der Region bereitgestellt. Zudem beteiligt sie sich aktiv an der Konfliktlösung. Der Bundesrat hat die Konfliktparteien wiederholt zur Einstellung der Kampfhandlungen und zu einer politischen Lösung des Konflikts aufgerufen. Die Schaffung und Unterstützung des «Civil Society Support Room» durch die Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Büro des UNO-Sonderbeauftragten erlaubt den Einbezug von Vertreterinnen und Vertretern der syrischen Zivilgesellschaft, darunter auch Kurdinnen und Kurden, in die offiziellen Friedensgespräche in Genf.

2013 P 11.3916      Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (Nordmann)

2014 P 14.3557      Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorauseilender Gehorsam (Schilliger)

2014 P 14.3577      Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorauseilender Gehorsam (Fournier)

Ein Sondierungsprozess mit der EU im Hinblick auf die Aufnahme von allfälligen Verhandlungen über die Fortsetzung und Vertiefung des bilateralen Weges ist im Gange. Erst wenn klar ist, welche Übernahme- und Umsetzungsmodalitäten in Zukunft zwischen der Schweiz und der EU gelten werden, kann diesem Postulat vollumfänglich entsprochen werden. Die Redaktion des Postulatsberichts kann erst erfolgen, wenn weitere Schritte zur Klärung der Beziehungen zur EU gemacht wurden.

2014 P 13.3151      Lagebeurteilung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa (Aeschi Thomas)

2015 P 14.4080      Evaluation der bilateralen Verträge mit der EU (Grüne Fraktion)

2018 P 17.4147      Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit (Naef)

Der Bundesrat hat am 9. Dezember 2022 den Entwurf seines Berichts «Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz–EU» unter Vorbehalt der Ergebnisse der Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen (APK) verabschiedet. Sobald die Konsultation der APKs abgeschlossen ist, wird der Bundesrat seinen Bericht definitiv beschliessen und somit dem Postulat Folge leisten.

2015 M 14.3120      Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (Sozialdemokratische Fraktion)

Ein Sondierungsprozess mit der EU im Hinblick auf die Aufnahme von allfälligen Verhandlungen über die Fortsetzung und Vertiefung des bilateralen Weges ist im Gange. Die Umsetzung der vorliegenden Motion kann erst erfolgen, wenn weitere Schritte zur Klärung der Beziehungen zur EU gemacht wurden.

2015 M 14.3824      Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (Streiff)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Religions- und Glaubensfreiheit in bilateralen und multilateralen Gesprächen und Gremien zu thematisieren.

Die Schweiz unterstützte die Resolutionen zur Religions- und Glaubensfreiheit des Menschenrechtsrats und der UNO-Generalversammlung. Darüber hinaus hat sie sich wiederholt zu Toleranz und Nichtdiskriminierung, auch in Bezug auf die Religionsfreiheit, geäussert, unter anderem in New York im Rahmen der Tagung auf hoher Ebene über Minderheiten und in der OSZE. 2022 nahm die Schweiz an der Ministerkonferenz über Religions- und Weltanschauungsfreiheit (FoRB) teil und setzte auch ihr Engagement im Kampf gegen Antisemitismus fort, insbesondere durch ihre aktive Mitarbeit in der «International Holocaust Remembrance Alliance» (IHRA) und ihren Dialog mit dem Staat Israel.

2016 M 16.3155      Beziehungen zu Eritrea verstärken. Den Strom von eritreischen Migrantinnen und Migranten eindämmen (Béglé)

Die Schweiz hat ihre Präsenz in Eritrea verstärkt, namentlich durch regelmässige Missionen der Schweizer Vertretung in Khartum nach Eritrea sowie durch die Ernennung eines Sonderbotschafters für das Grosse Horn von Afrika im Jahr 2022, zu dessen Tätigkeitsfeld Eritrea ebenfalls gehört. Die Durchführung von Projekten des Staatssekretariats für Migration (SEM) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) stellt eine weitere Stärkung des Engagements der Schweiz in Eritrea dar. Das SEM finanzierte von 2016 bis 2020 einzelne Projekte im Bildungsbereich in Eritrea und hat 2022 eine erste Schulung der eritreischen Behörden im Bereich Dokumentenprüfung umgesetzt. Weitere Schulungen sind für 2023 geplant. Die DEZA führt ihrerseits seit 2017 einzelne Projekte in Eritrea durch. Das Ende dieser Projekte ist für 2023 geplant. Auch auf politischer Ebene verstärkte die Schweiz ihr Engagement. Gemeinsam mit Deutschland, Schweden und Norwegen führt die Schweiz einen strukturierten Dialog mit Eritrea, um ein gemeinsames, verstärktes Auftreten zu ermöglichen. Im September 2019 wurde in New York auf Aussenministerstufe zusätzlich ein bilateraler technischer Dialog vereinbart. Diesbezüglich fanden bereits erste Vorbereitungstreffen statt. Beide Dialoge sind aufgrund der Covid-19 Pandemie und der Involvierung Eritreas im Konflikt im nordäthiopischen Tigray ausgesetzt.

Trotz dieses Engagements sind die Aussichten auf vollständige Erfüllung der in der Motion genannten Ziele gering. Die Anzeichen einer Bereitschaft zur Öffnung seitens der eritreischen Regierung haben sich ins Gegenteil verkehrt. Eritrea lehnt zwangsweise Rückführungen aus europäischen Ländern weiterhin grundsätzlich ab. Zudem hat sich die Umsetzung der laufenden DEZA-Projekte stark verzögert, was auf Covid-19, aber auch auf erschwerte Bedingungen für die Partnerorganisationen zurückzuführen ist (z. B. Verstaatlichung der Berufsschule in Dekemhare im September 2022). Unabhängig davon ist gleichzeitig der verzeichnete Trend bei neuen Asylanträgen aus Eritrea in der Schweiz rückläufig, insbesondere auch bei den Primärgesuchen.

2017 M 16.3600 Situation in Eritrea. Bestrebungen der Uno unterstützen (Tornare)

Die Schweiz unterstützt die Bemühungen der UNO-Gremien und ihrer Mechanismen in Bezug auf Eritrea uneingeschränkt. Sie begrüsst das Mandat des Sonderberichterstatters, der im Auftrag des Menschenrechtsrats (MRR) über die Menschenrechtssituation in Eritrea berichtet. Im Juni 2022 hat die Schweiz folglich wiederum die Resolution des MRR befürwortet, die eine Erneuerung dieses Mandats vorsieht. Die Schweiz engagierte sich dabei aktiv an den Verhandlungen und unterstützte die Resolution als Co-Sponsorin. Des Weiteren führt die Schweiz im Rahmen einer stehenden Einladung auf Anfrage Austausch mit dem zuständigen Sonderberichterstatter und fordert Eritrea regelmässig dazu auf, mit der UNO, insbesondere mit dem MRR und seinen Mechanismen, zusammenzuarbeiten und internationalen Organisationen Zugang zum Land zu gewähren. Auch auf Projektebene versuchte die Schweiz die Anstrengungen der UNO in Eritrea zu unterstützen: so hat die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) seit Januar 2018 ein Projekt des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) mitfinanziert. Ziel des Projektes war die Verringerung der unsicheren Migration aus Eritrea und die Verbesserung der Einkommensmöglichkeiten für junge Menschen. Die Projektumsetzung war jedoch von Beginn an schwierig. Bereits ab April 2018 hat UNDP keine Genehmigung seitens der eritreischen Behörden mehr erhalten, um das Projekt umzusetzen. Die Projektaktivitäten konnten daher letztlich nur während weniger Monate stattfinden und im Juni 2022 musste die Unterstützung für das Programm endgültig eingestellt werden. Nicht umgesetzte Mittel wurden von UNDP rückerstattet.

2018 M 17.3098 Eröffnung einer Schweizer Botschaft in Eritrea. Aussennetz im Dienste der Landesinteressen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Die Motion wurde am 4. Dezember 2017 vom Ständerat abgeändert, mit dem neuen Auftrag an den Bundesrat, in Eritrea die diplomatische Präsenz zu stärken. Der Bundesrat hat die diplomatische Präsenz in Eritrea in Umsetzung der Motion verstärkt, namentlich durch regelmässige Missionen der Schweizer Vertretung in Khartum nach Eritrea sowie durch die Durchführung von Projekten. Die Ernennung eines Sonderbotschafters für das Grosse Horn von Afrika inklusive Eritrea im Jahr 2022 erhöht zusätzlich die Kapazitäten, um die Situation in Eritrea zu beurteilen.

2018 M 17.4241 Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren (Sommaruga Carlo)

Der Bundesrat hat 2018 und 2019 beschlossen, dem Vertrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beizutreten. Wie in der Antwort zur Motion 17.4241 in Aussicht gestellt, nimmt der Bundesrat unter Einbezug der involvierten Dienste sowie mit Beiträgen von externer Sachverständigen eine Neubeurteilung der Beitrittsfrage vor. Die Arbeiten dazu wurden wie vorgesehen nach der ersten Staatenkonferenz des Kernwaffenverbotsvertrags (TPNW) im Juni 2022 und der 10. Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) im August 2022 aufgenommen. In der Zwischenzeit hat der Ständerat angesichts der russischen Aggression gegen die Ukraine das Postulat 22.3800 «Auswirkungen eines Beitritts der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag auf die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz» verabschiedet, das einen fokussierten Bericht bezüglich der sicherheits- und aussenpolitischen Auswirkungen eines Schweizer TPNW-Beitritts verlangt. Dieser Bericht soll dem Bundesrat im ersten Quartal 2023 zusammen mit der Neubeurteilung im Rahmen der Motion 17.4241 als Entscheidungsgrundlage dienen. Unabhängig von ihrer Position zum TPNW engagiert sich die Schweiz weiterhin aktiv in der nuklearen Abrüstung, um Nuklearwaffenrisiken zu vermindern und um zusammen mit Kernwaffen und Nichtkernwaffenstaaten auf das Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen hinzuarbeiten.

2018 M 18.4093 Uno-Migrationspakt. Zustimmungsgescheid der Bundesversammlung unterbreiten (Staatspolitische Kommission NR)

2018 M 18.4103 Uno-Migrationspakt. Zustimmungsgescheid der Bundesversammlung unterbreiten (Staatspolitische Kommission SR)

2018 M 18.4106 Uno-Migrationspakt. Zustimmungsgescheid der Bundesversammlung unterbreiten (Aussenpolitische Kommission SR)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.018: Botschaft vom 3. Februar 2021 zum UNO-Migrationspakt.

2020 M 19.3991      Kein ausuferndes «Söldnergesetz». Ursprüngliches Ziel des BPS respektieren (Wicki)

2020 M 19.4376      Abwanderung sicherheitsrelevanter Schweizer Firmen verhindern (Sicherheitspolitische Kommission SR)

Mit Entscheid vom 11. November 2020 hat der Bunderat beschlossen, die Verordnung zum Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen anzupassen. Daneben wurde eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt, welche den Auftrag hatte zu überprüfen, ob zusätzlich eine Revision des Bundesgesetzes über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienste, BPS (AS 2015 2407) notwendig ist. Mit Entscheid vom 28. Januar 2021 kam der Bundesrat gestützt auf den Bericht dieser interdepartementalen Arbeitsgruppe zum Schluss, dass sich eine Revision des BPS zu diesem Zeitpunkt nicht aufdrängte, da die Teilrevision der Verordnung zum BPS den Anliegen dieser beiden Motionen bereits Rechnung trägt. Nach dem Inkrafttreten der teilrevidierten Verordnung am 1. Januar 2021 sollten zunächst Erfahrungen in der Praxis mit den neu geschaffenen Mechanismen gesammelt werden. Zudem wurden das EDA und das WBF beauftragt, die Teilrevision der Verordnung spätestens nach drei Jahren auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und dem Bundesrat bis spätestens 31. August 2024 über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Diese Evaluation soll darüber Auskunft geben, ob die Anliegen der beiden Motionen mit der Verordnungsrevision erfüllt werden konnten oder ob Handlungsbedarf für eine Gesetzesanpassung besteht.

### **Direktion für Völkerrecht**

2010 M 09.3719      Die Uno untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (Marty Dick)

Mit Schreiben vom 22. März 2010 hat der Bundesrat den Ausschuss des Sicherheitsrats, der nach Resolution 1267 (1999) und Folgeresolutionen für die Anwendung der Sanktionen des Sicherheitsrates gegen die Gruppierungen «Islamischer Staat» und «Al-Qaida» verantwortlich ist, über die Annahme der Motion und die sich daraus ergebenden Folgen für die Schweiz informiert. Nach einem Verfahren gegen die Schweiz vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bestätigte das Bundesgericht überdies, dass gelistete Personen in der Schweiz ein Rechtsmittel gegenüber UNO-Sanktionen zur Verfügung steht. Die Schweiz setzt sich bereits seit 2005 mit einer Gruppe gleichgesinnter Staaten für eine bessere Beachtung der Menschenrechte im Rahmen von UNO-Sanktionen ein. Eine ihrer grossen Erfolge ist die Schaffung des Amtes einer Ombudsperson für das UNO-Sanktionsregime gegen die Gruppierungen Islamischer Staat und Al-Qaida im Jahre 2009. Die Schweiz organisierte im April 2022 ein weiteres Treffen in New York, um die Einrichtung eines unabhängigen Überprüfungsmechanismus auf UNO-Ebene auch für die anderen Sanktionsregime zu thematisieren, die noch keine Ombudsperson kennen. Am 7. Oktober 2022 richtete die Gruppe der Gleichgesinnten Staaten auf Initiative der Schweiz zudem ein Gesuch an den Sicherheitsrat, damit die Zuständigkeit der Ombudsperson auf weitere Sanktionsregime ausgedehnt wird. Auch als Mitglied des Sicherheitsrats wird sich die Schweiz als Teil einer der vier Prioritäten weiterhin dafür einsetzen, die Funktion der Ombudsperson zu stärken.

2019 P 19.3414      Neue Bestimmungen zur Betreuung der Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte (Aussenpolitische Kommission SR)

Parallel zum Postulat evaluierte die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) die Strategie zur Restitution unrechtmässig erworbener Vermögenswerte und formulierte am 16. April 2021 Empfehlungen. Am 17. September 2021 nahm der Bundesrat zu den Empfehlungen der EFK Stellung. Aus Gründen der Effizienz beschloss der Bundesrat, dass einige der Empfehlungen der EFK mit dem Bericht zur Beantwortung des Postulats umgesetzt werden sollen. Der Entwurf des Berichts musste deshalb angepasst werden. 2022 wurde jedoch der Umsetzung des Bundesgesetzes über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte ausländischer politisch exponierter Personen, SRVG (AS 2016 1803) im Zusammenhang mit der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine Priorität eingeräumt. Die Fertigstellung des Berichts, der diese neuen Erfahrungen berücksichtigt wird, wurde auf 2023 verschoben.

### **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit**

2020 P 20.3469      Massnahmen zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen (Aussenpolitische Kommission NR)

Der Postulatsbericht ist weitgehend erarbeitet. Für die Finalisierung wurden jedoch verschiedene internationale Entwicklungen abgewartet, insbesondere Verhandlungen in der G20 sowie Diskussionen und Entscheide in der Weltgesundheitsorganisation, welche erst im zweiten Halbjahr 2022 getroffen wurden.

## Eidgenössisches Departement des Innern

### Generalsekretariat

2017 P 16.4169      Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung (Bruderer Wyss)

Das Postulat verlangt, die Chancen und Risiken aufzuzeigen, welche die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung für die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen mit sich bringt. Als Grundlage für die Beantwortung dieser Fragestellung wurde eine externe Studie in Auftrag gegeben, die seit 2019 vorliegt. Die Realisierung eines darauf basierenden Berichts konnte wegen der Covid-19-Pandemie nicht plangemäss erfolgen. Um zu gewährleisten, dass der Bericht den seither eingetretenen Entwicklungen Rechnung trägt, musste die Verabschiedung des Berichts erneut verschoben werden. Sie ist für das erste Halbjahr 2023 vorgesehen.

2017 P 17.3972      Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Gemäss Postulat soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen die Hindernisse, welche Menschen mit Behinderung die politische Partizipation erschweren, beseitigt werden können. Das Postulat sieht die Möglichkeit vor, die Antwort im Rahmen der regelmässigen Berichterstattung der Schweiz zur Umsetzung der Uno-Behindertenrechtskonvention zu erstatten. Da die nächste Prüfung vor dem Behindertenrechtsausschuss erst 2028 stattfinden wird, ist vorgesehen, den Auftrag 2023 im Rahmen des Berichts in Erfüllung des Postulats 21.3296 Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können (Carobbio Guscetti), zu erfüllen.

2020 P 20.3456      Unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten. Höhere Sicherheit und besserer Rechtsschutz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Die Arbeiten am Bericht wurden aufgenommen. Im Zeitraum Januar 2021 bis September 2021 wurde ein externes Gutachten zur Pharmakovigilanz in der Schweiz erstellt, welches dem Bericht als Grundlage dienen soll. Die bei Swissmedic zuständigen Bereiche und Abteilungen sind weiterhin sehr stark in die Bewältigung der Covid-19 Pandemie eingebunden, namentlich die Auswertung von unerwünschten Wirkungen der Covid-19-Impfstoffe, inkl. der damit verbundenen Kommunikation, binden viele Ressourcen. Die Prüfung und Umsetzung der vom Gutachter vorgeschlagenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung des Meldesystems in der Schweiz sind daher noch im Gange.

2020 P 20.3886      Gewalt an Menschen mit Behinderungen in der Schweiz (Roth Franziska)

Dieses Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht aufzuzeigen, wie stark Menschen mit Behinderungen von verschiedenen Formen von Gewalt betroffen sind, wie diese Fälle besser erfasst, die Betreuung und Nachsorge von Betroffenen verbessert und die Prävention verstärkt werden können. Um diese Fragen zu beantworten, wurde eine Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse erst seit Ende 2022 vorliegen. Der Bericht in Erfüllung des Postulats ist im ersten Halbjahr 2023 vorgesehen.

### Bundesamt für Gesundheit

2007 M 06.3009      Einheitliche Finanzierung von Spital- und ambulanten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

2011 M 09.3535      Leistungsfinanzierung nach dem KVG vereinheitlichen (Sozialdemokratische Fraktion)

2011 M 09.3546      Transparente Finanzierung der sozialen Grundversicherung (Brändli)

Die drei Motionen stehen im Zusammenhang mit der Diskussion zur parlamentarischen Initiative 09.528 Humbel «Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus». Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) hat eine Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) erarbeitet, zu welcher der Bundesrat am 14. August 2019 Stellung genommen hat und welche vom Nationalrat am 26. September 2019 gutgeheissen wurde. Die Verwaltung hat 2021 im Auftrag der Schwesterkommission des Ständerates (SGK-SR) einen weiteren Bericht verfasst. Die Beratung wurde vom Ständerat als Zweitrat im Jahr 2022 abgeschlossen. Die Vorlage geht mit Differenzen an den Nationalrat zurück. Die weitere parlamentarische Diskussion ist abzuwarten.

2009 M 05.3522      Medizinische Mittel und Gegenstände. Sparpotenzial (Heim)

2009 M 05.3523      Wettbewerb bei den Produkten der Mittel- und Gegenständeliste (Humbel)

Die Gesamtrevision der Mittel- und Gegenständeliste (MiGeL) wurde Ende 2021 abgeschlossen. Im Rahmen der Gesamtrevision sind die Anliegen sowie weitere Grundsatzfragen bezüglich Konkretisierung und Optimierung des Systems zur Festlegung der Höchstvergütungsbeträge bearbeitet worden. Die Abschreibung der Motionen wurde in der Sommersession 2022 von den Räten abgelehnt.

Die parlamentarische Initiative 16.419 (pa.Iv. 16.419) Humbel «Wettbewerbspreise bei Medizinalprodukten der Mittel- und Gegenständeliste» verlangt ebenfalls die Verhandlung der Preise der Mittel- und Gegenständeliste. Zur Umsetzung dieses Anliegens wurde der Entwurf der KVG-Änderung sowie der erläuternde Bericht erstellt und im Herbst 2019 die Vernehmlassung durchgeführt. Der Nationalrat hat in der Frühjahrsession 2022 einer Fristverlängerung bis zur Frühjahrsession 2024 zugestimmt,

damit die parlamentarische Initiative 16.419 zusammen mit der Motion 17.3969 SGK-SR «Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln» behandelt werden kann (weitere Informationen siehe M 17.3969).

2009 M 09.3089 Vertriebsanteil bei den Medikamentenkosten (Diener Lenz)

Das EDI hat im Jahr 2018 zur Änderung der Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29. September 1995 (SR 832.112.31) eine Vernehmlassung durchgeführt. Auch die Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit des National- und Ständerates wurden 2019 angehört. In der Zwischenzeit haben weitere Gespräche mit den Akteuren stattgefunden, in denen ein Lösungsansatz zur Anpassung des Berechnungsmodells des Vertriebsanteils entwickelt wurde. Im Jahr 2022 wurde zudem im Rahmen der Vernehmlassung zu Massnahmen im Arzneimittelbereich vorgeschlagen, einen einheitlichen Vertriebsanteil für wirkstoffgleiche Arzneimittel einzuführen. Nach Auswertung der Rückmeldungen wird über das weitere Vorgehen entschieden.

2011 P 11.3218 Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (Cassis)

Die nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin (NEK) hat sich im Herbst 2020 zu verschiedenen ethischen Fragestellungen im Zusammenhang mit den Kosten von Arzneimitteln geäussert. Diese Stellungnahme wird künftig im Rahmen der Beurteilung von Arzneimitteln durch Fragestellungen zur Einhaltung ethischer Grundprinzipien berücksichtigt. Zudem fliessen diese Erkenntnisse in die Weiterentwicklung von Preismodellen im Rahmen des Kostendämpfungspaketes 2 und in die Arbeiten zur Weiterentwicklung der Preisfestsetzung von Arzneimitteln ein (Kosten/Nutzen; Budget Impact, Evidenz).

2012 P 12.3100 Patientenrechte stärken (Kessler)

2012 P 12.3124 Patientenrechte stärken (Gilli)

2012 P 12.3207 Stärkung der Patientenrechte (Steiert)

Der Bundesrat hat in seinem Bericht «Patientenrechte und Patientenpartizipation in der Schweiz» vom 24. Juni 2015 in Erfüllung der Postulate 12.3100 Kessler, 12.3124 Gilli und 12.3207 Steiert den Umgang mit Schäden im Rahmen einer medizinischen Behandlung geprüft. Er hat dabei unter anderem auf die Wichtigkeit der Bestrebungen zur Schadensprävention, etwa im Rahmen der Nationalen Strategie gegen Spital- und Pflegeheiminfektionen, hingewiesen. Gleichzeitig hat der Bundesrat festgehalten, dass von grundlegenden Änderungen der Medizinalhaftpflicht, z. B. der Einführung eines umfassenden «no-fault»-Entschädigungssystems, zurzeit abzusehen ist. Hingegen wurde das EDI angesichts der schwierigen Stellung von Patientinnen und Patienten im Schadensfall beauftragt, die Notwendigkeit und allfällige Ausgestaltung einer subsidiären Entschädigungsregelung zu prüfen. Soweit in der Bundeskompetenz liegend, werden die Handlungsmöglichkeiten vertieft geprüft oder im Rahmen laufender Dossiers sowie im Rahmen der Umsetzung der bundesrätlichen Strategie «Gesundheit2030» berücksichtigt.

2014 M 11.3811 Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen (Darbellay)

Im Rahmen des Geschäfts 18.037 hat der Bundesrat einen Bericht verfasst und die Abschreibung dieser Motion beantragt. Beide Räte haben die Abschreibung abgelehnt.

Es besteht die Problematik, dass nach geltendem Recht UVG-Versicherte keinen Taggeldanspruch haben, wenn die Arbeitsunfähigkeit durch einen Rückfall oder eine Spätfolge eines Unfalls begründet ist, den die versicherte Person als Jugendliche und somit ohne UVG-Deckung erlitten hat. Es soll eine Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG; SR 832.20) oder des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz (Erwerbsersatzgesetz, EOG; SR 834.1) erfolgen, um einen Taggeldanspruch auch in der vorne genannten Konstellation zu begründen. Der Bundesrat ist daran, die Vernehmlassungsvorlage vorzubereiten.

2014 M 12.3245 Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (Humbel)

Die Möglichkeit der Spitäler, im Rahmen ihrer Leistungserbringung zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sogenannte Effizienzgewinne erzielen und einbehalten zu dürfen, wurde durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt. Der Bundesrat hat einen Vorschlag erarbeitet, Effizienzgewinne bereits im Rahmen der Tarifbildung zu berücksichtigen. Die Vernehmlassung zur entsprechenden Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102) wurde 2020 durchgeführt. Die Dokumente sind unter dem Stichwort: «Weiterentwicklung der Planungskriterien sowie Ergänzung der Grundsätze zur Tarifiermittlung» (BAG: Berichtslink) verfügbar. Nach Auswertung der Vernehmlassung wurde die Frage der Tarifiermittlungsgrundsätze für eine vertiefte Analyse im Austausch mit den Stakeholdern zurückgenommen. Die Arbeiten sind noch im Gang.

2014 M 12.4171 Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (FDP-Liberale Fraktion)

Im Rahmen seiner Botschaft zum 2. Kostendämpfungspaket zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung hat der Bundesrat Massnahmen zur Verbesserung der koordinierten Versorgung vorgeschlagen. Mit der Einführung eines neuen Leistungserbringers «Netzwerk der koordinierten Versorgung», der eine den Patientenbedürfnissen entsprechende medizinische Betreuung «aus einer Hand» anbieten soll, wird das Anliegen der Motion aufgenommen. Die parlamentarische Beratung ist daher abzuwarten.

2014 P 14.3054 Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (Heim)

Die Arbeiten zur Anpassung der Verordnung vom 23. Juni 1999 über die Qualitätssicherung bei Programmen zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie (SR 832.102.4) wurden in Anbetracht laufender Arbeiten der «European Commission Initiative on Breast Cancer» (ECIBC), die im Rahmen der Aktualisierung der Europäischen Guidelines im Auftrag der Europäischen Kommission eine sehr grosse systematische Übersichtsarbeit zur Früherkennungs-Mammographie (und weiteren Themen in Bezug auf Brustkrebs) durchführt und ein neues Programm zur Qualitätssicherung erarbeitet, sistiert. Aufgrund

dringlicher Arbeiten zur Bewältigung der Covid-19-Krise musste die Aufnahme der Arbeiten in den Jahren 2020, 2021 und 2022 ausgesetzt werden.

- 2014 P 14.3295 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (1) (Geschäftsprüfungskommission SR)
- 2014 P 14.3296 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (2) (Geschäftsprüfungskommission SR)
- 2014 P 14.3297 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (3) (Geschäftsprüfungskommission SR)
- 2016 P 15.4141 Massnahmen gegen die Überversorgung im Gesundheitswesen (Frehner)
- 2019 M 18.3387 Sinnvolle Patientensteuerungsprogramme im KVG ermöglichen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
- 2019 M 18.3388 Faire Referenztarife für eine schweizweit freie Spitalwahl (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
- 2019 M 18.3513 KVG. Dank der Digitalisierung die Effizienz steigern und die Kosten reduzieren (Buffat)
- 2019 M 18.3649 Stärkung von integrierten Versorgungsmodellen. Abgrenzung zu einseitigen Listenangeboten ohne koordinierte Behandlung (Humbel)
- 2019 M 18.3664 Digitalisierung auch im Gesundheitswesen. Sämtliche Rechnungen sollen elektronisch zu den Krankenversicherern (Grossen Jürg)
- 2019 M 18.4079 Kostendämpfende Apothekerleistungen ermöglichen (Ettlin Erich)
- 2020 M 18.3977 Abbilden der Leistungen der Apotheker zur Qualitätssicherung und Kostendämpfung im Krankenversicherungsgesetz (Humbel)
- 2020 M 19.3070 Kostenbefreiung für Schwangere während der ganzen Schwangerschaft (Kälin)
- 2020 M 19.3307 Vollständige Übernahme der Kosten der Leistungen bei Mutterschaft durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (Addor)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.062: Botschaft von 7. September 2022 zur Änderung des des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2).

- 2017 P 15.3464 Krankenversicherungsgesetz. Roadmap zur Entflechtung der Mehrfachrolle der Kantone (Cassis)

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) hat zur parlamentarischen Initiative 09.528 Humbel «Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus» eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) erarbeitet, zu welchem der Bundesrat am 14. August 2019 Stellung genommen hat und welche vom Nationalrat am 26. September 2019 gutgeheissen wurde. Die Beratung wurde vom Ständerat als Zweitrat im Jahr 2022 abgeschlossen. Die Vorlage geht mit Differenzen an den Nationalrat zurück. Das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen ist abzuwarten.

Zudem hat der Bundesrat in seiner Botschaft vom 21. August 2019 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1) vorgeschlagen, ein Beschwerderecht der Organisationen der Versicherer gegen Beschlüsse der Kantonsregierungen zur Planung und Liste der Spitäler, Geburtshäuser und Pflegeheime einzuführen. Diese Änderung wurde am 30. September 2022 von den Eidgenössischen Räten verabschiedet. Die Inkraftsetzung der Änderung ist in Vorbereitung.

- 2018 M 17.3311 Phantome aus dem Risikoausgleich entfernen (Brand)
- 2020 M 18.3765 Zeitgemässer elektronischer Datenaustausch zwischen Gemeinden und Krankenversicherern (Brand)
- 2020 M 18.4209 Wohnsitzfrage, Krankenkassenprämie und stationäre Anteile der Kantone. Weniger Bürokratie, weniger Fehler (Hess Lorenz)

Die Anliegen der Motionen werden in den Entwurf der «Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Datenaustausch, Risikoausgleich)» aufgenommen. Mit der Revision werden die Motionen vollständig umgesetzt. Gegenwärtig wird die Botschaft ausgearbeitet.

- 2018 M 17.3969 Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Die Motion verlangt, dass Tarifpartner die Tarife von Laboranalysen für die Analysenliste aushandeln. Das Anliegen wurde in den Entwurf der «Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Verhandlung der Tarife der Analysenliste)» aufgenommen. Die Vorlage ist seit dem 9. Dezember 2022 in der Vernehmlassung. Die Behandlung dieser Motion soll gemeinsam mit den Motionen 05.3522 Heim und 05.3523 Humbel erfolgen (siehe Text zu M 05.3522 und M 05.3523)

2018 P 17.4160 Spitäler. Überkapazitäten und Investitionen in die Infrastruktur und in Technologien (Carobbio Guscetti)

2019 P 19.3423 Langfristig bezahlbare Krankenversicherung. Wirksame Kostensenkungs- und Effizienzmassnahmen basieren auf verlässlichen Modellen und Zukunftsszenarien (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Zur Stärkung der Planung hat der Bundesrat die Spitalplanungskriterien aktualisiert und am 23. Juni 2021 die entsprechende Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102; [AS 2021 439]) beschlossen. Die Dokumente sind verfügbar unter dem Stichwort: Spitalfinanzierung: Änderung vom 23. Juni 2021 der KVV (BAG: Berichtslink). Die überarbeiteten Planungskriterien enthalten namentlich die Vorgabe, dass in der Planung auf das Potenzial der Konzentration von Leistungen und der Koordination mit anderen Kantonen für die Stärkung der Wirtschaftlichkeit und der Qualität der Versorgung zu achten ist. Der Bericht zu beiden Postulaten soll im Zusammenhang mit der Umsetzung der aktualisierten Planungskriterien verfasst werden.

2018 P 17.4182 Wie die Förderung der ärztlichen Zweitmeinung konkretisieren? (Ruiz Rebecca)

Der Bundesrat hat im Rahmen seines Kostendämpfungsprogrammes zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung das Thema der angemessenen Versorgung aufgenommen und entsprechende Ressourcen für das Bundesamt für Gesundheit gesprochen. Im 2020 wurden diesbezüglich konzeptuelle Arbeiten zur Projektplanung aufgenommen, mussten aber wegen dringlicheren Geschäften zur Bewältigung der Covid-Krise im 2021 und 2022 wieder sistiert werden. Die Arbeiten sollen im 2023 wieder aufgenommen werden.

2018 P 18.3602 Wie kann die Qualität der Pflege sichergestellt werden? (Marchand-Balet)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat im Juni 2020 die Universität Basel beauftragt, den Zusammenhang zwischen Pflegefachkräftemangel und Qualität/Patientensicherheit, die Pflegepersonalausstattung («Nurse-to-patient-Ratio») sowie Erfahrungen aus dem Ausland zu untersuchen und in einem Forschungsbericht zusammenzutragen. Dieser wurde am 7. Dezember 2020 dem BAG und einer Begleitgruppe bestehend aus Fachexperten und Fachexpertinnen aus 14 Organisationen vorgestellt. Die Begleitgruppe hat Handlungsfelder definiert, welche genauer untersucht und aus denen Handlungsempfehlungen abgeleitet wurden. Die Handlungsempfehlungen werden momentan mit den Arbeiten zur 2. Etappe zur Umsetzung der Pflegeinitiative abgestimmt.

2019 M 18.3512 Recht auf einen Medikationsplan zur Stärkung der Patientensicherheit (Stöckli)

Im 2021 wurden Patientenorganisationen, Leistungserbringer sowie Softwarebieter angehört, um die notwendigen Handlungsfelder zu identifizieren. Die Ergebnisse dieses Austausches trugen zum einen dazu bei, den Rechtsetzungsbedarf auf gesetzlicher Stufe zu konkretisieren. Zum anderen zeigten sie den Handlungsbedarf auf, der sich bei den Leistungserbringern hinsichtlich einer verstärkten Zusammenarbeit und bei den IT-Anbietern hinsichtlich den Anforderungen an elektronische Medikationspläne ergibt. Anschliessend wurden die Arbeiten zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage in enger Abstimmung zur technischen Normierung in der entsprechenden Verordnung zum Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier fortgesetzt. Gleichzeitig begleitete das Bundesamt für Gesundheit (BAG) einen Pilot für den Einsatz eines eMedikationsplans in der Praxis, um bei Bedarf Erkenntnisse in die laufenden Gesetzgebungsarbeiten einfließen zu lassen. Derzeit wird die Vernehmlassungsvorlage fertiggestellt, so dass eine Regulierungsfolgeabschätzung vorgenommen werden kann.

2019 P 18.4102 Kohärente Datenstrategie für das Gesundheitswesen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Der Bundesrat hat den Expertenbericht von Professor Christian Lovis der Hôpitaux universitaires de Genève im November 2020 zur Kenntnis genommen. Dieser wurde mit der Leitung einer Arbeitsgruppe beauftragt, um zu klären, wie die Effizienz der Informationsbeschaffung verbessert und die Transparenz im Gesundheitswesen erhöht werden können. Der Bericht «Transparenzstrategie im Bereich der Gesundheitskosten und -leistungen» ist verfügbar. Die Verwaltung ist ausgehend von diesem Bericht daran, eine Strategie zur Verbesserung der Transparenz im Gesundheitswesen zu erarbeiten.

2019 P 19.3086 Sozialversicherungen. Vorteile einer Langzeitnachbetreuung prüfen (Nantermod)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat an einem Treffen mit den Leistungserbringern der Langzeitnachbetreuung («suivi post-réhabilitation à long terme», Spralt) am 20. November 2019 die Sachlage erörtert. Dabei wurde festgehalten, dass die involvierten Fachpersonen derzeit keine vom Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) anerkannten Leistungserbringer darstellen. Für eine Aufnahme als auf ärztliche Anordnung tätige Leistungserbringer nach Artikel 35 Absatz 2 Buchstabe e KVG ist eine Grundvoraussetzung der Nachweis eines schweizweit gefestigten Berufsbildes. Diesbezüglich sind die Arbeiten seitens der Berufsverbände noch im Gange.

Wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 22. Mai 2019 zum Postulat festgehalten hat, kann ein Antrag zur Aufnahme der Leistung in die obligatorische Krankenpflegeversicherung nur durch die interessierten Kreise an die zuständigen Gremien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung oder Unfallversicherung erfolgen. Dabei ist die Wirksamkeit der Leistungen nach wissenschaftlichen Methoden nachzuweisen. Diesbezüglich hat der Leistungserbringer eine Studie lanciert.

2020 M 19.3703 Medikamentenkosten. Es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung (Dittli)

Der Bundesrat beabsichtigt im Rahmen des Kostendämpfungs pakets 2, die Möglichkeit der Umsetzung von Preismodellen zu stärken. Mit Preismodellen können neben der Preisfestsetzung auch Prävalenz resp. Menge und Kosten, sowie der Nutzen von Arzneimitteln besser berücksichtigt werden. Das EDI ( Bundesamt für Gesundheit) erarbeiten Vorschläge, die bestehenden Preisfestsetzungskriterien durch weitere von der Motion geforderten Elemente (Kosten/Nutzen, Budget Impact) zu ergänzen.

2020 M 19.3743 Die Eliminierung von Hepatitis gehört in ein nationales Programm zu sexuell und durch Blut übertragbaren Infektionskrankheiten (Müller Damian)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) bereitet das Folgeprogramm «Nationales Programm zur Überwachung, Verhütung und Bekämpfung sexuell übertragbarer Infektionen 2022-2030» (NAPS) vor. Aufgrund dringlicher Arbeiten zur Bewältigung der Covid-19-Krise mussten die Arbeiten im 2020 und 2021 ausgesetzt werden. Im Erarbeitungsprozess für das Folgeprogramm wird die Thematik der Hepatitis B- und C-Infektionen verstärkt berücksichtigt und die entsprechenden Akteure sind eng einbezogen. Die Elimination von Hepatitis B- und C-Infektionen, unabhängig vom Übertragungsweg, soll ins Folgeprogramm aufgenommen werden.

2020 P 19.3910 Gesundheit der Frauen. Bessere Berücksichtigung ihrer Eigenheiten (Fehlmann Rielle)

Zur Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen für diesen Postulatsbericht hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) ein Mandat an das Interdisziplinäre Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern vergeben. Im Rahmen des Mandats werden auf der Basis von Literaturrecherchen und Gesprächen mit Fachpersonen die relevanten Problembereiche herausgearbeitet und in Workshops mit Akteuren aus dem Gesundheitsbereich mögliche Massnahmenvorschläge skizziert werden.

2020 M 19.3957 Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler bei effizient erbrachten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

2020 M 19.4120 Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Müller Damian)

Von Seiten des Bundes wurden bereits vor Einreichung der beiden Motionen die Themen aufgenommen sowie Gespräche mit den Akteuren geführt. Entsprechend konnte auch erreicht werden, dass die Behandlungen von Kindern im stationären Bereich inzwischen ausreichend finanziert sind. Im ambulanten Bereich sind die Diskussionen noch im Gang. Die Vertretungen der Kinderspitäler und -kliniken haben dabei die finanzielle Situation, insbesondere des ambulanten Bereichs, grob dargelegt. Die nächsten Schritte hinsichtlich der Zurverfügungstellung von detaillierten Angaben von Seiten der Kinderspitäler und -kliniken wurden bereits vereinbart. Zudem hat der Bundesrat die Tarifpartner mit seiner Entscheidung vom 3. Juni 2022 zur Nichtgenehmigung der Tarifstruktur Tardoc Version 1.3 aufgefordert, ihm bis Ende 2023 eine neue Version einzureichen und auch die Arbeiten zur Einführung von Pauschalen für ambulante medizinische Leistungen weiterzuführen. Dabei soll die Kindermedizin sachgerecht abgebildet sein. Diese Arbeiten sind abzuwarten, bevor weitere Schritte unternommen werden können.

2020 M 19.4119 Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren (Stöckli)

Die Arbeiten zur Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für den verpflichtenden Einsatz von elektronischen Systemen zur klinischen Entscheidungsunterstützung in der Pädiatrie benötigen Abklärungen mit Fachexpertinnen und Fachexperten. Gleichzeitig soll auch der Bezug zur Teilrevision des Bundesgesetzes über das Elektronische Patientendossier sichergestellt werden. Derzeit werden die Grundlagen für eine Vernehmlassungsvorlage erarbeitet.

2020 P 19.4278 Versorgungslücken schliessen. Es ist Zeit für neue Pflegemodelle (Streiff)

Im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) wurde eine Untersuchung zur Ermittlung des aktuellen Standes des Advanced Practice Nursing in der Schweiz, der Verknüpfung zwischen dem Master in Pflegewissenschaft und der Rolle der Advanced Practice Nurses sowie der Vor- und Nachteile einer potenziellen Regulierung durchgeführt. Im Sommer 2022 wurde der Bericht in einer Begleitgruppe bestehend aus 15 Organisationen und Vertretungen der Bundesverwaltung diskutiert. Aktuell werden die Resultate der Untersuchung sowie der Diskussionen analysiert und darauf basierend der Postulatsbericht verfasst.

2020 P 20.3135 Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die verschiedenen Kostenträger klären (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Der Bundesrat hat in Erfüllung dieses Postulates am 23. Juni 2021 sowie am 29. Juni 2022 (Berichtslink) jeweils einen Zwischenbericht «Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Kostenträger im Gesundheitswesen» verabschiedet. Die Berichte beinhalten eine qualitative Auslegeordnung sowie erste quantitative Schätzungen der pandemiebedingten Gesundheitskosten. Es handelte sich um eine Analyse der finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf die Kostenträger im Gesundheitssektor, d. h. Bund, Kantone, Versicherer und Versicherte. Der Schlussbericht ist in Erarbeitung.

2020 M 20.3166 Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

2020 P 20.3453 Vereinfachte Zulassung von Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat zusammen mit Swissmedic, dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) und der Armeecapotheke am 1. Februar 2022 den Bericht «Versorgungseingpässe mit Humanarzneimitteln in der Schweiz: Situationsanalyse und zu prüfende Verbesserungsmaßnahmen» fertiggestellt. Dieser zeigt die Zusammenhänge und Schwierigkeiten innerhalb der gesamten Versorgungskette (von der Herstellung, Lagerhaltung, Marktzugang bis zu Preisbildung und Vergütung) auf und schlägt einen Katalog von möglichen Massnahmen vor. Der Bundesrat hat den Versorgungsbericht am 16. Februar 2022 zur Kenntnis genommen und das EDI und das WBF gemeinsam beauftragt, in den 19 Handlungsfeldern weitere Prüfungen vorzunehmen (siehe Medienmitteilung). Diese Prüfung erfolgt zusammen mit einer interdisziplinären Arbeitsgruppe aus Forschung, Industrie und Leistungserbringern und umfasst auch die Anliegen der beiden Motionen.

2020 P 20.3241 Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material (FDP-Liberale Fraktion)

Im Auftrag des Bundesrats ist das Bundesamt für Gesundheit (BAG) unter Einbezug des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) und der Logistikbasis der Armee daran, bedeutende Lücken in der Versorgung mit medizinischen Gütern und Produkten während der Covid-19 Krise zu identifizieren und dem Bundesrat Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen bei künftigen Krisen zu unterbreiten. Dabei soll auch der Prüfauftrag des Postulats in die Abklärungen einbezogen werden.

2020 P 20.3721 Alters- und Pflegeheime und Wohnheime für Menschen mit Beeinträchtigungen. Aufarbeitung der Corona-Krise (Gysi Barbara)

2020 P 20.3724 Covid-19. Situation für ältere Menschen (Wehrli)

2020 P 20.4253 Stärkerer Einbezug der Leistungserbringer und der Behindertenorganisationen im Bereich der sozialen Betreuung und der Langzeitpflege bei der Vorbereitung auf und Bewältigung von Pandemien (Graf Maya)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat zwei Studien in Auftrag gegeben, um die Auswirkungen besser ausloten zu können. In einer Studie wurden Bewohnerinnen und Bewohnern von Pflegeheimen befragt, wie sie die Pandemie und die Massnahmen erlebt haben. Aus diesen Ergebnissen werden im Rahmen eines Workshops mit Expertinnen und Experten Handlungsempfehlungen abgeleitet. Der Schlussbericht wird im März 2023 vorliegen. In der zweiten Studie werden Menschen mit Beeinträchtigungen in Wohnheimen und ihre Angehörigen befragt und ebenfalls Empfehlungen daraus abgeleitet. Zudem wurde in der Evaluation der Krisenbewältigung Covid-19 bis Sommer 2021 (Schlussbericht zu Händen des BAG, 2022) auch der Themenbereich Alters-, Pflege- und Betreuungsinstitutionen untersucht. Der Bericht hält fest, dass Bund und Kantone bei der Ausgestaltung der Massnahmen auch die Verbände der Institutionen und des Pflege- und Betreuungspersonals berücksichtigen sollten. Diese Ergebnisse werden ebenfalls in den Postulatsbericht einfließen.

2020 P 20.4153 Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien (Fischer Roland)

Der Bundesrat hat am 12. Oktober 2022 zum Schlussbericht der Konferenz der Kantonsregierungen «Zusammenarbeit von Bund und Kantonen in der Covid-19-Epidemie: Schlussfolgerungen und Empfehlungen» bereits Stellung genommen. Das Anliegen des Vorstosses wird im Rahmen der Teilrevision des Epidemiengesetzes weiter geprüft.

### **Bundesamt für Statistik**

2017 M 16.4011 Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung (FDP-Liberale Fraktion)

Der Bundesrat will die Unternehmen und die Bevölkerung durch wegfallende Datenlieferungen schrittweise entlasten. Dazu hat er vier Pilotprojekte in die Wege geleitet, welche beim Bundesamt für Statistik (BFS) umgesetzt werden. Um doppelte Erhebungen zu verhindern, sind die Daten der Bundesverwaltung zu standardisieren und zu harmonisieren. Die beim BFS geschaffene Fachstelle begleitet die Verwaltungseinheiten in diesem Prozess. Sie unterstützt zudem den interdepartementalen Ausschuss des Programms «Nationale Datenbewirtschaftung» (NaDB). Kernstück zur Umsetzung des «Once-Only-Prinzips» ist eine öffentlich zugängliche Plattform, welche Informationen zu den Daten der Bundesverwaltung publiziert ([www.il4y.admin.ch](http://www.il4y.admin.ch)). Deren Aufgaben sollen im Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (Art. 14 E-EMBA) geregelt werden (BB1 2022 805). Neben der Dokumentation der vorhandenen Datensammlungen sind dies ein Verzeichnis der elektronischen Schnittstellen (APIs) sowie eine Übersicht über die elektronisch verfügbaren Leistungen der Behörden. Der Bundesrat hat im Juni 2022 von der ersten Version des API-Verzeichnisses Kenntnis genommen. Kantone und Gemeinden können die Plattform ebenfalls nutzen, so dass der Umfang der vorhandenen Informationen auch auf dieser Ebene laufend erweitert wird. Die Arbeiten im Programm NaDB werden eng mit der strategischen Initiative 3 «Once-Only Prinzip» der Digitalisierungsstrategie des Bundes 2020-2023 koordiniert. Das Programm ist zudem neu ein IKT-Schlüsselprojekt des Bundes. Im April 2022 hat die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) einen Bericht mit Empfehlungen zu NaDB veröffentlicht. Die meisten der von der EFK gemachten Empfehlungen werden oder sind bereits umgesetzt. Die EFK unterstreicht zudem die Bedeutung einer ausreichenden Finanzierung des Programms. Gemäss Bundesratsauftrag von 2019 sollen dem Bundesrat bis Ende März 2023 die weiteren Schritte sowie die hierfür benötigten Ressourcen beantragt werden. Nach der aktuellen Planung wird das Programm NaDB bis Ende 2026 dauern. Danach soll das nationale Datenmanagement eine Daueraufgabe des BFS sein.

### **Bundesamt für Sozialversicherungen**

2017 P 17.3268 Einbezug der Krankenkassenprämien in die EL-Berechnungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Die Behandlung des Postulats wird im Rahmen des Auftrags bearbeitet werden, den der Bundesrat am 14. Juni 2019 und die im Plenum der Konferenz der Kantonsregierungen tagenden Kantonsregierungen am 28. Juni 2019 verabschiedet haben, dies im Zusammenhang mit der Überprüfung der Aufgabenteilung und der finanziellen Zuständigkeit Bund/Kantone. Da die Arbeiten zur Überprüfung des Finanzausgleichs sistiert wurden, wird das Postulat im Rahmen der Botschaft zur Motion Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR (18.3716 «Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen») behandelt. Der Vorentwurf dazu wird Anfang 2023 in die Vernehmlassung gehen.

2018 M 17.3860 Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung (Baumann)

Die Abschreibung der Motion wurde in der Sommersession 2022 von den Räten (Entscheid NR7.6.2022; Entscheid SR9.6. 2022), im Zusammenhang mit der Beratung des Berichtes Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahre 2021 (Geschäft 22.006) abgelehnt. Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Familienzulagen und Finanzhilfen an Familienorganisationen (FamZG) ist für das 1. Halbjahr 2023 geplant.

2019 M 18.3716 Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Es wurde ein Forschungsprojekt lanciert, um die verschiedenen im Postulat dargelegten Aspekte zu untersuchen. Die Ergebnisse werden als Grundlage für den Vorentwurf dienen, der Anfang 2023 in die Vernehmlassung gehen wird.

2019 P 19.3417 Strategie zur Stärkung der frühen Förderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Die Abschreibung des Postulats wurde in der Sommersession 2022 von den Räten (Entscheid NR 7.6.2022; Entscheid SR 9.6.2022), im Zusammenhang mit der Beratung des Berichtes Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahre 2021 (Geschäft 22.006) abgelehnt. Es ist der Entscheid zur Parlamentarischen Initiative (Pa. Iv. 21.403) «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» abzuwarten. Über das weitere Vorgehen wird nach der Behandlung der Pa. Iv. 21.403 im Erstrat (voraussichtlich in der Frühjahrsession 2023) entschieden.

2019 P 19.3950 Nachhaltigkeit fördern dank zeitgemässen Anlagerichtlinien (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Das Postulat war Teil eines Forschungsprojektes, welches im Sommer 2022 abgeschlossen wurde. Weitere Abklärungen sind notwendig. Die Fertigstellung des Postulatsberichtes ist für das 1. Halbjahr 2023 geplant.

2019 P 19.4111 Kinder und Jugendliche vor der Handykamera nicht alleine lassen. Täter stoppen, die Kinder dazu anleiten oder erpressen, sexuelle Handlungen an sich selbst vorzunehmen (Quadranti [Siegenthaler])

Der Bericht liegt vor, konnte jedoch aufgrund einer leichten zeitlichen Verzögerung nicht mehr im Jahre 2022 verabschiedet werden. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im ersten Quartal 2023 unterbreitet werden.

2019 P 19.4380 Menschen mit Behinderung. Zugang zu modernen Hilfsmitteln sicherstellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Die für das Jahr 2020 geplanten Umsetzungsarbeiten mussten infolge der COVID-Pandemie auf den Frühsommer 2021 verschoben werden. Die Arbeiten sind, gemäss dem in der Folge angepassten Projektzeitplan, auf Kurs. Der Berichtsentwurf ist für das 1. Quartal 2023 vorgesehen.

2020 P 19.3119 Wissen zu Kindeswohlgefährdungen bündeln, damit die Unterstützungsleistung passt (Feri Yvonne)

Die Arbeiten konnten ressourcenbedingt erst Mitte 2022 aufgenommen werden. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat bereits verschiedene Abklärungen vorgenommen. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich Ende 2023 verabschieden.

2020 M 19.3633 Ombudsstelle für Kinderrechte (Noser)

Das Vorhaben ist aufgrund der hohen, jedoch sehr unterschiedlichen Erwartungen der betroffenen Akteure und hinsichtlich der Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen komplex. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat ein Forschungsmandat in Auftrag gegeben und dessen Ergebnisse mit Akteuren der Zivilgesellschaft und Fachvertreterinnen und Fachvertretern der Kantone besprochen. Basierend darauf wurden mögliche Umsetzungsvarianten mit der Steuergruppe besprochen. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 über die weiteren Schritte entscheiden.

2020 M 19.3702 Einkauf in die Säule 3a ermöglichen (Ettlin Erich)

Die Umsetzung dieser Motion ist komplex und erfordert die Koordination zwischen mehreren Departementen und mit den Steuerbehörden. Die Vernehmlassungsvorlage ist in Arbeit. Der Zeithorizont ist noch ungewiss.

2020 M 19.3953 Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Mit Bundesratsbeschluss vom 27. Januar 2021 hat der Bundesrat über den Zeitplan sowie die notwendigen Ressourcen zur Erfüllung der Motion entschieden. Das EDI (Bundesamt für Sozialversicherungen) wird den ersten Monitoringbericht bis Ende 2025 erarbeiten. Im Jahr 2022 wurde die Projektstruktur sowie ein Detailkonzept für den Monitoringbericht 2022 erstellt. Ab 2023 bis Mitte 2025 gilt es die Datengrundlagen aufzubereiten, die verschiedenen Berichtsteile zu verfassen, mit den eingesetzten Gremien abzustimmen und zu verabschieden.

2020 M 19.4270 Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden (Maury Pasquier [Baume-Schneider])

Die Umsetzungsarbeiten wurden bis zur Behandlung der Motion Kiener Nellen (19.3373 «EO-Entschädigungen. Militärdienst und Mutterschaft gleich entschädigen») sistiert. Letztere ging inhaltlich einen Schritt weiter als die Motion Maury Pasquier. Die Motion 19.3373 wurde am 8. Juni 2022 vom Ständerat abgelehnt. Am 16. Juni 2022 wurde sodann eine neue Motion mit ähnlichem Inhalt eingereicht (Mo. Bertschy, 22.3778 «EO. Gleiche maximale Tagessätze bei Militärdienst und Mutterschaft»), wobei sich der

Bundesrat bereit erklärte, die Erwerbsersatzleistungen unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung zu prüfen und im Rahmen der Revision des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) Änderungen zur Umsetzung der Motion Maury Pasquier vorzuschlagen. Die Analyse wird derzeit durchgeführt und der Vorentwurf des Bundesrats geht voraussichtlich Anfang Sommer 2023 in die Vernehmlassung.

2020 P 19.4559 Koordination der Instrumente des Bundes in der Kinder- und Jugendförderung (Hegglin Peter)

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat eine Begleitgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Bundesstellen eingesetzt und ein wissenschaftliches Mandat in Auftrag gegeben, das als Grundlage für den Bericht des Bundesrats dient. Die Arbeiten mussten ressourcenbedingt für einige Zeit sistiert werden. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich in der ersten Hälfte 2023 verabschieden.

2020 P 20.3002 Sprachliche Modernisierung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Der Berichtsentwurf liegt vor. Es müssen noch zusätzliche Abklärungen vorgenommen werden; dies hat sich aus Ressourcengründen verzögert. Die Verabschiedung des Berichts verschiebt sich entsprechend um wenige Monate und wird dem Bundesrat voraussichtlich im zweiten Quartal 2023 unterbreitet werden.

### **Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen**

2019 M 18.4411 Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen (Savary)

Die Motion soll im Rahmen der nächsten Revision der Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz (SR 817.0) umgesetzt werden. Die Vernehmlassung findet von September 2022 bis Ende Januar 2023 statt. Der Bundesrat wird die Änderungen voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2023 verabschieden.

2019 P 19.3483 Verfalls- statt Mindesthaltbarkeitsdatum auf Lebensmitteln (Masshardt)

Der Bundesrat hat den Bericht in Erfüllung des Postulats (18.3829) Chevalley «Aktionsplan gegen die Lebensmittelverschwendung» am 6. April 2022 verabschiedet. Das Postulat Masshardt soll im Rahmen dieses Aktionsplans erfüllt werden. Dies gewährleistet die Koordination und Abstimmung mit anderen Massnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung.

2020 M 18.3828 Gesundheitsrisiken wegen Selenmangel. Massnahmen (Bourgeois)

Wegen der Covid-19-Krise und der Reorganisation der Laboratorien der zuständigen Einheit haben sich die Analysearbeiten verzögert. Nun liegen die Ergebnisse vor; sie werden 2023 ausgewertet. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 verabschieden.

2020 M 19.3112 Food Waste. Stopp der Lebensmittelverschwendung (Munz)

Die Motion muss im Rahmen der nächsten Revision der Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (SR 817.0) umgesetzt werden. Die Vernehmlassung findet von September 2022 bis Ende Januar 2023 statt. Der Bundesrat wird die Änderungen voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2023 verabschieden.

## Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

### Generalsekretariat

2019 M 19.3228 Für ein zeitgemässes Schweizer Patent (Hefti)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.078: Botschaft vom 16. November 2022 zur Änderung des Patentgesetzes.

### Bundesamt für Justiz

2002 M 02.3532 Bestimmungen über Architektur- und Bauleistungen im OR. Schutz der Auftraggebenden (Fässler Hildegard)

2011 M 09.3392 Stärkere Rechte der Bauherrschaft bei der Behebung von Baumängeln (Fässler Hildegard)

2018 M 17.4079 Praxistaugliches Bauhandwerker-Pfandrecht. Recht des Eigentümers auf die Stellung einer Ersatzsicherheit konkretisieren (Burkart)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.066: Botschaft vom 19. Oktober 2022 zur Änderung des Obligationenrechts (Baumängel).

2014 M 13.3931 Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung (Birrer-Heimo)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.082: Botschaft vom 10. Dezember 2021 zur Änderung der Zivilprozessordnung (Verbandsklage und kollektiver Vergleich).

2014 P 14.3782 Richtlinien für den «digitalen Tod» (Schwaab)

2015 P 15.3213 Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (Fetz)

2020 P 20.3797 Bei der Errichtung von Testamenten/Vorsorgeaufträgen soll a) die digitale Verfügungsform geprüft werden und b) wie anderweitig eine Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden werden kann (Dobler)

Im Dezember 2020 hat das Parlament den ersten Teil der Erbrechtsrevision verabschiedet (mit Inkrafttreten am 1.1.2023), womit insbesondere die familienpolitischen Anliegen der Erbrechtsreform umgesetzt wurden. Am 10. Juni 2022 hat der Bundesrat die Botschaft zur Unternehmensnachfolge im Erbrecht verabschiedet (Geschäft 22.049). Im dritten Teil der Erbrechtsrevision sollen die Anliegen dieser drei Vorstösse zusammen mit anderen, eher technischen Punkten behandelt werden. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat die Vernehmlassung zu dieser Vorlage voraussichtlich 2024 eröffnen wird.

2015 M 14.4122 Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (Caroni)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, einen Entwurf für eine Totalrevision des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR; SR 313.0) oder alternativ einen Entwurf für die Ersetzung dieses Gesetzes durch Änderungen im Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.0) und in der Strafprozessordnung (StPO; SR 312.0) zu unterbreiten. Der Gesetzesvorentwurf ist momentan in Erarbeitung. Dabei werden unter anderem die Ergebnisse der Arbeiten der eingesetzten Arbeitsgruppe berücksichtigt. Die Analyse der zahlreichen detaillierten Stellungnahmen der Arbeitsgruppe zu komplexen Themen und die Bearbeitung der dadurch ausgelösten zusätzlichen Fragen haben eine Verschiebung des Zeitplans erforderlich gemacht. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat die Vernehmlassung zur Vorlage im zweiten Halbjahr 2023 eröffnen wird.

2016 M 11.3767 Keine Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte (Rickli Natalie)

2016 M 16.3002 Einheitliche Bestimmungen zum Strafvollzug bei gefährlichen Tätern (Kommission für Rechtsfragen NR)

2016 M 16.3142 Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen (Caroni)

2018 M 17.3572 Längeres Prüfungsintervall nach drei negativen Prüfungen der Verwahrung (Guhl)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.071: Botschaft vom 2. November 2022 zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafgesetzes (Massnahmenpaket Sanktionenvollzug).

2016 M 14.3022 Kinderpornografie. Verbot von Posing-Bildern (Rickli Natalie)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, eine Gesetzesrevision vorzubereiten, die dahingeht, dass der gewerbsmässige Handel mit Nacktfotos und entsprechenden Filmaufnahmen von Kindern künftig unter Strafe gestellt wird.

Die Umsetzung der Motion musste ursprünglich wegen der Arbeiten im Zusammenhang mit dem «Besonderen Teil des Strafgesetzbuchs» (StGB; SR 311.0) und dem Sexualstrafrecht, insbesondere wegen der Arbeiten an der Vorlage «Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht (18.043)» aufgeschoben werden. Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates (RK-S) hat 2021 einen Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über eine Revision des Sexualstrafrechts in die Vernehmlassung geschickt. Die RK-S hat in dieser Vorlage explizit darauf verzichtet, einen speziellen Tatbestand zum Posing einzuführen. Seit der Einreichung der Motion hat sich die bundesgerichtliche Rechtsprechung zur Pornografie massgebend geändert. Gemäss RK-S ist ein Posing-Tatbestand rechtlich heikel und würde auch in der Praxis zu kaum

lösbarer Schwierigkeiten führen. Mit der neuen bundesgerichtlichen Rechtsprechung wird aufgenommen, was die Motion im Kern verlangt. Das revidierte Sexualstrafrecht wurde in der Wintersession 2022 vom Nationalrat behandelt und befindet sich in der Differenzvereinbarung.

2016 P 16.3263      Berufungsgeheimnisschutz für Unternehmensjuristinnen und -juristen (Kommission für Rechtsfragen SR)

Das Postulat verlangt die Vorlage eines Berichts zur Frage des Berufsgeheimnisschutzes für Unternehmensjuristinnen und -juristen sowie die Vorlage von möglichen Lösungsvarianten. In seiner Antwort vom 25. Mai 2016 vertrat der Bundesrat die Ansicht, dass die Ausarbeitung eines neuen Berichts zu dieser bereits sehr breit diskutierten Frage keine neuen Elemente zu Tage bringen würde. Der Bundesrat hat im Rahmen seiner Botschaft vom 26. Februar 2020 zur Revision der Zivilprozessordnung (Geschäft 20.026) dem Parlament einen Vorschlag unterbreitet. Im neuen Artikel 160a E-ZPO soll eine besondere Ausnahme von der generellen Mitwirkungspflicht gemäss Artikel 160 ZPO für unternehmensinterne Rechtsdienste geschaffen werden. Der Ständerat hat am 16. Juni 2021 eine Regelung in einem neuen Artikel 167a ZPO beschlossen. Dieser hat sich der Nationalrat am 10. Mai 2022 im Grundsatz angeschlossen. Die Vorlage befindet sich in der Differenzvereinbarung. Mit der Schlussabstimmung ist nicht vor der Frühjahrssession 2023 zu rechnen.

2016 P 16.3632      Evaluation des Electronic Monitoring (Kommission für Rechtsfragen SR)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Erfahrungen der Praxis mit dem Vollzug von Strafen in Form des Form des elektronisch überwachten Vollzugs ausserhalb der Vollzugeinrichtung (Electronic Monitoring) während der ersten drei Jahre nach dem Inkrafttreten zu evaluieren und anschliessend einen Bericht vorzulegen. Die Möglichkeit des Electronic Monitorings besteht seit dem 1. Januar 2018. Der Bundesrat wollte ursprünglich die Jahre 2018–2020 evaluieren. Die Arbeiten wurden aufgenommen, allerdings verfügt das Bundesamt für Statistik nur über Zahlen zum Vollzug in Form von Electronic Monitoring ab 2021; für die Jahre 2018–2020 liegen keine Zahlen vor. Um den Bericht auf verlässliche Statistiken abstützen zu können, sollen die Jahre 2021 bis 2023 beurteilt werden. Anschliessend wird Bericht erstattet werden.

2017 M 14.3801      Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben (Markwalder)

2018 P 18.4004      Das Pauschalreisegesetz der heutigen Konsumrealität anpassen (Birrer-Heimo)

Mit der Motion 14.3801 wird der Bundesrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass wirksame Sanktionen bestehen, falls Reiseveranstalter und -vermittler ihre gesetzliche Sicherstellungspflicht verletzen. Mit dem Postulat 18.4004 wurde der Bundesrat zudem beauftragt, eine Anpassung des Bundesgesetzes über Pauschalreisen an die EU-Richtlinie 2015/2302 zu prüfen. Die Eröffnung der Vernehmlassung und Beantwortung des Postulates waren für 2020 geplant, die Corona-Pandemie und die Insolvenz eines grossen Reiseanbieters kurz zuvor haben nun jedoch neue Fragestellungen im Zusammenhang mit der Sicherstellungspflicht und der Pauschalreisegesetzgebung aufgeworfen. Zudem laufen derzeit Revisionsbestrebungen innerhalb der EU, die einen grossen Einfluss auf den Schweizer Markt haben dürften und die von den Vorstössen aufgeworfenen Fragen betreffen. Es scheint derzeit kaum möglich oder sinnvoll, eine nachhaltige Position zu den Vorstössen im Reiserecht zu entwickeln. Sobald die Rechtsentwicklung in der EU abgeschätzt werden kann, muss eine Neubeurteilung vorgenommen werden.

2017 P 15.3098      Prüfung einer allfälligen gesetzlichen Regelung von Trusts (FDP-Liberale Fraktion)

2019 M 18.3383      Einführung des Trusts in die schweizerische Rechtsordnung (Kommission für Rechtsfragen SR)

Mit der Motion 18.3383 wird der Bundesrat beauftragt, die rechtlichen Grundlagen für einen Schweizer Trust zu schaffen. Das Postulat 15.3098 wird in diesem Rahmen mitbehandelt. Gemeinsam mit externen Expertinnen und Experten sowie der gesamten Verwaltung wird derzeit ein Vorentwurf ausgearbeitet. Am 12. Januar 2022 hat der Bundesrat die Vernehmlassung dazu eröffnet; sie dauerte bis am 30. April 2022. Es ist geplant, dass der Bundesrat im ersten Quartal 2023 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden wird.

2017 M 15.3531      Bedingungen für die Anwendbarkeit von Artikel 926 ZGB lockern, um besser gegen Hausbesetzer vorgehen zu können (Feller)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Bedingungen zu lockern, unter denen sich Eigentümerinnen und Eigentümer von unrechtmässig besetzten Liegenschaften gemäss Artikel 926 ZGB ihres Eigentums wieder bemächtigen dürfen. Insbesondere soll der unbestimmte Rechtsbegriff «sofort» in Artikel 926 Absatz 2 ZGB geklärt werden, indem eine fixe Frist von 48 oder 72 Stunden festgelegt wird. Die Vernehmlassung zu den Änderungen im ZGB und in der ZPO wurde 2020 durchgeführt. Der Bundesrat hat am 29. Juni 2022 die überwiegend positiven Rückmeldungen zur entsprechenden Vernehmlassungsvorlage zur Kenntnis genommen und das EJPD beauftragt, eine Botschaft auszuarbeiten. Die Verabschiedung der Botschaft ist für das zweite Halbjahr 2023 vorgesehen.

2017 M 16.3752      Gegen Doppelspurigkeiten im Datenschutz (FDP-Liberale Fraktion)

Die Motion verlangt, dass der Bundesrat mit der EU eine Vereinbarung zur Koordinierung der Tätigkeit der Datenschutzaufsichtsbehörden anstrebt und Sondierungsgespräche führt. Für die Gespräche mit der EU will der Bundesrat jedoch den Abschluss der laufenden Evaluation des schweizerischen Datenschutzniveaus durch die Europäische Kommission abwarten. Denn die Erfolgchancen eines Kooperationsabkommens zwischen der EU und der Schweiz werden unter anderem davon abhängen, dass die Europäische Kommission der Schweiz weiterhin ein angemessenes Schutzniveau im Sinne der europäischen Datenschutzbestimmungen attestiert. Der Bericht der Europäischen Kommission wurde ursprünglich für Ende Mai 2020 erwartet. Die Arbeiten der Europäischen Kommission haben sich jedoch verzögert. Das Inkrafttreten des neuen Datenschutzgesetzes am 1. September 2023 könnte einen geeigneten Zeitpunkt darstellen, um erste Gespräche in dieser Hinsicht zu führen.

2017 P 17.3269      Internationaler Austausch von Strafnachrichten. Prüfung eines Beitritts der Schweiz zu Ecris (Staatspolitische Kommission NR)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat zu prüfen, ob das Anliegen der Standesinitiativen des Kantons Tessin, eine systematische Einholung von Strafregisterauszügen von zuziehenden EU-Angehörigen einzuführen (15.320/15.321), durch einen Beitritt zum EU-Programm ECRIS (European Criminal Records Information System) ganz oder zumindest teilweise erfüllt werden kann. Der Bericht soll allgemein Auskunft über die Zweckmässigkeit eines Beitritts der Schweiz zu ECRIS geben und andererseits spezifisch im Hinblick auf die beiden Tessiner Standesinitiativen. Aufgrund einer ersten Analyse wurde festgestellt, dass die Zweckmässigkeit eines Beitritts der Schweiz zu ECRIS bejaht werden kann. Ein Beitritt der Schweiz zu ECRIS wird deshalb zurzeit aktiv geprüft. Allerdings ist noch nicht geklärt, ob auch die EU ein Interesse an einer Teilnahme der Schweiz hat. Die Frage, ob ein Beitritt zu ECRIS auch die Frage der beiden Standesinitiativen des Kantons Tessin beantwortet, hängt wesentlich von den Arbeiten des Beitritts zu ECRIS ab. Die Verabschiedung des Berichts durch den Bundesrat ist für das zweite Halbjahr 2023 vorgesehen.

2018 P 18.3080      Zu hohe Gebühren bei Schuldbetreibung und Konkurs? (Nantermod)

Mit dem Postulat soll der Bundesrat die Gebühren bei Schuldbetreibung und Konkurs untersuchen und insbesondere prüfen, ob die Prinzipien der Kostendeckung und der Äquivalenz befolgt werden und ob eine Senkung der Gebührenansätze wünschenswert ist. Es wurde eine Umfrage bei den Kantonen zu den Gebühren im Betreibungs- und Konkurswesen durchgeführt. Zurzeit läuft die Abklärung der relevanten Rechtsfragen, die angesichts ihrer Vielschichtigkeit mehr Zeit als geplant in Anspruch genommen hat. Die Verabschiedung des Berichts ist für die zweite Hälfte 2023 vorgesehen.

2018 P 18.3248      Geplante Obsoleszenz. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten schützen (Marchand-Balet)

Am 19. Juni 2020 hat der Bundesrat einen Bericht zum Postulat 17.3505 Vonlanthen «Die Chancen der Kreislaufwirtschaft nutzen. Prüfung steuerlicher Anreize und weiterer Massnahmen» verabschiedet. Der Bericht beauftragt den Bundesrat, die in Postulat 18.3248 Marchand-Balet vorgesehenen Massnahmen bezüglich der Mängelgewährleistung und der Deklarationspflichten eingehend zu prüfen. Um ein kohärentes und koordiniertes Vorgehen zu erreichen und den jüngsten Entwicklungen im Unionsrecht Rechnung zu tragen, sind die Anliegen des Postulats 18.3248 Marchand-Balet in eine grosse Studie zur Modernisierung des Gewährleistungsrechts eingeflossen, die das Bundesamt für Justiz, das Bundesamt für Umwelt und das Staatssekretariat für Wirtschaft gemeinsam durchführen liessen. Diese Studie, welche das aktuelle Recht in der Schweiz und den Anpassungsbedarf an die Entwicklungen im Ausland, insbesondere an das EU-Recht, untersucht und eine Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) für mögliche gesetzliche Massnahmen enthält, wurde im Mai 2022 veröffentlicht. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 zu den Schlussfolgerungen der Studie und zu einem allfälligen gesetzgeberischen Handlungsbedarf Stellung nehmen.

2018 M 18.3379      Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland (Kommission für Rechtsfragen SR)

2019 M 18.3306      Rechtsdurchsetzung im Internet stärken durch ein obligatorisches Zustellungsdomizil für grosse kommerzielle Internetplattformen (Glättli)

Die Motionen verlangen eine gesetzliche Grundlage, damit soziale Netzwerke verpflichtet werden können, eine Vertretung oder ein Zustelldomizil in der Schweiz zu bezeichnen. Dies soll die Kommunikation mit den Behörden sowie Konsumentinnen und Konsumenten vereinfachen. Weiter soll der Bundesrat auf internationaler Ebene aktiv darauf hinwirken, eine Lösung für das Problem der Rechtsdurchsetzung im Internet zu erzielen. Die Schweiz beteiligt sich aktiv an den Arbeiten des Europarats für die Weiterentwicklung des Übereinkommens über die Cyberkriminalität (SR 0.311.43). Das entsprechende zweite Zusatzprotokoll wurde im Mai 2022 fertiggestellt und wird nun auf seinen Mehrwert und bezüglich des Umsetzungsbedarfs analysiert. Das Parlament hat die Revision des Datenschutzgesetzes (DSG) Ende September 2020 verabschiedet. Im DSG hat es eine Bestimmung eingefügt, die Datenbearbeiter mit Sitz im Ausland verpflichtet, eine Vertretung in der Schweiz zu bezeichnen, wenn sie Personendaten von Personen in der Schweiz bearbeiten und sie weitere Voraussetzungen erfüllen. Diese Regelung überschneidet sich mit dem Anliegen der Motion 18.3379. Nach Inkrafttreten des DSG wird zu prüfen sein, ob ein darüberhinausgehender Handlungsbedarf besteht. Der Bundesrat hat am 17. November 2021 den Bericht des Bundesamts für Kommunikation «Intermediäre und Kommunikationsplattformen» verabschiedet. Dort wird die gesellschaftliche Bedeutung von Kommunikationsplattformen breit untersucht. Der Bundesrat hat das UVEK beauftragt, in einem Aussprachepapier aufzuzeigen, ob und wie Kommunikationsplattformen reguliert werden könnten. Es ist vorgesehen, dass sich der Bundesrat im ersten Halbjahr 2023 mit diesem Aussprachepapier befasst.

2019 M 16.3335      Missbrauch von Betreibungsregisterauszügen stoppen (Candinas)

2020 M 19.3694      Elektronische Aufbewahrung der Verlustscheine (Fiala)

2021 M 20.4035      Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Elektronische Übertragung der Verlustscheine (Fiala)

Mit der Motion 16.3335 wurde der Bundesrat beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass Betreibungsämter vor der Ausstellung eines Betreibungsregisterauszugs zwingend eine Wohnsitzüberprüfung vornehmen müssen. Angesichts des sachlichen Bezugs soll das Anliegen zusammen mit den beiden Motionen 19.3694 Fiala (Elektronische Aufbewahrung der Verlustscheine) und 20.4035 Fiala (Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Elektronische Übertragung der Verlustscheine) in einer Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, SR 281.1) umgesetzt werden. Der Bundesrat hat am 22. Juni 2022 die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) eröffnet. Nach Auswertung der Vernehmlassung wird der Bundesrat die Botschaft voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2023 zuhanden des Parlaments verabschieden.

2019 M 18.3408      Konsequenter Vollzug von Landesverweisungen (Müller Philipp)

Mit der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, die Bestimmungen über die strafrechtliche Landesverweisung anzupassen. Dabei seien die heute bestehenden Anreize, aus Gründen der Verfahrensökonomie die Härtefallklausel anzuwenden und auf eine Landesverweisung zu verzichten, zu beseitigen. Das Bundesamt für Justiz hat den Handlungsbedarf und den Handlungsspielraum für Anpassungen geprüft, nachdem 2020 verlässliche Zahlen als Basis zur Prüfung zur Verfügung standen. Im Oktober 2020 hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK-N) Anhörungen zum Anpassungsbedarf durchgeführt und aufgrund der Ergebnisse eine Motion eingereicht (Mo. SPK-N 21.3009), welche die Motion Müller ergänzen und präzisieren soll. Im Sommer 2021 hat das Bundesamt für Justiz Expertinnen und Experten aus der Praxis entsprechende Änderungsvorschläge zur Stellungnahme vorgelegt. Die Reaktionen fielen kontrovers aus. Die Motion SPK-N 21.3009 wurde in der Wintersession 2021 vom Parlament teilweise (nur Punkt 3) angenommen und überwiesen. Der Bundesrat wird konsequenterweise über die Erfüllung der Motion Müller 18.3408 im Rahmen der Umsetzung der Motion SPK-N 21.3009 berichten.

2019 M 18.3510      Wirtschaftliche Wiedereingliederung von Personen ohne konkrete Aussicht auf eine Schuldentilgung (Hêche)

2019 M 18.3683      Sanierungsverfahren für Privatpersonen. Bessere Zukunftsperspektiven für Schuldner und Gläubiger (Flach)

Mit den beiden Motionen wurde der Bundesrat beauftragt, eine Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vorzulegen, um verschuldeten Privatpersonen unter gewissen Voraussetzungen ein schuldenfreies Leben zu ermöglichen. Die Vernehmlassung dauerte vom 3. Juni 2022 bis zum 26. September 2022. Nach Auswertung der Vernehmlassung und Überarbeitung der Vorlage mit einer breit zusammengesetzten Expertengruppe wird der Bundesrat voraussichtlich 2024 die Botschaft zuhänden des Parlaments verabschieden.

2019 P 18.4063      Wiedergutmachungsjustiz in unsere Rechtsordnung integrieren. Es muss mehr getan werden (Mazzone)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 19.048: Botschaft vom 28. August 2019 zur Änderung der Strafprozessordnung (Umsetzung der Motion 14.3383 Kommission für Rechtsfragen des Ständerats, Anpassung der Strafprozessordnung). Der Nationalrat hat die Abschreibung des Postulates 18.4063 Mazzone (Wiedergutmachungsjustiz in unsere Rechtsordnung integrieren. Es muss mehr getan werden) in der Frühjahrsession 2021 abgelehnt. Das Postulat wird im Rahmen der Umsetzung der Motion 21.4336 (RK-SR. Justice restaurative) erledigt werden.

2019 P 18.4092      Auswirkungen von «Loyalitätsaktien» (Kommission für Rechtsfragen SR)

Nachdem das Parlament die Aktienrechtsrevision (Geschäft 16.077, Vorlage 1) am 19. Juni 2020 verabschiedet hat, hat das Bundesamt für Justiz die Arbeiten an die Hand genommen. Zwei Expertenaufträge wurden erteilt, um die erforderlichen Fragen inkl. Regulierungsfolgenabschätzung zu klären. Die entsprechenden Expertenberichte wurden Mitte 2022 der Verwaltung übergeben. Anschliessend hat das Bundesamt für Justiz einen Postulatsbericht erarbeitet. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich im ersten Halbjahr 2023 verabschieden.

2019 P 18.4263      Einbezug der Steuern in die Berechnung des Existenzminimums prüfen (Gutjahr)

Mit dem Postulat wurde der Bundesrat beauftragt, in einem Bericht darzulegen, ob und wie es in Abweichung von der heute geltenden Praxis möglich ist, laufende Steuern bei der Berechnung des Notbedarfs zu berücksichtigen, und entsprechende Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Der Bericht soll dem Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 vorgelegt werden. Die Verzögerung ist auf zusätzliche Abklärungen bezüglich Umsetzbarkeit der Lösungsmöglichkeiten zurückzuführen.

2019 P 19.3067      Kesb. Einsatz von privaten Beiständen (Schneider Schüttel)

2019 P 19.3880      Stärkung der Selbstbestimmung im Erwachsenenschutz (Schenker Silvia)

2021 M 19.4072      Nur mit einer kantonalen Hinterlegungsstelle wird die Auffindbarkeit eines Vorsorgeauftrags sichergestellt (Dobler)

2021 M 19.4586      Zuständigkeitsregelung bei Beschwerden betreffend fürsorgerische Unterbringung sowie Verfügungen der Kesb und Artikel 439 ZGB. Kompetenzkonflikte dürfen den Rechtsschutz nicht ausschalten (Reimann Lukas)

Mit diesen Vorstössen wurde der Bundesrat beauftragt, zu prüfen, ob es sinnvoll wäre, die Selbstbestimmung im Erwachsenenschutz sowie die gesetzliche Vertretung durch Ehegattinnen und Ehegatten und eingetragene Partnerinnen und Partner zu stärken und die Grundsätze des Einsatzes von privaten Beiständen gesetzlich zu verankern. Bereits 2019 hat der Bundesrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes vertieft abklären soll, nachdem er in einem Bericht vom 29. März 2017 Klärungsbedarf in mindestens zwei Punkten festgestellt hat und auch ein externes Gutachten 2019 Optimierungsmöglichkeiten aufzeigte. Während der Covid-Pandemie mussten die Arbeiten der Expertengruppe für eine gewisse Zeit sistiert werden. Zudem hat sich der Umfang der Vorlage nach der Annahme der beiden Motionen 19.4072 Dobler und 19.4586 Reimann erweitert. Der Bundesrat wird deshalb im ersten Halbjahr 2023 eine Vernehmlassung zu einer Teilrevision des ZGB im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes eröffnen. Die Anliegen der beiden Postulate sollen im Rahmen dieser Vorlage erfüllt werden.

2019 M 19.3410      55 Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für ein Update (Caroni)

Mit der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, das Stockwerkeigentumsrecht anzupassen. Ausgangslage bildet der Bericht zum Postulat 14.3832 Caroni [Feller] (Fünfzig Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für eine Gesamtschau). Die Arbeiten an einer

Vernehmlassungsvorlage sind im Gange. Der Vorentwurf wurde im zweiten Halbjahr 2022 Expertinnen und Experten aus der Lehre und der Praxis zur Stellungnahme vorgelegt. Es ist geplant, dass der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zu einem Vorentwurf eröffnen kann.

2019 P 19.3478 Kinderbelange ernst nehmen (Schwander)

2019 P 19.3503 Weniger Verletzungen beim Kampf ums Kind. Massnahmen für das Wohl von Kind, Mutter und Vater (Müller-Altermatt)

Mit diesen Postulaten wurde der Bundesrat beauftragt, zu prüfen, wie das Familienverfahren im Interesse des Kindes verbessert und wie dabei sichergestellt werden kann, dass die Beurteilung von Kinderbelangen schweizweit über alle Instanzen einheitlich erfolgt. In Erfüllung dieser Postulate soll in einer ersten Phase eine Bestandsaufnahme der in den Kantonen bestehenden Angebote zur Unterstützung der Eltern bei der Konfliktlösung (Mediation, angeordnete Beratung, Elternkurse) durchgeführt werden. Diese – in der Schweiz noch relativ neuen – Angebote sollen im Rahmen eines Erfahrungsaustausches mit den massgeblichen Akteuren verglichen und bewertet werden. Die Resultate dieser Auswertung sollen bis Ende 2023 vorliegen. Zudem ist für den November 2023 eine öffentliche Tagung zur Diskussion der Thematik dieser Postulate sowie des Postulats 22.3380 RK-N (Für ein Familiengericht) geplant. In einem weiteren Schritt soll anschliessend mit einer Expertengruppe aus Spezialistinnen und Spezialisten des Familienverfahrensrechts vor Gerichten und KESB (Familienanwälte, Richter, KESB-vertreter und Wissenschaft) zusammengearbeitet werden, um zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und gegebenenfalls inwiefern eine Gesetzesrevision im Bereich des Familienverfahrensrechts inklusiv einer Neuregelung der Zuständigkeiten von KESB und Gerichten an die Hand genommen werden sollten.

2020 M 19.3008 Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung (Staatspolitische Kommission NR)

Wegen der Priorität anderer, dringlicherer Dossiers verzögerte sich die Aufnahme der Arbeiten. Die Umsetzung der Motion erfordert eine vertiefte Analyse und verschiedene Abklärungen direkt mit dem Institut für Föderalismus (IFF). Diese Arbeiten wurden inzwischen aufgenommen.

2020 P 19.3570 Überprüfung von Struktur, Organisation, Zuständigkeit und Überwachung der Bundesanwaltschaft (Jositsch)

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob die in den Artikeln 23 ff. Strafprozessordnung (StPO) geregelte Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft zweckmässig und den Bedürfnissen einer wirksamen Strafverfolgung angemessen sei (Ziff. 2 des Postulats). Die Ziffern 1 und 3 des Postulats bezüglich Überprüfung der Organisation und Struktur sowie der Überwachung der Bundesanwaltschaft wurden abgelehnt. Zur Klärung der Frage bezüglich Zuständigkeit hat das Bundesamt für Justiz im 4. Quartal 2021 eine Arbeitsgruppe eingesetzt; diese hat ihre Arbeit im 3. Quartal 2022 abgeschlossen. Der Bericht soll dem Bundesrat voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2023 vorgelegt werden.

2020 P 19.3759 Konsumkreditgesetz. Digital taugliche Formerfordernisse (Dobler)

Das EJPD (BJ) wurde im Zuge der Umsetzung der Empfehlungen der Expertengruppe «Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit» beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem EDA, für digitale Verträge und Inhalte unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklungen zu prüfen, ob Anpassungen im Vertragsrecht nötig sind, und dem Bundesrat darüber Bericht zu erstatten. Zu diesem Zweck wurden externe Gutachten eingeholt. Geplant ist eine Gesamtübersicht über Formvorschriften im Zivilrecht, welche auch das Postulat 19.3759 beantwortet. Der Bericht soll 2023 verabschiedet werden.

2020 M 19.4122 Stimmrechtsberater und börsennotierte Aktiengesellschaften. Interessenkonflikte offenlegen und vermeiden (Minder)

Die Arbeiten wurden vom Bundesamt für Justiz an die Hand genommen; Abklärungen mit dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen über den Ort der Regulierung sind im Gange. Im Anschluss daran wird eine Vernehmlassungsvorlage vorbereitet.

2020 P 19.4638 Ausgewogeneres Bauhandwerkerpfandrecht (Caroni)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat in einem Bericht darzulegen, wie das Bauhandwerkerpfandrecht angepasst werden könnte, um das Verhältnis zwischen Bauherren oder Bauherrinnen und Subunternehmern oder Subunternehmerinnen ausgewogener zu regeln. Insbesondere soll dabei auch eine Transparenzlösung geprüft werden, wonach das Pfandrecht nur für Leistungen greift, die erbracht wurden, nachdem der Bauherr oder die Bauherrin vom Subunternehmer oder von der Subunternehmerin Kenntnis haben konnte. Zur Erfüllung des Postulats wurde ein Gutachten bei einem Experten eingeholt. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2023 vorgelegt werden.

2020 P 20.3009 Überprüfung der Regeln zur Gesamtstrafenbildung (Kommission für Rechtsfragen SR)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat zu prüfen, ob die geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches in den Konstellationen gemäss Artikel 46 und 49 StGB schuldangemessene Sanktionen ermöglichen. Der Bundesrat soll zudem mögliche Alternativen zum geltenden Recht mit ihren Vor- und Nachteilen und allfälligen weiteren Folgen aufzeigen. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2023 vorlegen.

2020 P 20.3440 Präzisierung des Schutzbereichs in Artikel 185 Absatz 1 der Bundesverfassung (Schwander)

Das Postulat verlangt, dass der Bundesrat aufzeigt, wie er den Schutzbereich von Artikel 185 Absatz 3 Bundesverfassung definiert und seine diesbezüglichen Notrechtskompetenzen begründet. Insbesondere soll klargestellt werden, ob immer ein sicherheitspolitisches Anliegen vorliegen muss oder ob auch andere politische Ziele alleine genügen. Das Parlament befasst sich

intensiv mit diesen Fragen im Rahmen der parlamentarischen Initiativen 20.437 (Handlungsfähigkeit des Parlamentes in Krisensituationen verbessern) und 20.438 (Nutzung der Notrechtskompetenzen und Kontrolle des bundesrätlichen Notrechts in Krisen). Dabei wurde auch die Bundesverwaltung einbezogen, und der Bundesrat nahm Stellung dazu. Die daraus resultierenden Entwürfe sind noch in der parlamentarischen Beratung. Der Bundesrat möchte deren Ergebnis abwarten.

### **Bundesamt für Polizei**

- 2017 P 15.3325      Datenaustausch zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (Schläfli [Romano])
- 2019 M 18.3592      Nationaler polizeilicher Datenaustausch (Eichenberger)
- 2020 P 20.3809      Datenaustausch zwischen Behörden bei Ermittlungen verbessern (Guggisberg)

Der Bundesrat wird mit der Motion Eichenberger 18.3592 beauftragt, eine zentrale nationale Polizeidatenbank oder eine Vernetzungsplattform für die bestehenden kantonalen Polizeidatenbanken zu schaffen, mittels welcher die Polizeikörper der Kantone und die Polizeiorgane des Bundes direkt auf die polizeilichen Daten über Personen und deren Vorgänge in der gesamten Schweiz zugreifen können. Die Erfüllung der Motion und der beidender Postulate mit der Schaffung einer zentralen Datenbank steht für den Bund nicht zur Diskussion. Eine solche würde die kantonale Polizeihöhe verletzen. Die Motion und die beiden die Postulate sollen mit der Schaffung einer Polizei-Abfrageplattform (POLAP) erfüllt werden. POLAP wird die verschiedenen Informationssysteme von Bund und Kantonen insofern miteinander vernetzen, als eine Abfrage einen direkten Zugriff im Informationssystem des entsprechenden Kantons oder des Bundes gewährt. Auf diese Weise sollen die für den anfragenden Kanton benötigten Informationen direkt ersichtlich werden. Gemäss aktueller Planung soll das Programm POLAP Q4 2026 zum Abschluss gebracht werden.

Der polizeiliche Datenaustausch zwischen den Kantonen über die Abfrageplattform POLAP erfordert teilweise die Schaffung oder Anpassung von Rechtsgrundlagen in den Kantonen. Dafür wird ein unmittelbar rechtsetzendes Konkordat ausgearbeitet, welches voraussichtlich im Herbst 2023 oder im Frühjahr 2024 von der KKJPD zur Ratifikation freigegeben werden soll. Parallel zur kantonalen Rechtssetzung wird im Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI) der Betrieb von POLAP geregelt. Die Arbeiten für diese Gesetzesanpassung sind ebenfalls am Laufen und werden zeitlich auf jene der Kantone abgestimmt.

- 2018 M 17.3862      Ausreisesperren für potenzielle Gewaltextremisten (Rieder)

Das Anliegen der Motion wurde in die laufende Revision des Gesetzes über den Nachrichtendienst (NDG; SR 121) integriert. Mit dieser Revision werden unter anderem Vorschläge zur besseren Bekämpfung des Gewaltextremismus geprüft. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, die Vorschläge zur Umsetzung dieser Motion im Zusammenhang mit den NDB-Massnahmen gegen Gewaltextremismus zu diskutieren. Der Bundesrat hat am 18. Mai 2022 die Vernehmlassung für die Revision des NDG eröffnet. Sie dauerte bis am 9. September 2022. Nach der Auswertung der Vernehmlassung wird das VBS dem Bundesrat eine entsprechende Botschaft unterbreiten.

### **Staatssekretariat für Migration**

- 2014 M 11.3831      Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Seit 2014 wurden insgesamt achtzehn Vereinbarungen im Rückkehrbereich unterzeichnet oder in Kraft gesetzt (Äthiopien, Angola, Aserbaidschan, Bangladesch, Botsuana, Chile, China, Indien, Kamerun, Kasachstan, Kuwait, Mongolei, Sri Lanka, Tunesien, Ukraine, Gambia, Elfenbeinküste, Cabo Verde). Darüber hinaus laufen Verhandlungen mit weiteren Staaten: Tadschikistan, Türkei, Turkmenistan, Sudan, Nepal, Bahrein, Ägypten und Guinea-Bissau.

- 2014 M 11.3832      Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen von Algerien umsetzen lassen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Das Rückübernahmeabkommen mit Algerien funktioniert: Abgewiesene algerische Staatsangehörige werden von den algerischen Behörden formell identifiziert und Ersatzreisedokumente werden entsprechend ausgestellt. Sonderflüge sind im Rückübernahmeabkommen nicht vorgesehen. Die Schwierigkeit liegt in der Organisation der Rückreise auf Linienflügen. Die Gespräche, die die Bundesräte Cassis und Keller-Sutter 2021 in Algier führten, boten ebenfalls die Gelegenheit, auf höchster Ebene zu intervenieren, um die Zusammenarbeit im Migrationsbereich zu verstärken und nach praktischen Lösungen zur Verbesserungen der Rückübernahme zu suchen. Die nach diesen hochrangigen Besuchen eingeleiteten technischen Dialoge in den Bereichen Migration, polizeiliche Zusammenarbeit und Justiz führten 2022 zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr. Folglich kam es im laufenden Jahr zu einer deutlichen Verbesserung im Bereich der Rückkehr, mit fast 300 freiwilligen Rückkehrern und fast 100 nicht freiwilligen Rückkehrern. Die Zahl der offenen Fälle ist aufgrund des anhaltenden Migrationsdruck weiterhin hoch (~600).

- 2017 M 16.4151      Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, ein Monitoring zu den Auswirkungen der Umsetzung von Artikel 121a BV auf die Zuwanderung durchzuführen und dem Parlament bei ausbleibender Wirkung weitere arbeitsmarktbezogene Massnahmen zu unterbreiten. Auch die gesetzlichen Bestimmungen zur Stellenmeldepflicht erfordern eine Beurteilung, inwieweit die «gewünschte

Wirkung» erzielt wurde (vgl. Art. 21a Abs. 8 AIG). Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) publiziert jährlich einen Monitoringbericht zum Vollzug der am 1. Juli 2018 in Kraft gesetzten Stellenmeldepflicht. Zusätzlich dazu wurden am 14. Juni 2021 vier vom SECO in Auftrag gegebene Studien zur Einführungsphase der Stellenmeldepflicht publiziert. Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Wirkungs- und Monitoringevaluationen am 11. Juni 2021 zur Kenntnis genommen (zwei Monitoring- sowie zwei Wirkungsevaluationen). Zudem hat er im Hinblick auf die weitere Umsetzung von Artikel 21a Absatz 8 AIG und der Motion 16.4151 das EJPD beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem WBF und unter Einbezug der Kantone und Sozialpartner, bis zum 31. März 2024 eine Gesamtschau zu den bereits ergriffenen Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials vorzulegen. Ende 2021 hat das Staatssekretariat für Migration die konzeptionellen Vorarbeiten für die Erstellung dieser Gesamtschau aufgenommen.

2019 M 17.3067 Wenn die Schweiz teure Spezialisten ausbildet, sollen sie auch hier arbeiten können (Dobler)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.067: Botschaft vom 19. Oktober 2022 zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Zulassungserleichterung für Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss).

2019 M 18.3758 Zemis-Datenbank. Verbesserte Kontrollen dank Fehlerbehebung (Regazzi)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, Massnahmen zu treffen, damit die Datenbank Zemis verbessert wird und insbesondere keine Fehleingaben mehr zulässt und Schlupflöcher gegenüber sanktionierten Firmen eliminiert werden. In einer ersten Phase werden Massnahmen zur Verbesserung der Datenqualität und -übermittlung im Meldeverfahren für die kurzfristige Erwerbstätigkeit im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens (FZA) ergriffen. Die Realisierung dieser ersten Phase ist im Gange und soll voraussichtlich 2023 abgeschlossen werden können. In einer zweiten Phase sollen Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung geprüft werden (z.B. eindeutige Identifikation der meldepflichtigen Unternehmen). Diese Arbeiten werden im Rahmen der angelaufenen Gesamterneuerung des ZEMIS (Programm ERZ) umgesetzt. Derzeit laufen die Initialisierungsarbeiten des Programms. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) sowie die Kantone und Sozialpartner werden in die materiellen Projektarbeiten involviert, sobald diese gestartet werden.

## Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

### Generalsekretariat

2008 M 07.3529 Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (Fehr Mario)

Der von schweizerisch-türkischen Doppelbürgern in der Schweiz geleistete Militärdienst – sowie seit 2012 auch der Zivildienst – wird in der Türkei als Erfüllung des Militärdienstes anerkannt. Hingegen sind Doppelbürger, die in der Schweiz von der Dienstpflicht befreit wurden und stattdessen eine Wehrpflichtersatzabgabe bezahlen, derzeit in der Türkei nicht vom Militärdienst befreit.

Die Schweiz versucht bei den regelmässig stattfindenden konsularischen Konsultationen, die Türkei auf die Problematik aufmerksam zu machen und eine Lösung anzustreben. Die Türkei hatte bisher aber weder eine Notwendigkeit noch eine Dringlichkeit im Anliegen der Schweiz erkannt. Anlässlich des offiziellen Arbeitsbesuches vom 14. August 2020 des Aussenministers Mevlüt Çavuşoğlu der Republik Türkei bei Bundesrat Ignazio Cassis in Bern, wurde in Aussicht gestellt, dass das türkische Verteidigungsministerium der Schweiz bald einen Entwurf zur Aufnahme von Verhandlungen für ein bilaterales Militärdienstabkommen zukommen lassen werde.

Ziel ist nach wie vor die Anerkennung der Schweizer Wehrpflichtersatzabgabe durch die Türkei. Im Interesse der betroffenen schweizerisch-türkischen Staatsangehörigen ist es, aus Sicht der Schweiz, nach wie vor angebracht, die Frage der Erfüllung der militärischen Pflichten dieser Doppelbürger bilateral zu regeln.

### Gruppe Verteidigung

2018 M 17.3510 Leistungsvertrag mit dem Nationalen Pferdezentrum Bern (Fournier)

Per 1. Januar 2019 konnte die Armee den ausgelaufenen Vertrag mit dem Nationalen Pferdezentrum (NPZ) bis zum 31. Dezember 2020 verlängern. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde der bestehende Vertrag um weitere drei Jahre bis zum 31. Dezember 2023 verlängert. Die wirtschaftliche Lage und die Wiederaufnahme der Aktivitäten im Pferdesport sind fragil. Daher kann Armasuisse zur Zeit keinen neuen Vertrag auf einer ordentlichen Basis aushandeln. Innerhalb der verlängerten Vertragszeit wird jedoch ein neuer Vertrag ausgearbeitet, der am 1. Januar 2024 für einen Zeitraum von fünf Jahren in Kraft treten wird. Eine Verlängerungsklausel ermöglicht eine Verlängerung um weitere zwei Jahre. Das Kostendach dieses Vertrags beträgt 2,4 Mio. Franken (bisherige Obergrenze 2,7 Mio. Fr.). Dieser Rückgang entspricht der vom Parlament bestimmten Reduzierung der Anzahl Pferde von 65 auf 55 und steht im Einklang mit den Empfehlungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK). Seit dem 1. Januar 2019 arbeitet die Gruppe Verteidigung bereits mit den Eckdaten einer maximalen Obergrenze von 2,4 Mio. Franken und einer maximalen Anzahl von 55 Reitpferden.

Die Motion kann erst mit der vollständigen Umsetzung der Vorgaben per 1. Januar 2024 abgeschrieben werden.

2018 M 18.3179 Digitalisierung des Dienstbüchleins (Dobler)

Die mit dieser Motion geforderte Digitalisierung des Dienstbüchleins wurde bis Ende 2021 im Rahmen des Projekts «e-Personelles für Milizangehörige» bearbeitet. Neu wird dieses Digitalisierungsvorhaben in einem zentral geführten Programm «Digitalisierung Miliz» zusammengefasst und umgesetzt. Aufgrund der Komplexität dieses Vorhabens wird die vollständige Umsetzung der Digitalisierung des Dienstbüchleins voraussichtlich bis Ende 2025 erfolgen können.

Die Motion kann deshalb voraussichtlich erst per Ende 2025 abgeschrieben werden.

### Bundesamt für Sport

2020 M 20.4331 Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

2020 M 20.4341 Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Unabhängig der Vorkommnisse, welche die beiden Kommissionen zur Einreichung der beiden Motionen bewegt haben, beschlossen die zuständigen Instanzen des Schweizer Sports, die bestehenden Meldestellen der verschiedenen Sportverbände in einer unabhängigen nationalen Meldestelle zu vereinen. Am 1. Januar 2022 wurde die unabhängige nationale Meldestelle in Betrieb genommen, welche bei der Stiftung Swiss Sport Integrity (ehemals Antidoping Schweiz) angesiedelt ist. Ethikverstösse werden durch die Stiftung verfolgt. Das Melde- und Sanktionssystem basiert auf der Ethik-Charta Sport, die einen übergeordneten Wertekatalog darstellt. Um sicherzustellen, dass das Anliegen der Bekämpfung von Ethikverstössen zielführend und mit der notwendigen Ernsthaftigkeit verfolgt wird, hat der Bundesrat 23. Februar 2022 beschlossen, dass die Ausrichtung von Finanzhilfen an Sportorganisationen von deren Anstrengungen zugunsten des fairen und sicheren Sports abhängig gemacht werden. Mit einer Anpassung der Sportförderungsverordnung (SR 415.01), welche vom Bundesrat voraussichtlich im ersten Quartal 2023 verabschiedet wird, soll festgelegt werden, welchen minimalen Anforderungen diese Anstrengungen zu genügen haben. Mit den Bestrebungen des Schweizer Sports, in eigener Regie eine entsprechende Anlauf- oder Meldestelle aufzubauen, wird das zentrale Anliegen der beiden Motionen erfüllt. Es erscheint dem Bundesrat allerdings angezeigt, die Entwicklungen im Zusammenhang mit der neuen Meldestelle zu beobachten. Es wird sich erst in einigen Jahren zeigen, ob die Erwartungen eingelöst und die beiden Motionen zur Abschreibung beantragt werden können.

## Eidgenössisches Finanzdepartement

### Generalsekretariat

2014 P 12.4050 Vertiefte Untersuchung der Mehrsprachigkeit in den Führungsetagen der Bundesverwaltung (Romano)

2014 P 12.4265 Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung. Detailanalyse der Bedürfnisse (Cassis)

Die beiden Postulate ersuchen den Bundesrat, konkrete und punktuelle Massnahmen zugunsten der Mehrsprachigkeit in den Führungsetagen des Staates zu treffen und die prioritären Bedürfnisse im Zusammenhang mit der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung zu bezeichnen.

Mit der Revision der Sprachenverordnung vom 4. Juni 2010 (AS 2014 2987; SR 441.11) sowie der Totalrevision der Mehrsprachigkeitsweisungen des Bundesrats vom 27. August 2014, beide am 1. Oktober 2014 in Kraft getreten, sind die Anliegen beider Postulate im Grundsatz übernommen worden. Zudem hat der Bundesrat am 20. Dezember 2019 den Evaluationsbericht «Förderung der Mehrsprachigkeit innerhalb der Bundesverwaltung» samt Empfehlungen zur Mehrsprachigkeitspolitik zur Kenntnis genommen ([www.plurilingua.admin.ch](http://www.plurilingua.admin.ch)). Verwirklichen lässt sich das Ziel der Postulate jedoch erst nach Umsetzung der Empfehlungen sowie erfolgter Evaluation während der Legislaturperiode 2020 – 2023. Die Resultate der Evaluation werden am Ende der Legislaturperiode in einem Bericht an den Bundesrat veröffentlicht werden.

2015 P 14.4275 Wie kann die Freigabe von Open-Source-Software durch die Bundesverwaltung explizit erlaubt werden? (Glättli)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.022: Botschaft vom 4. März 2022 zum Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben.

2016 P 15.4112 Aufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Prüfung der Kriterien für die Unterstellung von Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung (Feller)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat eingeladen, den Aufsichtsbereich der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) in Bezug auf Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung zu überprüfen und Kriterien für eine allenfalls notwendige Abgrenzung des Zuständigkeitsbereiches zu definieren.

Gestützt auf eine Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Anforderungen der Corporate Governance wurde der geforderte Bericht in einer ersten Fassung erarbeitet. Der Bericht musste seither aufgrund neuer Erkenntnisse aus der Aufarbeitung der Ereignisse um die Hochseeschiffahrts-Bürgschaften, die Manipulationen bei der Postauto AG und verschiedener parlamentarischer Vorstösse überarbeitet werden. Die vom Ständerat als Erstrat angenommene Motion 19.4371, Ettlín (Keine Prüfung durch die Eidgenössische Finanzkontrolle bei teilprivatisierten Unternehmen des Bundes) verlangte eine Einschränkung der Aufsichtskompetenz der EFK gegenüber teilprivatisierten Unternehmen des Bundes. Weiter überwies der Nationalrat als Erstrat die Motion 21.3928 Pfister (Schweizerische Unfallversicherungsanstalt. Prüfung durch die Eidgenössische Finanzkontrolle). Beide Motionen wurden jedoch im Zweitrat abgelehnt. Mit der Motion 22.3950 Guggisberg (Stärkung der Postaufsicht statt Zuständigkeitschaos) wird erneut die Frage des Aufsichtsbereiches der EFK aufgegriffen. Diese Entwicklungen sollen im Bericht ebenfalls berücksichtigt werden. Er wird dem Bundesrat voraussichtlich im ersten Halbjahr 2023 vorgelegt werden.

### Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

2007 M 06.3540 Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (Lombardi)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens vom 11. August 1971 mit Deutschland (DBA-D; SR 0.672.913.62) auszuhandeln, die eine gerechte Besteuerung für das Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen sicherstellt. Dem Arbeitsstaat soll, analog zur Grenzgängerregelung, ein Besteuerungsrecht in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des Erwerbseinkommens zukommen.

Das Änderungsprotokoll vom 27. Oktober 2010 sah eine befristete Lösung vor, die bis 2016 galt. Die Verhandlungen über eine umfassende Revision des DBA-D haben im Jahr 2014 begonnen und konnten zwischenzeitlich abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung eines Änderungsprotokolls sollte demnächst erfolgen. Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen hat die Besteuerung der Flugbesatzungsmitglieder in den Verhandlungen wiederum eingebracht. Es konnte keine Einigung für eine Änderung der bisherigen Regelung erzielt werden.

Die Verhandlungen mit Deutschland haben gezeigt, dass Deutschland klar nicht bereit ist zu einer Lösung, wie sie die Motion verlangt; sich das Anliegen der Motion also nicht umsetzen lässt. Der Bundesrat wird deshalb bei nächster Gelegenheit die Abschreibung der Motion beantragen.

2012 M 11.3511 Obligatorische Erdbebenversicherung (Fournier)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, in der gesamten Schweiz eine obligatorische Erdbebenversicherung für Gebäude einzuführen.

Abschreibung beantragt mit Geschäft 14.054: Bericht des Bundesrates vom 20. Juni 2014 zur Abschreibung der Motion 11.3511 Fournier «Obligatorische Erdbebenversicherung» (BB1 2014 5507). Der Ständerat hat am 12. Juni 2018 beschlossen, die Motion nicht abzuschreiben. Der Nationalrat hat am 22. September 2021 beschlossen, die Motion abzuschreiben.

## **Eidgenössische Finanzverwaltung**

2017 M 17.3259 Gebundene Ausgaben reduzieren (Finanzkommission NR)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, der Bundesversammlung eine oder mehrere Vorlagen zu unterbreiten, mit welchen die stark gebundenen Ausgaben des Bundes um 5 bis 10 Prozent reduziert werden können.

Infolge der neu geschaffenen Ausgabenbindungen in den vergangenen Jahren (BIF, NAF, Steuerreform und AHV-Finanzierung) stieg der Anteil gebundener Ausgaben von rund 55 Prozent im Jahr 2015 auf 62 Prozent im Jahr 2020 und wird bis 2025 weiter auf etwa 65 Prozent zunehmen. Erste Schritte zur Lockerung von Ausgabenbindungen hat der Bundesrat im Rahmen der «Strukturellen Reformen in der Bundesverwaltung» unternommen (Reduktion der Indexierung der Einlage in den Bahinfrastrukturfonds (BIF)). Eine Lockerung von Ausgabenbindungen oder gar eine Reduktion der gebundenen Ausgaben im Umfang von 5 bis 10 Prozent (2 bis 4 Milliarden Franken) erachtet der Bundesrat kurzfristig jedoch als nicht realisierbar; er strebt die Erfüllung der Motion deshalb in einem längerfristigen Zeitraum an. Im März 2022 hat der Nationalrat ein Postulat der Finanzkommission zum langfristigen Management der gebundenen Ausgaben angenommen. Der Bundesrat soll in einem Bericht aufzeigen, welche Bereiche der gebundenen Ausgaben schneller wachsen als die Bundeseinnahmen und mit welchen Massnahmen dieses Wachstum gedämpft werden kann. Die Analyse soll zudem aufzeigen, wie die Motion umgesetzt werden könnte.

## **Eidgenössisches Personalamt**

2020 M 19.4382 Möglichkeit der Verwaltungseinheiten zum Abschluss von Personalverleihverträgen gesetzlich verankern (Geschäftsprüfungskommission SR)

Der Bundesrat hat das EFD am 31. März 2021 beauftragt, Artikel 32c Absätze 3 und 4 Bundespersonalgesetz (BPG; SR 172.220.1) zu revidieren und ihm bis Ende 2023 eine Botschaft zu unterbreiten. Diese soll dem Bundesrat im letzten Quartal 2023 vorgelegt werden. Im Rahmen der Ausarbeitung dieser Botschaft wird auch geprüft, ob für den Abschluss von Personalverleihverträgen eine entsprechende rechtliche Grundlage im BPG geschaffen werden muss. Bei dieser Prüfung gilt es abzuwägen, ob die gültigen Rechtsgrundlagen im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG; SR 172.101), welche der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 29. Januar 2020 auf den Vorstoss zitiert hat, ausreichend sind oder ob tatsächlich ergänzend dazu eine Grundlage im BPG notwendig ist.

2020 P 20.3921 Bericht über die Einhaltung der Weisungen zur Förderung der Mehrsprachigkeit (Staatspolitische Kommission NR)

Die im Postulat geforderte Berichterstattung zu den Ziffern 31, 32, 35 und 44 sowie die Prüfung eines allfälligen Anpassungsbedarfs der Weisungen des Bundesrates zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung (Mehrsprachigkeitsweisungen) wird im Rahmen des Vierjahresberichts 2020–2023 zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung erfolgen. Der Vierjahresbericht wird 2024 vom Bundesrat verabschiedet werden.

## **Eidgenössische Steuerverwaltung**

2005 M 04.3276 Übergang zur Individualbesteuerung (FDP-Liberale Fraktion)

2009 M 05.3299 Übergang zur Individualbesteuerung. Dringliche Massnahmen (FDP-Liberale Fraktion)

2011 P 11.3545 Zivilstandsunabhängige Besteuerung und Renten (Fraktion BD)

2014 P 14.3005 Volkswirtschaftliche und fiskalpolitische Folgen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung (Finanzkommission NR)

2015 M 10.4127 Beseitigung der Heiratsstrafe (Bischof)

2016 M 16.3044 Beseitigung der Heiratsstrafe (Bischof)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.034: Botschaft vom 21. März 2018 zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung).

Am 18. Dezember 2019 hat das Parlament das Geschäft an den Bundesrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, alternative Modelle vorzulegen. Zudem beschloss das Parlament in der Herbstsession 2020, die Verabschiedung einer Botschaft zur Einführung der Individualbesteuerung in die Legislaturplanung 2019–2023 aufzunehmen. Am 2. Dezember 2022 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung eröffnet.

2014 P 12.3923 Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (Leutenegger Filippo [Gössli])

In Umsetzung ihrer parlamentarischen Initiative 17.400 «Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung» hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats (WAK-SR) am 27. Mai 2021 den Entwurf des Bundesgesetzes über den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung verabschiedet. Die Beratung der Vorlage in der Bundesversammlung ist im Gange. Vor diesem Hintergrund ist es folgerichtig, mit dem überwiesenen Postulat und der Erarbeitung eines entsprechenden Berichts zuzuwarten. Inhaltlich geht es beim Postulat um eine konträre Ausrichtung, nämlich um Anpassungen am bestehenden System (Verankerung von Härtefallregelungen im Bundesrecht und Verankerung eines Unternutzungsabzugs im Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (SR 642.14).

2017 M 16.3431 Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

2019 M 17.3657 Mehrwertsteuer. Beseitigung der Ungleichbehandlung von Sport- und Kulturvereinen (Page)

2019 M 18.3540 Mehrwertsteuerpflicht von Online-Plattformen bei Verkäufen aus dem Ausland in die Schweiz (Vonlanthen)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.019: Botschaft vom 24. September 2021 zur Änderung des Mehrwertsteuergesetzes.

2019 M 17.3171 Erhöhung der Pauschalabzüge bei der direkten Bundessteuer zum Ausgleich der Explosion der Krankenkassenprämien (Grin)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.053: Botschaft vom 22. Juni 2022 zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Erhöhung der Abzüge für Versicherungsprämien und für Zinsen von Sparkapitalien).

2019 P 17.4292 Kapital- und Vermögenssteuern stark wachsender KMU senken (Derder)

Die Entwicklungen und Konkretisierungen bezüglich der Umsetzung des OECD-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft sollen im Postulatsbericht, der voraussichtlich im 2. Halbjahr 2023 verabschiedet werden wird, berücksichtigt werden.

2020 M 18.3235 Mehrwertsteuer-Vereinfachung bei Packages (Engler)

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 19 Absatz 2 des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG) so zu ändern, dass Packages einheitlich nach der überwiegenden Leistung besteuert werden können, wenn diese wertmässig mindestens 55 Prozent des Gesamtentgelts ausmacht. Der Bundesrat wird bis Ende 2023 prüfen, wie die Motion umgesetzt werden soll.

### **Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit**

2016 M 15.3551 Bürokratieabbau. Anhebung des Mindestzolls (Noser)

2017 M 15.4153 Ungerechtfertigte Kostenüberwälzung auf den Kunden im Zollwesen (Ettlin Erich)

2017 P 17.3377 Unnötige Behinderung der Wirtschaft durch formalistische Fristenanwendung (de Courten)

2019 M 17.3376 Die wirtschaftsfeindliche Strafpraxis der Zollverwaltung umgehend korrigieren (de Courten)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.058: Botschaft vom 24. August 2022 zum Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes zum neuen Zollabgabengesetz.

### **Bundesamt für Bauten und Logistik**

2014 M 14.3016 Auslegung der Definition von Kleinstunternehmen im Bauproduktengesetz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, in den Verhandlungen mit der EU dahingehend zu wirken, dass Artikel 2 Ziffer 27 des Entwurfs zum Bundesgesetz über die Bauprodukte nach dessen Inkrafttreten so ausgelegt werden kann, dass ein Unternehmen als Kleinstunternehmen im Sinne des Gesetzes gilt, wenn sein Jahresumsatz mit Bauprodukten 3 Millionen Franken nicht übersteigt.

Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) hat seit 2015 das entsprechende Anliegen gegenüber der EU-Kommission mehrfach und bei verschiedenen Gelegenheiten zur Sprache gebracht. Im Rahmen des Ende 2019 gestarteten Revisionsprozesses der europäischen Bauprodukteverordnung wurde insbesondere auch der Aspekt der Vereinfachungen von Regeln für Kleinstunternehmen, auf die sich die betreffende Definition von Kleinstunternehmen bezieht, in grundsätzlicher Weise betont. Das BBL hat diesen Aspekt in vier Stellungnahmen gegenüber der fachlich zuständige Stelle bei der EU-Kommission hervorgehoben und setzt sich im Rahmen des Revisionsprozesses auch weiterhin für dieses Anliegen bei der EU-Kommission ein.

2014 M 14.3018 Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (Geschäftsprüfungskommission NR)

2014 M 14.3289 Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (Geschäftsprüfungskommission SR)

Das Gesamtprojekt «Elektronisches Vertragsmanagement der Bundesverwaltung» (VM BVerw) wurde im Juni 2019 abgeschlossen. Das Generalsekretariat des EFD hat das Projekt im August 2019 offiziell den zuständigen Betriebsorganisationen im Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) und dem VBS (armasuisse) übergeben. Die Rahmenbedingungen für die mitbeteiligten Verwaltungseinheiten sind durch das BBL vertraglich mit der Zuschlagsempfängerin bis ins Jahr 2025 geregelt.

Die Kontrollmassnahmen bei Vergaben von Aufträgen werden jährlich überprüft und wo nötig durch das BBL angepasst. Mit der Umsetzung des Programms «SUPERB» soll der Einsatz der ERP-Infrastruktur vereinheitlicht und harmonisiert werden. Mit dem SAP-Standard werden die Gleichförmigkeit der Supportprozesse etabliert und die Beschaffungsprozesse verschlankt.

Die Subkommission EJPD/BK der GPK-S führte die dritte Nachkontrolle zum Expertenbeizug in der Bundesverwaltung durch. Da bis zum Abschluss dieser Nachkontrolle nicht abschliessend darüber Stellung genommen werden kann, ob die Anliegen der beiden

Motionen erfüllt sind, wurde deren Abschreibung im Geschäfts 20.006 «Bericht Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahre 2019» abgelehnt.

Das Programm SUPERB hat im Q4/2021 mit der Einführungsplanung des Clusters Beschaffung auch das «Elektronische Vertragsmanagement der Bundesverwaltung» mit aufgenommen. Die Koordination erfolgt mit «ERP Systeme V/ar» und weiteren relevanten Umsystemen. So wird mit der Migration auf die neue SAP-Generation «S/4HANA» ein abgestimmtes Vorgehen der zivilen und militärischen Seite sichergestellt.

Auf Ende November 2022 wurde im Rahmen vom Program SUPERB die Basis der neuen Beschaffungs- und Vergabemanagementlösung im SAP aufgebaut, die auf den Jahreswechsel 2024/2025 eingeführt werden soll. Teile dieser Lösung wird auch «ERP Systeme V/ar» verwenden. Die EFK-Prüfung 21535 des IKT-Schlüsselprojektes SUPERB Projekt Beschaffung berichtet darüber (siehe Empfehlung 1, Seite 19).

## Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

### Staatssekretariat für Wirtschaft

2018 M 16.4094 Verbesserung der Situation der KMU in Wettbewerbsverfahren (Fournier)

Die zwei Forderungen der Motion wurden in die Arbeiten zur Teilrevision des Kartellgesetzes miteinbezogen. Hierzu hat der Bundesrat vom 24. November 2021 bis zum 11. März 2022 eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Botschaft wird voraussichtlich im zweiten Quartal 2023 durch den Bundesrat verabschiedet.

2019 M 16.3360 Mit einer Regulierungsbremse den Anstieg der Regulierungskosten eindämmen (FDP-Liberale Fraktion)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (22.083): Botschaft vom 9. Dezember 2022 zur Einführung einer Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159 Abs. 3 der Bundesverfassung und Änderung des Parlamentsgesetzes).

2019 M 16.3388 Entwurf für ein Bundesgesetz über die Reduktion der Regelungsdichte und den Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen (Sollberger)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (22.082): Botschaft vom 9. Dezember 2022 zum Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten (Unternehmensentlastungsgesetz, UEG).

2019 M 16.3884 Rasche Unterstützung für Lehrbetriebe mit Kurzarbeit (Bühler)

Die zentrale Forderung der Motion – Kurzarbeitsentschädigung für Lehrmeisterinnen und Lehrmeister ohne Arbeitsunterbruch bei Kurzarbeit, bei der Ausbildung der Lernende – wird bis Ende 2023 für Fälle, die im Zusammenhang mit der Pandemie stehen über Art. 8j der COVID-Verordnung Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit Art. 17 Abs. 1 lit. a des COVID-19 Gesetzes realisiert. Die langfristige Umsetzung dieser Motion erfordert eine Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG). Die Arbeiten dazu sind im Gange. Am 21. September 2022 wurde das Vernehmlassungsverfahren abgeschlossen. Im Februar 2023 soll der Bundesrat die Botschaft zu Händen des Parlaments verabschieden.

2019 M 18.3717 Keine Konzessionen beim Palmöl (Aussenpolitische Kommission SR)

Die Motion fordert, dass im Rahmen der Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien keine Konzessionen für Palmöl gewährt werden, welche die einheimische Ölstaatenproduktion reduzieren. Ausserdem soll der Bundesrat Bestimmungen vorsehen, die einen Beitrag zur nachhaltigen Produktion und zum nachhaltigen Handel von Palmöl leisten, und sich an der Erarbeitung von internationalen Standards beteiligen.

Das am 1. November 2021 in Kraft getretene Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien erfüllt diese Vorgaben. Die Schweiz hat sichergestellt, dass das Abkommen die Schweizer Produktion von Raps- und Sonnenblumenöl nicht gefährdet: Erstens werden die Zölle auf Palmöl aus Indonesien nicht vollständig abgebaut, sondern nur moderat gesenkt. Zweitens gilt dies nur für eine klar beschränkte Menge, die so abgestimmt wurde, dass die Palmölimporte in die Schweiz insgesamt nicht zunehmen werden. Und drittens müssen die Importeure nachweisen, dass das Palmöl unter Einhaltung strenger Nachhaltigkeitsbestimmungen produziert worden ist und in Tanks von 22 Tonnen transportiert wurde – ohne diesen Nachweis werden die Zollrabatte nicht gewährt.

Auch in den laufenden Verhandlungen mit Malaysia setzt sich die Schweiz dafür ein, dass die Vorgaben respektiert werden und im Wesentlichen die gleichen Zugeständnisse und Garantien wie beim Abkommen mit Indonesien verankert werden können.

2019 M 18.3797 Ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA initiieren (Graber Konrad)

Die Motion fordert im Wesentlichen, dass ein Freihandelsabkommen mit den USA angestrebt werden soll. Seit ein paar Jahren kommt der Bundesrat dieser Aufforderung nach und führt exploratorische Gespräche mit den USA, um auszuloten, ob es eine gemeinsame Basis für die Lancierung solcher Verhandlungen gibt. Die letzten Gespräche Ende 2021 haben ein gemeinsames Interesse in verschiedenen Bereichen bestätigt, die Gespräche werden fortgesetzt. Für die Administration Biden haben solche Abkommen aber keine Priorität, die Diskussionen gehen momentan eher in Richtung Stärkung der Handelsbeziehungen in spezifischen Sektoren.

2019 P 19.4379 Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten der Kantone (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Aufgrund prioritärer Arbeiten (Covid-19 Krise; hohe Energiepreise) sowie vor dem Hintergrund der knappen Ressourcensituation konnte das Postulat noch nicht beantwortet werden. Der Bericht des Bundesrats ist in Erarbeitung und wird voraussichtlich 2023 vorliegen. Dazu wird bis Februar 2023 eine juristische Auslegungsordnung in Form eines extern in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens erarbeitet. Eine ökonomische Auslegung wird intern erarbeitet. Beide Auslegungen bilden die Grundlage für die Erarbeitung des Berichts des Bundesrats.

2020 M 18.3021 Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen (Rieder)

Der Bundesrat hat vom 18. Mai bis am 9. September 2022 eine Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die Prüfung von ausländischen Investitionen durchgeführt. Es ist vorgesehen, die Botschaft im zweiten Halbjahr 2023 zu verabschieden.

2020 P 20.3132 Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Eine externe Studie zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der verordneten Gesundheitspolitischen Massnahmen (im Hinblick auf Frage 2 des Postulats) wird Ende 2022 abgeschlossen. Vor dem Hintergrund der knappen Ressourcenlage und der Konjunkturlage mussten die weiteren Arbeiten auf 2023 verschoben werden. Dringende Aufträge im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und seinen wirtschaftlichen Auswirkungen wurden 2022 prioritär wahrgenommen. Der Postulatsbericht wird voraussichtlich 2024 vorliegen.

2020 P 20.3752      Stärkung des Pharma- und Biotechnologie-Standorts Schweiz (Schmid Martin)

Der Berichtsentwurf in Erfüllung des Postulates wurde im Verlauf von 2022 verfasst. Er untersucht aus einer wirtschafts- und forschungspolitischen Perspektive die Herausforderungen sowie den Handlungsbedarf für die vom Postulat geforderten Bereiche: Forschung, Digitalisierung, Aussenwirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsmarkt sowie Förderung der Ansiedlung. Der Bericht wird voraussichtlich im ersten Quartal 2023 veröffentlicht.

2020 P 20.3933      Steuerliche Anreize für einen nachhaltigen internationalen Handel (Aussenpolitische Kommission NR)

Die Abklärungen der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Positionierung der Schweiz vis-à-vis dem geplanten CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem der EU (EU CBAM) sind noch im Gang. Insbesondere muss die finale EU-Regulierung abgewartet werden, weil Abweichungen zum ursprünglichen CBAM-Vorschlag der Europäischen Kommission zu erwarten sind. Die Informationslage sollte sich im ersten Quartal 2023 klären, so dass für die Fertigstellung des Berichts in Erfüllung des Postulats das zweite Quartal 2023 angestrebt werden kann.

### **Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation**

2017 M 17.3630      Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021 (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Nach der Annahme des Verhandlungsmandats am 10. März 2021 versuchte der Bundesrat, Verhandlungen mit der EU aufzunehmen. Dies stellte sich jedoch vor dem Hintergrund der Debatte um das institutionelle Abkommen als unmöglich heraus. Als die Kohäsionsmilliarde freigegeben war, ersuchte das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) die Generaldirektion für Bildung und Kultur (DG- Generaldirektion für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission) der Europäischen Kommission am 14. Oktober 2021 schriftlich um die Eröffnung von Verhandlungen. In ihrer Antwort vom 11. November 2021 erklärte die Europäische Kommission, dass noch verschiedene Bedingungen in Verlinkung mit der institutionellen Fragen erfüllt werden müssten, damit Verhandlungen über eine Assoziierung der Schweiz an Erasmus+ möglich sind. Der Bundesrat konnte daher die Verhandlungen mit der EU noch nicht wieder aufnehmen.

2020 P 20.3462      Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

2020 P 20.3927      Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Mit der Botschaft vom 26. Februar 2020 zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024 wurde die Überprüfung der Bundesfinanzierung von Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung in Aussicht gestellt, welche vom Bund gemäss Artikel 15 Absatz 3 Buchstabe b Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation, FIG (SR 420.1) als nichtkommerzielle Forschungsinstitutionen unterstützt werden. Dies vor dem Hintergrund, dass es zunehmend schwierig geworden ist, eine klare Abgrenzung zwischen der Bundesunterstützung nach dem HFKG (SR 414.20) und FIG (SR 420.1) vorzunehmen. Die Überprüfung betrifft Forschungsinstitutionen, die an eine vom Bund über Grundbeiträge nach Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, HFKG (SR 414.20) unterstützte Hochschule assoziiert sind und die auf einem Fachgebiet tätig sind, auf dem die jeweilige Hochschule im Lehr- und Forschungsbereich ebenfalls aktiv ist. Im Rahmen der Erarbeitung des Postulatsberichts wird einerseits für exemplarische Fälle die Anrechnung von Forschungsleistungen assoziierter Forschungsinstitutionen bei der Berechnung der Grundbeiträge nach HFKG (SR 414.20) an die betroffene Hochschule bzw. Trägerkanton abgeklärt. Andererseits wird die Möglichkeit fehlender Vollkostenabgeltung beim Leistungsbezug der Hochschule von jeweils assoziierten Forschungsinstitutionen überprüft. Die Überprüfung erfolgt im Hinblick auf die übernächste BFI Periode 2029-2032 unter Berücksichtigung der Grundsätze der Systemkohärenz und rechtsgleichen Behandlung sowie des Gesichtspunkts des Implementierungsaufwands für den Bund.

Der Postulatsbericht wird dem Bundesrat voraussichtlich Ende 2023 unterbreitet. Die Ergebnisse werden auch bei der Erstellung der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025-2028 berücksichtigt werden.

2020 P 20.3928      Roadmap für die internationale Zusammenarbeit und Mobilität nach Erasmus plus (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Aufgrund der politischen Situation zwischen der Schweiz und der EU war es dem Bundesrat nicht möglich, ein Roadmap zu erstellen. Da keine Verhandlungen mit der EU laufen, fehlen für die Bestimmung der Assoziierungsmodalitäten wichtige inhaltliche und finanzielle Parameter.

## Bundesamt für Landwirtschaft

- 2012 M 10.3818 Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich stoppen (Darbellay)
- 2014 P 14.3514 Agrarpolitik 2018-2021. Massnahmenplan zum Abbau der überbordenden Bürokratie und zur Personalreduktion in der Verwaltung (Knecht)
- 2015 P 15.3862 Den administrativen Aufwand in der Landwirtschaft reduzieren. Unnötige Kontrollpunkte streichen (Aebi Andreas)
- 2015 P 15.4056 Stärkung der Milchproduktion aus betriebseigenem Grundfutter (Jans)
- 2018 P 17.3916 Zugang zu Land und zu Landwirtschaftsbetrieben verbessern (Jans)
- 2018 M 17.4203 Bäuerliches Bodenrecht. Ergänzung der Artikel 61 und 66 BGG (Abate)
- 2018 M 18.3144 Stärkung der Schweizer Pflanzenzüchtung jetzt! (Hausammann)
- 2019 M 18.3241 Es soll gesetzlich verankert werden, dass die landwirtschaftliche Forschung auf die regionalen Gegebenheiten ausgerichtet sein muss (Savary)
- 2019 P 19.3385 Wie wird das Klima-Sektorziel der Land- und Ernährungswirtschaft zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens konkret umgesetzt? (Graf Maya)
- Abschreibung beantragt mit Geschäft 20.022: Botschaft vom 12. Februar 2020 zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik 2022 (AP22+).
- 2020 M 18.3404 Forschungsanstalt Agroscope als autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit (Häberli-Koller)

Die zweite Forderung, die bestehende Struktur- und Organisationsform durch einen neuen Agroscope-Rat zu ergänzen, in dem insbesondere auch die landwirtschaftliche Praxis vertreten ist, ist umgesetzt. Seit Mai 2019 besteht der neue, erweiterte Agroscope-Rat aus vier Mitgliedern aus der landwirtschaftlichen Praxis, drei Mitgliedern aus dem Bereich Forschung, Innovation und Wissenstransfer sowie je einer Vertretung aus dem Bundesamt für Umwelt, dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie dem Bundesamt für Landwirtschaft. Die Mitglieder des Agroscope-Rats werden durch den Vorsteher des WBF ernannt. Der Agroscope-Rat behandelt die strategische Ausrichtung von Agroscope im Bereich der Forschung.

Die in den Änderungen geforderte Prüfung einer Umwandlung der Forschungsanstalt Agroscope in eine autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit wird aktuell von Agroscope durchgeführt. Der Bericht baut auf dem Gouvernance-Bericht des WBF auf und berücksichtigt die Entwicklungen, welche in der Zwischenzeit mit dem Zukunftsprojekt stattgefunden haben. Der Bericht wird voraussichtlich bis Ende 2023 vom Bundesrat verabschiedet.

### 2020 M 20.3919 Forschungs- und Züchtungs-Initiative (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

1. Ausbau der Forschung: Im Arbeitsprogramm 2022-2025 führt Agroscope das strategische Forschungsfeld (SFF) Pflanzenschutz mit aufgestockten Mitteln fort (von derzeit 15.9 auf 16.6 Mio. Fr. pro Jahr). Ebenfalls sollen die SFF Anbaumethoden und Produktionssysteme und SFF Pflanzensorten einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Pflanzenschutz und zu krankheitsresistenten Kulturen leisten. Seit 2020 wurde der Beitrag des Bundes an das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) schrittweise um 2.5 Millionen Franken jährlich bis insgesamt um 7.5 Millionen Franken ab 2023 erhöht. Die Auswahl und Züchtung von geeigneten Sorten, die gezielte Regulierung von Krankheiten und Schädlingen mit natürlichen Pflanzenschutzmitteln sowie dem Einsatz von Nützlingen gehört zu den Forschungsschwerpunkten des FiBL. Das Bundesamt für Landwirtschaft hat von 2017-2021 insgesamt 21 Forschungsprojekte im Bereich Pflanzenschutz im Umfang von 4 Millionen Franken unterstützt. Für die Periode von 2022-2024 ist zurzeit die Unterstützung von neun Projekten im Umfang von insgesamt 2.2 Millionen Franken vorgesehen.
2. Förderung der Züchtung: Seit 2020 werden erstmals Projekte der Pflanzenzüchtung und Sortenprüfung mit 3 Millionen Franken jährlich unterstützt (Umsetzung der Motion 18.3144 Hausammann «Stärkung der Schweizer Pflanzenzüchtung jetzt!»). Zusätzlich hat der Bundesrat im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspakets 2022 entschieden, Ersatzpflanzungen von Obst- sowie Rebananlagen mit robusten Sorten durch Gelder der Strukturverbesserung zu fördern.
3. Förderung des Wissens- und Technologietransfers: Mit der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) soll der Aufbau und Betrieb eines Kompetenz- und Innovationnetzwerks für Pflanzenzüchtung durch den Bund unterstützt werden. Die AP22+ befindet sich zurzeit in der parlamentarischen Beratung.

Im Bericht zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik hat der Bundesrat zudem festgehalten, dass im Kontext der Anpassung an den Klimawandel ein besonderes Augenmerk auf die Pflanzenzüchtung zu legen ist und verstärkt Sorten gezüchtet werden sollen, die nährstoffeffizient, trockenheits- und hitzetolerant sowie widerstandsfähig gegenüber Pflanzenkrankheiten sind. Vor diesem Hintergrund soll im Rahmen der Botschaft zu den landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen 2026-2029 geprüft werden, ob zusätzliche Mittel für die Pflanzenzüchtung eingesetzt werden sollen.

### **Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung**

2020 M 20.3197 Überprüfung der Pflichtlagerhaltung (Burgherr)

Der Bundesrat wurde aufgefordert im Nachgang der Corona-Krise das Konzept der Pflichtlagerhaltung zu überprüfen und den Produktkatalog und die Bedarfsabdeckung auszuweiten. Es ist eine ständige Aufgabe der wirtschaftlichen Landesversorgung (WL), die Angemessenheit der Pflichtlagerhaltung zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen. Alle vier Jahre wird ein Bericht zur Vorratshaltung erstellt, das nächste Mal 2023. Darin legt die WL dar, wie sich die Pflichtlagerhaltung in der vorangehenden Berichtsperiode verändert hat, wo sie zum Berichtszeitpunkt steht und wohin sie sich entwickeln wird. Zusätzlich zu diesem Bericht analysiert das WBF (WL/BWL) im Auftrag des Bundesrates bis Ende 2023 gemeinsam mit weiteren Bundes- und kantonalen Stellen, für welche lebenswichtigen Güter die Versorgung in einer nationalen oder internationalen Krise sichergestellt werden muss und klärt Fragen zur Planung, Beschaffung, Lagerhaltung, Finanzierung sowie zu den Entscheidungsbefugnissen zur Beschaffung in einer Krise (inkl. Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen).

## Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

### Generalsekretariat

2020 P 19.4385 Gesamtbilanz der Postauto-Affäre (Geschäftsprüfungskommission SR)

Das Postulat verlangt vom Bundesrat, nach Abschluss des Verwaltungsstrafverfahrens in einem Bericht eine Gesamtbilanz der PostAuto-Affäre zu ziehen.

Das Verwaltungsstrafverfahren ist nach wie vor hängig, weshalb noch keine Gesamtbilanz zur PostAuto-Affäre gezogen werden kann.

### Bundesamt für Verkehr

2017 P 17.3262 Verkehrskreuz Schweiz und Vision Eisenbahnnetz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

2019 P 19.3006 Ausbau der internationalen Verbindung Zürich-München (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

2019 P 19.4189 Lötschberg-Basistunnel. Neuerliche Prüfung eines Vollausbau? (Bregy)

Im Hinblick auf den nächsten Ausbauschnitt des strategischen Entwicklungsprogramms (STEP) Eisenbahninfrastruktur wird die Langfristperspektive Bahn überarbeitet. Mit der Verabschiedung der Botschaft vom 31. Oktober 2018 zum Ausbauschnitt 2035 des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur (BBl 2018 7321; 18.078) wurde das Vorgehen betreffend des Postulats 17.3262 beschrieben. Voraussichtlich wird der Bundesrat dem Parlament in der zweiten Hälfte 2023 im Rahmen der Berichterstattung über den Ausbau der Bahninfrastruktur auch Bericht über die Langfristperspektive Bahn erstatten. In diesem Bericht wird dem parlamentarischen Auftrag Rechnung getragen. Die Postulate 19.4189 zum Vollausbau des Lötschberg-Basistunnels und 19.3006 zum Ausbau der internationalen Verbindung Zürich - München werden in diesem Rahmen ebenfalls beantwortet. Die finanziellen Mittel für die notwendigen Studien sind im Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2035 Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe g vorgesehen.

2019 M 18.4105 Kooperationsmodell anstelle der Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Zur Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs müsste der Anhang 1 des Landverkehrsabkommens durch den Gemischten Ausschuss angepasst werden.

Im Rahmen des Berichts des Bundesrats in Erfüllung des Postulates 14.3259, Regazzi, Die zukünftige Marktordnung im regelmässigen und gewerbmässigen Personenfernverkehr, hat der Bundesrat am 23. Juni 2021 entschieden, aufgrund der Erfahrungen und Entwicklungen in der EU im internationalen Schienenpersonenverkehr keine Öffnung anzustreben und weiterhin auf Kooperationen zwischen Eisenbahnunternehmen aus den verschiedenen Ländern zu setzen. Das weitere Vorgehen zum Auftrag an den Bundesrat, eine allfällige Öffnung des Marktes für den internationalen Schienenpersonenverkehr nicht in eigener Kompetenz zu beschliessen, sondern dem Parlament in geeigneter Form zum Entscheid vorzulegen, wird aufgrund der aktuellen Entwicklungen zurzeit neu überprüft.

2020 M 20.3003 Staatsvertrag für eine linksrheinische Neat-Zulaufstrecke (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Frankreich wurde im Rahmen des französisch-schweizerischen Lenkungsausschusses über die Anliegen der Motion 20.3003 informiert. Auf der Grundlage erster grober Analysen schlug die Schweizer Delegation den Vertreterinnen und Vertretern aus Frankreich vor, das gemeinsame Ziel, d. h. den Ausbau des Schienengüterverkehrs, durch den Abschluss einer gemeinsamen Absichtserklärung zu konkretisieren. So soll der Rahmen für die Umsetzung der mit der Motion 20.3003 angestrebten Ziele geschaffen werden. Die Schweiz will das Dokument im Jahr 2023 fertigstellen.

2020 M 20.3221 Durch Automation Güter auf der Schiene effizienter transportieren (Dittli)

2020 M 20.3222 Bahngüterverkehr und Beitrag zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses (Dittli)

2020 M 20.3286 Förderung des Gütertransports auf dem Rhein (Herzog Eva)

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 2. November 2022 zwei Varianten zur Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für den Schweizerischen Güterverkehr in die Vernehmlassung gegeben: Die erste Variante sieht modernisierte Rahmenbedingungen für den Schienengüterverkehr mit umfassender finanzieller Förderung durch den Bund vor. Die zweite Variante fokussiert auf wettbewerbliche Anreizinstrumente. In beiden Varianten sind Massnahmen zugunsten der Rheinschifffahrt vorgesehen. Mit dieser Vorlage sollen somit die Aufträge aus den drei Motionen erfüllt werden. Die Vernehmlassung dauert bis 24. Februar 2023. Die Botschaft wird voraussichtlich im zweiten Semester 2023 dem Parlament überwiesen werden. Mit der Botschaft soll die Abschreibung dieser Vorstösse beantragt werden.

2020 P 20.3874 Zugänglichkeit für Menschen mit einer Behinderung zum öffentlichen Verkehr (Reynard)

Der Bericht in Erfüllung des Postulats ist zur Verabschiedung durch den Bundesrat im ersten Halbjahr 2023 vorgesehen. Er gibt einen Überblick zum Umsetzungsstand des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) im Bereich des konzessionierten

öffentlichen Verkehrs (öV) per 31. Dezember 2021, zum voraussichtlichen Umsetzungsstand per 31. Dezember 2023 (Ablauf der Anpassungsfrist für bestehende Einrichtungen und Fahrzeuge des öV) sowie zur Entwicklung nach dieser Zeit. Bezüglich der Einhaltung der Anpassungsfrist bei der Eisenbahn, beim Busverkehr, bei den Trams, der Personenschifffahrt und den Seilbahnen sind noch Lücken bei der BehiG-konformen Umsetzung der Bushaltestellen, wofür die Kantone und deren Gemeinden als Strasseneigentümerinnen zuständig sind, und teilweise bei den Bahnhöfen absehbar. Wo die – grundsätzlich autonome – Benutzung des öffentlichen Verkehrs von Menschen mit Beeinträchtigung nicht bis Ende 2023 ermöglicht wird, haben die konzessionierten Unternehmen Überbrückungsmassnahmen zu gewährleisten. Dazu müssen sie sich, falls erforderlich, mit den Haltestelleneigentümern (Kantone, Gemeinden) abstimmen. Wo aus Verhältnismässigkeitsgründen auf eine BehiG-konforme Anpassung bis auf Weiteres verzichtet wird, sind Ersatzlösungen anzubieten.

2020 P 20.4259      Gesamtschau zur Haftpflicht im Gütertransport auf der Schiene (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Der Bericht in Erfüllung des Postulats ist zur Verabschiedung durch den Bundesrat im ersten Halbjahr 2023 vorgesehen. Der Berichtsentwurf legt nach einer Einführung in die Welt des Haftpflichtrechts und die gesetzgeberischen Gestaltungsspielräume dar, wie das Haftungsregime im Güterverkehr auf der Schiene heute ausgestaltet ist und welche Probleme damit verbunden sind. Es werden Lösungsmöglichkeiten untersucht, zu denen neben einer Ausdehnung der Haftung und Versicherungspflicht der Eisenbahnen auch die Einführung der Gefährdungshaftung der Fahrzeughalter und -halterinnen, flankiert von einer ausreichenden Versicherungspflicht, gehört.

### **Bundesamt für Zivilluftfahrt**

2013 P 13.3421      Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Häberli-Koller)

2013 P 13.3426      Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Walter)

Die Postulate verlangen, in einem Bericht zur Umsetzung des Staatsvertrages bezüglich der Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufzuzeigen, wie unter Beachtung der Sicherheit eine angemessene regionale Verteilung sämtlicher Flüge von und nach dem Flughafen Zürich sichergestellt werden kann.

Der Bundesrat wird den entsprechenden Bericht erstellen, falls ein Inkrafttreten des Staatsvertrags absehbar würde. Dies setzt voraus, dass der Staatsvertrag auch in Deutschland dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet wird. Diesen Schritt hat das deutsche Verkehrsministerium bis Ende 2022 immer noch nicht eingeleitet. Zwar wurden die Möglichkeiten der Umsetzung des Vertrags in einem Bericht bereits 2012 analysiert. Falls das deutsche Verkehrsministerium den Vertrag dem Parlament zur Genehmigung unterbreiten würde, wären die Optionen einer Umsetzung auch in der Schweiz neu zu prüfen, haben sich die Rahmenbedingungen in den vergangenen zehn Jahren doch auch verändert.

2017 M 15.3491      Helikopterpilotinnen und -piloten. Verzicht auf eine Altersgrenze von 60 Jahren (Darbellay [Buttet])

Die Motion beauftragt den Bundesrat, entgegen der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 auf eine Altersgrenze von 60 Jahren für Helikopterpilotinnen und -piloten zu verzichten. Seit der Annahme der Motion hat sich das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) in die europäische Diskussion zwecks Anpassung der in der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 enthaltenen Alterslimite eingebracht. So wurde im Beratungsausschuss der Mitgliedstaaten der European Aviation Safety Agency (EASA) eine Studie lanciert, an deren Durchführung das BAZL aktiv beteiligt war. Die EASA hat ein Rechtssetzungsverfahren zur allfälligen Anpassung der entsprechenden Bestimmung eröffnet. Die Schweiz ist durch Experten vertreten. Der provisorische Zeitplan der EASA sieht einen ersten Entwurf Mitte 2023 und eine Anpassung per 2024 vor.

Seit 2012 hat das BAZL wiederholt Ausnahmegesuche bei den europäischen Organen eingereicht, sie wurden bisher mit gesundheitlichen und operationellen Auflagen bewilligt. Im Frühling 2020 hat die EU die generelle Akzeptanz dieser Ausnahmewilligungen eingeschränkt. Die Schweiz legte die Ausgangslage im Sinne der Motion im Rahmen des Gemischten Ausschusses 2020 dar und verlangte eine Fortsetzung der Zulassung von über 60-jährigen Helikopterpilotinnen und -piloten. Zudem erläuterte die Schweiz ihre Position in einem Schreiben im Februar 2021 an die EU. Diese teilte der Schweiz daraufhin schriftlich mit, dass Ausnahmen nur unter unvorhersehbaren Umständen oder aufgrund von dringlichen betrieblichen Gründen erteilt werden. Dies sei bei der Schweiz nicht mehr der Fall. Eventuelle unilaterale Massnahmen von Seiten der Schweiz würden laut EU zudem entsprechende Gegenmassnahmen zur Folge haben. Im Rahmen des Gemischten Ausschusses 2021 nahm die EU-Kommission das Thema zur Kenntnis, machte jedoch keine weiteren Zugeständnisse. Um die Motion umzusetzen, wird das BAZL somit eine entsprechende Änderung des Luftfahrtgesetzes (LFG) initiieren. Die Arbeiten dazu wurden 2022 an die Hand genommen. Die notwendigen Anpassungen im LFG sind Bestandteil einer grösseren Teilrevision des LFG. Die Vernehmlassungsvorlage dazu wird dem Bundesrat im Herbst 2023 vorgelegt werden.

2018 P 18.3245      Identifikation von Drohnen und ähnlichen Flugkörpern (Guhl)

Der Bundesrat hat sich im Rahmen seiner Mitspracherechte basierend auf dem bilateralen Luftverkehrsabkommen mit der EU für die Erarbeitung einer Rechtsgrundlage für die Identifizierung ziviler Drohnen aus der Ferne eingesetzt. Diese wird im Rahmen von zwei europäischen Verordnungen (2019/945, 2019/947) eingeführt. Beide Verordnungen hätten bereits im Dezember 2020 von der Schweiz übernommen werden sollen, dies wurde jedoch durch die Annahme der Motion 20.3916 (Ausnahme des Modellflugs von der EU-Drohnenregelung) am 8. Dezember 2020 verzögert. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) hat durch Gespräche mit den betroffenen Stakeholdern einen Weg gefunden, das Anliegen der Motion umzusetzen. Dadurch kann die Schweiz am 01. Januar 2023 die beiden europäischen Verordnungen übernehmen. Ebenfalls tritt am 26. Januar 2023 das EU-Verordnungspaket (2021/664, 2021/665, 2021/666) zur Einführung der U-space-Infrastruktur in der Schweiz in Kraft. Dieses ermöglicht die Einführung der Identifizierung ziviler Drohnen aus der Ferne in der Schweiz. Dank der plafonderhöhenden Aufstockung der Ressourcen des

Bundesamts für Zivilluftfahrt (BAZL) im Bereich der digitalen Luftfahrt und zivilen Drohnen (Bundesratsbeschluss vom 27. April 2022) konnten die Rechtssetzungsarbeiten auf EU-Ebene vorangetrieben und deren Umsetzung in der Schweiz vorbereitet werden.

2018 M 18.3371 Sicherheit und Ordnung beim Betrieb von Drohnen (Candinas)

Die Schweiz hat sich im Rahmen ihrer Mitspracherechte basierend auf dem bilateralen Luftverkehrsabkommen mit der EU für die Erarbeitung einer Regulierung eingesetzt, welche Sicherheit und Ordnung beim Betrieb ziviler Drohnen sicherstellt. Ein erstes Verordnungspaket (2019/945 und 2019/947), welches technische Anforderungen an zivile Drohnen sowie operationelle Vorschriften für deren Betrieb beinhaltet, hätte bereits im Dezember 2020 übernommen werden sollen. Aufgrund der am 8. Dezember 2020 erfolgten Annahme der Motion 20.3916 (Ausnahme des Modellflugs von der EU-Drohnenregelung) kam es bei der Übernahme zu Verzögerungen. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) hat durch Gespräche mit den betroffenen Stakeholdern einen Weg gefunden, das Anliegen der Motion umzusetzen, die Schweiz wird am 1. Januar 2023 die beiden europäischen Verordnungen übernehmen. Zudem stiess das BAZL auf EU-Ebene die Schaffung einer Rechtsgrundlage für U-space an, mit dem Ziel, zivile Drohnen sicher in den Luftraum zu integrieren und eine erhöhte Zahl komplexerer Anwendungen unter Beibehaltung geltender Sicherheitsstandards zu ermöglichen. Das entsprechende Verordnungspaket wurde im April 2021 von der Europäischen Kommission verabschiedet und wird am 26. Januar 2023 in der Schweiz in Kraft treten. Dank der plafonderhöhenden Aufstockung der Ressourcen des BAZL im Bereich der digitalen Luftfahrt und zivilen Drohnen (Bundesratsbeschluss vom 27. April 2022) konnten die Rechtssetzungsarbeiten auf EU-Ebene vorangetrieben und deren Umsetzung in der Schweiz vorbereitet werden. Effizienzgewinne und eine weitere Standardisierung sollen mit der Auslagerung gewisser Bewilligungs- und Aufsichtstätigkeiten erreicht werden. Das europäische Verordnungspaket gibt den Mitgliedstaaten diese Möglichkeit, welche das BAZL derzeit vertieft prüft.

2019 M 18.3700 Die strafrechtliche Zuständigkeit bei Flugunfällen und schweren Vorfällen neu an den Bund übertragen (Candinas)

Strafbare Handlungen, die an Bord eines Luftfahrzeuges begangen werden, unterstehen heute, soweit es sich nicht um Übertretungen handelt, der Bundesstrafgerichtsbarkeit und werden von der Bundesanwaltschaft (BA) verfolgt und beurteilt. Für die Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen gegen luftrechtliche Vorschriften ist das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) zuständig. Alle übrigen strafbaren Handlungen in der Luftfahrt fallen heute unter die Zuständigkeit der Kantone. Mit der Motion wird verlangt, dass strafbare Handlungen bei Flugunfällen und schweren Vorfällen in der Luftfahrt grundsätzlich der Bundesstrafgerichtsbarkeit unterstehen. Für die dafür notwendige Anpassung von Artikel 98 des Luftfahrtgesetzes (LFG; SR 748.0) liegt ein erster, von der BA erarbeiteter und mit dem Bundesamt für Justiz (BJ) bereinigter Entwurf vor. Die Änderung ist Bestandteil einer grösseren Teilrevision des LFG. Die Vernehmlassungsvorlage dazu wird dem Bundesrat im Herbst 2023 vorgelegt werden.

2019 M 19.3531 Für den nichtgewerbmässigen Sichtflug die Landessprachen nicht verbieten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.022: Botschaft vom 5. März 2021 zur Änderung des Luftfahrtgesetzes.

2020 M 19.4562 Luftrettung auch bei schlechtem Wetter ermöglichen (Dittli)

Die Motion verlangt, zur Bewältigung von Krisen, im Katastrophenfall und zur Rettung von Menschen in Not die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen um das Low Flight Network (LFN) fertig zu stellen und die dafür erforderliche Finanzierung zu regeln. Letzteres und auch die Behandlung von Aspekten des Ausbaustandards des Netzes erweisen sich als aufwändig. Eine Inkraftsetzung der neuen rechtlichen Konzeption ist für 2024 geplant. Der Ausbau des Netzes ist aber bereits im Gang, bis heute ist die Hälfte der geplanten Anflugverfahren implementiert.

## **Bundesamt für Energie**

2009 M 09.3083 Stromversorgungsverträge mit dem Ausland. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bewahren (FDP-Liberale Fraktion)

Die Motion verlangt insbesondere, Abkommen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten zur Sicherstellung der Stromversorgungssicherheit abzuschliessen. Die vom Bundesrat beantragte Abschreibung hat das Parlament in der Wintersession 2022 abgelehnt. Grund dafür war, dass die Schweizer Übertragungsnetzbetreiberin Swissgrid noch daran ist, technische Vereinbarungen mit EU Staaten abzuschliessen, um die Importkapazitäten der Schweiz sicherzustellen. Diese sind massgebend für die Stromversorgungssicherheit. Im Süden konnte bereits eine Vereinbarung abgeschlossen werden, im Norden sollte eine Vereinbarung bis Ende 2023 folgen, sofern es keine Verzögerungen gibt. Daneben laufen Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU, welche nach dem Scheitern des institutionellen Rahmenabkommens 2021 vom Bundesrat aufgenommen worden sind. Im vorgesehenen Paketansatz priorisiert der Bundesrat ein Binnenmarktabkommen im Bereich Strom. Sobald ein Stromabkommen abgeschlossen würde, wären die technischen Vereinbarungen obsolet.

2012 M 12.3253 Angemessene Rendite für den Umbau des Energiesystems (Gasche)

2018 M 18.3000 Investitionsanreize für den langfristigen Erhalt der Schweizer Stromproduktionsanlagen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

2019 M 19.3004 Langfristige Stromversorgungssicherheit. Sicherstellung und Klärung der Verantwortlichkeiten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

2020 M 19.3742 Finanzielle Überbrückung für den Abbau der Wartelisten bei erneuerbaren Energien (Müller Damian)

2020 M 19.3755 Volkswirtschaftlich effiziente Integration erneuerbarer Energien in die Stromnetze (Guhl)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.047: Botschaft vom 18. Juni 2021 zum Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien.

2019 P 18.4107 Dosisgrenzwerte bei Kernanlagen, radioaktive Strahlung und Strahlenschutz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Das Bundesamt für Energie setzte für die Erstellung des Berichts in Erfüllung des Postulats eine Gruppe von drei Experten ein. Diese erarbeiteten ein Pflichtenheft für einen Überprüfungsbericht, der im Sinne des Auftrags des Ständerats von einer unabhängigen Stelle zu erstellen ist. Dabei kam es zu verschiedenen Verzögerungen. Zum einen musste nach der Demission eines Experten diese Stelle neu besetzt werden. Zum anderen haben sich die Verhandlungen zur Ausarbeitung einer Offerte bzw. eines Vertrags mit der unabhängigen Stelle stark in die Länge gezogen, weil es sich dabei um ein ausländisches Institut handelt. Der Entwurf des Überprüfungsberichts des Instituts wurde den Experten im 4. Quartal 2022 zur Stellungnahme zugestellt. Sobald die definitive Fassung vorliegt, werden die Experten eine Würdigung verfassen. Der Bericht in Erfüllung des Postulats wird voraussichtlich im 3. Quartal 2023 dem Bundesrat zur Kenntnis gebracht werden können.

2019 M 19.3277 Holzenergiepotenzial ausschöpfen (von Siebenthal)

Das Parlament hat die Abschreibung der Motion in der Sommersession 2022 abgelehnt. Grund dafür war die Ansicht, dass der Prozess noch nicht abgeschlossen und dem interdisziplinären Aspekt noch zu wenig Beachtung geschenkt worden sei. Das Bundesamt für Energie setzt seine Arbeiten fort, insbesondere auch im Rahmen der eingesetzten interdepartementalen Arbeitsgruppe. Das Bundesamt für Umwelt erteilte dem Branchenverband Holzenergie Schweiz den Auftrag, mittels eines Monitorings Nachfrage und Angebot von Energieholz detailliert abzubilden, um die zukünftige Entwicklung vorwegzunehmen. Der Bundesrat verfolgt die parlamentarischen Beratungen zur zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (18.077), welche Erleichterungen für Biomasseanlagen vorsieht. Das UVEK unterstützt im Weiteren die Arbeiten des Parlaments im Rahmen der Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes für die Zeit nach 2024 (Geschäft 22.061) sowie des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Geschäft 21.047), bei welchen ebenfalls Erleichterungen für die energetische Nutzung von Biomasse diskutiert werden.

2020 P 19.3562 Arbeitsplatzpotenzial durch Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz (Masshardt)

Das Postulat fordert vom Bundesrat einen Bericht zum einheimischen Arbeitsplatzpotenzial durch die Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz. Dabei soll auch der Vergleich zu weiteren Investitionen in klimaschädliche fossile Energien gezogen werden. Der Bericht in Erfüllung des Postulats soll voraussichtlich Anfang 2023 verabschiedet werden.

## Bundesamt für Strassen

2014 M 12.3102 Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich (Müller Walter)

Der Bundesrat hat sich im Rahmen von verschiedenen Treffen mit österreichischen Ministern regelmässig über den Stand der laufenden Arbeiten informiert. Als Ergebnis des Ende 2015 abgeschlossenen Planungsprozesses «Mobil im Rheintal» schlug das Land Vorarlberg neu eine Verbindung der Schnellstrasse 18 via den Knoten der österreichischen A14 bei Dornbirn zur Staatsgrenze bei Höchst (Autobahnanschluss A13 St. Margrethen) vor. Diese Variante wurde in der Zwischenzeit auf österreichischer Seite bestätigt und rechtlich verankert. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat daraufhin den Planungsprozess aufgenommen und beabsichtigte, dem Bundesrat ein entsprechendes Generelles Projekt zur Genehmigung vorzulegen.

Anlässlich des jüngsten Ministertreffens vom Dezember 2022 stellte Bundesministerin Leonore Gewessler die Evaluationsergebnisse einer Alternativenprüfung vor. Darin wurde insbesondere eine mögliche Verbindung der A13 und der A14 bei Diepoldsau geprüft. Die Alternativen schnitten besser ab als die Variante, die sich im Genehmigungsverfahren befindet. Österreich wird nun eine weitere Vertiefung der alternativen Varianten in Auftrag geben, ohne aber das laufende Genehmigungsverfahren zu beenden. Österreich erhofft sich diesbezüglich politischen Support aus der Schweiz.

Der schweizerische Anteil macht allerdings nur einen kleinen Prozentsatz am Gesamtprojekt aus. Das ASTRA folgt mit seinem Projekt somit der Zeitplanung der österreichischen Planung. In der aktuellen Strategie- und Konzeptphase sind zudem die Zollverwaltungen der beiden Länder wichtige Taktgeber des Strassenprojektes. Die für die Projektierung des Strassenprojektes notwendigen Betriebskonzepte (für den bisherigen Standort St. Margrethen) liegen derzeit nur für den Schweizer Anlageteil vor.

Das ASTRA wird den Fortschritt des Strassenprojektes wie bis anhin mit den Partnern aus beiden Ländern abstimmen und im Rahmen der Möglichkeiten vorantreiben.

2014 M 13.3572 Flexiblere Ab- und Auflastung von Nutzfahrzeugen zur Effizienzsteigerung (Hess Lorenz)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.080: Botschaft vom 17. November 2021 zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes.

2016 M 13.3818 Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit (Darbellay)

Das Anliegen der Motion wurde mit Bundesratsbeschluss vom 21. November 2018 im Rahmen der «Änderung der technischen Anforderungen und der Zulassungsprüfung von Strassenfahrzeugen und Einführung eines neuen Fahrtschreibers» gutgeheissen. Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (SR 741.41) wird in Kraft gesetzt, wenn die Datenbank für die Übereinstimmungsbescheinigungen in elektronischer Form vorliegt und die Behörden des Bundes und der Kantone die Daten erfassen können. Letzteres ist heute bereits vereinzelt möglich. Definitiv umgesetzt wird

die Motion mit der geplanten Revision der Verordnung über die Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (TGV; SR 741.511), die voraussichtlich am 1. Januar 2025 in Kraft treten wird..

2016 M 15.3574 Führerausweis auf Probe. Verhältnismässige Regelung bei Widerhandlungen während der Probezeit (Freysinger)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.080: Botschaft vom 17. November 2021 zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes.

2016 M 16.3066 Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb (Nantermod)

2016 M 16.3068 Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote (Derder)

2018 M 17.3924 Führerausweis. Gleiche Fahrzeuge, gleiche Strassen, gleicher Ausweis (Nantermod)

Die drei Motionen wollen mit ihren Begehren gleich lange Spiesse für das traditionelle Taxi-Gewerbe und neue Fahrdienstangebote wie Uber schaffen. Ein Rechtsänderungsvorschlag, der dem Bundesrat die Kompetenz entzogen hätte, Arbeits- und Ruhezeitenvorschriften für Motorwagen zum Personentransport mit bis zu neun Sitzplätzen zu erlassen, wurde Anfang 2019 den betroffenen Vollzugsbehörden und Verbänden vorgestellt und von diesen einhellig abgelehnt. Angesichts der breiten Ablehnung von den Betroffenen hätte der Vorschlag zur Umsetzung der drei Motionen in der Vernehmlassung kaum Zustimmung gefunden. Zudem haben sich seit der Einreichung der Motionen die Verhältnisse rund um die Fahrdienstangebote geändert. Zum einen wurde Uber Pop (Taxifahrten durch Privatleute in ihrem eigenen Auto) im Jahr 2018 eingestellt, zum anderen haben verschiedene Kantone und Gemeinden die neuen Fahrdienstangebote geregelt. In der Folge wurde anhand einer Studie die Thematik der neuen Fahrdienstangebote im Strassenverkehr samt ihrer erwarteten Entwicklung umfassend beleuchtet und Vorschläge für Rechtsänderungen aufgezeigt. Dieses Vorgehen nimmt die Anregung der Motion 16.3068 auf, einen Bericht zu erstellen. Die Studie wurde 2021 fertiggestellt und dient als Grundlage für das weitere Vorgehen. In der laufenden Revision des Strassenverkehrsgesetzes (Geschäft 21.080) hat das Parlament eine Rechtsgrundlage geschaffen (Art. 25 Abs. 2<sup>bis</sup> E-SVG), die es dem Bundesrat erlaubt, statt einem Fahrtschreiber auch eine App zur Kontrolle der Arbeitszeit berufsmässiger Motorfahrzeugführer und -führerinnen vorzusehen. Sollte das Parlament diese Rechtsgrundlage in der Schlussabstimmung verabschieden, wird der Bundesrat gestützt darauf eine Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der Motionen ausarbeiten.

2016 M 16.3349 Reporting zu den Unterhalts- und Betriebskosten der NEB-Strecken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Der Bundesrat wird über den effektiven Mitteleinsatz für Betrieb und Unterhalt der NEB-Strecken im Rahmen der Botschaft für den Zahlungsrahmen 2024–2027 Bericht erstatten. Die Botschaft wird voraussichtlich 2023 dem Parlament vorgelegt werden.

2017 M 17.3049 Digitalisierung. Weg frei für automatisierte und selbstfahrende Fahrzeuge (FDP-Liberale Fraktion)

2017 M 17.3191 Automatisierte Fahrzeuge. Möglichst schnell den rechtlichen Rahmen festlegen (Regazzi)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.080: Botschaft vom 17. November 2021 zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes.

2018 M 16.3846 Bürokratieabbau dank der Abschaffung der Kontrollmarke zur Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (Reimann Lukas)

Mit der künftigen Anerkennung von Übereinstimmungsbescheinigungen in elektronischer Form (s. auch M 13.3818; Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit) müssen das Typengenehmigungsverfahren gesamthaft und die entsprechenden Rechtserlasse neugestaltet werden. Im diesem Rahmen wird auch über die Umsetzung der Motion zu entscheiden sein.

2018 M 17.3632 Via sicura. Anpassungen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

2018 M 17.4039 Gesetzliche Hürden zur Einführung von autonomen Fahrzeugen abschaffen (Grünliberale Fraktion)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.080: Botschaft vom 17. November 2021 zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes-

2018 M 18.3078 Personenwagen als Anhänger von Arbeitsmotorwagen zulassen (Nantermod)

Ein Umsetzungsvorschlag für diese Motion wurde im Rahmen der Revision der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS; SR 741.41) zur Diskussion gestellt. Der Bundesrat wird voraussichtlich Ende 2023 über diese Revision beschliessen.

2019 P 19.3422 Berücksichtigung von städtebaulichen und landschaftsverträglichen Zielsetzungen beim Bypass Luzern und bei anderen Nationalstrassen-Bauprojekten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Der Bund ist bereit, die geforderte Unterstützung zu leisten. Dies hat er auch im Fall des Nationalstrassenprojektes «Bypass Luzern» getan: Nach entsprechenden Stellungnahmen des Kantons Luzern und der Stadt Kriens hat er entschieden, eine Verlängerung des Tunnelportals in das Generelle Projekt zu übernehmen, um die Bevölkerung besser vor Lärm zu schützen. Der Lärmschutz des gesamten Projekts wurde entsprechend der Vorgaben der Lärmschutzverordnung ergänzt und entspricht den rechtlichen Vorgaben. Zusätzlich hat der Bund begleitend seine fachliche Unterstützung eingebracht und gemeinsam mit seinen Partnern eine Potenzialanalyse erstellt. Diese legt fest, welche zusätzlichen Massnahmen sinnvoll sind und Nutzen generieren. Der Bund ist zudem bereit, zusammen mit dem Kanton Luzern und der Stadt Kriens weitere Massnahmen zur siedlungsverträglicheren Ausgestaltung der A2 zu suchen.

1. Der Bundesrat hat das Bundesamt für Strassen (ASTRA) und das Bundesamt für Umwelt (BAFU) im Übrigen beauftragt, mögliche Handlungsfelder zur Eindämmung des Strassenlärms auszuarbeiten. Im Bereich des Handlungsfeldes «Überdeckungen» bestehen folgende Strategien:
2. Konsequente «Doppelnutzung» der Autobahnen wie z.B. in den Bereichen Neuenhof, Glattbrugg, Airolo oder Weiningen;
3. Unterirdische Linienführung bei Grossprojekten des Entwicklungsprogramms Nationalstrassen, wenn immer möglich und opportun;
4. Opportunitäten für zusätzliche Überdeckungen bei solchen Projekten schaffen: Dank dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds ist über das Bundesgesetz über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2) eine Kostenbeteiligung von bis zu 60% möglich.

Der Bund stellt privaten Investoren einzelne Nationalstrassenabschnitte zur Verfügung, damit diese ihre Projekte zur Überdeckung vorantreiben können.

2020 M 17.3952      Zweisprachige Signalisation auf Autobahnen ermöglichen (Bühler)

Die Motion soll im Rahmen der Revision «Übernahme der wichtigsten Inhalte bestimmter Normen des Schweizerischen Verbands der Strassen und Verkehrsfachleute (VSS) in die Signalisationsverordnung (SSV)» umgesetzt werden. Der Bundesrat wird die Vernehmlassung dazu voraussichtlich Ende 2023 eröffnen.

2020 P 19.3559      Reifenabrieb als grösste Quelle von Mikroplastik. Massnahmen zur Verminderung (Schneider Schüttel)

Grundlage für die Beantwortung dieses Postulats bildet ein von der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA) im Herbst 2022 fertiggestellter wissenschaftlicher Grundlagenbericht zum Thema «Reifenabrieb». Der Bundesrat wird seinen Bericht voraussichtlich 2023 vorlegen.

2020 M 20.3080      Elektrofahrräder. Gesetzgebung an die Verwendung im Tourismus anpassen (Nantermod)

Die Motion soll im Rahmen der Revision «Verkehrsflächen für den Langsamverkehr» umgesetzt werden. Der Bundesrat wird die Vernehmlassung dazu voraussichtlich Mitte 2023 eröffnen.

### **Bundesamt für Kommunikation**

2017 M 16.4027      SRG und unabhängige audiovisuelle Industrie. Den unabhängigen Markt stärken, die Zusammenarbeit intensivieren, Wettbewerbsverzerrungen vermeiden (Fluri)

Die Abschreibung der Motion wurde von den Räten in der Sommersession 2021 abgelehnt. Die SRG hat am 9. September 2022 eine neue Zusammenarbeitsvereinbarung mit der schweizerischen audiovisuellen Industrie abgeschlossen. Diese ist bis Ende Dezember 2026 gültig. Die Vertragsparteien streben eine Neuverhandlung für die Zeit nach 2026 an. Das Anliegen des Motionärs wird damit berücksichtigt. Am 17. März 2022 hat Nationalrat Fluri eine parlamentarische Initiative eingereicht (Pa.Iv. 22.415: Faire Teilnahme der SRG am audiovisuellen Produktionsmarkt). Diese verlangt eine Anpassung des RTVG und der SRG-Konzession. Die Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-N) hat der Parlamentarischen Initiative am 18. Oktober 2022 Folge gegeben. Ob die ständerätliche Kommission zustimmen wird, ist noch offen.

2017 M 17.3013      Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

2019 M 19.3039      Aufsicht der Postcom über die Einhaltung der Tarife der Brief- und Paketzustellung. Sicherstellen, dass der Wille des Gesetzgebers respektiert wird (Feller)

Der Bundesrat hat am 22. Juni 2022 das UVEK beauftragt, Anpassungen der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten zu prüfen und bis im Sommer 2023 einen Bericht mit den Ergebnissen und Vorschlägen zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten. Die beiden Revisionsvorhaben sind zu sistieren, bis Klarheit zum weiteren Vorgehen besteht.

2020 P 20.4066      Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr. Was brauchen wir in Zukunft? (Schaffner)

Der Bundesrat hat am 22. Juni 2022 das UVEK beauftragt, Anpassungen der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten zu prüfen. Dabei wird sich das UVEK vertieft mit den im Postulat aufgeworfenen Fragestellungen auseinandersetzen. So wird unter anderem untersucht, ob der Grundversorgungsauftrag der Post im Zahlungsverkehr weiterhin erforderlich ist und wie der Auftrag allenfalls auf die künftigen Anforderungen ausgerichtet werden kann. Der Bericht mit den Ergebnissen und Vorschlägen zum weiteren Vorgehen soll bis im Sommer 2023 vorliegen. Damit werden voraussichtlich auch die Fragen im Postulat beantwortet sein.

### **Bundesamt für Umwelt**

2014 M 11.4020      Für eine sachgerechte Verwendung von Biomasse-Reststoffen und gegen Technologieverbote (Lustenberger)

2015 M 14.3095      Ortsüblicher Bewirtschaftungsbereich. Ersatzlose Aufhebung von Artikel 24 der Gewässerschutzverordnung (Bischofberger)

2016 M 13.3324 Anpassung des Gewässerschutzgesetzes an die heutige Nutztierhaltung (Aebi Andreas)

2017 M 16.3710 Sachgerechte Verwendung von Biomasse (Semadeni)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 20.022: Botschaft vom 12. Februar 2020 zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik 2022 (AP22+).

2018 M 16.3529 Siedlungsentwicklung nach innen nicht durch unflexible Lärmessmethoden behindern (Flach)

2018 M 18.3018 Korrekter Einsatz der Bundesgelder für die Kugelfangsanie rung (Salzmann)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.085: Botschaft vom 16. Dezember 2022 zur Änderung des Umweltschutzgesetzes.

2018 M 17.3636 Dringender Handlungsbedarf beim System der Rücknahme und des Recyclings von Elektroaltgeräten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Die Motion verlangt vom Bundesrat die Umsetzung des Prinzips «Obligatorium mit Befreiungsmöglichkeit» beim System der Rücknahme des Recyclings von Elektrogeräten.

Der Bundesrat hat am 20. Oktober 2021 eine technische Revision der Verordnung über die Rückgabe, Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG, SR 814.620) genehmigt. Diese sieht vor, den Geltungsbereich der VREG im Rahmen einer Departementsverordnung zu erweitern. Zur Umsetzung der Motion müssen die Ergebnisse der Pa. Iv. UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» abgewartet werden.

2018 P 18.4095 Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen von Heim- und Sömmerungsbetrieben (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Das Postulat verlangt, in einem Bericht die Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren in der Schweiz auf die landwirtschaftliche Bewirtschaftung des Berggebietes darzulegen.

Die Grundlagenstudie der Forschungsanstalt Agroscope liegt vor, der Bericht des Bundesrates wird im Herbst 2023 vorliegen.

2019 M 18.3712 Weniger Plastikmüll in Gewässern und Böden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Die Motion verlangt vom Bundesrat, gemeinsam mit den betroffenen Branchen, Massnahmen zu ergreifen, mit denen die Verwendung von Plastikverpackungen und Einwegkunststoffprodukten innert nützlicher Frist erheblich reduziert und so die durch diese Produkte verursachte Umweltverschmutzung verringert werden kann.

Zur Umsetzung der Motion müssen die Ergebnisse der Pa. Iv. UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» abgewartet werden.

2019 P 19.3374 Zeitgemässe und zukunftsgerichtete Erhebung der Umweltauswirkungen von Personenwagen (Grossen Jürg)

Der Bundesrat ist beauftragt, mit einem Bericht Klarheit über die Umweltauswirkungen von Personenwagen mit verschiedenen Antriebssystemen zu schaffen.

Der Fachbericht in Erfüllung des Postulates konnte aufgrund aufwändiger Grundlagenarbeiten noch nicht abgeschlossen werden. Ende 2022 erfolgte die Konsultation bei den Fachverbänden. Der Bericht erscheint voraussichtlich im 1. Halbjahr 2023.

2019 P 19.3639 Kohlenstoffsequestrierung in Böden (Bourgeois)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Bericht zur Kohlenstoffsequestrierung in den verschiedenen Böden der Schweiz zu erstellen.

Der Bericht konnte aufgrund aufwändiger Grundlagenarbeiten erst Anfang 2022 abgeschlossen werden. Er wird dem Bundesrat voraussichtlich im Frühjahr 2023 vorgelegt werden

2019 P 19.3949 Der Verkehr muss einen Beitrag an den Klimaschutz leisten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.061: Botschaft vom 16. September 2022 zur Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes für die Zeit nach 2024.

2019 P 19.4183 Weniger Kehrlichtverbrennung, mehr Recycling (Chevalley)

Das Postulat verlangt, dass der Bundesrat in einem Bericht aufzeigt, wie die Menge an Abfällen, die nach wie vor verbrannt werden, verringert werden kann.

Der Bericht konnte aufgrund aufwändiger Grundlagenarbeiten noch nicht abgeschlossen werden. Er wird dem Bundesrat voraussichtlich im Frühjahr 2023 vorgelegt.

2020 M 19.3207 Das dramatische Bienen- und Insektensterben rasch und konsequent stoppen (Guhl)

Die Motion verlangt vom Bundesrat, angesichts des Insektensterbens, der dramatischen Aussichten und der verfassungsrechtlichen Vorsorgepflicht, verschiedene Massnahmen zum Schutz der Insekten umzusetzen und regelmässig darüber zu berichten.

Die Motion hat einen engen Bezug zu verschiedenen laufenden Geschäften; so u.a. zum indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative. Der Bundesrat stimmt die verschiedenen Massnahmen bestmöglich aufeinander ab.

2020 M 19.4073 Förderung der Forschung zu Mobilfunk und Strahlung (Graf-Litscher)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit die gesundheitlichen Wirkungen der Mobilfunkstrahlung durch bestehende und kommende Mobilfunktechnologien besser geklärt werden.

Das Bundesamt für Umwelt hat 8 Millionen Franken in den nächsten 10 Jahren für die Finanzierung von Forschungsvorhaben im Sinne der Motion intern priorisiert. Mehrjährige Projekte im Umfang von rund 2 Millionen Franken sind bereits vertraglich vereinbart. Im Rahmen einer WTO-Ausschreibung werden zurzeit weitere geeignete Projekte entwickelt.

2020 M 19.4100 Wirksame Massnahmen gegen Littering (Bourgeois)

Die Motion wird im Rahmen der parlamentarische Initiative UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» umgesetzt werden.

2020 M 19.4296 Recyclingbaustoffe. Vorbildfunktion des Bundes (Schilliger [Wasserfallen Christian])

Die Motion wird im Rahmen derparlamentarische Initiative. UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» umgesetzt werden.

2020 M 19.4615 Den Verkauf invasiver Neophyten verbieten (Friedl Claudia)

Die Motion wird mit einer Revision der Freisetzungsverordnung (SR 814.911) umgesetzt. Zur Vorlage wurde am 13. Dezember 2022 die Vernehmlassung eröffnet.

2020 P 20.3062 Vermeidung und Verwertung von Abfällen fördern (Bourgeois)

2020 P 20.3090 Mehr Recycling statt Deponien von Baumaterialien (Munz)

2020 P 20.3727 Ökologische Nachhaltigkeit der Kreislaufwirtschaft mit dem Indikator "Retained Environmental Value" messen (Clivaz Christophe)

Die drei Postulate werden in einem gemeinsamen Postulatsbericht «Abfallwirtschaft, Abfallvermeidung, Abfallplanung, Messung» beantwortet werden. Der Bericht wird dem Bundesrat in der ersten Hälfte 2023 vorgelegt werden.

2020 P 20.3477 Aufzeigen der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Bodenstrategie Schweiz (Burkart)

Der Postulatsbericht über die konkreten, ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Zielsetzungen und der Massnahmen wird dem Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 vorgelegt werden.

2020 P 20.4211 Gentechnikgesetz. Welcher Geltungsbereich? (Chevalley)

Der Postulatsbericht wird dem Bundesrat im ersten Halbjahr 2023 vorgelegt werden.

### **Bundesamt für Raumentwicklung**

2019 P 19.3299 Smarte Industrie- und Gewerbezonon. Für eine verbesserte Planung der Industrie- und Gewerbezonon (Béglé)

Der vorausschauende und umsichtige Umgang der Kantone, Städte und Gemeinden mit ihren Industrie- und Gewerbezonon (IGZ) ist ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Raumentwicklung und deshalb für das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) von grossem Interesse. Im Rahmen des Berichts in Erfüllung des Postulats soll zuerst der Handlungsbedarf in Bezug auf die Planung und Entwicklung der IGZ dargelegt werden, um anschliessend konkrete Lösungsansätze präsentieren zu können. Es soll insbesondere auch aufgezeigt werden, welchen Beitrag der Bund leisten kann. Nebst dem raumplanerischen und städtebaulichen Fokus sollen auch die Themen «Mobilität», «Energie» und «Klima» mitgedacht werden. Der Bericht liegt bis Ende 2. Quartal 2023 vor.

2019 P 19.3665 Besondere Herausforderungen der Agglomerationen (Kutter)

Mit dem Bericht zur Evaluation und Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik und der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete an den Bundesrat Ende 2023 soll auch das Postulat erfüllt werden. Die Ergebnisse der Evaluation liegen vor. Zudem wurden mit Vertreterinnen und Vertretern von Städten, Agglomerationen und Organisationen drei sogenannte AggloLabs durchgeführt, die dazu dienten, die Herausforderungen und künftigen Themen der Agglomerationspolitik in einem partizipativen Prozess zu identifizieren.

2019 P 19.3972 Verfahren zur Erleichterung der Verdichtung und der energetischen Sanierung von Gebäuden in der Bauzone (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Nach Vorliegen eines ersten Entwurfs des Berichts in Erfüllung des Postulats 19.3299 Béglé (Smarte Industrie- und Gewerbezonon. Für eine verbesserte Planung der Industrie- und Gewerbezonon) wurden Mitte 2022 auch die Arbeiten am Bericht in Erfüllung des

Postulats 19.3972 an die Hand genommen. Mit der am 28. November 2022 eingereichten Motion 22.4282 (de Quattro) Änderung des Raumplanungsgesetzes (RPG) zur Förderung der Energieeffizienz werden nun konkrete Anpassungen des Raumplanungsgesetzes zur Erleichterung der Verdichtung und energetischen Sanierung von Gebäuden verlangt. Da davon auszugehen ist, dass bezüglich der hier relevanten Thematik in absehbarer Zeit gesetzgeberische Arbeiten anstehen, werden die laufenden Arbeiten am Postulatsbericht bis auf Weiteres sistiert.

2020 P 19.3730      Effizientere und kürzere Verfahren für den Bau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien  
(Chevalley)

Mit dem vom 2. Februar bis am 23. Mai 2022 in Vernehmlassung gegebenen Entwurf für eine Änderung des Energiegesetzes will der Bundesrat den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion beschleunigen. Ziel der Vorlage ist insbesondere, die Beschleunigung der Planungs- und Baubewilligungsverfahren für die bedeutendsten Anlagen der Wasserkraft und der Windenergie. Der Inhalt der Vorlage deckt sich somit weitgehend mit den Anliegen des Postulats 19.3730. Die Auswertung der Vernehmlassung ist im Gang und es ist vorgesehen, die Vorlage auf der Grundlage des Vernehmlassungsergebnisses zu überarbeiten. Koordinationsbedarf besteht dabei mit den laufenden parlamentarischen Beratungen zur bundesrätlichen Vorlage 21.047 (Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Bundesgesetz), zumal es bei dieser teilweise ebenfalls um Fragen der Verfahrensbeschleunigung geht.

## Anhang 1: Übersicht über im Verlauf des Berichtsjahres 2022 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde

Es sind die Geschäftsnummern des Parlaments vermerkt, mit welchen die Motionen und Postulate abgeschrieben wurden.

### Eidgenössisches Departement des Innern

2011 M 10.3795	Administrative Entschlackung des BVG (Graber Konrad)	20.089
2014 M 13.4184	Langfristanlagen von Pensionskassen in zukunftssträchtige Technologien und Schaffung eines Zukunftsfonds Schweiz (Graber Konrad)	18.093
2019 M 18.4091	Krankenkassen. Verbindliche Regelung der Vermittlerprovisionen, Sanktionen und Qualitätssicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)	21.043
2020 M 20.3917	Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)	21.016

### Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

2010 M 07.3870	Verbot von elektronischen Killerspielen (Hochreutener)	20.069
2010 M 09.3422	Verbot von Killerspielen (Allemann)	20.069
2014 P 14.3804	Zivilprozessordnung. Erste Erfahrungen und Verbesserungen (Vogler)	20.026
2015 P 13.3688	Bekanntmachung von Willensäusserungen und Entscheiden von Behörden. Analyse der heutigen Praxis (Poggia [Golay])	20.026
2015 M 14.4008	Anpassung der Zivilprozessordnung (Kommission für Rechtsfragen SR)	20.026
2018 M 17.3857	Kantone mit Ausreisezentren an der Grenze finanziell unterstützen (Abate)	22.044
2018 M 17.3868	Zugang zu den Zivilgerichten erleichtern (Janiak)	20.026

### Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

2020 M 19.3427	Verzicht auf die unnötige Bildung eines Unterstützungskommandos in der Armee (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)	21.061
----------------	---	--------

### Eidgenössisches Finanzdepartement

2011 M 11.3157	Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien. Wogen glätten (Cassis)	21.056
2012 M 11.3750	Neuverhandlung der Grenzgängervereinbarung mit Italien (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)	21.056
2014 P 12.4048	Neue Besteuerung der Grenzgängerinnen und Grenzgänger (Quadri)	21.056
2019 M 12.3814	Stopp der Steuerstrafe in der Säule 3b. Bei Kapitalbezug den Ertragsanteil statt die Kapitaleinlage besteuern (FDP-Liberale Fraktion)	21.077
2019 M 18.4089	Ortsübliche Bau- und Mietpreise für Verwaltungseinheiten mit dezentralen Standorten (Finanzkommission NR)	21.060
2022 P 21.3664	Mindeststeuer für Unternehmen. Strategie zum Erhalt der Attraktivität der Schweiz (Nantermod)	22.036

### Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

2017 M 16.3902	Verbot von Knebelverträgen der Online-Buchungsplattformen gegen die Hotellerie (Bischof)	21.079
2019 M 18.3473	Optimierung der flankierenden Massnahmen. Änderung von Artikel 2 des Entsendegesetzes (Abate)	21.032

### Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

2008 M 07.3280	Für eine Agglomerationspolitik des Bundes (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)	18.077
2011 M 10.3086	Raumplanungsgesetz im Dienste einer produzierenden Landwirtschaft (Zemp)	18.077
2011 P 11.3081	Verbesserung der raumplanerischen Rahmenbedingungen für den Agrotourismus (Imoberdorf)	18.077
2014 M 13.3663	Regionaler Personenverkehr. Sicherstellung der Finanzierung und Harmonisierung des Bestellverfahrens (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)	21.039
2016 M 15.4087	Anpassung der raumplanungsrechtlichen Anforderungen für Hotelbauten ausserhalb der Bauzonen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)	18.077
2017 M 16.3622	Hobbymässige Kleintierhaltung im Raumplanungsrecht (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)	18.077
2020 P 19.4387	Kompetenzverteilung im Bereich der Aufsicht über den regionalen Personenverkehr (Geschäftsprüfungskommission SR)	21.039
2020 P 19.4388	Gewinne im Bereich des subventionierten regionalen Personenverkehrs (Geschäftsprüfungskommission SR)	21.039

## **Anhang 2: Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2022 noch hängigen Motionen und Postulate**

### **Bundeskanzlei**

2019 M 18.4238	Einführung von elektronischen Schnittstellen in der Bundesverwaltung. Dadurch den Informationsaustausch erleichtern (Grüter)
2019 M 18.4276	Erleichterter Informationsaustausch durch die Einführung von elektronischen Schnittstellen in der Bundesverwaltung (Vonlanthen)
2020 M 19.4390	Anlaufstelle(n) in Sachen Administrativ- und Disziplinaruntersuchungen (Geschäftsprüfungskommission NR)
2020 P 20.3240	Covid-19. Bildung eines Zentrums für Innovation in der Bundesverwaltung (Public Innovation Hub) (FDP-Liberale Fraktion)
2020 P 20.3280	Wissenschaftliches Potenzial für Krisenzeiten nutzen (Michel)
2020 P 20.3363	Strategie «Digitale Schweiz» nach dem Coronavirus (Fivaz Fabien)
2020 P 20.4099	Zeitgemässe Besoldungs- und Ruhestandsregelungen für Magistratspersonen (Hegglin Peter)
2021 P 19.3435	Volksabstimmungen. Das Stimmvolk muss korrekt durch den Bundesrat informiert werden (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2021 M 20.3419	Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft (Rieder)
2021 P 20.4348	Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Partizipation von Auslandschweizern und Auslandschweizerinnen (Silberschmidt)
2021 P 20.4522	Föderalismus im Krisentest. Die Lehren aus der Covid-19-Krise ziehen (Cottier)
2021 P 21.3205	Rolle des Bundesstabes für Bevölkerungsschutz im Rahmen der Covid-19-Pandemie (FDP-Liberale Fraktion)
2021 P 21.3296	Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können (Carobbio Guscetti)
2021 P 21.3449	Strategisches Krisenmanagement (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2021 P 21.3607	Elektronisches Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden (Staatspolitische Kommission NR)
2022 P 20.3542	Ein Kompetenzzentrum für die Zeit nach Covid-19 (de Quattro)
2022 P 21.4168	Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger (Dandrès)
2022 M 21.4377	Die Schweiz voranbringen. Digitale Leuchtturmprojekte mit öffentlichem Interesse anschieben (Würth)
2022 P 22.3190	Dark Patterns. Das Unbekannte dokumentieren (Michaud Gigon)
2022 P 22.3343	Endlich die institutionelle Krisenresistenz des Bundesrates sicherstellen (Grünliberale Fraktion)
2022 M 22.3371	Stimmgeheimnis. Ein Recht für alle (Staatspolitische Kommission NR)
2022 M 22.3506	Rechtsgrundlagen für einen «Fach-Krisenstab» (Geschäftsprüfungskommission NR)
2022 M 22.3507	Rechtsgrundlagen für einen «Fach-Krisenstab» (Geschäftsprüfungskommission SR)
2022 P 22.3508	Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission NR)
2022 P 22.3509	Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission SR)
2022 M 22.3879	Geschlechterperspektive bei der Digitalisierung berücksichtigen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

## Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

### Staatssekretariat EDA

2010 M 10.3005	Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (Aussenpolitische Kommission SR)
2012 M 11.4038	Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (Aussenpolitische Kommission NR)
2013 P 11.3916	Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (Nordmann)
2014 P 13.3151	Lagebeurteilung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa (Aeschi Thomas)
2014 P 14.3557	Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorauseilender Gehorsam (Schilliger)
2014 P 14.3577	Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorauseilender Gehorsam (Fournier)
2015 M 14.3120	Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (Sozialdemokratische Fraktion)
2015 M 14.3824	Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (Streff)
2015 P 14.4080	Evaluation der bilateralen Verträge mit der EU (Grüne Fraktion)
2016 M 16.3155	Beziehungen zu Eritrea verstärken. Den Strom von eritreischen Migrantinnen und Migranten eindämmen (Béglé)
2017 M 16.3600	Situation in Eritrea. Bestrebungen der Uno unterstützen (Tornare)
2018 M 17.3098	Eröffnung einer Schweizer Botschaft in Eritrea. Aussennetz im Dienste der Landesinteressen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2018 P 17.4147	Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit (Naef)
2018 M 17.4241	Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren (Sommaruga Carlo)
2018 M 18.4093	Uno-Migrationspakt. Zustimmungentscheid der Bundesversammlung unterbreiten (Staatspolitische Kommission NR)
2018 M 18.4103	Uno-Migrationspakt. Zustimmungentscheid der Bundesversammlung unterbreiten (Staatspolitische Kommission SR)
2018 M 18.4106	Uno-Migrationspakt. Zustimmungentscheid der Bundesversammlung unterbreiten (Aussenpolitische Kommission SR)
2020 P 18.3059	Zukünftige parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten Schweiz/EU (Nussbaumer)
2020 M 19.3991	Kein ausuferndes «Söldnergesetz». Ursprüngliches Ziel des BPS respektieren (Wicki)
2020 M 19.4376	Abwanderung sicherheitsrelevanter Schweizer Firmen verhindern (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2020 P 20.4145	Mehr Transparenz, Konsistenz und Koordination im Abstimmungsverhalten der Schweiz in den UNO-Organisationen (Binder)
2021 M 19.3170	Gesetzliche Grundlage zur Wahrung des Mitsprache- und Entscheidungsrechts von Parlament, Volk und Kantonen bei der Umsetzung des Rahmenabkommens (Lombardi [Rieder])
2021 P 20.4332	US-Blockade gegen Kuba aktiv bekämpfen zugunsten einer der ärmsten Bevölkerungen weltweit (Aussenpolitische Kommission NR)
2021 P 21.3012	Klare Regeln für autonome Waffen und künstliche Intelligenz (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2021 P 21.3618	Analyse der europapolitischen Optionen nach dem Scheitern des Rahmenabkommens (Sozialdemokratische Fraktion)
2021 P 21.3654	Europapolitik. Evaluation, Prioritäten, Sofortmassnahmen und nächste Schritte (Cottier)
2021 P 21.3667	Europapolitische Alternativen. Es braucht eine ehrliche Auslegeordnung (Grüne Fraktion)
2021 P 21.3960	Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrags (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2021 P 21.3967	Verbesserung der Beziehungen mit Taiwan (Aussenpolitische Kommission NR)
2022 M 21.3172	Schweizer Ort der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus (Jositsch)
2022 M 21.3181	Schweizer Ort der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus (Heer)
2022 M 21.3592	Institutionalisierung des Austauschs und der Koordination von Schweizer Akteuren gegenüber China (Whole of Switzerland) (Aussenpolitische Kommission SR)
2022 P 21.3791	Covid-19. Auswirkungen auf die Vitalität des Netzwerks der internationalen Organisationen in der Schweiz und auf die Schweizer Gaststaatspolitik? (Walder)
2022 M 21.4184	Eine nachhaltige Strategie für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU erarbeiten (Minder)
2022 P 21.4450	Die Leistungen der Schweiz für die EU analysieren und quantifizieren (Z'graggen)
2022 P 22.3172	Die Wichtigkeit des bilateralen Wegs für die Grenzkantone einschätzen (Maitre)
2022 P 22.3800	Auswirkungen eines Beitritts der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag auf die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz (Dittli)

### Direktion für Völkerrecht

2010 M 09.3719	Die Uno untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (Marty Dick)
----------------	---

- 2019 P 18.3750 Verstärkte Regulierung der EU im Bereich der internationalen Rheinschifffahrt. Interessenwahrung der Schweiz (Janiak)
- 2019 P 19.3414 Neue Bestimmungen zur Betreuung der Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte (Aussenpolitische Kommission SR)
- 2022 P 22.3385 Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik (Aussenpolitische Kommission SR)

**Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit**

- 2020 P 20.3469 Massnahmen zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen (Aussenpolitische Kommission NR)
- 2021 P 20.4389 Bundesbeteiligung und gesetzliche Grundlagen bei schweizerischen NGO (Schneider-Schneiter)
- 2022 P 21.3122 Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. Strategie (Friedl Claudia)

**Direktion für Ressourcen**

- 2022 P 22.3751 Personalstrategie im Aussendepartement. Durchlässigkeit und Flexibilität stärken (Gredig)

## **Eidgenössisches Departement des Innern**

### **Generalsekretariat**

2017 P 16.4169	Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung (Bruderer Wyss)
2017 P 17.3972	Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2019 P 19.3668	Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen und konkrete praktische Umsetzungsmassnahmen zur vollständigen Teilhabe (Rytz Regula)
2019 P 19.3670	Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen und konkrete praktische Umsetzungsmassnahmen zur vollständigen Teilhabe (Lohr)
2019 P 19.3672	Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen und konkreter praktischer Umsetzungsmassnahmen zur vollständigen Teilhabe (Romano)
2019 P 19.3684	Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen und konkrete praktische Umsetzungsmassnahmen zur vollständigen Teilhabe (Reynard)
2020 P 20.3456	Unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten. Höhere Sicherheit und besserer Rechtsschutz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2020 P 20.3886	Gewalt an Menschen mit Behinderungen in der Schweiz (Roth Franziska)
2022 P 20.3820	Nationaler Aktionsplan gegen LGBTQ-feindliche «hate crimes» (Barrile)
2022 M 21.4346	Forschung und klinische Versuche mit nichtkommerziellen Medizinprodukten fördern und nicht behindern. Anpassung von Gebühren und Auflagen ist dringend (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 M 22.3233	Die Massnahmen der Istanbul-Konvention sollen auch für Menschen mit Behinderungen gelten (Carobbio Guscetti)
2022 M 22.3373	Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachengesetz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

### **Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann**

2019 P 18.4048	Sexuelle Belästigung. Wir brauchen endlich verlässliche Zahlen über dieses Problem (Reynard)
2019 P 19.4064	Statistik über gewaltbetroffene Mädchen und Bedarfsabklärung für Schutzplätze (Wasserfallen Flavia)
2020 P 19.3621	Begleitung von Frauen mit dem Ziel der Gleichstellung von Frau und Mann. Wie sieht die Zukunft der Beratungsstellen aus? (Moret Isabelle)
2020 P 20.4263	Strategie zur Stärkung der Charta der Lohngleichheit (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 M 20.3588	Verbesserung der Datenlage bezüglich Auswirkungen auf die Geschlechter (Herzog Eva)
2021 M 20.4451	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Funicello)
2021 M 20.4452	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Vincenz)
2021 M 20.4463	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Herzog Eva)
2022 M 21.4418	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Maret Marianne)
2022 M 21.4470	Präventionskampagnen gegen Gewalt (de Quattro)
2022 M 21.4471	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Funicello)
2022 M 22.3011	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

### **Bundesamt für Kultur**

2021 M 20.3930	Konzept zur Pflege des Kulturerbes der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2021 P 21.3281	Wie steht es um die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden in der Schweiz? (Maret Marianne)
2022 M 19.3627	Die Geschichte der Frauen in der Schweiz soll in einem nationalen Frauenmuseum sichtbar werden (Streff)
2022 M 21.4403	Unabhängige Kommission für NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter (Pult)
2022 M 22.3023	Plattform für Provenienzforschung bei Kulturgütern in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

### **Bundesamt für Gesundheit**

2002 M 00.3536	Patientenfonds (Gross Jost)
2007 M 06.3009	Einheitliche Finanzierung von Spital- und ambulanten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2008 P 08.3493	Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten (Heim)
2009 M 05.3522	Medizinische Mittel und Gegenstände. Sparpotenzial (Heim)

2009 M 05.3523	Wettbewerb bei den Produkten der Mittel- und Gegenständeliste (Humbel)
2009 M 09.3089	Vertriebsanteil bei den Medikamentenkosten (Diener Lenz)
2010 P 10.3754	Einführung einer gesamtschweizerischen Kosten-Nutzen-Bewertung von medizinischen Leistungen (Humbel)
2011 M 09.3535	Leistungsfinanzierung nach dem KVG vereinheitlichen (Sozialdemokratische Fraktion)
2011 M 09.3546	Transparente Finanzierung der sozialen Grundversicherung (Brändli)
2011 M 10.3882	Versorgungsqualität mit DRG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2011 P 11.3218	Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (Cassis)
2012 P 12.3100	Patientenrechte stärken (Kessler)
2012 P 12.3124	Patientenrechte stärken (Gilli)
2012 P 12.3207	Stärkung der Patientenrechte (Steiert)
2014 M 11.3811	Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen (Darbellay)
2014 M 12.3245	Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (Humbel)
2014 M 12.4171	Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (FDP-Liberale Fraktion)
2014 P 14.3054	Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (Heim)
2014 P 14.3295	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (1) (Geschäftsprüfungskommission SR)
2014 P 14.3296	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (2) (Geschäftsprüfungskommission SR)
2014 P 14.3297	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (3) (Geschäftsprüfungskommission SR)
2014 P 14.3607	Stopp der Medikamentenverschwendung! (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2014 P 14.3632	Rolle der Praxisassistentinnen im schweizerischen Gesundheitssystem (Steiert)
2015 P 15.3797	Angleichung der Preise für Leistungen nach dem UVG und KVG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2016 P 15.4141	Massnahmen gegen die Überversorgung im Gesundheitswesen (Frehner)
2016 P 15.4225	Bessere Nutzung von Gesundheitsdaten für eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung (Humbel)
2017 P 15.3464	Krankenversicherungsgesetz. Roadmap zur Entflechtung der Mehrfachrolle der Kantone (Cassis)
2018 M 17.3311	Phantome aus dem Risikoausgleich entfernen (Brand)
2018 M 17.3942	Einzelverkauf von Medikamenten. Wagen wir den Versuch! (Tornare)
2018 M 17.3969	Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2018 M 17.3974	Schadenprävention und Umgang mit Schäden bei medizinischen Behandlungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2018 P 17.4160	Spitäler. Überkapazitäten und Investitionen in die Infrastruktur und in Technologien (Carobbio Guscetti)
2018 P 17.4182	Wie die Förderung der ärztlichen Zweitmeinung konkretisieren? (Ruiz Rebecca)
2018 P 18.3602	Wie kann die Qualität der Pflege sichergestellt werden? (Marchand-Balet)
2019 M 17.4270	KVG. Transparenz bei der Leistungsabrechnung nach Tarmed (Brand)
2019 M 18.3387	Sinnvolle Patientensteuerungsprogramme im KVG ermöglichen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2019 M 18.3388	Faire Referenztarife für eine schweizweit freie Spitalwahl (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2019 M 18.3512	Recht auf einen Medikationsplan zur Stärkung der Patientensicherheit (Stöckli)
2019 M 18.3513	KVG. Dank der Digitalisierung die Effizienz steigern und die Kosten reduzieren (Buffat)
2019 M 18.3649	Stärkung von integrierten Versorgungsmodellen. Abgrenzung zu einseitigen Listenangeboten ohne koordinierte Behandlung (Humbel)
2019 M 18.3664	Digitalisierung auch im Gesundheitswesen. Sämtliche Rechnungen sollen elektronisch zu den Krankenversicherern (Grossen Jürg)
2019 M 18.4079	Kostendämpfende Apothekerleistungen ermöglichen (Ettlin Erich)
2019 P 18.4098	Vergütung von Medikamenten für krebskranke Kinder (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2019 P 18.4102	Kohärente Datenstrategie für das Gesundheitswesen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2019 P 19.3064	Vergleichender Bericht über die Gesundheit von LGB (Marti Samira)
2019 P 19.3086	Sozialversicherungen. Vorteile einer Langzeitnachbetreuung prüfen (Nantermod)

2019 P 19.3423	Langfristig bezahlbare Krankenversicherung. Wirksame Kostensenkungs- und Effizienzmassnahmen basieren auf verlässlichen Modellen und Zukunftsszenarien (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2019 P 19.4283	ADHS. Resultate des Projektes Fokus in die Ausbildung integrieren (Herzog Verena)
2020 M 18.3765	Zeitgemässer elektronischer Datenaustausch zwischen Gemeinden und Krankenversicherern (Brand)
2020 M 18.3977	Abbilden der Leistungen der Apotheker zur Qualitätssicherung und Kostendämpfung im Krankenversicherungsgesetz (Humbel)
2020 M 18.4209	Wohnsitzfrage, Krankenkassenprämie und stationäre Anteile der Kantone. Weniger Bürokratie, weniger Fehler (Hess Lorenz)
2020 M 19.3070	Kostenbefreiung für Schwangere während der ganzen Schwangerschaft (Kälin)
2020 M 19.3307	Vollständige Übernahme der Kosten der Leistungen bei Mutterschaft durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (Addor)
2020 M 19.3703	Medikamentenkosten. Es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung (Dittli)
2020 M 19.3743	Die Eliminierung von Hepatitis gehört in ein nationales Programm zu sexuell und durch Blut übertragbaren Infektionskrankheiten (Müller Damian)
2020 P 19.3910	Gesundheit der Frauen. Bessere Berücksichtigung ihrer Eigenheiten (Fehlmann Rielle)
2020 M 19.3957	Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler bei effizient erbrachten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2020 M 19.4119	Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren (Stöckli)
2020 M 19.4120	Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Müller Damian)
2020 P 19.4278	Versorgungslücken schliessen. Es ist Zeit für neue Pflegemodelle (Streff)
2020 P 20.3135	Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die verschiedenen Kostenträger klären (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2020 M 20.3162	Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2020 M 20.3165	Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2020 M 20.3166	Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2020 P 20.3241	Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material (FDP-Liberale Fraktion)
2020 P 20.3242	Covid-19. Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen (FDP-Liberale Fraktion)
2020 P 20.3297	Einsetzung einer Expertengruppe zwecks Nachbearbeitung der Corona-Pandemie und Erarbeitung der daraus zu ziehenden Konsequenzen (Binder)
2020 P 20.3352	Je besser die Daten, desto besser die Politik (Andrey)
2020 P 20.3453	Vereinfachte Zulassung von Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2020 P 20.3721	Alters- und Pflegeheime und Wohnheime für Menschen mit Beeinträchtigungen. Aufarbeitung der Corona-Krise (Gysi Barbara)
2020 P 20.3724	Covid-19. Situation für ältere Menschen (Wehrli)
2020 P 20.4153	Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien (Fischer Roland)
2020 P 20.4253	Stärkerer Einbezug der Leistungserbringer und der Behindertenorganisationen im Bereich der sozialen Betreuung und der Langzeitpflege bei der Vorbereitung auf und Bewältigung von Pandemien (Graf Maya)
2021 M 18.4210	Lernsysteme in Spitälern zur Vermeidung von Fehlern müssen geschützt werden (Humbel)
2021 P 19.3318	Kostendämpfende Massnahmen bei patentgeschützten Medikamenten (Barrile)
2021 M 19.3861	One-Health-Strategie mit systemischer Erforschung der Verbreitung von Antibiotikaresistenzen (Graf Maya)
2021 M 19.3955	Ein elektronisches Patientendossier für alle am Behandlungsprozess beteiligten Gesundheitsfachpersonen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 P 19.4174	Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Nationale Strategie (Humbel)
2021 M 19.4180	Wiederherstellung der Transparenz bei den Gesundheitskosten (Lombardi [Rieder])
2021 M 19.4290	Medizinische Leistungen für alle Kinder! (Barrile)
2021 M 19.4492	Laborkosten zulasten der OKP (Lohr)
2021 M 20.3243	Covid-19. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen (FDP-Liberale Fraktion)

2021 M 20.3263	Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2021 M 20.3282	Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Ettlin Erich)
2021 M 20.3914	Zulassungssteuerung bei psychologischen Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 M 20.3923	Besseres Datenmanagement im Gesundheitsbereich (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2021 M 20.3936	Medikamentenpreise. Für eine Kostendämpfung dank Beseitigung negativer Anreize unter Aufrechterhaltung von Qualität und Versorgungssicherheit (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 M 20.3937	Evaluation einer leistungsorientierten Abgeltung der Apothekerinnen und Apotheker (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 M 20.4264	Für eine angemessene Finanzierung der Palliative Care (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2021 P 20.4343	Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.3014	Sicherstellung einer angemessenen Behandlung und Rehabilitation für Menschen mit Long Covid (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2021 P 21.3195	Covid-19-Pandemie. «Lessons learned» für den Wissenschaftsstandort Schweiz (Dittli)
2021 P 21.3220	Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Roudit)
2021 P 21.3230	Bericht zu den Auswirkungen auf die Gesellschaft der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und Möglichkeiten zu deren Heilung (Z'graggen)
2021 P 21.3232	Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben (Maret Marianne)
2021 P 21.3234	Wie steht es um den psychischen Gesundheitszustand der Schweizerinnen und Schweizer? (Hurni)
2021 P 21.3280	Rechtssicherheit bei Produktion, Handel und Gebrauch von Hanf/Cannabisprodukten (Minder)
2021 M 21.3453	Wissenschaftliche Begleitung von Long-Covid-Fällen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 P 21.3457	Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.3788	Massnahmen gegen die Gefährdung der Gesundheit von Kindern durch Knopfzellen (Eymann)
2021 P 21.3962	Hürden für die Spitalwahl ausserhalb des Wohnkantons abbauen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 M 19.3005	Keine zusätzlichen Kosten für unser Gesundheitswesen infolge der Listenumteilung von bisher frei verkäuflichen Arzneimitteln der Liste C in die Liste B (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 M 19.3221	Impfstoffe. Versorgung verbessern, Zulassung vereinfachen (Heim [Barrile])
2022 M 19.4134	Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungsforschung und Massnahmenplanung zur Sicherstellung der Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Herzog Verena)
2022 M 20.3209	Elektronische Rezepte für Heilmittel. Bessere Qualität und höhere Patientensicherheit (Müller Damian)
2022 M 20.3211	Für mehr Handlungsspielraum bei der Beschaffung von Medizinprodukten zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung (Müller Damian)
2022 P 20.3700	Nutzung anonymisierter persönlicher Daten im öffentlichen Interesse. Prüfung der Machbarkeit einer freiwilligen Datenspende (Bellaiche)
2022 M 20.4702	Erweiterung des Epidemiengesetzes zur Stärkung der Digitalisierung und zur Vereinheitlichung der Daten, gemeinsam mit der Wirtschaft (Dobler)
2022 M 21.3698	Garantie des Grenzverkehrs auch in Pandemiezeiten. Ergänzung des Epidemiengesetzes (Herzog Eva)
2022 M 21.3957	Digitale Transformation im Gesundheitswesen. Rückstand endlich aufholen! (Ettlin Erich)
2022 M 21.3978	Für eine nachhaltige Finanzierung von Public-Health-Projekten des Nationalen Konzepts Seltene Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2022 M 21.4313	Schaffung eines elektronischen Impfausweises (Dobler)
2022 M 21.4341	Kinderwunsch erfüllen, Eizellenspende für Ehepaare legalisieren (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 21.4344	Bilanz des Projektes «Leute für Lonza» (Geschäftsprüfungskommission NR)
2022 M 21.4373	Einführung eines eindeutigen Patientenidentifikators (Silberschmidt)
2022 M 21.4374	Einführung einer digitalen Patientenadministration (Silberschmidt)
2022 P 21.4453	Covid-Impfkampagne als Chance für das elektronische Patientendossier nutzen (Dittli)
2022 P 21.4474	Überprüfung der Verbreitung sogenannter Konversionstherapien in der Schweiz und der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung (von Siebenthal)

2022 M 22.3015	Elektronisches Patientendossier. Praxistauglich gestalten und finanziell sichern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 P 22.3196	Welche Massnahmen gegen Gefälligkeitszeugnisse von Ärztinnen und Ärzten? (Nantermod)
2022 M 22.3379	Stärkung und Finanzierung der Patientenorganisationen im Bereich seltener Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 P 22.3505	Neue Tarifstruktur im Bereich der ambulanten ärztlichen Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 P 22.3867	Betreuung von Menschen mit Demenz. Finanzierung verbessern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 P 22.4022	Potenzial von Digitalisierung und Datenmanagement im Gesundheitswesen nutzen. Die Schweiz braucht eine übergeordnete Digitalisierungsstrategie! (FDP-Liberale Fraktion)

#### **Bundesamt für Statistik**

2017 M 16.4011	Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung (FDP-Liberale Fraktion)
2020 P 19.4132	Erfassung des Gender Overall Earnings Gap und anderer Indikatoren zu geschlechterspezifischen Einkommensunterschieden (Marti Samira)
2021 M 20.4260	Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung (Finanzkommission NR)
2022 M 20.3772	Statistik über Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt sind (Bulliard)

#### **Bundesamt für Sozialversicherungen**

2016 P 16.3908	Die Vorsorgesituation von Selbstständigerwerbenden analysieren (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2017 P 17.3268	Einbezug der Krankenkassenprämien in die EL-Berechnungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2018 M 17.3860	Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung (Baumann)
2019 M 18.3716	Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2019 P 19.3172	Förderung der Erwerbstätigkeit nach Erreichen des Regelrentenalters (Hegglin Peter)
2019 P 19.3417	Strategie zur Stärkung der frühen Förderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2019 P 19.3950	Nachhaltigkeit fördern dank zeitgemässen Anlagerichtlinien (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2019 P 19.3954	Weiterführung der strategischen Aufgabe der Armutsprävention (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2019 P 19.4111	Kinder und Jugendliche vor der Handykamera nicht alleine lassen. Täter stoppen, die Kinder dazu anleiten oder erpressen, sexuelle Handlungen an sich selbst vorzunehmen (Quadranti [Siegenthaler])
2019 P 19.4380	Menschen mit Behinderung. Zugang zu modernen Hilfsmitteln sicherstellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2020 P 19.3119	Wissen zu Kindeswohlgefährdungen bündeln, damit die Unterstützungsleistung passt (Feri Yvonne)
2020 M 19.3633	Ombudsstelle für Kinderrechte (Noser)
2020 M 19.3702	Einkauf in die Säule 3a ermöglichen (Ettlin Erich)
2020 M 19.3953	Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2020 M 19.4270	Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden (Maury Pasquier [Baume-Schneider])
2020 P 19.4559	Koordination der Instrumente des Bundes in der Kinder- und Jugendförderung (Hegglin Peter)
2020 P 20.3002	Sprachliche Modernisierung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2020 P 20.3598	Differenzierte Codierung von IV-Gebrechen (Suter)
2021 M 19.4320	IV-Verfügungen mit leichter Sprache ergänzen, um sie für die betroffenen Menschen verständlich zu machen (Flach)
2021 M 19.4404	Assistenzhunde auch für kranke Kinder und Jugendliche (Müller Damian)
2021 P 19.4407	Wie gelingt eine tatsächliche Arbeitsintegration von Menschen mit einem lange dauernden Gesundheitsschaden durch die Invalidenversicherung? (Feri Yvonne)
2021 M 20.3096	Vermeidung von Doppelspurigkeiten zwischen Branchenlösungen und Überbrückungsleistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 M 20.3687	Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen (Feri Yvonne)
2021 M 20.3691	Automatische Ausstellung eines Ausweises für den Bezug einer Hilflosenentschädigung (Lohr)
2021 M 20.4425	Abrechnung der Sozialversicherungen und der Steuern bei Hausdienstangestellten vereinfachen (Dittli)

2021 P 20.4449	Ungleichbehandlung von Witwen und Witwern beheben (Feri Yvonne)
2021 M 20.4552	Eine Abrechnungsstelle für Sozialversicherungen und Steuern (Gmür Alois)
2021 P 21.3454	Auswirkungen von Long Covid (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 M 21.3462	Auftrag für die nächste AHV-Reform (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 P 21.3604	Bericht zu den Durchführungs- und Aufsichtsfunktionen der Zentralen Ausgleichsstelle innerhalb der Bundesverwaltung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2021 P 21.3741	Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit (Baume-Schneider)
2021 P 21.3877	Evaluation der Strukturreform BVG (Mettler)
2021 P 21.3961	Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 P 21.3968	Zielerreichung der Strukturreform BVG evaluieren (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 M 19.4110	Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden (Marti Min Li)
2022 M 20.4078	Netto-null-Ziel im Jahr 2050. Ein Nachhaltigkeitsziel auch für die AHV (Silberschmidt)
2022 P 20.4141	Für eine bessere soziale Absicherung der Selbstständigerwerbenden (Roduit)
2022 M 21.3452	Auszahlungsmodell für Dienstleistungen von Dritten im Bereich der Invalidenversicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 M 21.4036	Orthopädische Schuhe für Personen mit Diabetes. Stopp der schmerzlichen Verschlechterung der Leistungen beim Übergang von der IV zur AHV! (Hurni)
2022 M 21.4340	Sicherstellung der Governance, der Transparenz, der Kohärenz und der Beaufsichtigung der Tätigkeiten des Bundes im Bereich der AHV/IV/EO (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 P 21.4430	Auswirkungen einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge? (FDP-Liberale Fraktion)
2022 P 21.4586	Auswirkungen des stufenlosen Rentensystems auf die Erwerbstätigkeit (Gysi Barbara)
2022 P 22.3220	BVV 3. Mehr Flexibilität bei der Erbfolgeplanung (Nantermod)
2022 P 22.3237	Invalidenversicherung. Die Wiedereingliederung fördern (Gapany)
2022 P 22.3370	Care-Arbeit. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften aufwerten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2022 M 22.3377	Invaliditätskonforme Tabellenlöhne bei der Berechnung des IV-Grads (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 M 22.3792	Kaufkraft schützen! Sofortiger Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2022 P 22.4262	Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch Zugang zu Assistenzbeiträgen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen**

2019 M 18.4411	Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen (Savary)
2019 P 19.3483	Verfalls- statt Mindesthaltbarkeitsdatum auf Lebensmitteln (Masshardt)
2020 M 18.3828	Gesundheitsrisiken wegen Selenmangel. Massnahmen (Bourgeois)
2020 M 19.3112	Food Waste. Stopp der Lebensmittelverschwendung (Munz)
2020 P 20.3913	Verbesserung der Wirksamkeit des Nutri-Score (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 M 19.3624	Konsum von lokal angebautem Obst und Gemüse fördern (Roduit)
2021 M 20.3910	Deklaration des Produktionslandes von Brot und Backwaren (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2021 M 20.4267	Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2021 M 20.4349	Ressourcenverschleiss bei Verpackungen verkleinern. Verkauf von tiefgekühlten Lebensmitteln ohne Vorverpackung erlauben (Silberschmidt)
2021 P 21.3005	Jugend und gesunde Ernährung durch verstärkte Koordination und Kommunikation stärken (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 M 19.4083	Den Konsumentinnen und Konsumenten die eindeutige Deklaration des Herkunftslandes auf Lebensmitteln, die im Ausland hergestellt oder zubereitet wurden, garantieren (Nicolet)
2022 P 20.4087	Verunreinigung des Trinkwassers mit Chlorothalonil. Wie reagieren und wie die nötigen Sanierungen finanzieren? (Clivaz Christophe)
2022 M 21.3403	Kein Schwanzcoupieren ohne Betäubung (Schneider Meret)
2022 M 21.3691	Stopp dem Lebensmittelbetrug (Munz)
2022 M 21.3903	Lebensmittelbetrug stärker bekämpfen zum Schutz der heimischen Lebensmittelproduktion und der Konsumenten (Egger Mike)

2022 M 21.3936	Verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug (Michaud Gigon)
2022 M 21.4073	Tierische Eiweisse nicht mehr vernichten (Strupler)
2022 M 21.4125	Tierische Schlachtnebenprodukte verfüttern (Munz)
2022 M 21.4622	Schluss mit tierquälerischem Welpenhandel (Munz)

## **Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement**

2020 P 19.3570 Überprüfung von Struktur, Organisation, Zuständigkeit und Überwachung der Bundesanwaltschaft (Jositsch)

### **Generalsekretariat**

2019 M 19.3228 Für ein zeitgemässes Schweizer Patent (Hefti)

2021 P 19.4031 Für ein verhältnismässiges Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Vitali [Dobler])

2021 M 21.3591 Schutz der Herkunftsangabe «Schweiz». Stopp chinesischer Piraterieware (Aussenpolitische Kommission SR)

2022 M 22.3014 Mehr Transparenz bei den Patentrechten im Bereich Pflanzenzucht (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

### **Bundesamt für Justiz**

2002 M 02.3532 Bestimmungen über Architektur- und Bauleistungen im OR. Schutz der Auftraggebenden (Fässler Hildegard)

2011 M 09.3392 Stärkere Rechte der Bauherrschaft bei der Behebung von Baumängeln (Fässler Hildegard)

2014 M 13.3931 Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung (Birrer-Heimo)

2014 P 14.3782 Richtlinien für den «digitalen Tod» (Schwaab)

2015 M 14.4122 Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (Caroni)

2015 P 15.3213 Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (Fetz)

2016 M 11.3767 Keine Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte (Rickli Natalie)

2016 M 14.3022 Kinderpornografie. Verbot von Posing-Bildern (Rickli Natalie)

2016 P 15.3431 Ein «Pacs» nach Schweizer Art (Caroni [Portmann])

2016 P 15.4082 Ein «Pacs» nach Schweizer Art (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

2016 M 16.3002 Einheitliche Bestimmungen zum Strafvollzug bei gefährlichen Tätern (Kommission für Rechtsfragen NR)

2016 M 16.3142 Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen (Caroni)

2016 P 16.3263 Berufsgeheimnisschutz für Unternehmensjuristinnen und -juristen (Kommission für Rechtsfragen SR)

2016 P 16.3632 Evaluation des Electronic Monitoring (Kommission für Rechtsfragen SR)

2017 M 14.3801 Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben (Markwalder)

2017 P 15.3098 Prüfung einer allfälligen gesetzlichen Regelung von Trusts (FDP-Liberale Fraktion)

2017 M 15.3531 Bedingungen für die Anwendbarkeit von Artikel 926 ZGB lockern, um besser gegen Hausbesetzer vorgehen zu können (Feller)

2017 M 16.3752 Gegen Doppelspurigkeiten im Datenschutz (FDP-Liberale Fraktion)

2017 P 16.3961 Datenerhebung zu Diskriminierungen, die auf sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität beruhen, mit Augenmerk auf Mehrfachdiskriminierungen (Reynard)

2017 P 17.3269 Internationaler Austausch von Strafnachrichten. Prüfung eines Beitritts der Schweiz zu Ecris (Staatspolitische Kommission NR)

2018 M 16.3945 Schutz religiöser Gemeinschaften vor terroristischer und extremistischer Gewalt (Jositsch)

2018 M 17.3572 Längeres Prüfungsintervall nach drei negativen Prüfungen der Verwahrung (Guhl)

2018 M 17.4079 Praxistaugliches Bauhandwerker-Pfandrecht. Recht des Eigentümers auf die Stellung einer Ersatzsicherheit konkretisieren (Burkart)

2018 P 17.4121 Drittes Geschlecht im Personenstandsregister (Arslan)

2018 P 17.4185 Einführung einer dritten Geschlechtsidentität. Folgen für die Rechtsordnung und für Infostar (Ruiz Rebecca)

2018 P 18.3080 Zu hohe Gebühren bei Schuldbetreibung und Konkurs? (Nantermod)

2018 P 18.3234 Übersicht über das Konkubinatsrecht im geltenden Recht (Caroni)

2018 P 18.3248 Geplante Obsoleszenz. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten schützen (Marchand-Balet)

2018 M 18.3379 Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland (Kommission für Rechtsfragen SR)

2018 P 18.4004 Das Pauschalreisegesetz der heutigen Konsumrealität anpassen (Birrer-Heimo)

2019 M 16.3335 Missbrauch von Betreibungsregistrauszügen stoppen (Candinas)

2019 M 18.3306 Rechtsdurchsetzung im Internet stärken durch ein obligatorisches Zustellungsdomizil für grosse kommerzielle Internetplattformen (Glättli)

2019 M 18.3383 Einführung des Trusts in die schweizerische Rechtsordnung (Kommission für Rechtsfragen SR)

2019 M 18.3408 Konsequenter Vollzug von Landesverweisungen (Müller Philipp)

2019 M 18.3510 Wirtschaftliche Wiedereingliederung von Personen ohne konkrete Aussicht auf eine Schuldentilgung (Héche)

2019 M 18.3683	Sanierungsverfahren für Privatpersonen. Bessere Zukunftsperspektiven für Schuldner und Gläubiger (Flach)
2019 P 18.4063	Wiedergutmachungsjustiz in unsere Rechtsordnung integrieren. Es muss mehr getan werden (Mazzone)
2019 P 18.4092	Auswirkungen von «Loyalitätsaktien» (Kommission für Rechtsfragen SR)
2019 P 18.4100	Instrument der pekuniären Verwaltungssanktionen (Staatspolitische Kommission NR)
2019 P 18.4263	Einbezug der Steuern in die Berechnung des Existenzminimums prüfen (Gutjahr)
2019 P 19.3067	Kesb. Einsatz von privaten Beiständen (Schneider Schüttel)
2019 M 19.3410	55 Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für ein Update (Caroni)
2019 P 19.3478	Kinderbelange ernst nehmen (Schwander)
2019 P 19.3503	Weniger Verletzungen beim Kampf ums Kind. Massnahmen für das Wohl von Kind, Mutter und Vater (Müller-Altarmatt)
2019 P 19.3880	Stärkung der Selbstbestimmung im Erwachsenenschutz (Schenker Silvia)
2020 M 18.3262	SCoop. Irreführende Kurzbezeichnung der Genossenschaft in Italienisch und Französisch ändern (Romano)
2020 M 19.3008	Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung (Staatspolitische Kommission NR)
2020 M 19.3694	Elektronische Aufbewahrung der Verlustscheine (Fiala)
2020 P 19.3759	Konsumkreditgesetz. Digital taugliche Formerfordernisse (Dobler)
2020 M 19.4122	Stimmrechtsberater und börsenkotierte Aktiengesellschaften. Interessenkonflikte offenlegen und vermeiden (Minder)
2020 M 19.4377	Unvereinbarkeitsbestimmungen am Bundesstrafgericht (Kommission für Rechtsfragen NR)
2020 P 19.4389	Anerkennung der bundesnahen Unternehmen als Gesellschaften des öffentlichen Interesses im Sinne des Revisionsaufsichtsgesetzes (Geschäftsprüfungskommission SR)
2020 M 19.4391	Unvereinbarkeitsbestimmungen am Bundesstrafgericht (Kommission für Rechtsfragen SR)
2020 P 19.4638	Ausgewogeneres Bauhandwerkerpfandrecht (Caroni)
2020 P 20.3009	Überprüfung der Regeln zur Gesamtstrafenbildung (Kommission für Rechtsfragen SR)
2020 P 20.3185	Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung (Bulliard)
2020 P 20.3440	Präzisierung des Schutzbereichs in Artikel 185 Absatz 1 der Bundesverfassung (Schwander)
2020 P 20.3463	Redlichkeitskultur im Schweizer Recht (Kommission für Rechtsfragen SR)
2020 P 20.3797	Bei der Errichtung von Testamenten/Vorsorgeaufträgen soll a) die digitale Verfügungsform geprüft werden und b) wie anderweitig eine Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden werden kann (Dobler)
2021 M 19.4072	Nur mit einer kantonalen Hinterlegungsstelle wird die Auffindbarkeit eines Vorsorgeauftrags sichergestellt (Dobler)
2021 P 19.4567	Datenschutz bei den Datenbanken des Bundes und der Kantone - Es braucht eine Gesamtschau (Flach)
2021 M 19.4586	Zuständigkeitsregelung bei Beschwerden betreffend fürsorgerische Unterbringung sowie Verfügungen der Kesb und Artikel 439 ZGB. Kompetenzkonflikte dürfen den Rechtsschutz nicht ausschalten (Reimann Lukas)
2021 M 20.3066	Handelsregister. Auf Zefix verlässliche und rechtswirksame Informationen veröffentlichen (Nantermod)
2021 M 20.3388	Ordnungsbussen. Die Personen schützen, die Ordnungsbussen verhängen (Addor)
2021 M 20.4035	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Elektronische Übertragung der Verlustscheine (Fiala)
2021 M 20.4266	Modernere grenzüberschreitende Zivilprozesse (Kommission für Rechtsfragen SR)
2021 P 20.4399	Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz (Caroni)
2021 P 20.4448	Evaluation des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen (Feri Yvonne)
2021 M 20.4465	Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe (Caroni)
2021 M 21.3009	Landesverweisungen per Strafbefehl bei leichten, aber eindeutigen Fällen (Staatspolitische Kommission NR)
2021 M 21.3024	Gestaltung der Gebühren im Zivilstandswesen (Kommission für Rechtsfragen SR)
2021 P 21.3451	Imame in der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2021 M 21.3455	Die Schweiz als internationalen Gerichtsstandort weiter stärken (Kommission für Rechtsfragen SR)
2021 P 21.3969	Ergänzungen betreffend Cybermobbing im Strafgesetzbuch (Kommission für Rechtsfragen NR)
2021 M 21.3970	Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen SR)
2021 M 21.3972	Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen NR)
2021 P 21.4141	Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts mit Fokus auf die Obhuts- und Besuchsrechtsregelung (Silberschmidt)
2022 M 19.4632	Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern (Bulliard)

2022 P 20.3046	Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt. Das Schweizer Bürgerrecht als Bedingung für Zivilstandsbeamtinnen und -beamte ist nicht mehr zeitgemäss (Schlatter)
2022 P 20.3879	Wettbewerb statt Protektionismus. Schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens (Bertschy)
2022 M 21.3124	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Andrey)
2022 M 21.3125	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Grüter)
2022 M 21.3126	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Marti Min Li)
2022 M 21.3127	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Mäder)
2022 M 21.3128	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Stadler)
2022 M 21.3129	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (FDP-Liberale Fraktion)
2022 M 21.3180	Vollständig digitale Unternehmensgründung sicherstellen (Silberschmidt)
2022 P 21.3783	Zeitgemässes und zukunftsfähiges Genossenschaftsrecht (Guggisberg)
2022 M 21.3981	Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 M 21.4183	Keine Namensänderung für Personen mit Landesverweis (Minder)
2022 M 21.4191	Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht (Herzog Eva)
2022 M 21.4336	Justice restaurative (Kommission für Rechtsfragen SR)
2022 P 21.4343	Aussergewöhnliche Todesfälle (Kommission für Rechtsfragen SR)
2022 P 21.4422	Prüfung einer Modernisierung der GmbH (Silberschmidt)
2022 P 21.4482	Unbefriedigende Situation bei fehlendem Nachweis von Angaben über den Personenstand (Arslan)
2022 P 22.3002	Vorsorglicher Rechtsschutz ausserhalb der Geschäftszeiten (Kommission für Rechtsfragen NR)
2022 P 22.3010	Referenden zu dringlich erklärten Bundesgesetzen und Verhältnis zum Erneuerungsverbot gemäss Artikel 165 Absatz 4 der Bundesverfassung. Klärungsbedarf (Staatspolitische Kommission NR)
2022 P 22.3201	Digitale Gewalt eindämmen (Bellaiche)
2022 M 22.3250	Haager Unterhaltsübereinkommen. Vorbereitung und Ratifizierung durch die Schweiz (Paganini)
2022 P 22.3380	Für ein Familiengericht (Kommission für Rechtsfragen NR)
2022 M 22.3381	Harmonisierung der Fristenberechnung (Kommission für Rechtsfragen NR)
2022 M 22.3382	Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption (Kommission für Rechtsfragen NR)
2022 P 22.3857	Strafbarkeit von vorsätzlichen Verstössen gegen zwingendes Völkerrecht (Zopfi)
2022 M 22.4249	Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission NR)
2022 M 22.4250	Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission SR)

#### **Bundesamt für Polizei**

2017 P 15.3325	Datenaustausch zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (Schläfli [Romano])
2018 M 17.3862	Ausreiseperrn für potenzielle Gewaltextremisten (Rieder)
2019 M 18.3592	Nationaler polizeilicher Datenaustausch (Eichenberger)
2019 P 19.3533	Bekämpfung des Hooliganismus (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2020 P 20.3809	Datenaustausch zwischen Behörden bei Ermittlungen verbessern (Guggisberg)
2021 P 19.4016	Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei? (Feri Yvonne)
2021 P 19.4105	Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindesmissbrauchs stoppen, und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen (Regazzi)
2021 P 21.4219	Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität. Die Prävention und das Aufdecken von Aktivitäten müssen verbessert werden (Romano)
2022 P 21.4598	Auslegeordnung Terrorismus- und Extremismusbekämpfung (Marti Min Li)
2022 P 22.3017	Stärkung der Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Kryptowährungen (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2022 P 22.3145	Wie fit sind die Kantone in der Cyber-Strafverfolgung? (Silberschmidt)
2022 M 22.3369	Verbesserter Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel (Kommission für Rechtsfragen SR)

#### **Staatssekretariat für Migration**

2014 M 11.3831	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2014 M 11.3832	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen von Algerien umsetzen lassen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

2017 M 16.4151	Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2018 P 17.3004	Syrische Flüchtlinge (Staatspolitische Kommission NR)
2019 M 17.3067	Wenn die Schweiz teure Spezialisten ausbildet, sollen sie auch hier arbeiten können (Dobler)
2019 M 18.3758	Zemis-Datenbank. Verbesserte Kontrollen dank Fehlerbehebung (Regazzi)
2020 P 19.3651	Für eine Zuwanderungsregelung, die den Bedürfnissen der Schweiz entspricht (Nantermod)
2020 M 20.3130	Schrittweise Öffnung der Grenzen und Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit (Aussenpolitische Kommission NR)
2020 M 20.3143	Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens (Staatspolitische Kommission NR)
2020 P 20.4265	Bericht zur Einführung elektronischer Fussfesseln im Ausländer- und Integrationsgesetz (Kommission für Rechtsfragen SR)
2021 P 20.4333	Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz (Aussenpolitische Kommission NR)
2021 P 20.4344	Protokollierung bei Einbürgerungsverfahren (Staatspolitische Kommission NR)
2021 M 20.4477	Jetzt mit Algerien Rückführungen auf dem Seeweg verhandeln! (Müller Damian)
2021 M 21.3964	Lücken in der Integrationsagenda Schweiz füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2022 P 20.4421	Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht (Marti Samira)
2022 M 21.4076	Aufenthaltsbewilligungen für Ausländerinnen und Ausländer. Der Grundsatz des Lebensmittelpunkts soll wieder eindeutig anwendbar sein (Marchesi)
2022 M 22.3392	Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen (Staatspolitische Kommission NR)
2022 P 22.3397	Der tiefen Einbürgerungszahl von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation auf den Grund gehen (Staatspolitische Kommission SR)

## **Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**

### **Generalsekretariat**

2008 M 07.3529	Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (Fehr Mario)
2019 P 19.3735	Einführung eines Bürgerdienstes. Ein Mittel, um das Milizsystem zu stärken und neuen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen? (Vonlanthen)
2020 P 20.3043	Auslandvergleich kosteneffizienter militärischer Schutzformationen (Zuberbühler)
2020 P 20.3650	Bericht über die Aktivitäten der schiitisch-islamistischen Hisbollah in der Schweiz (Binder)
2020 P 20.3824	Betätigungsverbot der Hisbollah in der Schweiz (Pfister Gerhard)
2021 P 19.3779	Fotovoltaik. Offensive der Armee (Jans [Suter])
2021 M 19.4059	Erfolgreiche Investitionen im Untergrund mit der Digitalisierung (Vogler [Müller-Altarmatt])
2021 P 19.4244	Weniger Bürokratie für die Milizkader unserer Armee! (Addor)
2021 M 19.4599	Ein zeitgemässer Sold für unsere Soldaten! (Zuberbühler)
2021 P 21.3013	Die Sicherheit der Schweiz angesichts der Drohentechnologie (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2021 P 21.3245	Korruptionsrisiken bei der Beschaffung von Rüstungsgütern minimieren (Seiler Graf)
2021 P 21.3246	Risiken bei der Beschaffung hochspezialisierter Produkte minimieren (Seiler Graf)
2021 P 21.3448	Zukunft der Armeepotheke (Rieder)
2021 P 21.4176	Cyberisiken im All (Bellaiche)
2022 P 21.3636	Sanierung der durch die Armee belasteten Standorte. Wie sieht der Zeitplan aus? (Hurni)
2022 P 21.3815	Teilnahmepflicht am Orientierungstag auch für Frauen (Heimgartner)
2022 P 21.4220	Aufarbeitung und Anerkennung des Unrechts, das Homosexuellen in der Armee zugefügt worden ist (Seiler Graf)
2022 M 21.4382	Eine Armee, die ihre Auswirkungen auf die Biodiversität senkt (Vara)
2022 P 22.3006	Auslegeordnung zur Bedrohung der Schweiz durch Desinformationskampagnen (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2022 P 22.3308	Sicherheit durch mehr Kooperation. Verstärkte Mitwirkung der Schweiz bei europäischen und internationalen Sicherheitskooperationen (Gredig)
2022 M 22.3367	Schrittweise Erhöhung der Armeeausgaben (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2022 P 22.3368	VBS. Subsidiarität und Cybersicherheit (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2022 M 22.3374	Schrittweise Erhöhung der Armeeausgaben (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2022 P 22.4081	Übergeordnete Cyber-Teststrategie im VBS (Dobler)

### **Gruppe Verteidigung**

2018 M 17.3510	Leistungsvertrag mit dem Nationalen Pferdezentrum Bern (Fournier)
2018 M 18.3179	Digitalisierung des Dienstbüchleins (Dobler)
2021 P 20.4446	Gleichbehandlung bei der Zulassung zum Militärdienst (Hurni)

### **Bundesamt für Bevölkerungsschutz**

2022 P 22.3007	Fähigkeiten zur Bewältigung von klimabedingten Naturgefahren (Sicherheitspolitische Kommission NR)
----------------	--

### **Bundesamt für Sport**

2019 P 18.3846	Tägliche Sport- und Bewegungsaktivitäten im Kindes- und Jugendalter (Lohr)
2020 M 20.4331	Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2020 M 20.4341	Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.3022	Mitsprache bei Olympischen Spielen und anderen Mega-Events (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.3078	Aktuelle geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung «Jugend und Sport» im BASPO (Trede)
2021 P 21.3971	Zukunftsorientierte Breitensportförderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2022 P 21.4509	Wie können Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport effizient institutionalisiert werden? (Dobler)
2022 P 21.4521	Für eine ausgewogene finanzielle Unterstützung, die die Teilnahme an Sportgrossanlässen ermöglicht (Baume-Schneider)

## Eidgenössisches Finanzdepartement

### Generalsekretariat

2014 P 12.4050	Vertiefte Untersuchung der Mehrsprachigkeit in den Führungsetagen der Bundesverwaltung (Romano)
2014 P 12.4265	Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung. Detailanalyse der Bedürfnisse (Cassis)
2015 P 14.4275	Wie kann die Freigabe von Open-Source-Software durch die Bundesverwaltung explizit erlaubt werden? (Glättli)
2016 P 15.4112	Aufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Prüfung der Kriterien für die Unterstellung von Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung (Feller)
2021 P 20.4594	Ethisches Hacking institutionalisieren und Cybersicherheit erhöhen (Bellaiche)
2022 P 21.4512	Massnahmen für einen besseren Schutz gegen Ransomware-Angriffe (Graf-Litscher)
2022 P 22.3396	Benachteiligung von Schweizer Unternehmen durch eine einheitliche Besteuerungspraxis vermeiden (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

### Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

2007 M 06.3540	Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (Lombardi)
2012 M 11.3511	Obligatorische Erdbebenversicherung (Fournier)
2021 M 19.3066	Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Italien von 1976. Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 klären (Romano)
2021 M 20.4329	Schweizerische Erdbebenversicherung mittels System der Eventualverpflichtung (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2022 P 21.3893	Schlanke Werkzeuge, um höchste Finanzmarktkader besser in die Pflicht zu nehmen (Andrey)
2022 P 22.3394	Transparenz von Finanzflüssen (Aussenpolitische Kommission NR)

### Eidgenössische Finanzverwaltung

2017 P 15.3243	Swiss Fund. Ein Beitrag zur Meisterung aktueller Herausforderungen der Schweiz (Pfister Gerhard)
2017 M 17.3259	Gebundene Ausgaben reduzieren (Finanzkommission NR)
2020 P 18.4399	Die breite Akzeptanz von Bargeld auch in Zukunft sicherstellen (Birrer-Heimo)
2020 P 20.3012	Nachhaltigkeitsziele für die Schweizerische Nationalbank (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2021 P 20.4257	Demografischer Wandel und Zusammenhalt der Schweiz (Würth)
2021 M 20.4328	Service public stärken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2022 P 21.4337	Langfristiges Management der gebundenen Ausgaben (Finanzkommission NR)
2022 M 22.3008	Unterstützung der Durchführung der SBB-Investitionen und einer langfristigen Vision in Covid-19-Zeiten (Finanzkommission SR)

### Eidgenössisches Personalamt

2020 P 19.3974	Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung (Finanzkommission NR)
2020 M 19.4382	Möglichkeit der Verwaltungseinheiten zum Abschluss von Personalverleihverträgen gesetzlich verankern (Geschäftsprüfungskommission SR)
2020 P 20.3921	Bericht über die Einhaltung der Weisungen zur Förderung der Mehrsprachigkeit (Staatspolitische Kommission NR)
2021 M 20.3920	Monitoring der Bewerbungen auf offene Stellen bezüglich Sprachgemeinschaft und Herkunftskanton der Kandidaten und Kandidatinnen (Staatspolitische Kommission NR)
2021 P 20.4342	Missbräuchliches Verhalten in Einheiten des Bundes. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlaufstelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 20.4608	Schweizer Lebensmittel in Kantinen des Bundes fördern (Brenzikofer)
2022 P 21.4162	Einführung selbstorganisierter Arbeitsformen in der Bundesverwaltung (Marti Min Li)

### Eidgenössische Steuerverwaltung

2005 M 04.3276	Übergang zur Individualbesteuerung (FDP-Liberale Fraktion)
2009 M 05.3299	Übergang zur Individualbesteuerung. Dringliche Massnahmen (FDP-Liberale Fraktion)
2011 P 11.3545	Zivilstandsunabhängige Besteuerung und Renten (Fraktion BD)
2014 P 12.3923	Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (Leutenegger Filippo [Gössi])
2014 P 14.3005	Volkswirtschaftliche und fiskalpolitische Folgen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung (Finanzkommission NR)
2015 M 10.4127	Beseitigung der Heiratsstrafe (Bischof)
2015 P 15.3381	Ergänzung des Wohlstandsberichtes (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2016 M 16.3044	Beseitigung der Heiratsstrafe (Bischof)
2017 M 16.3431	Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

2019 M 17.3171	Erhöhung der Pauschalabzüge bei der direkten Bundessteuer zum Ausgleich der Explosion der Krankenkassenprämien (Grin)
2019 M 17.3657	Mehrwertsteuer. Beseitigung der Ungleichbehandlung von Sport- und Kulturvereinen (Page)
2019 P 17.4292	Kapital- und Vermögenssteuern stark wachsender KMU senken (Derder)
2019 M 18.3540	Mehrwertsteuerpflicht von Online-Plattformen bei Verkäufen aus dem Ausland in die Schweiz (Vonlanthen)
2020 M 18.3235	Mehrwertsteuer-Vereinfachung bei Packages (Engler)
2020 P 20.3957	Reduzierte Bemessungsgrundlage bei Geschäftsfahrzeugen mit null Gramm CO <sub>2</sub> -Ausstoss pro Kilometer im Betrieb (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2021 M 18.4194	Mehrwertsteuer für ausländische Tour Operators (Stöckli)
2021 M 18.4363	Mehrwertsteuer für ausländische Tour-Operators (von Siebenthal)
2021 M 19.3892	Keine Behinderung der hausärztlich koordinierten Versorgung durch den Fiskus (Humbel)
2021 M 20.4572	Verkürzung der Frist zur Abgrenzung von Neubauten zu bestehenden Bauten bezüglich steuerlicher Abzugsfähigkeit von Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen (Zanetti Roberto)
2021 P 21.3284	Gemeinschaftsbesteuerung mit Vollsplitting versus Individualbesteuerung. Bewertung der beiden Modelle (Würth)
2021 P 21.4079	Wirkungsüberprüfung der Steuerreform STAF (Kutter)
2022 M 18.3718	Berechnung des Beteiligungsabzugs (Verhinderung einer zusätzlichen Gewinnsteuerbelastung, die sich aus der Emission von Finanzinstrumenten durch die Konzernobergesellschaft und der konzerninternen Weitergabe der Mittel aus diesen Instrumenten ergibt) (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 M 21.3001	Möglichkeit zur Verlustverrechnung auf zehn Jahre erstrecken (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 P 21.3440	Finanzierung der AHV durch eine Finanzmarkttransaktionssteuer (Rieder)
2022 P 22.3384	Potenzial für die Schweizer KMU-Wirtschaft bei einem Anschluss an den EU-One-Stop-Shop zur Abrechnung der MWST prüfen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 P 22.3893	OECD-Mindeststeuer. Auswirkungen auf die Disparität zwischen den Kantonen und Formen der kantonalen Umsetzung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

#### **Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit**

2016 M 15.3551	Bürokratieabbau. Anhebung des Mindestzolls (Noser)
2017 M 15.4007	Implementierung des Abfertigungsverfahrens Transit auch am Grenzübergang Chiasso-Brogeda (Regazzi)
2017 M 15.4153	Ungerechtfertigte Kostenüberwälzung auf den Kunden im Zollwesen (Ettlin Erich)
2017 P 17.3377	Unnötige Behinderung der Wirtschaft durch formalistische Fristenanwendung (de Courten)
2019 M 17.3376	Die wirtschaftsfeindliche Strafpraxis der Zollverwaltung umgehend korrigieren (de Courten)
2021 M 17.4123	Spirituosenwerbung. Bewährtes System beibehalten (Hess Lorenz)
2021 M 18.3315	Internationaler Online-Versandhandel. Effiziente Kontrollverfahren bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (Bühler)
2021 M 19.3958	Besteuerung von elektronischen Zigaretten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2021 M 19.3975	Verbesserung der Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs (Finanzkommission NR)
2022 M 21.3237	Transparenz beim Veredelungsverkehr (Dettling)

#### **Bundesamt für Bauten und Logistik**

2014 M 14.3016	Auslegung der Definition von Kleinunternehmen im Bauproduktgesetz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2014 M 14.3018	Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (Geschäftsprüfungskommission NR)
2014 M 14.3289	Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (Geschäftsprüfungskommission SR)
2019 P 19.3894	Den Wildwuchs und den Wirrwarr bei den Regeln der Baukunde beenden (Flach)
2019 P 19.4213	Sanktionen am Ort der Erbringung der Leistungen (Bourgeois)
2021 M 19.3750	Energieautonomie der Immobilien des Bundes (Français)
2021 M 20.3409	Öffentliche Beschaffungen. Sicherheit und Verlässlichkeit von Lieferketten berücksichtigen (Würth)
2021 M 20.4338	Die Covid-19-Erfahrungen nutzen, um das Arbeiten beim Bund nachhaltiger zu gestalten (Finanzkommission NR)
2021 P 20.4369	Arbeitsplätze des Bundes dank Digitalisierung verstärkt dezentralisieren (Knecht)
2022 M 19.3784	Energieautonomie der Immobilien des Bundes. Fotovoltaik-Offensive (Jauslin)

2022 P 22.3658      Das Anti-Mafia-Zertifikat, ausgestellt vom italienischen Staat, soll auch für das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz Pflicht werden (Romano)

## Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

### Staatssekretariat für Wirtschaft

2011 M 10.3626	Lebensmittelproduktion. Ökologische und soziale Zustände (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2018 M 16.4094	Verbesserung der Situation der KMU in Wettbewerbsverfahren (Fournier)
2019 M 16.3360	Mit einer Regulierungsbremse den Anstieg der Regulierungskosten eindämmen (FDP-Liberale Fraktion)
2019 M 16.3388	Entwurf für ein Bundesgesetz über die Reduktion der Regelungsdichte und den Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen (Sollberger)
2019 M 16.3884	Rasche Unterstützung für Lehrbetriebe mit Kurzarbeit (Bühler)
2019 M 18.3717	Keine Konzessionen beim Palmöl (Aussenpolitische Kommission SR)
2019 M 18.3797	Ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA initiieren (Graber Konrad)
2019 P 19.3011	Erarbeitung einer Methodik zur Beurteilung der Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf die nachhaltige Entwicklung (Geschäftsprüfungskommission NR)
2019 M 19.3043	Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Germann)
2019 P 19.4379	Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten der Kantone (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2020 M 18.3021	Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen (Rieder)
2020 M 19.3033	Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2020 M 19.3239	Keine Ausgrenzung der Stellensuchenden der IV beim Inländervorrang (Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative) (Bruderer Wyss)
2020 P 20.3132	Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2020 P 20.3480	Berufserfahrung von arbeitslosen Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern in der Corona-Krise stärken (Jositsch)
2020 P 20.3544	Die Resilienz der Schweizer Unternehmen stärken (Noser)
2020 P 20.3752	Stärkung des Pharma- und Biotechnologie-Standorts Schweiz (Schmid Martin)
2020 P 20.3933	Steuerliche Anreize für einen nachhaltigen internationalen Handel (Aussenpolitische Kommission NR)
2021 M 18.4282	Die Kartellgesetzrevision muss sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien berücksichtigen, um die Unzulässigkeit einer Wettbewerbsabrede zu beurteilen (Français)
2021 M 19.3234	Impulsprogramm für die Sanierung von Beherbergungsbetrieben im alpinen Raum (Stöckli)
2021 M 19.3445	Angemessene Entschädigung von Ehegattinnen und Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern von Landwirtinnen und Landwirten im Scheidungsfall (Fraktion BD)
2021 M 20.3127	Schweiz und Vereinigtes Königreich. Von der «Mind the gap»-Strategie zur «Build the bridge»-Strategie wechseln (Cottier)
2021 M 20.3268	Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern (Häberli-Koller)
2021 M 20.3665	Transparenz bei den Arbeitslosenkassen (Müller Damian)
2021 P 20.4327	Massnahmenplan für den Wiedereinstieg von Frauen in die Arbeitswelt (Arslan)
2021 P 21.3086	Ex-post-Nachhaltigkeitsanalyse beim Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (Badertscher)
2021 M 21.3374	Sozialversicherungsschutz für Bauernfamilien. Lage der auf dem Betrieb arbeitenden Ehepartnerinnen und Ehepartner unverzüglich verbessern (de Montmollin)
2021 P 21.3498	Massnahmen für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2022 M 18.3898	Effektiver Vollzug des Kartellgesetzes beim Kraftfahrzeughandel (Pfister Gerhard)
2022 P 20.3087	Schutz schweizerischer Interessen bei ausländischen Ausfuhrverboten (Portmann)
2022 P 20.3265	Studie über die Auswirkungen neuer Arbeitsformen auf die Infrastrukturen mit dem Ziel, positive Veränderungen zu implementieren (Pasquier-Eichenberger)
2022 M 20.3531	Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Caroni)
2022 M 20.3532	Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Rieder)
2022 P 20.3950	Versorgungssicherheit. Metalle der seltenen Erden. Ressourcenstrategie (Schneider-Schneiter)
2022 M 20.4738	Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen (Ettlin Erich)
2022 M 21.3278	Der Schweizer Tourismus braucht ein schnelles, wirksames und auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Unterstützungsprogramm (Cottier)
2022 M 21.3595	Gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen. Investitionen in chinesische Unternehmen ermöglichen (Reziprozität) (Aussenpolitische Kommission SR)
2022 M 21.3599	Transparenz über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

2022 P 21.3678	Integration der Schweiz in den europäischen Binnenmarkt durch einen Beitritt zum EWR (Fischer Roland)
2022 M 21.3743	Nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung im Tourismus über Innotour stärken (Stöckli)
2022 M 21.4189	Untersuchungsgrundsatz wahren. Keine Beweislastumkehr im Kartellgesetz (Wicki)
2022 M 21.4426	Schluss mit dem Meldeschein-Chaos in der Beherbergung (Gmür-Schönenberger)
2022 M 22.3021	Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 P 22.3870	Spekulation mit Nahrungsmitteln (Aussenpolitische Kommission NR)
2022 P 22.3872	Unterschiede zwischen dem Schweizer und dem EU-Recht im Bereich des Arbeitnehmerschutzes (Aussenpolitische Kommission NR)
<b>Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation</b>	
2017 M 17.3630	Vollsoziierung an Erasmus plus ab 2021 (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2018 M 17.3975	Austragungsort der World Skills in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2019 M 18.3240	Höhere Fachschulen stärken (Fetz)
2019 M 18.3392	Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern, Attraktivität steigern (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2019 M 18.3834	Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt als Voraussetzung für einen Sek-II-Abschluss und als Integrationsmassnahme (Eymann)
2019 P 18.3959	Stärkung der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung (Wasserfallen Christian)
2020 M 20.3163	Unterstützung der Lehrbetriebe (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2020 P 20.3462	Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2020 P 20.3927	Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2020 P 20.3928	Roadmap für die internationale Zusammenarbeit und Mobilität nach Erasmus plus (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 19.3764	Bericht über die Umwelterziehung (Romano)
2021 P 20.4285	Berufsbildung und Gleichstellung. Lust und Kompetenzen vermitteln, unternehmerisch tätig zu werden, Frauen wie Männern und in allen Branchen (FDP-Liberale Fraktion)
2021 M 21.3007	Bessere Steuerung und Planbarkeit in der Berufsbildungsfinanzierung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.3008	Transparenz bei der Verwendung von Bundesmitteln im Bildungsbereich (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.3235	Validierung von Bildungsleistungen. Von der Zulassungslogik zur Zertifizierungslogik (Atici)
2021 P 21.3290	Auswirkungen der Covid-19-Krise, der Klimakrise und der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und Perspektiven für eine innovative, nachhaltige Berufsfeldentwicklung (Graf Maya)
2021 P 21.3352	Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ausbildungsgänge (Bulliard)
2021 P 21.3687	Entwicklung der Vorgaben zu überbetrieblichen Kursen (Bauer)
2021 P 21.3767	Schweizerisches Zentrum für Islam und Gesellschaft in Freiburg. Stopp der Finanzierung durch öffentliche Gelder prüfen (Marchesi)
2022 P 20.4202	Zugang zu Hochschulen (Universitäten/ETH) mit Berufsmatur im entsprechenden Fachbereich (Masshardt)
2022 P 21.4342	Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, der Arbeitskräfte und der Wirtschaft in Einklang bringen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 P 22.3390	Für Chancengleichheit und die Förderung des akademischen Nachwuchses (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3393	Kompetenzen von Geflüchteten erfassen und nutzen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3877	Analyse der Standards im Bereich der schulischen Sexualaufklärung in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3878	Bericht und Strategie zur Steigerung des Frauenanteils in Mint-Berufen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
<b>Bundesamt für Landwirtschaft</b>	
2012 M 10.3818	Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich stoppen (Darbellay)
2014 P 14.3514	Agrarpolitik 2018-2021. Massnahmenplan zum Abbau der überbordenden Bürokratie und zur Personalreduktion in der Verwaltung (Knecht)

2015 P 15.3862	Den administrativen Aufwand in der Landwirtschaft reduzieren. Unnötige Kontrollpunkte streichen (Aebi Andreas)
2015 P 15.4056	Stärkung der Milchproduktion aus betriebseigenem Grundfutter (Jans)
2018 P 17.3916	Zugang zu Land und zu Landwirtschaftsbetrieben verbessern (Jans)
2018 M 17.4203	Bäuerliches Bodenrecht. Ergänzung der Artikel 61 und 66 BGG (Abate)
2018 M 18.3144	Stärkung der Schweizer Pflanzenzüchtung jetzt! (Hausammann)
2019 M 18.3241	Es soll gesetzlich verankert werden, dass die landwirtschaftliche Forschung auf die regionalen Gegebenheiten ausgerichtet sein muss (Savary)
2019 P 19.3385	Wie wird das Klima-Sektorziel der Land- und Ernährungswirtschaft zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens konkret umgesetzt? (Graf Maya)
2019 P 19.3988	Digitalisierung im Agrarsektor. Rolle des Bundes (Bourgeois)
2020 M 18.3404	Forschungsanstalt Agroscope als autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit (Häberli-Koller)
2020 M 20.3919	Forschungs- und Züchtungs-Initiative (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2020 P 20.3931	Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2021 M 17.3314	Aussergewöhnliche Frostschäden im Weinbau und an Obstkulturen (Bourgeois)
2021 M 17.3655	Tierwohlprogramm «Weide für Kälber und Jung-/Mastvieh» (Schelbert)
2021 P 20.4548	Massnahmen zur Stärkung der Alp- und Berglandwirtschaft (Bulliard)
2021 P 21.3015	Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik. Ergänzung des Auftrags an den Bundesrat (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2021 M 21.3229	Erhaltung einheimischer Nutztierassen (Rieder)
2022 M 19.3494	Mehr Forschung für eine moderne Alpwirtschaft (Egger Thomas [Candinas])
2022 M 21.3004	Anpassung der Suisse-Bilanz und deren Grundlagen an die effektiven Verhältnisse (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2022 M 21.3804	Änderung der Landwirtschaftlichen Zonen-Verordnung im Zusammenhang mit Meliorationen (Schmid Martin)
2022 M 21.3832	Robuste Sorten. Potenzial ausschöpfen! (Schneider Meret)
2022 P 21.4585	Einkommen der Bauernfamilien (Bulliard)
2022 P 22.3407	Stärkung der Marktposition von Schweizer Produkten. Instrumente prüfen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2022 M 22.3795	Ziel zur Verringerung von Nährstoffverlusten senken (Gapany)
2022 P 22.3875	Erhöhung der Wirksamkeit des Gewässerschutzprogramms in der Landwirtschaft (Geschäftsprüfungskommission NR)
2022 P 22.4252	Wettbewerbssituation im Lebensmittelmarkt (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
<b>Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung</b>	
2020 M 20.3197	Überprüfung der Pflichtlagerhaltung (Burgherr)
2020 M 20.3448	Für einen Wiederaufbau des Ethanol-Pflichtlagers in der Schweiz (Michaud Gigon)

## **Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**

### **Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation**

2022 M 18.4131 Die Schweiz soll am Copernicus-Programm teilnehmen (Romano)

### **Generalsekretariat**

2020 P 19.4385 Gesamtbilanz der Postauto-Affäre (Geschäftsprüfungskommission SR)

### **Bundesamt für Verkehr**

- 2017 P 17.3262 Verkehrskreuz Schweiz und Vision Eisenbahnnetz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
- 2019 M 18.4105 Kooperationsmodell anstelle der Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
- 2019 P 19.3006 Ausbau der internationalen Verbindung Zürich-München (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
- 2019 P 19.4189 Lötschberg-Basistunnel. Neuerliche Prüfung eines Vollausbaus? (Bregy)
- 2019 P 19.4199 Für einen erschwinglichen und gut eingespielten öffentlichen Verkehr (Reynard)
- 2020 M 20.3003 Staatsvertrag für eine linksrheinische Neat-Zulaufstrecke (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
- 2020 M 20.3221 Durch Automation Güter auf der Schiene effizienter transportieren (Dittli)
- 2020 M 20.3222 Bahngüterverkehr und Beitrag zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses (Dittli)
- 2020 M 20.3286 Förderung des Gütertransports auf dem Rhein (Herzog Eva)
- 2020 P 20.3874 Zugänglichkeit für Menschen mit einer Behinderung zum öffentlichen Verkehr (Reynard)
- 2020 P 20.4259 Gesamtschau zur Haftpflicht im Gütertransport auf der Schiene (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
- 2021 P 19.3485 Klimaschutzpotenzial in der Schifffahrt (Flach)
- 2021 P 19.3643 Steigerung der Attraktivität und Entwicklung von Nachtzug-Angeboten (Ammann [Müller-Altmett])
- 2021 M 19.4381 Rahmenbedingungen für emissionsärmere Nutzfahrzeuge (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
- 2021 M 19.4443 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Candinas)
- 2021 M 19.4444 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Graf-Litscher)
- 2021 M 19.4445 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Schaffner)
- 2021 M 19.4446 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Töngi)
- 2021 M 19.4614 Konzept zur längerfristigen Steigerung des Angebots von Verbindungen des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Trede)
- 2021 M 20.3696 Monitoring des alpenquerenden Gefahrguttransports (Pasquier-Eichenberger)
- 2021 P 21.3076 Aktualisierung der Szenarien betreffend die Entwicklung des alpenquerenden Güterverkehrs (Storni)
- 2021 P 21.3198 Gütertransport. Warum nicht die bestehenden Eisenbahnanlagen besser nutzen? (Juillard)
- 2021 P 21.3597 Zukunft des Güterverkehrs (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
- 2022 P 20.3328 Nationale Strategie für eine bessere Erschliessung der Tourismusregionen durch den öffentlichen Verkehr (Clivaz Christophe)
- 2022 M 20.3736 Das Tessin und die Schweiz enden nicht in Lugano. Das Mendrisiotto muss ins Streckennetz für den Bahnfernverkehr (IC-Streckennetz) eingebunden werden (Romano)
- 2022 P 21.3329 Finanzielle Anreize zur Vereinheitlichung der Tarifstrukturen im öffentlichen Verkehr (Brenzikofer)
- 2022 M 21.3977 Förderung von nichtfossilen Verkehrsträgern im öffentlichen Verkehr (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
- 2022 P 21.4366 Zuverlässigkeit und Redundanz der Bahnverbindung Lausanne-Genf. Strategische Studie (Nordmann)
- 2022 P 21.4518 Sicheren Bahnbetrieb im Fernverkehrsnetz durch Redundanz gewährleisten (Français)
- 2022 M 21.4580 Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Informationsaustausch. Der Schweizer Polizei Zugriff auf das europäische Strassentransportregister ermöglichen (Storni)
- 2022 M 22.3000 Weiterführung der erfolgreichen Verlagerungspolitik und Gewährleistung der nationalen Versorgungssicherheit dank Ausbau des linksrheinischen Neat-Zubringers Wörth-Strassburg (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
- 2022 P 22.3001 Stärkung der Verlagerung durch den Einsatz von kranbaren Sattelaufliegern (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
- 2022 M 22.3013 Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Güterverkehrskorridors durch die Schweiz stärken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
- 2022 P 22.3231 Plangenehmigungsverfahren bei den Eisenbahnen. Bestandsaufnahme und Verbesserungen (Français)

- 2022 M 22.4257 Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
- 2022 M 22.4263 Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

#### **Bundesamt für Zivilluftfahrt**

- 2013 P 13.3421 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Häberli-Koller)
- 2013 P 13.3426 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Walter)
- 2017 M 15.3491 Helikopterpilotinnen und -piloten. Verzicht auf eine Altersgrenze von 60 Jahren (Darbellay [Buttet])
- 2018 P 18.3245 Identifikation von Drohnen und ähnlichen Flugkörpern (Guhl)
- 2018 M 18.3371 Sicherheit und Ordnung beim Betrieb von Drohnen (Candinas)
- 2019 M 18.3700 Die strafrechtliche Zuständigkeit bei Flugunfällen und schweren Vorfällen neu an den Bund übertragen (Candinas)
- 2019 M 19.3531 Für den nichtgewerbsmässigen Sichtflug die Landessprachen nicht verbieten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
- 2020 M 19.4562 Luftrettung auch bei schlechtem Wetter ermöglichen (Dittli)
- 2020 M 20.3916 Ausnahme des Modellflugs von der EU-Drohnenregelung (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
- 2021 M 20.4412 Regionalflugplätze als Schlüsselinfrastrukturen sichern (Würth)
- 2021 M 21.3020 Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
- 2021 M 21.3095 Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Ettlin Erich)
- 2021 M 21.3458 Sektorenmarkt der Flughäfen im öffentlichen Beschaffungswesen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
- 2022 P 21.3973 CO<sub>2</sub>-neutrales Fliegen bis 2050 (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

#### **Bundesamt für Energie**

- 2009 M 09.3083 Stromversorgungsverträge mit dem Ausland. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bewahren (FDP-Liberale Fraktion)
- 2012 M 12.3253 Angemessene Rendite für den Umbau des Energiesystems (Gasche)
- 2018 M 18.3000 Investitionsanreize für den langfristigen Erhalt der Schweizer Stromproduktionsanlagen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
- 2019 P 18.4107 Dosisgrenzwerte bei Kernanlagen, radioaktive Strahlung und Strahlenschutz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
- 2019 M 19.3004 Langfristige Stromversorgungssicherheit. Sicherstellung und Klärung der Verantwortlichkeiten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
- 2019 M 19.3277 Holzenergiepotenzial ausschöpfen (von Siebenthal)
- 2020 P 19.3562 Arbeitsplatzpotenzial durch Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz (Masshardt)
- 2020 M 19.3742 Finanzielle Überbrückung für den Abbau der Wartelisten bei erneuerbaren Energien (Müller Damian)
- 2020 M 19.3755 Volkswirtschaftlich effiziente Integration erneuerbarer Energien in die Stromnetze (Guhl)
- 2020 P 20.3000 Zukunftsstrategie für die Wärme-Kraft-Koppelung (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
- 2021 P 19.4052 Zukunftsfähige Mobilität ermöglichen (FDP-Liberale Fraktion)
- 2021 M 20.3485 Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen (Fässler Daniel)
- 2021 M 20.4063 Schluss mit der Blackbox. Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Erforschung des Untergrunds (FDP-Liberale Fraktion)
- 2021 P 20.4561 Wasserkraftwerke und Stauseen für die Fotovoltaik nutzen (Cattaneo)
- 2021 P 20.4627 Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen (Grossen Jürg)
- 2021 P 20.4640 Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen (Jauslin)
- 2021 P 20.4694 Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen (Romano)
- 2021 P 20.4709 Wasserstoff. Auslegeordnung und Handlungsoptionen für die Schweiz (Candinas)
- 2022 M 19.4202 Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich (Eymann)
- 2022 M 20.4406 Grüne Wasserstoffstrategie für die Schweiz (Suter)
- 2022 M 21.3620 Mehr Transparenz bei der Stromherkunft (Müller Damian)
- 2022 P 21.3870 Beteiligung der Schweiz am Aufbau einer europäischen Solarindustrie (Suter)
- 2022 P 21.3974 Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

2022 P 21.4130	Energetische Gebäudesanierungen. Die Situation ist problematisch, zu viele Gebäude werden nicht saniert, weil den Eigentümerinnen und Eigentümern die Mittel fehlen. Es braucht neue Finanzierungsmöglichkeiten (Storni)
2022 M 21.4144	Finanzielle Anreize für den Ersatz von alten Holzheizungen durch moderne Holzfeuerungsanlagen (Stark)
2022 P 21.4561	Energieverschwendung beim Betrieb ohne Nutzen (Egger Kurt)
2022 M 22.3240	Energieverbrauch senken. Kurzfristige Massnahmen zum Energiesparen durch Verhaltensänderung (Reichmuth)
2022 P 22.3569	V2X- (vehicle to grid») und Smart-Charging-Technologien. Batterien von Elektrofahrzeugen nutzen, um Energie zu speichern und Stromnetze auszugleichen (Thorens Goumaz)
2022 P 22.4128	Too-big-to-fail-Problematik in der Energiebranche entschärfen (Minder)

#### **Bundesamt für Strassen**

2014 M 12.3102	Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich (Müller Walter)
2014 M 13.3572	Flexiblere Ab- und Auflastung von Nutzfahrzeugen zur Effizienzsteigerung (Hess Lorenz)
2016 M 13.3818	Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit (Darbellay)
2016 M 15.3574	Führerausweis auf Probe. Verhältnismässige Regelung bei Widerhandlungen während der Probezeit (Freysinger)
2016 M 16.3066	Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb (Nantermod)
2016 M 16.3068	Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote (Derder)
2016 M 16.3349	Reporting zu den Unterhalts- und Betriebskosten der NEB-Strecken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2017 M 17.3049	Digitalisierung. Weg frei für automatisierte und selbstfahrende Fahrzeuge (FDP-Liberale Fraktion)
2017 M 17.3191	Automatisierte Fahrzeuge. Möglichst schnell den rechtlichen Rahmen festlegen (Regazzi)
2018 M 16.3846	Bürokratieabbau dank der Abschaffung der Kontrollmarke zur Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (Reimann Lukas)
2018 M 17.3632	Via sicura. Anpassungen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2018 M 17.3924	Führerausweis. Gleiche Fahrzeuge, gleiche Strassen, gleicher Ausweis (Nantermod)
2018 M 17.4039	Gesetzliche Hürden zur Einführung von autonomen Fahrzeugen abschaffen (Grünliberale Fraktion)
2018 M 17.4317	Fairere Verfahren im Strassenverkehr (Caroni)
2018 M 18.3078	Personenwagen als Anhänger von Arbeitsmotorwagen zulassen (Nantermod)
2019 M 17.3520	Nein zur doppelten Strafe für Berufsfahrer und Berufsfahrerinnen! (Graf-Litscher)
2019 M 18.3420	Kompensierung des Gewichts elektrischer Batterien bei Lieferwagen der 3,5-Tonnen-Kategorie (Bourgeois)
2019 P 19.3422	Berücksichtigung von städtebaulichen und landschaftsverträglichen Zielsetzungen beim Bypass Luzern und bei anderen Nationalstrassen-Bauprojekten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2020 M 17.3952	Zweisprachige Signalisation auf Autobahnen ermöglichen (Bühler)
2020 P 19.3559	Reifenabrieb als grösste Quelle von Mikroplastik. Massnahmen zur Verminderung (Schneider Schüttel)
2020 M 20.3080	Elektrofahrräder. Gesetzgebung an die Verwendung im Tourismus anpassen (Nantermod)
2021 P 19.4631	Ein sicheres und schnelles Velo-Nationalstrassennetz zwischen den Schweizer Agglomerationen (Cattaneo)
2021 M 20.3524	Weniger Sozialdumping und mehr Kostenwahrheit beim Strassentransport. Berufschaffeuere und Berufschaffeuere sollen ihre wöchentliche Ruhezeit nicht mehr im Fahrzeug verbringen dürfen (Storni)
2021 M 20.4339	Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2022 M 20.4478	Gleich lange Spiesse bei Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen (Dittli)
2022 P 22.4044	Verbesserung des Verkehrsmanagements und der Umgang mit Ausweichverkehr (Stadler)
2022 P 22.4053	Hindernisse aus dem Weg räumen, die die Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen erschweren (Maret Marianne)

#### **Bundesamt für Kommunikation**

2017 M 16.4027	SRG und unabhängige audiovisuelle Industrie. Den unabhängigen Markt stärken, die Zusammenarbeit intensivieren, Wettbewerbsverzerrungen vermeiden (Fluri)
2017 M 17.3013	Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2019 M 19.3039	Aufsicht der Postcom über die Einhaltung der Tarife der Brief- und Paketzustellung. Sicherstellen, dass der Wille des Gesetzgebers respektiert wird (Feller)
2019 P 19.4043	Nachhaltiges Mobilfunknetz (Häberli-Koller)

2020 P 19.3574	Offensive für einen digitalen Service public (Marti Min Li)
2020 P 20.4066	Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr. Was brauchen wir in Zukunft? (Schaffner)
2021 P 20.3949	Szenarien für die Versorgung mit Dienstleistungen von Nachrichtenagenturen (Pult)
2021 P 20.3984	Digitale Infrastruktur. Geopolitische Risiken minimieren (Pult)
2021 M 21.3000	Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2021 M 21.3063	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Romano)
2021 M 21.3064	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Mäder)
2021 M 21.3065	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Grüter)
2021 M 21.3066	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Giacometti)
2021 M 21.3067	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Piller Carrard)
2021 M 21.3068	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Andrey)
2021 P 21.3450	Hassreden. Bestehen gesetzliche Lücken? (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2021 P 21.3461	Hochbreitbandstrategie des Bundes (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2021 P 21.3596	Künftige Frequenznutzung für den Mobilfunk im sogenannten Millimeterwellenbereich. Einbezug der Kantone (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2022 P 21.3781	Strategie für eine zukunftsgerichtete Medienförderung jetzt aufgleisen (Christ)
2022 P 21.4531	Transparenz über Hate-Speech-Vorfälle auf Social Media (Gysin Greta)
<b>Bundesamt für Umwelt</b>	
2014 M 11.4020	Für eine sachgerechte Verwendung von Biomasse-Reststoffen und gegen Technologieverbote (Lustenberger)
2015 M 14.3095	Ortsüblicher Bewirtschaftungsbereich. Ersatzlose Aufhebung von Artikel 24 der Gewässerschutzverordnung (Bischofberger)
2016 M 13.3324	Anpassung des Gewässerschutzgesetzes an die heutige Nutztierhaltung (Aebi Andreas)
2017 M 16.3710	Sachgerechte Verwendung von Biomasse (Semadeni)
2018 M 16.3529	Siedlungsentwicklung nach innen nicht durch unflexible Lärmessmethoden behindern (Flach)
2018 M 17.3636	Dringender Handlungsbedarf beim System der Rücknahme und des Recyclings von Elektroaltgeräten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2018 M 18.3018	Korrektur Einsatz der Bundesgelder für die Kugelfangsanierung (Salzmann)
2018 P 18.3509	Die Hürden gegen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft abbauen (Noser)
2018 P 18.3610	Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement. Grundlagenbericht (Rieder)
2018 P 18.4095	Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen von Heim- und Sömmerungsbetrieben (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2019 M 15.3733	Streichung der VOC-Abgabe (Wobmann)
2019 P 18.3196	Wie kann künftig ein ökologischer, effizienter und wirtschaftlich rentabler Umgang mit Kunststoffen garantiert werden? (Thorens Goumaz)
2019 P 18.3496	Aktionsplan zur Reduzierung von Plastikeinträgen in die Umwelt (Munz)
2019 M 18.3712	Weniger Plastikmüll in Gewässern und Böden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2019 P 18.3829	Aktionsplan gegen die Lebensmittelverschwendung (Chevalley)
2019 M 18.4099	Bereitstellung von Ressourcen zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Systeme zur Warnung und Alarmierung vor Naturgefahren (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2019 P 19.3374	Zeitgemässe und zukunftsgerichtete Erhebung der Umweltauswirkungen von Personenwagen (Grossen Jürg)
2019 P 19.3639	Kohlenstoffsequestrierung in Böden (Bourgeois)
2019 P 19.3715	Zeitgemässe, effiziente Waldbrandprävention und -bekämpfung (von Siebenthal)
2019 P 19.3949	Der Verkehr muss einen Beitrag an den Klimaschutz leisten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2019 P 19.4183	Weniger Kehrrichtverbrennung, mehr Recycling (Chevalley)
2020 M 19.3207	Das dramatische Bienen- und Insektensterben rasch und konsequent stoppen (Guhl)
2020 M 19.4073	Förderung der Forschung zu Mobilfunk und Strahlung (Graf-Litscher)
2020 M 19.4100	Wirksame Massnahmen gegen Littering (Bourgeois)
2020 M 19.4177	Eine Gesamtstrategie für die Anpassung des Waldes an den Klimawandel (Hêche [Engler])
2020 M 19.4182	Wann werden oxo-abbaubare Kunststoffe verboten? (Chevalley)
2020 M 19.4296	Recyclingbaustoffe. Vorbildfunktion des Bundes (Schilliger [Wasserfallen Christian])
2020 M 19.4615	Den Verkauf invasiver Neophyten verbieten (Friedl Claudia)

2020 P 20.3001	Klimatische Auswirkungen bei der UVP berücksichtigen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2020 P 20.3062	Vermeidung und Verwertung von Abfällen fördern (Bourgeois)
2020 P 20.3090	Mehr Recycling statt Deponien von Baumaterialien (Munz)
2020 P 20.3477	Aufzeigen der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Bodenstrategie Schweiz (Burkart)
2020 P 20.3727	Ökologische Nachhaltigkeit der Kreislaufwirtschaft mit dem Indikator «Retained Environmental Value» messen (Clivaz Christophe)
2020 P 20.3750	Anpassung der Wälder an die Klimaerwärmung. Wie steht es um die Biodiversität? (Vara)
2020 P 20.4211	Gentechnikgesetz. Welcher Geltungsbereich? (Chevalley)
2021 P 19.3611	Stopp der Verschotterung von Grünflächen (Munz)
2021 P 19.3818	Millionen Tonnen von Plastik einsparen, ersetzen oder recyceln statt verbrennen oder exportieren (Flach)
2021 P 19.4355	Plastikmüll. Vermeiden und wiederverwerten statt exportieren (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2021 M 20.3010	Das Insektensterben bekämpfen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2021 P 20.3110	Keine neuen Produkte wegwerfen. Stopp der Verschwendung! (Chevalley)
2021 M 20.3625	Wirksamer Trinkwasserschutz durch Bestimmung der Zuströmbereiche (Zanetti Roberto)
2021 M 20.3695	Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Schweiz soll mehr Plastik rezyklieren (Dobler)
2021 M 20.3745	Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes (Fässler Daniel)
2021 P 20.4135	Was heisst netto null für den Hochbau, und wie kann dieses Ziel erreicht werden? (Schaffner)
2021 M 20.4261	Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2021 M 20.4262	Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2021 P 20.4411	Weiterentwicklung des Abfall-Recyclings. Vereinbarkeit mit dem Raumplanungs- und Umweltrecht (Gapany)
2021 M 21.3293	Erforschung und Innovation des Werkstoffs Holz für den Einsatz im Infrastrukturbau als Dekarbonisierungs-Beitrag (Stark)
2021 P 21.3980	GVO-Moratorium. Belastbare Informationen als Grundlage für gute Entscheide (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.4345	Züchtungsverfahren mit Genom-Editierungsmethoden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2022 M 19.3734	Mängel im Chemikalienrecht beseitigen zur Stärkung des Werkplatzes Schweiz (Schmid Martin)
2022 P 21.4224	Rechtliche Konsequenzen bei absichtlicher Verkürzung der Lebensdauer von Produkten (Brenzikofer)
2022 P 21.4225	Aufarbeitung der Umweltbelastungen rund um in Betrieb stehende und ehemalige Kehrlichtverbrennungsanlagen (Suter)
2022 P 21.4332	Anreiz für sparsamen Umgang mit Deponieraum und für Recycling von Baustoffen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2022 M 21.4333	Forschung und Entwicklung von Negativemissionstechnologien fördern (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2022 P 22.3880	Eine nachhaltige Finanzierungslösung für die Abgabe von Lebensmitteln durch Wohltätigkeitsorganisationen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3881	Handlungsfeld Detailhandel zum Aktionsplan Food Waste (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3882	Handlungsfeld Koordination zum Aktionsplan Food Waste (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3915	Verwertung gebrauchter Textilien in der Schweiz (Nordmann)

### **Bundesamt für Raumentwicklung**

2015 P 15.3699	Entwicklung im Bereich der Raumplanung (Bourgeois)
2019 P 19.3299	Smarte Industrie- und Gewerbezonnen. Für eine verbesserte Planung der Industrie- und Gewerbezonnen (Béglé)
2019 P 19.3665	Besondere Herausforderungen der Agglomerationen (Kutter)
2019 P 19.3972	Verfahren zur Erleichterung der Verdichtung und der energetischen Sanierung von Gebäuden in der Bauzone (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2020 P 19.3730	Effizientere und kürzere Verfahren für den Bau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien (Chevalley)
2020 M 20.3008	Anpassung der Perimeter für die Agglomerationsprojekte (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

2021 M 19.3731	Aktionsplan Berggebiete (Egger Thomas)
2021 P 20.3938	Auswirkungen der Zulassung von pferdegestützten Therapien in der Landwirtschaftszone (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2021 P 20.4660	Integration der erwarteten Mobilitätsentwicklung in Sachplänen und anderen Grundlagen der Raumentwicklung (Regazzi)
2022 M 11.3285	Erleichterung der Nutzung ungenutzter Gebäude in der Landwirtschaftszone zu Wohnzwecken und für den Agrotourismus (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2022 M 21.4334	Verjährung der Pflicht zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands ausserhalb der Bauzonen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2022 P 21.4452	Touristischen Verkehr definieren (Dittli)
2022 P 22.3638	Verkehrsdrehscheiben und Veloinfrastruktur im ländlichen Raum stärken (Michel)